Wiener Stadtbibliothek
57291 F

F 57.291
Dez. 1880 Stein

athaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800 2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband

rk

gegründet 1861

Montag, 1. Dezember 1980 Blatt 3385

Heute in der "Rathaus-Korrespondenz":

Bereits über FS ausgesendet: (violett)
- U-Bahn: sicher und bequem
- Symposion Planungsgemeinschaft Ost
- Holding: 20.000 Fertigmahlzeiten für Erdbebenopfer
- Gratz präsentierte neues Favoriten-Buch
- Neue Stadtbahngarnituren im Einsatz
- Leopold Horacek-Hof in Donaustadt
- 3. Wiener Wasserleitung: 1981 Probebetriebsbeginn

Kommunal: (rosa)
- Weihnachts- und Silvesterfeiern für Einsame
- Wiederbelebung von Alt-Ottakring
- Nächtliches Schienenparkverbot im Winter

Lokal: (orange)
- Weihnachtsaktion des Landesjugendreferates

Kultur: (gelb)
- Ehrenmedaille für Prof. Leitmaier und Prof. Appelt

Nur über FS:

29.11.
- Dachboden, Zimmer und Gartenhaus brannten

30.11.
- Babywickelraum in Mariahilf
- Schnee-Einatz mit allen verfügbaren Kräften
- Deckenbrand in der Wimbergergasse
- Schnee ließ "52er" entgleisen
- Vier Rodelstraßen in Betrieb

1.12.
- Zigarette setzte Wohnung in Brand
- Nikolospiel auf dem Rathausplatz
- Schneeverwehungen und steckengebliebene Autos
- Storch in Uniform kam in die Wohnung
- Zahlreiche Unfälle infolge Schneeglätte
- Flugschnee führt zu Stromausfällen

Eigentümer, Herausgeber, Verleger und Druck: Presse- und Informationsdienst der Stadt Wien (PID)
1, Rathaus, 3. Stiege, A 1082 Wien · Telephon 42 8 00 Durchwahl Kl. 29 71 · FS 13-3240
Chefredakteur: Prof. Alois Brunnthaler · Für den Inhalt verantwortlich: Stellv. Chefred. Robert Prosel

.-.-.-

.-.-.-

.-.-.-

.-.-.-

.-.-.-

.-.-.-

.-.-.-

.-.-.-

.-.-.-

.-.-.-

Ehrenmedaillen für Prof. Leitmaier und Prof. Appelt

=++++

11 Wien, 1.12. (RK-KULTUR) Kulturstadtrat Helmut ZILK überreichte am Montag im Wiener Rathaus den Universitätsprofessoren Dr. Charlotte Leitmaier und Dr. Heinrich Appelt die Ehrenmedaille der Bundeshauptstadt Wien in Gold.

Frau Prof. Leitmaier studierte Jus und Theologie, sowie Englisch und Latein. Sie habilitierte sich 1948 und ist zur Zeit Institutsvorstand für Kirchenrecht an der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Wien.

Herr Prof. Appelt studierte Geschichte, Kunstgeschichte und Germanistik. Er habilitierte sich 1939 in Breslau. Nachdem er in den Nachkriegsjahren bis 1963 in Graz gelehrt hatte wurde er als ordentlicher Professor nach Wien berufen. 1978 bis 1980 war Prof. Appelt Vorstand des Instituts für Geschichte an der Universität Wien. Seit 1. Oktober 1980 ist er emeritiert.

Kulturstadtrat Zilk würdigte die wissenschaftliche- und die Lehr-Tätigkeit der beiden Ausgezeichneten. Der Feier wohnte auch öVP-Stadtrat Dr. Goller bei. (Schluß) gab/sr

NNNN

Weihnachts- und Silvesterfeiern für Einsame (1)
=++++

2 Wien, 1.12. (RK-KOMMUNAL) Die Stadt Wien wird so wie bereits in den vergangenen Jahren auch heuer wieder in einem Großteil der Bezirke am 24. und 31. Dezember die Pensionistenklubs für einsame Menschen offenhalten. Der Besuch der Klublokalität steht allen Personen offen, auch wenn diese nicht Klubbesucher sind. Sinn und Zweck dieser Aktion ist es vor allem, wie Sozialstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER in diesem Zusammenhang erklärte, jenen alleinstehenden Wienerinnen und Wienern an diesen beiden Tagen, an denen sie sich vielleicht besonders verlassen und einsam fühlen, die Möglichkeit zu bieten, dieser Einsamkeit zu entfliehen. Interessenten, die keine Pensionistenklub-Besucher sind, können sich für diese Veranstaltungen am 24. und 31. Dezember bei den zuständigen Bezirkssozialreferaten bis spätestens 19. Dezember vormerken lassen. (Forts.) zi/sr

NNNN

Weihnachts- und Silvesterfeiern für Einsame (2)
=++++

3 Wien, 1.12. (RK-KOMMUNAL) Am Heiligen Abend werden folgende Pensionistenklubs geöffnet sein:

2, Praterstern 1, "Haus der Begegnung"	15.00 bis 18.00 Uhr
3, Weißgerberglände 24	16.00 bis 19.00 Uhr
6, Königseggasse 10, "Haus der Begegnung"	14.00 bis 17.00 Uhr
8, Lerchengasse 19	16.00 bis 19.00 Uhr
11, Enkplatz 2	15.00 bis 19.00 Uhr
12, Meidlinger Hauptstraße 4	13.30 bis 17.00 Uhr
13, Fasangartengasse 65	15.30 bis 18.00 Uhr
14, Linzer Straße 60	15.30 bis 18.00 Uhr
15, Nobilegasse 33 - 35/5	16.00 bis 18.30 Uhr
16, Wurlitzergasse 59	14.00 bis 18.00 Uhr
17, Jörgerstraße 38	15.00 bis 19.00 Uhr
17, Dr. Josef Resch-Platz 6	15.00 bis 19.00 Uhr
18, Wimarerstraße 8 - 10	15.00 bis 18.00 Uhr
20, Klosterneuburger Straße 118/19	15.00 bis 18.00 Uhr
21, Jedleseer Straße 66 - 94	14.00 bis 19.00 Uhr
22, Erzherzog Karl-Straße 65/20 (Eingang Gumplowiczstraße)	15.00 bis 20.00 Uhr

Für nachstehende Pensionistenheime Anmeldung für diese Feiern im jeweiligen Pensionistenheim.

Pensionistenheim Augarten	
2, Rauscherstraße 16	16.00 bis 18.00 Uhr
Pensionistenheim Haidehof	
11, Rzehakgasse 4	18.00 bis 20.00 Uhr
Pensionistenheim Schmelz	
15, Ibsenstraße 1	16.00 bis 18.00 Uhr
Pensionistenheim Leopoldau	
21, Kürschnergasse 10	15.00 bis 17.00 Uhr
Pensionistenheim Atzgersdorf	
23, Gatteredergasse 12	15.00 bis 18.00 Uhr

(Forts.) zi/gg

NNNN

Weihnachts- und Silvesterfeiern für Einsame (3)

=++++

4 Wien, 1.12. (RK-KOMMUNAL) Zu Silvester werden folgende Pensionistenklubs geöffnet sein:

3, Weißgerberstraße 24	17.00 Uhr bis 21.00 Uhr
7, Bernardgasse 10	16.00 Uhr bis 18.00 Uhr
11, Enkplatz 2	15.00 Uhr bis 19.00 Uhr
15, Schwendergasse 41	16.00 Uhr bis 18.30 Uhr
16, Schuhmeierplatz 17, "Albert Sever-Saal"	14.00 Uhr bis 18.00 Uhr
17, Weißgasse 15	15.00 Uhr bis 19.00 Uhr
17, Dr. Josef Resch-Platz 6	15.00 Uhr bis 19.00 Uhr

Für nachstehende Pensionistenheime Anmeldung für diese Feiern im jeweiligen Pensionistenheim:

Pensionistenheim Augarten	
2, Rauscherstraße 16	18.00 Uhr
Pensionistenheim Haidehof	
11, Rzehakgasse 4	19.30 Uhr bis 21.30 Uhr
Pensionistenheim Leopoldau	
21, Kürschnergasse 10	15.00 Uhr bis 17.30 Uhr
Pensionistenheim Atzgersdorf	
23, Gatteredergasse 12	15.00 Uhr bis 18.00 Uhr

(Schluß) zi/gg

NNNN

Wiederbelebung von Alt-Ottakring (1)
Utl.: Assanierung als erfolgreiches Modell
=++++

6 #Wien, 1.12. (RK-KOMMUNAL) Bilanz in Ottakring zog kürzlich der Gemeinderatsausschuß für Wohnen und Stadterneuerung, als er sich an Ort und Stelle vom Fortschritt im Assanierungsgebiet ueberzeugte. In Wiens erstem Stadtviertel, das vor etwa zweieinhalb Jahren durch die Verordnung der Wiener Landesregierung zum Assanierungsgebiet erklärt wurde, hat sich vieles verändert: Neue Wohnungen, Wohnungsverbesserungen, Grünflächen, eine neue Verkehrslösung, erneuerte Fassaden und eine verbesserte Infrastruktur sind das Ergebnis der intensiven Bemühungen der Stadtverwaltung.#

Zwtl.: Mehr Grün für die Bewohner

Neben einem Minipark in der Lambertgasse gibt es nun auch eine größere Parkanlage inmitten des Blocks Ottakringer Strasse - Eisnergasse - Friedrich Kaiser-Gasse und Wichtelgasse. Der Park ist öffentlich zugänglich, wird während der Nachtstunden jedoch versperrt. Das Gartenhaus im Park soll als Treffpunkt für die Eltern dienen, die ihre Spielenden Kinder betreuen. Der Verein "Grüne Insel", der hauptsächlich aus den Bewohnern des Assanierungsgebietes besteht, wird dieses Häuschen verwalten.

Zwtl.: Neue Verkehrslösung

Kern der neuen Verkehrslösung im Assanierungsgebiet ist die "Wohnstraße" Wichtelgasse, die in Anlehnung an die bestens bewährten Wohnstraßen in Holland gestaltet wurde. Durch Bäume, Kandelaber, Poller und Rampen wird der Durchzugsverkehr vermieden. Aus der ehemaligen Fahrstraße wurde eine Art Fußgängerzone mit einem Zufahrtsweg und einigen Parkplätzen für Anrainer und Lieferanten. Neue Einbahnführungen verbessern die Zufahrtsmöglichkeiten zu den bestehenden Betrieben, durch entsprechende Verkehrszeichen werden "Schleichwege" vermieden. (Forts.) ba/bs

NNNN

Wiederbelebung von Alt-Ottakring (2)
Utl.: Mehr Wohnraum pro Bewohner
=++++

7 Wien, 1.12. (RK-KOMMUNAL) Etwa zehn Prozent der alten Wohnungen konnten bereits verbessert und modernisiert werden. Fünf Althäuser wurden instandgesetzt. Zahlreiche Wohnungen wurden zusammengelegt, sodaß immer weniger Menschen in zu kleinen Wohnungen leben müssen. Neben der Verbesserung von Altwohnungen wird der durchschnittliche Wohnungsneubau gehoben. Zur Zeit sind 24 Wohnungen der Stadt Wien in der Eisnergasse 15 - 19 im Bau. Zwei Neubauvorhaben sind in Vorbereitung. Ab Frühjahr 1981 wird die Stadt Wien auf dem Grundstück Ottakringer Straße 103 15 Wohnungen und die "Volksbau" auf dem Grundstück Wichtelgasse 14 8 Wohnungen errichten. Durch die Wohnungsverbesserungen und den Neubau werden voraussichtlich im Jahr 1982 mehr als die Hälfte aller Wohnungen im Assanierungsgebiet zeitgemäß ausgestattet sein.

Zwtl.: 44 Millionen für die Assanierung

Ende 1980 werden die Kosten, die die Stadt Wien für die Assanierung in Ottakring ausgibt, 44,1 Millionen betragen. Das meiste Geld, nämlich 16 Millionen wurden für den Ankauf und für die Freimachung von Grundstücken, die zur Errichtung des Parks und der Neubauten dienen, aufgewendet. 14 Millionen fallen auf den Neubau in der Eisnergasse. 3,7 Millionen kostet die Wohnstraße - wobei ein Großteil auf die Erneuerung der Einbauten entfiel - 3,4 Millionen der Pakr. 3,5 Millionen wurden für Planungskosten und für die Gebietsbetreuung aufgewendet und etwa 2,1 Millionen standen für Sofortmaßnahmen und für die Förderung der privaten Verbesserungen zur Verfügung. (Schluß) ba/bs

NNNN

Nächtliches Schienenparkverbot im Winter
Utl.: Aufhebung des generellen Schienenparkverbotes
=++++

14 #Wien, 1.12. (RK-KOMMUNAL) Am 15. Dezember tritt eine neue Regelung des Schienenparkverbotes in Kraft: Das allgemeine Schienenparkverbot wird aufgehoben, aber in den Wintermonaten vom 15. Dezember bis 31. März bleibt während der Nacht von 20.00 bis 5.00 Uhr früh das Schienenparkverbot aufrecht, um die Schneeräumung zu erleichtern.#

Dies wurde am Montag im Rahmen einer Verkehrsverhandlung unter dem Vorsitz von Stadtrat Heinz NITTEL festgelegt. Grund für diese Maßnahme: Die bisherige Regelung war in der Praxis kaum eingehalten worden, konnte von der Polizei nicht wirksam überwacht werden und stieß deshalb auch auf kein Verständnis bei der Bevölkerung. Das wesentliche Motiv des Verbots, den öffentlichen Verkehrsmitteln eine ungehinderte Fahrt zu ermöglichen, konnte dadurch nicht verwirklicht werden. Nunmehr sollen statt des praktisch unwirksamen generellen Schienenparkverbotes schrittweise, Straße für Straße, wo es notwendig ist, flankierende Maßnahmen (Halteverbote, Ladezonen, Kurzparkzonen) gesetzt werden, um die Gleise für die Straßenbahn freizuhalten und die Erfordernisse des Wirtschaftsverkehrs zu erfüllen. (Schluß) ger/sr

NNNN

Basteln - Schenken - Freude Machen
Utl.: Weihnachtsaktion des Landesjugendreferates
=++++

15 #Wien, 1.12. (RK-LOKAL) Wer zu Weihnachten einem Kind eine Freude machen möchte, ist herzlich eingeladen, sich an der Weihnachtsaktion zu beteiligen, die das Landesjugendreferat gemeinsam mit dem ORF-Landesstudio Wien durchführt.

Unter dem Motto "Basteln - Schenken - Freude Machen" können selbstgebastelte Geschenke in der Woche vom 15. bis 19. Dezember täglich zwischen 13 und 19 Uhr in der Volkshalle des Rathauses abgegeben werden. Alle Geschenke, die bis zum 19. Dezember im Rathaus eingetroffen sind, werden vom Jugendamt an Kinder weitergeleitet.#

Vorher werden sie allerdings am 21. Dezember (10. Familiensonntag) ab 13 Uhr im Festsaal des Rathauses zu sehen sein. Eine Jury vergibt für die hübschesten oder originellsten Arbeiten Anerkennungspreise (Bücher, Spielkoffer u.a.)

Zwtl.: 100.000 Besucher beim Familiensonntag

Beim gestrigen 9. Familiensonntag konnte bereits der 100.000ste Besucher dieser Aktion begrüßt werden. Wiens Familienstadträtin Vizebürgermeister Gertrude FRÖHLICH-SANDNER überreichte im Museum moderner Kunst im Palais Liechtenstein der kleinen Angela Etschmaier aus dem 10. Bezirk einen Spielkoffer für die ganze Familie und einen goldenen Rathausmann. (Schluß) emw/sr

NNNN

rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800 2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband

rk

gegründet 1861

Dienstag, 2. Dezember 1980 Blatt 3404

Heute in der "Rathaus-Korrespondenz":

Kommunal: Verbesserte ärztliche Versorgung
(rosa) Stadtwerke-Wirtschaftsplan 1981 beschlossen
Stadtbaudirektor Dipl.-Ing. Seda geht in Pension
Verkehrsbetriebe-Netzkarte als Weihnachtsgeschenk

Lokal: 7. Schultheaterfestival eröffnet
(orange) Weitere Verkehrsmaßnahmen am Innenring
10 Jahre Beratungsstelle der Rechtsanwälte

Nur
über FS: 1.12. Verstopfte Weichen behindern Straßenbahnverkehr
2.12. Mit einem Großaufgebot gegen Glätte und Schnee
Christbaum-Verkauf beginnt am 12. Dezember
Brand in Fleischhalle - Veterinär gerettet

Eigentümer, Herausgeber, Verleger und Druck: Presse- und Informationsdienst der Stadt Wien (PID)
1, Rathaus, 3. Stiege, A 1082 Wien · Telephon 42 8 00 Durchwahl Kl. 29 71 · FS 13-3240
Chefredakteur: Prof. Alois Brunnthaler · Für den Inhalt verantwortlich: Stellv. Chefred. Robert Prosel

7. Schultheaterfestival eröffnet (1)
=++++

4 Wien, 2.12. (RK-LOKAL) In Anwesenheit von Vizebürgermeister Gertrude FRÖHLICH-SANDNER begann Montag abend im Theatersaal des Konservatoriums der Stadt Wien das 7. Wiener Schultheaterfestival. 20 Gruppen (insgesamt 317 Kinder und Jugendliche) nehmen daran teil. Gespielt wird bis incl. 5. Dezember täglich zwischen 18 und 20 Uhr bei freiem Eintritt.

Die auftretenden Gruppen kommen aus folgenden Schultypen: Volksschule, Hauptschule, Integrierte Gesamtschule, Allgemeinbildende Höhere Schule, Handelsschule, Kinderpflegerinnenschule und Akademie für Sozialarbeit.

Die Abschlußveranstaltung des 7. Wiener Schultheaterfestivals findet am 11. Dezember von 15 bis 17 Uhr im Raimundtheater statt. Im Anschluß daran lädt Vizebürgermeister Gertrude FRÖHLICH-SANDNER alle beim Schultheaterfestival mitwirkenden Kinder und Jugendlichen in den Festsaal des Wiener Rathauses zu einem Empfang. Bei diesem Empfang werden an alle teilnehmenden Gruppen Urkunden und als Förderungspreis je 3.000 S übergeben. Diese von der Ersten österreichischen Sparkasse gestifteten Geldpreise sind zweckgebunden und sollen für Anschaffungen verwendet werden, die mit der Arbeit der Schulspielgruppe in Zusammenhang stehen. (Forts.) emw/sr

NNNN

7. Wiener Schultheaterfestival eröffnet (2)

=++++

5 Wien, 2.12. (RK-LOKAL) Ein Team von Fachleuten, das bei allen Aufführungen des Schultheaterfestivals anwesend sein wird, steht allen Spielleitern bei einem Seminar am 14. Dezember für Gespräche zur Verfügung. Auch eine Schülerrunde (aus jeder Spielgruppe ein Vertreter) wird an dem Seminar teilnehmen. Der Erfahrungsaustausch und das Gespräch mit den Fachleuten soll für die weitere Arbeit Impulse setzen und Anregungen vermitteln.

Zwtl.: Spielformen und Themen

Wie schon der Trend der vergangenen Jahre gezeigt hat, gewinnt im Schulspiel die kreative Gruppenarbeit immer mehr an Bedeutung. Denn mehr als die Hälfte der Produktionen basiert nicht auf bestehenden Textvorlagen.

Waren in den vergangenen Jahren Generationskonflikte, Werbung und Schule beliebte Themen, so tauchen heuer immer wieder Inhalte wie Alleinsein, Angst vor dem Erwachsenwerden und Bewußtmachen stereotyper ritualisierter Phrasen und Gesten unserer Gesellschaft auf. Aber auch Theateretüden von Tardieu, Awertschenko und St. Exupery werden beim heurigen Schultheaterfestival gezeigt. (Schluß)

emw/iw

NNNN

Verbesserte ärtzliche Versorgung (1)
Utl.: Gesundheitsbericht 1979 erschienen
=++++

7 #Wien, 2.12. (RK-KOMMUNAL) In Wien konnte 1979 die ärztliche Versorgung weiter verbessert werden. Die rückläufigen Gesundenuntersuchungen sollen durch gezielte Maßnahmen wieder attraktiver gestaltet werden. Herz-Kreislauf-Erkrankungen sind nach wie vor Todesursache Nummer eins in Wien. Dies erklärte Montag Gesundheits- und Sozialstadtrat Univ.Prof. Dr. Alois STACHER anläßlich der Präsentation des Gesundheitsberichtes für das Jhar 1979.#

Laut Stacher ist die Zahl der praktischen Ärzte in der Bundeshauptstadt aufgrund verschiedener Förderungsmaßnahmen seit dem Jahre 1978 wieder gestiegen. So wurde die seit dem Jahre 1976 im Gesundheitsamt eingerichtete Beratungsstelle für Ärzteniederlassungen im Berichtsjahr von ca. 200 Ärzten in Anspruch genommen. Im Rahmen der Kreditaktion wurden bis 31. Dezember 1979 40,5 Millionen Schilling von den neu niedergelassenen Ärzten beansprucht. Ferner konnten auch in den zehn in Zusammenarbeit mit der Ärztekammer geführten Lehrpraxen 29 junge Ärzte auf ihre Tätigkeit als Praktiker vorbereitet werden. Im Dezember 1979 gab es in Wien 1.084 niedergelassene praktische Ärzte (wovon 763 einen Vertrag mit der Gebietskrankenkasse hatten), im Vergleich dazu: 1979 arbeiteten in Wien 1.044 praktische Ärzte, 1978 betrug deren Zahl bereits 1.055, davon 736 mit einem Kassenvertrag. Ergänzend dazu wurden auch die 1975 zunächst als Modellversuch gestartete Aktion "Mobile Krankenschwestern" auf sämtliche Bezirke Wiens ausgedehnt. Insgesamt wurden von 74 Schwestern 137.443 Hausbesuche bei 3.906 Patienten durchgeführt, das waren um 30.543 mehr als 1978. Insgesamt wurden die Diplomschwestern von 452 Ärzten als "verlängerter Arm" in Anspruch genommen (1978 waren es 394). (Forts.) zi/bs

NNNN

Verbesserte ärztliche Versorgung (2)
Utl.: Früherkennung entwicklungsgestörter Kinder
=++++

8 Wien, 2.12. (RK-KOMMUNAL) Das Gesundheitsamt führt gemeinsam mit der Universitätskinderklinik ein "Zentrum für Entwicklungsdiagnostik und cerebrale Bewegungsstörungen". Damit sollen kindliche Gehirnschäden und kinderneurologische Störungen zeitgerecht erfaßt und betreut werden. 1979 untersuchten die Ärzte insgesamt 425 Kinder, von denen bei 179 eine Entwicklungsstörung festgestellt wurde. Im Jänner 1979 eröffnete das Gesundheitsamt, eine weitere derartige Spezialambulanz im 10. Bezirk, Gellertgasse 42. Im Berichtsjahr wurden ca. die Hälfte aller in Wien geborenen Kinder, die bei der Geburt Risken aufwiesen, vom Gesundheitsamt zu den zwei Nachuntersuchungen (im 4. und 7. Lebensmonat) eingeladen. Diese Risikokinder-Erfassung ist mittlerweile auf sämtliche geburtshilflichen Abteilungen Wiens ausgedehnt worden. Zusammen mit der bereits vor der Geburt angebotenen Risikoschwangeren-Beratung in diversen geburtshilflichen Ambulanzen wird damit eine wesentliche Ergänzung zum Mutter-Kind-Pass angeboten.

Zwtl.: Gesundenuntersuchungen sollen effizienter werden

Gegenüber 1978 ist die Zahl der in den sechs städtischen Gesundenuntersuchungsstellen untersuchten Personen von 6.598 auf 6.270 gesunken. Insgesamt kamen 2.323 Männer und 3.947 Frauen in die Untersuchungsstellen. In 4.393 Fällen wurden behandlungsbedürftige Leiden diagnostiziert, bei 915 Untersuchten ein erhöhter Blutdruck, bei 480 Diabetes und bei 645 Untersuchten wurden Krankheiten festgestellt, die unbehandelt in ein Krebsleilden übergehen können. Wie Gesundheitsstadtrat STACHER in diesem Zusammenhang erklärte, sei daran gedacht, die gegenwärtigen Gesundenuntersuchungen künftighin nach Risikogruppen und altersspezifisch durchzuführen. (Forts.)
zi/sr

NNNN

Verbesserte ärztliche Versorgung (3)
Utl.: Herzkreislauferkrankungen, Impfmüdigkeit
=++++

9 Wien, 2.12. (RK-KOMMUNAL) Die Zahl der Gestorbenen ging wie der Stadtrat ausführte, in Wien 1979 auf 25.337 Personen gegenüber 26-212 Personen im Jahre 1978 zurück. Bei den Todesursachen halten nach wie vor die Herzkreislauferkrankungen mit 8.996 Sterbefällen den Rekord, gefolgt von krebsartigen Geschwüren, die bei 5.548 Verstorbenen festgestellt wurden und Gefäßerkrankungen in 5.368 Fällen..

Als alarmierend bezeichnete der Gesundheitsstadtrat die Tatsache, daß die Impfmüdigkeit der Wiener Bevölkerung ständig zunimmt. So nahm etwa die Beteiligung bei der Polioimpfaktion im letzten Winter gegenüber dem Vorjahr um 38 Prozent ab. Bei Anhalten dieser schlechten Impfbeteiligung ist in Zukunft bei einer Einschleppung eines Falles aus dem Ausland eine weitere Verbreitung der Krankheit zu befürchten. Ähnlich rückläufig ist bedauerlicherweise auch die Frequenz bei der Grippeschutzimpfung. (schluß) zi/iw

NNNN

Stadtwerke-Wirtschaftsplan 1981 beschlossen (1)

=++++

10 #Wien, 2.12. (RK-KOMMUNAL) In einer gemeinsamen Sitzung des Stadtsenates und des Finanzausschusses legte am Dienstag Stadtrat Heinz NITTEL den Wirtschaftsplan der Wiener Stadtwerke für das Jahr 1981 vor. Er wurde mit Stimmenmehrheit beschlossen. Der Stadtwerke-Wirtschaftsplan setzt sich aus dem Erfolgs-, dem Investitions-, dem Anleihedienst und dem Finanzplan zusammen.

Im Erfolgsplan für das Jahr 1981 stehen voraussichtlichen Erträgen von 15,6 Milliarden (Wirtschaftsplan 1980: 13,5 Milliarden) Aufwendungen in der Höhe von 16,7 Milliarden (1980: 14,4 Milliarden) gegenüber. Daraus ergibt sich ein prognostizierter Verlust von etwas mehr als einer MIlliarde (1980: 924 Millionen). Der Grund dafür liegt in den sprunghaft steigenden Rohenergiepreisen, welche die Elektrizitätswerke und Gaswerke zu bezahlen haben. Beide Unternehmungen sahen sich deshalb gezwungen, eine Erhöhung der Tarife für Strom beziehungsweise Gas zu beantragen. Die Auswirkungen dieser beabsichtigten Tariferhöhungen konnten aber im Wirtschaftsplan natürlich noch nicht berücksichtigt werden. Deshalb mußte ein Teil der vorgesehenen Investitonen vorläufig gesperrt werden. Eine Erhöhung der Gastarife um 14 Prozent wurde inzwischen vom Stadtsenat bereits beschlossen.

Die Elektirizitätswerke rechnen im Jahr 1981 mit einem weiteren Steigen des Stromverbrauchs um rund 4,3 Prozent, bei den Gaswerken wird eine um 4,4 Prozent auf insgesamt fast 447 Millionen.

Der Investitionsplan der Wiener Stadtwerke für das Jahr 1981 sieht Investitonen in der Gesamthöhe von fast 2,7 Milliarden (1980: ebenfalls 2,7 Milliarden) vor, von denen mangels Bedeckung vorläufig 654 Millionen (24,4 Prozent) gesperrt werden mußten.#

(Forts.) ger/bs

NNNN

Stadtwerke-Wirtschaftsplan 1981 beschlossen (2)

=++++

11 Wien, 2.12. (RK-KOMMUNAL) Die Elektrizitätswerke planen für 1981 Investitionen in der Höhe von 1,7 Milliarden. Der Schwerpunkt liegt dabei auf dem Ausbau der Leitungsnetze sowie der Umspann- und Unterwerke. Die größten Vorhaben sind im einzelnen der Ausbau der 380 kV-Leitung zwischen den Umspannwerken Kendlerstraße und Süd sowie der Umspannwerke Mariahilf Süd, Kendlerstraße, Gaudenzdorf und Nord.

Bei den Gaswerken sind im kommenden Jahr Investitionen im Ausmaß von 240 Millionen vorgesehen. Auch hier liegt das Schwergewicht bei jenen Anlagen, die der Fortleitung und Verteilung der Energie dienen. Im Bereich des Rohrnetzes kommen zu den im Investitionsplan vorgesehenen 87 Millionen für die Verlängerung noch Sanierungen und Auswechslungen, die im Erfolgsplan mit 496 Millionen Schilling veranschlagt werden.

Die Verkehrsbetriebe planen Investitionen in der Höhe von 678 Millionen, vor allem für den Ersatz alter Autobusse, für Gleiserneuerungen und -verlegungen. Die Städtische Bestattung schließlich wird voraussichtlich rund 18 Millionen vor allem für die Ausgestaltung von Aufbahrungshallen auf Friedhöfen aufwenden.

Der größte Teil der Investitionen der Wiener Stadtwerke fließt in Form von Aufträgen in die österreichische Wirtschaft und bildet damit einen nicht unwesentlichen Beitrag zur Sicherung von Arbeitsplätzen.

Im Anleihedienstplan ist für 1981 die Tilgung von Krediten in der Höhe von insgesamt rund 1,6 Milliarden Schilling vorgesehen.

(Forts.) ger/sr

NNNN

Stadtwerke-Wirtschaftsplan 1981 beschlossen (3)
Utl.: Der Finanzplan
=++++

12 Wien, 2.12. (RK-KOMMUNAL) Der Finanzplan für das Jahr 1981 weist einen Geldbedarf von 19,6 Milliarden aus. Davon sind 16,7 Milliarden gedeckt. Der Fehlbetrag vermindert sich durch die vorläufige Investitionssperre um 654 Millionen. Der Rest soll durch Anleihen und Kredite in der Höhe von 2,2 Milliarden aufgebracht werden. Im Finanzplan sind der auch im Erfolgsplan verankerte, vom Wiener Gemeinderat im Rahmen der Entschuldung der Verkehrsbetriebe beschlossene Betriebskostenzuschuß der Hoheitsverwaltung an die Verkehrsbetriebe in der Höhe von 1,4 Milliarden und darüber hinaus eine Kapitalaufstockung der Verkehrsbetriebe von mehr als einer halben Milliarde zur Finanzierung der Investitionen enthalten.

ÖVP-Gemeinderat Fritz HAHN kritisierte, daß sich die Lage bei den Wiener Stadtwerken trotz des Sanierungskonzeptes kaum gebessert habe.

Der Stadtwerke-Wirtschaftsplan stand anschließend auch im Mittelpunkt des Pressegesprächs von Bürgermeister Leopold GRATZ. (Forts.mgl.) ger/iw

NNNN

Stadtbaudirektor Dipl.-Ing. Seda geht in Pension

=++++

13 #Wien, 2.12. (RK-KOMMUNAL) Wiens Stadtbaudirektor Dipl.-Ing. Dr. Anton SEDA geht mit Jahresende in Pension. Er bekleidete sein Amt seit 1974. Der Wiener Stadtsenat genehmigte Dienstag auf Ansuchen von Seda die Versetzung in den Ruhestand. Der Wiener Gemeinderat wird dem scheidenen Stadtbaudirektor den Dank aussprechen.#

Erst kürzlich wurde Stadtbaudirektor Dipl.-Ing. Anton Seda mit einem hohen Bundesorden, dem Großen Goldenen Ehrenzeichen für Verdienste um die Republik österreich ausgezeichnet. Bürgermeister Leopold GRATZ würdigte bei diesem Anlaß die Verdienste des Stadtbaudirektors um die Einführung der Netzplantechnik, der U-Bahn-Planung und den Bau der UNO-City.

Zwtl.: Nachfolger gesucht

Inzwischen hat die Magistratsdirektion den Posten des Stadtbaudirektors ausgeschrieben. Als besondere Voraussetzungen werden dafür u.a. genannt: Ressortübergreifende Koordinierung in den Bereichen Planung, Baudurchführung, Baupolizei, Preis- und Qualitätsprüfung sowie die begleitende Kontrolle, vor allem bei Großprojekten. (Schluß) pr/sr

NNNN

Weitere Verkehrsmaßnahmen am Innenring

=++++

14 #Wien, 2.12. (RK-LOKAL) Eine weitere Reduzierung des Verkehrsaufkommens am Innenring soll ab Anfang Jänner durch eine Reihe zusätzlicher Verkehrsmaßnahmen erreicht werden. Die Grundzüge: Die Einbahnführung der Strauchgasse soll umgedreht werden (also von der Herrengasse in Richtung Freyung/Heidenschuß). Dadurch ist eine weitere wesentliche Reduzierung des Verkehrs in der Herrengasse zu erwarten. Die innerstädtische Autobuslinie "2 S" soll nicht mehr durch die Strauchgasse, sondern über den Kohlmarkt geführt werden. Eine Ausnahme für Taxis wird es am Kohlmarkt allerdings nicht geben. Die Durchfahrt über den Innenring beim Michaelerplatz wird ganztägig nur mehr für Taxis und Radfahrer möglich sein. Probeweise sollen auch Maßnahmen zur Erleichterung der Zufahrt in der Habsburgergasse getroffen werden.#

Dies teilte Stadtrat Heinz NITTEL am Dienstag im Pressegespräch des Bürgermeisters mit. Dienstag vormittag fand eine Verkehrsverhandlung über die geplanten zusätzlichen Maßnahmen am Innenring statt. Die Bezirksvertretung, die Handelskammer und die Arbeiterkammer behielten sich ihre Stellungnahme zu diesen Vorschlägen noch vor. (Schluß) ger/sr

NNNN

Verkehrsbetriebe-Netzkarte als Weihnachtsgeschenk

=++++

15 #Wien, 2.12. (RK-KOMMUNAL) "Schenken mit Verstand und Liebe - eine Netzkarte der Verkehrsbetriebe!" Unter diesem Motto machen die Wiener Verkehrsbetriebe auf eine nette und sinnvolle Geschenkidee für Weihnachten aufmerksam: Gratisfahrten mit öffentlichen Verkehrsmitteln. Geschenkgutscheine zum Preis von 395 Schilling für eine Monatsnetzkarte beziehungsweise 1.975 Schilling für eine Halbjahresnetzkarte sind in allen Vorverkaufsstellen der Wiener Verkehrsbetriebe erhältlich.#

Stadtrat Heinz NITTEL stellte diese neue Werbeaktion der Wiener Verkehrsbetriebe am Dienstag im Pressegespräch des Bürgermeisters vor. (Schluß) ger/gg

NNNN

10 Jahre Beratungsstelle der Rechtsanwälte

=++++

16 #Wien, 2.12. (RK-LOKAL) Seit zehn Jahren besteht der anwaltliche Beratungsdienst der Rechtsanwaltskammer für Wien, Niederösterreich und Burgenland. Fast 2.500 Wiener Rechtsanwälte haben in dieser Zeit etwa 40.000 Personen beraten, wobei die Zahl der Ratsuchenden von etwa tausend im ersten Jahr auf 5.000 im vorigen Jahr gestiegen ist.#

Bürgermeister Leopold GRATZ gratulierte der Kammer zur Leistung des Beratungsdienstes, den er als wertvolle Ergänzung der verschiedenen öffentlichen Servicestellen bezeichnete. Der politische Mandatar wird immer wieder in Rechtsfragen um Rat oder Hilfe gefragt, in denen er nichts sagen kann oder gar nichts sagen darf, weil das einem Rechtsanwalt vorbehalten ist.

Der Präsident der Rechtsanwaltskammer Dr. Walter SCHUPPICH dankte dem Bürgermeister für die Unterstützung der Beratungsstelle, die es ermöglichte, bei der Seniorenwoche und anderen Veranstaltungen Gratisberatungen durchzuführen. Vor allem geht es darum, über die besten Möglichkeiten zur Durchsetzung eines Rechtsanspruches zu informieren und dabei auch Prozesse zu vermeiden. (Schluß) sti/gg

NNNN

rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800 2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband

rk

gegründet 1861

Mittwoch, 3. Dezember 1980

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Kommunal: (rosa)
- Planungsausschuß beschloß U 6-Neubaustrecke
- Gutheil-Schoder-Gasse fertig
- Stadtwerke-Wirtschaftsplan--Richtigstellung
- FPÖ lehnt Wiener Budget ab
- 1 Million für Brandschutzmaßnahmen
- Verwaltungsakademie jubiliert
- Wiener Krankenanstaltenverband konstituiert

Lokal: (orange)
- Taxifahren wird um rund zehn Prozent teurer
- Wiens Jugend fotographierte Sport
- Desinfektionsmittel für Erdbebenopfer
- Verdienstzeichen für Polizeibeamte
- Matzenauer lobt Lehrer

Nur über FS:

2.12.
- Verkehrsmaßnahmen
- Wohnungsbrand in der Leopoldstadt

3.12.
- Schneeräumung fortgesetzt
- Dachbrand im "O"-Wagen
- Mauer: LKW blockierte Straßenbahn

Eigentümer, Herausgeber, Verleger und Druck: Presse- und Informationsdienst der Stadt Wien (PID)
1, Rathaus, 3. Stiege, A 1082 Wien · Telephon 42 8 00 Durchwahl Kl. 29 71 · FS 13-3240
Chefredakteur: Prof. Alois Brunnthaler · Für den Inhalt verantwortlich: Stellv. Chefred. Robert Prosel

Planungsausschuß beschloß U 6-Neubaustrecke (1)

=++++

1 #Wien, 3.12. (RK-KOMMUNAL) Der Gemeinderatsausschuß für Stadtplanung beschloß Dienstag die Trassenführung der künftigen U 6 zwischen Tscherttegasse und Gumpendorfer Straße: Nördlich der Donauländebahn bis zur Philadelphiabrücke wird die Trasse der derzeitigen Straßenbahnlinie "64" umgebaut. Von hier führt sie weiter über Vivenotgasse und Schönbrunner Straße bis zur derzeitigen Stadtbahnstation Gumpendorfer Straße, wo sie in die bestehende Gürtel-Stammstrecke einmündet. Stationen werden sich bei der Philadelphiabrücke, der Niederhofstraße und der Längenfeldgasse befinden. In der Station Längenfeldgasse wird die Möglichkeit zum bequemen Umsteigen in die U 4 (Heiligenstadt - Hütteldorf) bestehen. Die Nettokosten für den Abschnitt Philadelphiabrücke - Gumpendorfer Straße betragen auf Preisbasis 1978 knapp zwei Milliarden Schilling. Für den Abschnitt bis in den Bereich Donauländebahn laufen derzeit vorbereitende Planungen.#

Die Streckenführung, die zwischen Philadelphiabrücke und Gumpendorfer Straße aus fünf Hauptvarianten ausgewählt wurde, entspricht auch dem einstimmigen Beschluß der Bezirksvertretung Meidling. Die neue U-Bahn-Linie wird eine Aufwertung des Bereiches "untere Meidlinger Hauptstraße - Meidlinger Markt" bringen, die sich vorteilhaft für Geschäfte und Betriebe, vor allem aber für die Stadterneuerung sowohl im Meidlinger Bezirksteil "Wilhelmsdorf" als auch auf dem "Storchengrund" im 15. Bezirk auswirken wird. Die gegenwärtig laufenden Untersuchungen zur Stadterneuerung nehmen auf das U-Bahn-Projekt bereits Rücksicht. Zudem werden im östlichen Teil von Meidling und im Süden des 15. Bezirks die Schulen künftig besser erschlossen werden können. Das übrige öffentliche Verkehrsnetz wird entsprechend angepaßt werden. (Forts.) and/gg

NNNN

Planungsausschuß beschloß U 6-Neubaustrecke (2)
=++++

2 Wien, 3.12. (RK-KOMMUNAL) Die Trasse ist im allgemeinen auf Höchstgeschwindigkeiten zwischen 70 und 80 km/h ausgelegt und wird vorerst mit den neuen Zweirichtungs-Triebwagen der Type E 6 befahren werden. Später werden sie durch die "Silberpfeile" der U-Bahn abgelöst werden. Über die Wienzeile wird bei der Harthauserbrücke eine neue Brücke gebaut werden.

Etwas mehr als ein Drittel der rund 2,1 km langen Strecke nördlich der Philadelphiabrücke wird in geschlossener Bauweise errichtet. Die offene Bauweise wird für alle Stationsbauwerke sowie die Abschnitte Eichenstraße - Zeleborgasse und ab der Schönbrunner Straße gewählt.

Die Station Niederhofstraße wird sich zwölf Meter unter der Oberfläche befinden, während die viergleisige Umsteigestation Längenfeldgasse nur fünf Meter unter dem Straßenniveau liegen wird. Diese Station wird in mehreren Bauphasen unter Aufrechterhaltung des Betriebs der U 4 gebaut.

Mit dem Bau soll gegen Ende 1982 begonnen werden, die Fertigstellung ist für die zweite Hälfte 1987 geplant. Der Probebetrieb soll im zweiten Quartal 1987 aufgenommen werden.

Die Beurteilung der Trassenvarianten erfolgte nach der Einschätzung ihrer städtebaulichen Auswirkungen auf den Bestand bzw. auf die gegenwärtig absehbaren Entwicklungen in den betreffenden Bezirksteilen. Die nun beschlossene Variante bietet größere Entwicklungsmöglichkeiten. Die Station Niederhofstraße ist im Hinblick auf die Fußwege und die zentralen Einrichtungen des 12. Bezirks am günstigsten. Eine Weiterbenützung der Stadtbahnbrücke über die "Zeile" würde den Abbruch zahlreicher Wohnhäuser notwendig machen und sehr hohe Mehrkosten verursachen. Gespräche über die künftige Nutzung der Brücke finden derzeit statt. Die nun gewählte Variante gewährleistet eine relativ geringe Beeinträchtigung der Oberfläche und der Bebauung. Sie entspricht auch am besten den betrieblichen Erfordernissen der U-Bahn. (Forts.) and/bs

NNNN

Planungsausschuß beschloß U 6-Neubaustrecke (3)
Utl.: Wichtige Vorarbeiten in Meidling
=++++
3 Wien, 3.12. (RK-KOMMUNAL) Ebenfalls in seiner letzten Sitzung beschloß der Planungsausschuß die Vergabe eines Vorprojekts und einer konstruktiven Studie für den Abschnitt Tscherttegasse - Vivenotgasse. Sie wird als Grundlage für die Bauauschreibung dienen.
(Schluß) and/gg

NNNN

Taxifahren wird um rund zehn Prozent teurer
=++++

5 #Wien, 3.12. (RK-LOKAL) Mit 15. Dezember 1980 tritt eine Verordnung des Landeshauptmannes von Wien, betreffend die Abänderung des Taxitarifes, in Kraft, verlautbart im Landesgesetzblatt für Wien, 31. Stück, ausgegeben am 1. Dezember 1980. Danach verteuert sich das Taxifahren in der Bundeshauptstadt um rund zehn Prozent.#

Während die Grundtaxe unverändert 22 Schilling beträgt, wurde die Streckentaxe für den laufenden Kilometer auf 8 Schilling (bisher 7 Schilling) angehoben. Die Zeittaxe für Wartezeiten erhöht sich von 90 auf 120 Schilling pro Stunde, der Zuschlag bei Fahrten zum Flughafen Schwechat wurde von 70 auf 80 Schilling angehoben.

Die Fahrpreisanzeiger müssen bis 15. Juni 1981 dem neuen Tarif entsprechend umgebaut werden. Ihre Zahlen werden danach den 2 Schilling-Sprung aufweisen, statt wie bisher um 1 Schilling zu springen. Bis zum Umbau des Fahrpreisanzeigers muß in den Taxis ein mit dem Siegel der Kammer der gewerblichen Wirtschaft für Wien - Fachgruppe für die Beförderungsgewerbe mit Personenkraftwagen versehener Hinweis in deutscher, englischer und französischer Sprache folgenden Inhalts angebracht werden: "Fahrpreisanzeigen noch nicht umgebaut. Zuschlag von 6 Schilling pro Fahrt zulässig".

Die letzte Abänderung des Wiener Taxitarifs erfolgte 1978 als Inflationsabgeltung: damals wurde die Grundtaxe auf 19 Schilling angehoben. 1979 gestattete eine Verordnung des Landeshauptmannes einen Zuschlag von 3 Schilling pro Fahrt wegen der Preiserhöhung für Dieseltreibstoff. (Schluß) we/gg

NNNN

Wiens Jugend fotographierte Sport

=++++

7 Wien, 3.12. (RK-LOKAL) Kinder und Jugendliche aus Wien waren im vergangenen Sommer mit der Kamera unterwegs, um das Thema "Menschen und Sport" im Bild festzuhalten. Die Anregung dazu ging vom Landesjugendreferat aus, das im Rahmen von Ferienspiel und Ferien-Club zu diesem Fotobewerb eingeladen hatte. Die besten Einsendungen sind bis 12. Dezember in der Kassenhalle der Länderbank in Wien 1, Am Hof 2 zu sehen. Die Ausstellung wurde Mittwoch von Vizebürgermeister Gertrude FRÖHLICH-SANDNER eröffnet.

Anläßlich der Eröffnung erhielten die Gewinner der Fotobewerbe von Ferienspiel und Ferien-Club wertvolle Preise überreicht. Die besten Fotos wurden übrigens von einer Jury ausgewählt, der neben Vizebürgermeister Fröhlich-Sandner auch zwei Pressefotographen, ein Kulturjournalist, ein Vertreter der Länderbank, ein Vertreter der Firma Kodak sowie Vertreter des Landesjugendreferates angehörten. (Schluß) emw/sr

NNNN

Gutheil-Schoder-Gasse fertig

=++++

9 #Wien, 3.12. (RK-KOMMUNAL) Die niveaufreie Kreuzung der Gutheil-Schoder-Gasse mit den Bahnanlagen der ÖBB und der Badner Bahn im 23. Bezirk wird am kommenden Freitag, dem 5. Dezember, um 8 Uhr, durch Stadtrat Heinz NITTEL offiziell dem Verkehr übergeben.#

Der neu ausgebaute Straßenzug Gutheil-Schoder-Gasse - Computerstraße zwischen Anton Baumgartner-Straße und Triester Straße dient nicht nur zur Erschließung des Industriegebietes "Gelbe Haide" (Philips-Werk, ca. 3.000 Arbeitsplätze), sondern verbessert auch die Verkehrsverhältnisse für die Wohnbevölkerung in diesem Gebiet, vor allem der Wohnhausanlage Am Schöpfwerk.

Die Kosten für das Gesamtprojekt, zu dem die Überführung der Bahnanlagen (die Straße verläuft unterhalb der Bahn), eine neue Station der Badner Bahn, der Ausbau des Straßenzuges Gutheil-Schoder-Gasse - Computerstraße, die Verbreiterung einer Brücke über die Liesing und zwei neue Verkehrsampeln an den Kreuzungen mit der Anton Baumgartner-Straße und mit der Triester Straße gehören, beliefen sich auf rund 170 Millionen Schilling. Einige Daten: Der Aushub betrug 40.000 m3, die Dammschüttung 120.000 m3, 26.000 m2 Fahrbahn und 10.000 m2 Gehsteige wurden hergestellt. Die Bauzeit betrug eineinhalb Jahre, der Zeitplan konnte praktisch auf den Tag genau eingehalten werden. (Schluß) ger/hk

NNNN

Stadtwerke-Wirtschaftsplan-Richtigstellung

=++++

11 Wien, 3.12. (RK-KOMMUNAL) Wir bitten die gestrige RK-Meldung Nr. 10 - Stadtwerke-Wirtschaftsplan 1981 beschlossen (1)/Blatt 3410 - im dritten Absatz richtig zu lesen:

Die Elektrizitätswerke rechnen im Jahr 1981 mit einem weiteren Steigen des Stromverbrauchs um rund 4,3 Prozent, bei den Gaswerken wird eine um 4,4 Prozent höhere Gasabgabe angenommen. Die Verkehrsbetriebe prognostizierten ein Steigen der Fahrgastzahlen um etwa zwei Prozent auf insgesamt fast 447 Millionen.

(Schluß) red/hk

NNNN

FPÖ lehnt Wiener Budget ab

=++++

12 Wien, 3.12. (RK-KOMMUNAL) Die Wiener FPÖ wird das Budget 1981 ablehnen, weil trotz eines Rekorddefizits von 4,6 Milliarden der Investitionsanteil mit 15,9 Prozent einen neuen Tiefstand erreicht, erklärte Gemeinderat Dr. Erwin HIRNSCHALL Mittwoch in einem Pressegespräch. Bei vordringlichen kommunalen Investitionsvorhaben wurde aus Geldmangel der Rechenstift angesetzt. Für das Geriatrische Krankenhaus in der Webergasse gibt es keine Mittel, die Ausgaben für die (röm.) 3. Wasserleitung, für die Erneuerung des Wasserrohrnetzes und für den Bau des Hochwasserschutzes wurden empfindlich gekürzt.

Die finanzielle Misere Wiens ist Folge einer jahrelangen Mißwirtschaft. Eine Kette von Fehlplanungen, schiefgegangenen wirtschaftlichen Abenteuern und falschen Prioritätensetzungen führte zu einem Ausräumen der Wiener Gemeindekasse. Nun muß man in schwierigen wirtschaftlichen Zeiten sprunghaft wachsende Budgetdefizite in Kauf nehmen. Sollte es zu einem Konjunktureinbruch kommen, wird man im Wiener Budget auf keine Reserven mehr zurückgreifen können.

Hirnschall kündigte an, daß die FPÖ im Wiener Gemeinderat den Antrag stellen wird, daß bei allen Großbauvorhaben der Stadt Wien eine begleitende Kontrolle eingerichtet wird. Darunter fallen Vorhaben wie der U-Bahn-Bau, der verbesserte Hochwasserschutz und der Bau des Sozialmedizinischen Zentrums Ost. (Schluß) sei/bs

NNNN

1 Million für Brandschutzmaßnahmen

=++++

13 Wien, 3.12. (RK-KOMMUNAL) Im Krankenhaus Floridsdorf werden gegenwärtig aufgrund von Empfehlungen der Feuerwehr, des Katastrophenschutzes und der Baupolizei verschiedene bauliche Maßnahmen zur Verbesserung des Brandschutzes durchgeführt. Dienstag beschloß der Gemeinderatsausschuß für Gesundheit und Soziales den dafür erforderlichen Sachkredit in der Höhe von 1,7 Millionen um eine weitere Milion auf 2,7 Millionen zu erhöhen (Schluß) zi/sr

NNNN

Desinfektionsmittel für Erdbebengebiete

=++++

14 Wien, 3.12. (RK-LOKAL) Im süditalienischen Erdbebengebiet werden dringend Desinfektionsmittel zur Abwehr der Seuchengefahr gebraucht. Das Serotherapeutische Institut Wien liefert - im Zusammenhang mit dem Malteserorden - 1.000 Liter Desinfektionsmittel in das Katastrophengebiet.

Einer Studentenorganisation, die ein Team zur Hilfe nach Süditalien entsendet, gab das Serotherapeutische Institut Wien, eine Tochterfirma der Wiener Holding, eine Medikamentenspende mit. (Schluß) wabvg/sr

NNNN

Verwaltungsakademie jubiliert (1)

=++++

17 #Wien, 3.12. (RK-KOMMUNAL) Mit einer Festveranstaltung beging die Verwaltungsakademie der Stadt Wien am Mittwoch ihr dreißigjähriges Bestehen in der zweiten Republik. In seiner Festrede betonte Bürgermeister Leopold GRATZ die Bedeutung der Verwaltung, die ja schließlich das organisierte Zusammenleben der Menschen ermöglicht. Man kann stolz sein, sagte Gratz, was die Verwaltung in Wien seit 1945 geschaffen hat.#

Als erster Redner legte der Leiter der Akademie, Obersenatsrat Dr. Karl THEUER die Entwicklung, Organisation und Zielsetzung der Verwaltungsakademie dar, die dem stetigen Ausbau einerleistungsfähigen Verwaltung im Dienste der Wiener dient.

Magistratsdirektior Dr. Josef BANDION behandelte die Stellung des Beamten in einer Zeit steigender Anforderungen und sich ständig verändernder Aufgabenstellungen. Um ihren Aufgaben gerecht zu werden, müssen die Beamten und die gesamte Verwaltung in Zukunft noch anpassungsfähiger werden, sagte Bandion. Die jeweils sparsamste zielführende Lösung der kommenden Probleme muß angestrebt werden.

Univ. Prof. Dr. Giselher Guttmann sprach über neue, von der Psychologie herkommende Lerntechnologien, die auch in der Verwaltungsakademie angewandt werden. (Forts.) gab/sr

NNNN

Verwaltungsakademie jubiliert (2)
Utl.: "Verwaltung ist Dienstleistungsbetrieb"
=++++

18 Wien, 3.12. (RK-KOMMUNAL) Bürgermeister Leopold GRATZ sprach den Mitarbeitern der Verwaltungsakademie den Dank für ihre Arbeit aus und wies auf das demokratische Prinzip der Weiterbildung hin, durch das allen Bediensteten der Stadt Wien die Fortbildung und das Erreichen leitender Positionen möglich ist.

Grundsätzlich wandte sich Gratz gegen die Angriffe, die vom "Moloch öffentlicher Verwaltung" sprechen. Die Ausdehnung der verwaltung liegt im Dienstleistungsbereich, sagte Gratz. Hinter jeder Verwaltungsmaßnahme steht der Wunsch von Menschen. Man kann aber nicht mehr Staat und weniger Beamte verlangen. Das Produkt der Verwaltung ist die Ermöglichung des organisierten Zusammenlebens der Menschen. Gerade Bestrebungen wie Dezentralisierung, Demokratisierung, wie sie legitimerweise heute gestellt werden, schaffen eine Grenze für die Rationalisierung der Verwaltung. Gratz bezeichnete es als Ziel der Verwaltung, auf das Gemeinwohl zu achten, wobei man sich über den Standort des Gemeinwohls ungeachtet der Lautstärke kleinerer medienwirksamer Gruppen im klaren sein muß. Gratz begrüßte auch die Einrichtung der Sonderdienste der Stadt Wien, warnte aber vor der Gefahr einer bevorzugten Behandlung von Bürgern, die sich dieser Dienste bedienen.

Abschließend sagte Gratz, er sehe trotz aller Probleme mit Optimismus in die Zukunft, da es ja auch in der Vergangenheit viele Probleme gegeben hat, man aber in der Summe auf das Stolz sein kann, was die Verwaltung in Wien in den letzten Jahrzehnten geschaffen hat. (Schluß) gab/bs

NNNN

Verdienstzeichen für Polizeibeamte

=++++

19 Wien, 3.12. (RK-LOKAL) Personalstadtrat Franz NEKULA überreichte am Mittwoch im Roten Salon des Rathauses an drei Polizeibeamte Verdienstzeichen des Landes Wien. Das Goldene Ehrenzeichen erhielt Amtsdirektor Erwin BEINSTINGL, das Silberne Verdienstzeichen bekamen Bezirksinspektor Anton LEHNER und Oberoffizial Hermine BECHER.

Nekula betonte die Verdienste der Beamten, denen der Beruf über die Pflichterfüllung hinaus Berufung bedeutet. Durch ihre Tätigkeit haben sie beigetragen, sagte Nekula, das Verhältnis zwischen Polizei und Bevölkerung in Wien noch zu verbessern und gute Sicherheitsverhältnisse in der Stadt zu schaffen. (Schluß) gab/gg

NNNN

Wiener Krankenanstaltenverband konstituiert
Utl.: Bessere Koordination für Wiens Krankenanstalten
=++++
20 #Wien, 3.12. (RK-KOMMUNAL) Unter dem Vorsitz von Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER fand Mittwoch die Konstituierung eines Wiener Krankenanstaltenverbandes statt. Der neue Verband setzt sich aus Vertretern der städtischen und privaten Krankenanstaltenträger in der Bundeshauptstadt zusammen. Hauptaufgabe dieses neugeschaffenen Gremiums wird es sein, die Zusammenarbeit und Koordination sämtlicher Wiener Krankenanstalten zu forcieren.#

Dem Vorstand gehören neben dem Gesundheitsstadtrat als Präsident unter anderen der Leiter des Anstaltenamtes, Obersenatsrat Dr. Hans SIEBENSOHN, Pater Remigius PAYER von der Ordensprovinz der Barmherzigen Brüder und Generaldirektor Wilhelm THIEL von der Allgemeinen Unfallversicherungsanstalt, an. Im Verband sollen Probleme und Fragen diskutiert und besprochen werden, wobei vor allem besonderer Wert auf die Planung des Krankenanstaltenwesens in Wien gelegt werden wird. Dazu Stadtrat Stacher: "Da immerhin in Wien fast 5.000 Betten von sogenannten privaten Institutionen wie geistlichen orden, der Wiener Gebietskrankenkasse und den Unfallkrankenhäusern betrieben werden, ist eine Planung des Spitalswesens ohne diese kaum denkbar." Bezüglich der Koordination meinte Univ.-Prof. Dr. Stacher: "Ich sehe es als eine der wichtigsten Aufgaben des Gesundheitsstadtrates an, alle Gesundheitseinrichtungen zu koordinieren, gleichgültig von wem sie geführt werden, wobei es besonders erfreulich ist, wenn eine solche Koordination auf der Basis der Freiwilligkeit und des gegenseitigen Vertrauens zustandekommt." Im Rahmen der konstituierenden Sitzung wurden auch vier Arbeitsausschüsse gegründet, die sich mit den Schwerpunkten Krankenhausfinanzierung, medizinische Zusammenarbeit und Planung, Sicherheitstechnik und Information befassen werden. (Schluß) zi/gg

NNNN

Matzenauer lobt Lehrer

=++++

21 Wien, 3.12. (RK-LOKAL) Zu einem in der "Wochenpresse" vom 3. Dezember 1980 erschienenen Artikel "Wie gut sind unsere Lehrer?" stellt der Amtsführende Präsident des Stadtschulrates für Wien fest:

"Bei meinem Besuch in den Wiener Pflichtschulen konnte ich mich seit meinem Amtsantritt immer wieder davon überzeugen, daß die Leistungen der Wiener Pflichtschullehrer ausgezeichnet sind. Insbesondere gilt dies für die Volksschullehrer, die an den Pädagogischen Akademien eine gediegene Ausbildung erhalten haben. Die Vorbereitung der künftigen Pflichtschullehrer auf das praktische Schulleben ist zweifellos intensiver als die derzeitige pädagogische Ausbildung der künftigen Gymnasiallehrer an den Universitäten.

Auf keinen Fall kann aber, wie dies in der Zeitung "Wochenpresse" durch eine Überschrift herausgestellt wurde, von einem "erschreckend niedrigen Bildungsniveau" in den Volksschulen gesprochen werden.

Grundsätzlich möchte ich jedoch darauf hinweisen, daß negative Aussagen über einzelne Schularten nicht verallgemeinert werden dürfen und nur zu einer Verunsicherung aller Lehrer führen.

Vielmehr sollte die Schule als eine einheitliche Institution betrachtet werden, in den nur durch das Zusammenwirken aller Beteiligten entsprechende Erfolge erreicht werden können." (Schluß) red/bs

NNNN

rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800 2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband

rk

gegründet 1861

Donnerstag, 4. Dezember 1980 Blatt 3433

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Bereits über FS ausgesendet: (violett)
- Enquete "Bauen in historischen Stadtteilen"

Kommunal: (rosa)
- Niedrigere Randsteine für Behinderte
- Umweltschutz in Stadterneuerungsgebieten
- Medizinisch-wirtschaftlicher Fonds
- Dienstag kein Pressegespräch des Bürgermeisters
- Fünf Schilling pro Tag für den Aufzug
- Steinhofgründe: Nur 16% dürfen verbaut werden
- Kurt Stimmer - Professor

Lokal: (orange)
- Ausstellung Vorschulklassen
- Heuer schon 20.000 Feuerwehreinsätze

Kultur: (gelb)
- "Paimanns Filmlisten" erscheint in Buchform

Nur über FS: 4.12.
- Wien: Großaufgebot zur Schneeräumung
- Sperre des Handelskais
- Schneereinigung jetzt in Nebenstraßen
- Beim Schnapsbrennen schwer verletzt

Eigentümer, Herausgeber, Verleger und Druck: Presse- und Informationsdienst der Stadt Wien (PID)
1, Rathaus, 3. Stiege, A 1082 Wien · Telephon 42 8 00 Durchwahl Kl. 29 71 · FS 13-3240
Chefredakteur: Prof. Alois Brunnthaler · Für den Inhalt verantwortlich: Stellv. Chefred. Robert Prosel

.-.-.-

.-.-.-

.-.-.-

.-.-.-

.-.-.-

.-.-.-

Niedrigere Randsteine für Behinderte

=++++

1 #Wien, 4.12. (RK-KOMMUNAL) Um den Bedürfnissen der Behinderten mehr als bisher Rechnung zu tragen, dürfen Randsteine im Bereich von Fußgängerübergängen in Zukunft nicht höher als 6 cm, nach Möglichkeit aber nicht höher als 3 cm sein. Die Mindesthöhe beträgt 2 cm. Allfällige Absenkungen des Gehsteiges (Mulden) dürfen ein maximales Quergefälle von sechs Prozent und ein maximales Längsgefälle (parallel zum Randstein) von zehn Prozent aufweisen. Dies wurde von der Magistratsabteilung 28 (Straßenverwaltung und Straßenbau) im Auftrag von Stadtrat Heinz NITTEL festgelegt.#

Eine entsprechende Regelung wird sowohl in die ÖNORM als auch in die in Ausarbeitung befindliche neue Gehsteigverordnung eingebaut.

Solche Gehsteigabsenkungen sollen bei Straßenkreuzungen und -einmündungen sowie bei gekennzeichneten Fußgeherübergängen angeordnet werden. Diese Neuregelung wird bei sämtlichen Neu- und Umbauten sowie - falls wirtschaftlich vertretbar - bei Ausbesserungsarbeiten im Fahrbahnbereich und bei Arbeiten zur Wiederherstellung des Straßenbelages nach Aufgrabungen zum Tragen kommen. Sie gilt ab sofort. (Schluß) ger/sr

NNNN

Umweltschutz in Stadterneuerungsgebieten
Utl.: Umweltschutzstudie in Wilhelmsdorf
=++++

2 #Wien, 4.12. (RK-KOMMUNAL) "Die Verbesserung der Umweltbedingungen ist ein wichtiger Beitrag zur Stadterneuerung. Für das Stadterneuerungsgebiet Wilhelmsdorf in Meidling wird daher nun im Auftrag der Umweltschutzabteilung eine genaue Studie erarbeitet, die Möglichkeiten zur Verkehrsberuhigung und zur Umweltverbesserung finden soll." Das betonte Umweltstadtrat Peter SCHIEDER gegenüber der "RATHAUSKORRESPONDENZ".

Die von Prof. Dipl.-Ing. Dr. Dorfwirth durchgeführte Studie soll Abgas- und Schallbelastung durch den jetzt vorhandenen Verkehr im Stadterneuerungsgebiet Wilhelmsdorf zeigen. Ein- und Ausfahrten sowie Parkdauer der PKW werden außerdem ebenso registriert wie der in Wilhlemsdorf entstehende "unnötige" Verkehr, der z.B. durch häufiges Kreisen auf der Suche nach einem Parkplatz entsteht.#

Die so erhobenen Daten werden Grundlagen für Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung sein - Schaffung von Schrägparkzonen an geeigneten Stellen usw. - wobei auf eine möglichst geringe Belästigung der Anrainer durch Lärm und Schadstoffe Rücksicht genommen werden soll. Die Durchführung der Studie "Verkehrsberuhigung und Umweltschutz" wurde vom Gemeinderatsausschuß Umwelt und Freizeit genehmigt.

Die Wilhelmsdorf-Untersuchung ist jedoch nicht das einzige Projekt, das von der Umweltschutzabteilung in Stadterneuerungsgebieten durchgeführt wird. Eine weitere Studie beschäftigt sich - auf der Grundlage der Umwelterhebung 1973 - mit Umweltbelastungen in Sanierungsgebieten. Um die ermittelten Umweltbelastungen in Sanierungsgebieten. Um die ermittelten Stadterneuerungsgebiete z.B. bei besonderer Belastung durch den Hausbrand die Umstellung auf Gasheizungen, die Absiedlung von Betrieben, Verkehrs- oder Lärmschutzmaßnahmen empfohlen werden. (Schluß) hs/bs

NNNN

Ausstellung Vorschulklassen

=++++

3 Wien, 4.12. (RK-LOKAL) Im Pädagogischen Institut der Stadt Wien, 7, Burggasse 14 - 16, findet bis 13. Dezember eine Ausstellung der Wiener Vorschulklassen statt, die Montag bis Freitag von 9 bis 12 Uhr und 14 bis 18 Uhr geöffnet ist.

Vorschulklassen werden alljährlich für jene Kinder eingerichtet, die vom Schulbesuch wegen mangelnder Schulreife zurückgestellt werden müssen sowie für jene Kinder, deren vorzeitige Aufnahme in die Volksschule aus dem gleichen Grunde widerrufen werden muß. Die Ursachen für mangelnde Schulreife sind zumeist nicht ausreichende Konzentrationsfähigkeit, größere Sprachrückstände, fehlende Sicherheit im Auffassen und Darstellen kleinerer Mengen sowie noch zu gering entwickelte soziale Anpassungsfähigkeit.

Im heurigen Schuljahr wurden in Wien 98 Vorschulklassen eingerichtet, in denen die Kinder durch besonders ausgebildete Lehrer in kleineren Gruppen betreut werden. Diese spezielle Förderung erfolgt in lustbetonter Form, vor allem durch Sprech- und Zählübungen, Bewegungsspiele, rhythmische Übungen, täglichen Turnunterricht sowie durch Basteln und Gestalten mit verschiedenem Material. Dadurch sind die meisten Kinder imstande, innerhalb eines Jahres die vorhandenen Rückstände aufzuholen und die Schulreife zu erlangen.

Eltern, die Einblicke in die Arbeit in den Vorschulklassen gewinnen wollen, sind herzlich eingeladen, diese Ausstellung zu besuchen. Dort anwesende Vorschulklassenlehrer stehen den Eltern für Auskünfte zur Verfügung. (Schluß) red/gg

NNNN

Medizinisch-wissenschaftlicher Fonds
Utl.: Förderungsmittel überreicht
=++++

6 Wien, 4.12. (RK-KOMMUNAL) Im Rathaus wurden Mittwoch abend die Förderungsmittel des medizinisch-wissenschaftlichen Fonds des Bürgermeisters der Bundeshauptstadt Wien für das Jahr 1980 überreicht. Aufgabe des auf Anregung von Bürgermeister Leopold GRATZ vor zwei Jahren geschaffenen Fonds ist es, die wissenschaftliche Tätigkeit und Forschungsarbeit von Wiener Ärzten zu fördern. Insgesamt wurden Förderungsmittel in der Höhe von 5,8 Millionen Schilling für 13 medizinisch-wirtschaftliche Projekte vergeben. Bürgermeister Gratz, der die Übergabe vornahm, unterstrich dabei die Bedeutung dieses Fonds für die Förderung, Publikation und Dokumentation der auf wissenschaftlichem Gebiet vollbrachten Leistungen der Wiener Ärzte. Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER, Präsident des Fonds, wies in seinen Ausführungen darauf hin, daß es sich bei den geförderten Anträgen um Arbeiten handelt, die sich auf fast alle Gebiete der Medizin, beginnend bei der schmerzlosen Geburt, bis zu den unterschiedlichsten medizinischen Fragen, erstrecken. Die bewilligten Anträge kommen sowohl von niedergelassenen Ärzten als auch von Ärzten privater und öffentlicher Spitäler sowie den Universitätskliniken. Seit Gründung des Fonds im Jahre 1978 wurden bisher 60 medizinisch-wissenschaftliche Forschungsvorhaben im Gesamtausmaß von 18,9 Millionen Schilling gefördert. (Schluß) zi/bs

NNNN

Dienstag kein Pressegespräch des Bürgermeisters

=++++

7 Wien, 4.12. (RK-KOMMUNAL) Wir erinnern daran, daß am kommenden Dienstag, dem 9. Dezember, wegen der Budgetdebatte des Gemeinderates kein Pressegespräch des Wiener Bürgermeisters stattfindet. Das nächste Pressegespräch mit Bürgermeister Leopold GRATZ ist für Dienstag, den 16. Dezember um 11.30 Uhr im Konferenzsaal des Presse- und Informationsdienstes angesetzt. (Schluß) sti/sr

NNNN

Fünf Schilling pro Tag für den Aufzug

=++++

9 #Wien, 4.12. (RK-KOMMUNAL) Mit 1. Dezember 1980 wurden die Aufzugsgebühren in einer Reihe von städtischen Wohnhäusern erhöht. Wie Wohnen-Stadtrat Johann HATZL der Rathauskorrespondenz mitteilte, wird für den Aufzug nun durchschnittlich 2,50 Schilling pro Quadratmeter für jede Wohnung (bisher 70 Groschen) berechnet. Bei einer 60 Qudratmeter großen Wohnung beträgt die Aufzugsgebühr nun etwa 150 Schilling im Monat, oder fünf Schilling pro Tag für jede Wohnung.#

"Für die Stadt wien gab es zwingende Gründe, diese Erhöhung durchzuführen", sagte der Wohnen-Stadtrat. die Aufzugsgebühr, die bisher mit 70 Groschen pro Quadratmeter festgesetzt war, ist seit Jahren gleichgeblieben. Erhöht haben sich jedoch in manchen städtischen Wohnhausanlagen die Betriebskosten, die Instandsetzungskosten und die Wartungskosten. Die Schere zwischen den Einnahmen und den tatsächlichen Kosten klaffte immer weiter auseinander und mußte vorläufig aus budgetmitteln bezahlt werden. Da jedoch grundsätzlich jeder Mieter für die Betriebskosten aufzukommen hat, sei nicht einzusehen, daß für die Mieter von Gemeindewohnungen Betriebskosten aus den allgemeinen Steuermitteln beglichen werden sollen. Damit es zu keinen unsozialen Härten für die betroffenen Mieter kommt, gibt es keine sofortige Nachforderung des Gesamtbetrages. Die Nachzahlung der bisher entstandenen Kosten wird über einen Zeitraum von drei Jahren aufgeteilt. (Schluß) ba/bs

NNNN

Heuer schon 20.000 Feuerwehreinsätze

=++++

10 #Wien, 4.12. (RK-LOKAL) Donnerstag gegen 9 Uhr früh registrierte die Wiener Feuerwehr ihren 20.000sten Einsatz im heurigen Jahr. Er galt einem Zimmerbrand in der Fröbelgasse 4, in Ottakring, der in kurzer Zeit gelöscht war. Der 20.000ste Einsatz am 4. Dezember 1980 bedeutet eine Steigerung von 700 Ausfahrten gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres. Bis Ende des Jahres erwartet man bei einer Hochrechnung eine Einsatzzahl von etwa 21.400.# (Schluß) ka/sr

NNNN

"Paimanns Filmlisten" erscheinen in Buchform

=++++

11 #Wien, 4.12. (RK-KULTUR) "Paimanns Filmlisten" werden in Buchform neu herausgegeben. Die "Filmlisten" dokumentieren alle von 1916 bis 1965 in Österreich gelaufenen Spiel- und Dokumentarfilme. Mit der Neuauflage wird filmwissenschasftlich interessierten Stellen zuvelässiges Material über rund 30.000 Filme zugänglich gemacht. Der Gemeinderatsausschuß für Kultur und Bürgerdienst beschloß in seiner Sitzung am Donnerstag eine Subvention von 110.000 Schilling für dieses Unternehmen.#

Unter der Bezeichnung "Paimanns Filmlisten" wurde seit 1916, zunächst von ihrem Begründer Franz Paimann, ab 1920 von dessen Schwiegersohn Joseph E. Bernhard ein Dokumentationsarchiv aller in österreich gelaufenen abendfüllenden Spiel- und Dokumentarfilme angelegt. Stab und Besetzung der Filme sind in den "Filmlisten" ebenso enthalten wie der Inhalt der Filme und Kritiken. 1965 gab Bernhard die arbeit aus Altersgründen auf.

Das von der Stadt Wien erworbene Archiv wurde dem Filmarchiv zur Verantwortung übergeben. In Zusammenarbeit mit Filmhistorikern und -publizisten wird nun das gesamte Material aufgearbeitet und in Buchform herausgegeben. Die Arbeit ist vor allem für Bibliotheken, Fachinstitute und TV-Anstalten von großer Bedeutung. (Schluß) gab/bs

NNNN

Steinhofgründe: Nur 16 Prozent dürfen bebaut werden

=++++

13 #Wien,. 4.12. (RK-KOMMUNAL) Nur 16 Prozent der sogenannten "Steinhofgründe" dürfen bebaut werden, rund 206.000 Quadratmeter stehen der Bevölkerung als Grünfläche zur Verfügung. Mit der vom Gemeinderat beschlossenen Änderung des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes wurde sowohl die bisher zulässige Gebäudehöhe als auch die Bebauungsdichte auf ein Maß reduziert, das ungefähr den Werten der angrenzenden Baulandflächen entspricht. Das bisher unzugängliche Areal wird nun geöffnet und durch ein dichtes Fußwegenetz für die Bevölkerung erschlossen. Ein eigenes Grünflächenkonzept soll die Richtlinien für die Gestaltung von Freiflächen festlegen. Planungsstadtrat Univ. Prof.Dr. Rudolf WURZER erläuterte dies im Gemeinderatsausschuß für Stadtplanung.#

Wie Wurzer weiter ausführte, hat der Wiener Gemeinderat am 26. Juni beschlossen, aus städtebaulichen Gründen die bestehende Baulandwidmung nicht grundsätzlich zu ändern, wohl aber die zulässige Gebäudehöhe und die Bebauungsdichte den angrenzenden Siedlungen anzupassen.

"Zweifellos könnte durch ein völliges Freihalten der Flächen der Erholungswert dieses Grundstücks noch weiter gesteigert werden, doch ist zu bedenken, daß im Interesse der Wohnbedürfnisse der Bevölkerung eine Bebauung von seit Jahrzehnten vorsorglich als Bauland gewidmeten Flächen zumindest in jenem Maße ermöglicht werden sollte, als da durch eine beeinträchtigung der Umweltverhältnisse für die bewohner der umliegenden Gebiete nicht eintritt. Da alle diese Umstände in einem flächenwidmungsverfahren ordnungsgemäß geprüft und Einwände, soweit sie nach gesamtstädtischen Überlegungen berücksichtigt werden konnten, in dem vom Gemeinderat beschlossenen Flächenwidmungs- und Bebauungsplan ihren Niededrschlag fanden, würde eine neuerliche Überprüfung der städtebaulichen Situation, wie verschiedentlich gefordert, zumindest aus planerischer Sicht kein anderes Ergebnis bringen," deponierte Wurzer abschließend. (Schluß) and/bs

NNNN

Kurt Stimmer - Professor
=++++

14 #Wien, 4.12. (RK-KOMMUNAL) Bürgermeister und Landeshauptmann Leopold GRATZ überreichte heute, Donnerstag, seinem Pressereferenten Kurt STIMMER die Urkunde über die Verleihung des Berufstitels "Professor". Gratz hob bei dieser Gelegenheit hervor, wie sehr er die Arbeit der Journalisten anerkenne, die im Bereich der Stadt Wien arbeiten. Bei Prof. Stimmer komme noch dazu, daß er ein Fanatiker der Richtigkeit sei.#

In den fünf Jahren, die Prof. Stimmer als sein Pressereferent arbeite, sagte Gratz weiter, habe er dessen großes Wissen um die Stadt Wien schätzen gelernt. Stimmer habe eine Art sachlicher Leidenschaft gegen alles, was falsch geschrieben wird, entwickelt.

Prof. Stimmer dankte dem Bürgermeister und hob hervor, daß er in Gratz den idealen Chef gefunden habe. Er könne sich nicht vorstellen, woanders zu leben als in Wien und woanders zu arbeiten als im Rathaus.

Der Feier wohnten auch Landtagspräsident Hubert PFOCH, Vizebürgermeister Gertrude FRÖHLICH-SANDNER und die Amtsführenden Stadträte Franz NEKULA, Heinz NITTEL, Univ.-Prof. Dipl.-Ing. Dr. Rudolf WURZER und Peter SCHIEDER bei.

Prof. Stimmer hat seinen Berufstitel mit Entschließung des Bundespräsidenten vor allem für seine Bücher erhalten, die er zusammen mit seiner Frau, Prof. Christine STIMMER-KLUSACEK, geschrieben hat. Es sind dies die Dokumente zur österreichischen Zeitgeschichte und mehrere Wiener Bezirksbücher. (Schluß) pr/gg

NNNN

rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800 2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband

rk

gegründet 1861

Freitag, 5. Dezember 1980 Blatt 3450

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Kommunal: Rosasgasse wird fußgängerfreundlich
(rosa) Gebührenerhöhungen
Wiener Finanz- und Investitionsplan 1981 - 1985
Jugendzentren leisten wertvolle Arbeit

Lokal: Mehr Sicherheit an der Kreuzung Operngasse/Opernring
(orange) 800 neue Bäume für Wien

Kultur: Weihnachtskunstmarkt im Künstlerhaus
(gelb)

Nur
über FS: 5.12. Zigarette steckte Wohnung in Brand
Evita-Proben im Volksheim Kaisermühlen
1.775 Mann zur Schneeräumung eingesetzt
Adventkonzert in Floridsdorf
Ehrung für Fußballmeister Austria
Dario Fo im Psychiatrischen Krankenhaus

Eigentümer, Herausgeber, Verleger und Druck: Presse- und Informationsdienst der Stadt Wien (PID)
1, Rathaus, 3. Stiege, A 1082 Wien · Telephon 42 8 00 Durchwahl Kl. 29 71 · FS 13-3240
Chefredakteur: Prof. Alois Brunnthaler · Für den Inhalt verantwortlich: Stellv. Chefred. Robert Prosel

Mehr Sicherheit an der Kreuzung Operngasse/Opernring
=++++

3 Wien, 5.12. (RK-LOKAL) Maßnahmen zur Verbesserung der Verkehrssicherheit im Bereich der Kreuzung Operngasse/Opernring im 1. Bezirk wurden dieser Tage im Rahmen einer Verkehrsverhandlung festgelegt. An dieser Kreuzung war es in der Vergangenheit immer wieder zu Zusammenstößen zwischen den vom Ring nach links abbiegenden Autofahrern mit der in der Gegenrichtung geradeaus fahrenden Straßenbahn bzw. mit den aus der Begleitfahrbahn der Ringstraße nach rechts in die Operngasse abbiegenden Autofahrern gekommen. Von der Magistratsabteilung 46, Referat für Verkehrssicherheit, wurde numehr im Einvernehmen mit der Bezirksvertretung, der Polizei und den übrigen Dienststellen des Magistrates festgelegt, die Sicherheitsverhältnisse durch zusätzliche Gelbblinkanlagen sowie durch bauliche Veränderungen und Bodenmarkierungen zu verbessern. Die Gelbblinker, die nur bei Herannahmen einer Straßenbahn aufleuchten, sollen verhindern, daß es zu Zusammenstößen zwischen Autos und Tramway kommt. Neu sind dabei Straßenbahnsymbole, die versuchsweise angebracht werden sollen. Bodenmarkierungen (u.a. Sperrflächen) sollen ein gefahrloses gleichzeitiges Einbiegen der Autofahrer vom Ring nach links und von der Begleitfahrbahn nach rechts in die Operngasse ermöglichen. Die notwendigen Arbeiten sollen bis Anfang 1981 durchgeführt werden. (Schluß) ger/bs

NNNN

Über 800 neue Bäume für Wien

=++++

5 Wien, 5.12. (RK-LOKAL) Über zwei Millionen Schilling wird das Stadtgartenamt in nächster Zeit für Baumpflanzungen ausgeben: auf Wiener Straßen, Plätzen und in Alleen müssen 865 abgestorbene Bäume durch neue Pflanzen ersetzt werden. Wie immer werden auch bei diesen Neupflanzungen bereits größere, mehrfach verschulte Bäume gesetzt. (Schluß) hs/gg

NNNN

Rosasgasse wird fußgängerfreundlich

=++++

7 #Wien, 5.12. (RK-KOMMUNAL) Die Rosasgasse in Meidling wird zwischen Ehrenfelsgasse und Ruckergasse zur Fußgängerzone! Dadurch sollen die Schüler des Gymnasiums und der Sonderschule einen unbehinderten Zugang, die Bewohner dieses Straßenstücks einen verkehrsfreien Kommunikationsbereich erhalten. Die Kosten für dieses Projekt sind mit knapp zwei Millionen Schilling veranschlagt. Planungsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Rudolf WURZER berichtete darüber im Gemeinderatsausschuß für Stadtplanung.#

Bei der Planung ging man davon aus, den Straßenraum durch mehrere Baumgruppen zu gliedern, die wiederum um etwas erhöhte Grünbereiche angeordnet sind. Auf diese Weise entstehen eine größere Mittelzone, die als Vorplatz für das Gymnasium dient, und kleinere Seitenflächen für die eigentlichen Sitz- beziehungsweise Aufenthaltszonen.

Der Bodenbelag wird aus Gußasphalt bestehen, nur für den Mittelteil ist, um ihn optisch entsprechend zu betonen, die Verlegung von Betonplatten vorgesehen. Granitwürfel werden für die Einfassung der Grünbereiche Verwendung finden. Die Beleuchtung wird mit Kugelkandelabern erfolgen.

An der Ehrenfelsgasse ist eine Verkehrslichtsignalanlage geplant. Ihre Kosten betragen weitere 1,9 Millionen Schilling. (Schluß) and/gg

NNNN

Gebührenerhöhungen
=++++

10 #Wien, 5.12. (RK-KOMMUNAL) Der Gemeinderatsausschuß für Finanzen und Wirtschaftspolitik beschloß Freitag mit den Stimmen der SPÖ eine Erhöhung der Wasser- und Müllabfuhrgebühr sowie verschiedener Nebengebühren für Leistungen im Bereich der Kanäle. Einstimmig beschlossen wurde eine Erhöhung der Parkometerabgabe, die am 12. Jänner in Kraft tritt. Die übrigen Erhöhungen werden bereits mit 1. Jänner wirksam.#

Die Wassergebühr wird für einen Kubikmeter Wasser von 6,60 auf 8 Schilling erhöht. Durch die zu erwartenden Einnahmen von 179 Millionen Schilling verbessert sich die Kostendeckung von derzeit 78,8 Prozent auf 95,5 Prozent. Die monatliche Mehrbelastung je Haushalt wird bei einer Substandardwohnung 4,25 Schilling betragen, bei einer mittleren Standardwohnung (75 Quadratmeter) 14,92 Schilling bei einem Einfamilienhaus 25,58 Schilling.

Bei der Müllabfuhr wird die gebühr für 50 Liter-Gefäße von 8 auf 10 Schilling, für 110 Liter-Gefäße von 14 auf 17 Schilling und für 1.100 Liter-Gefäße von 140 auf 170 Schilling erhöht. Durch die zu erwartenden Mehreinnahmen von 115 Millionen Schilling verbessert sich die Kostendeckung von derzeit 72,5 Prozent auf rund 88 Prozent. Die Mehrbelastung für einen durchschnittlichen Haushalt macht 3 Schilling pro Woche beziehungsweise 156 Schilling pro Jahr aus.

Für Leistungen, die die Magistratsabteilung 30 im Bereich der Kanäle durachführt, werden die Gebühren zwischen 2,5 und 9,6 Prozent erhöht. Darunter fallen Leistungen wie die Senkgrubenräumung, der Einsatz von Spezialfahrzeugen und ähnliches.

Eine halbe Stunde Parken in den Kurzparkzonen wird ab 12. Jänner 4 statt 2 Schilling kosten. Dementsprechend erhöht sich die Gebühr für eine Stunde Parken von 4 auf 8 Schilling und für eineinhalb Stunden Parken von 6 auf 12 Schilling. Die Mehreinnahmen, die zweckgebunden für die Förderung des Garagenbaus und des öffentlichen Verkehrs ausgegeben werden, betragen rund 30 Millionen Schilling. (Schluß) sei/bs

NNNN

Wiener Finanz- und Investitionsplan 1981-1985 (1)
Utl.: Einnahmen halten mit Ausgaben nicht Schritt
=++++

11 #Wien, 5.12. (RK-KOMMUNAL) Wenn es nicht gelingt, durch politische Maßnahmen eine Änderung herbeizuführen, wird in Wien in den nächsten Jahren die Schere in der Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben immer größer, erklärte Finanzstadtrat Hans MAYR Donnerstag abend bei der Präsentation des Finanz- und Investitionsplanes der Budeshauptstadt für die Jahre 1981-1985. Der Anteil jener Investitionen, die aus dem laufenden Haushalt finanziert werden können, müßte daher von Jahr zu Jahr abnehmen.

Im Jahr 1981 können noch 4,6 Milliarden aus dem laufenden Haushalt für Investitionen bereitgestllt werden. Dieser Betrag verringert sich bis 1985 auf 1,2 Milliarden. Die Erfordernisse für Investitionen sind jedoch wesentlich höher. 1981 benötigt man 9,3 Milliarden und 1985 8,6 Milliarden. Es wird daher sicher notwendig sein, Fremdmittel für Investitionen aufzunehmen. Selbst bei einer jährlichen Fremdmittelaufnahme von 2,5 Milliarden kann unter den derzeitigen Bedingungen eine drastische Reduzierung der Investitionstätigkeit nicht verhindert werden.#

Die Ursachen für dieses strukturelle Problem des Wiener Haushalts liegen in der geringen Dynamik der eigenen Steuereinnahmen, der ungerechten Behandlung Wiens im Finanzausgleich in der Tragung der Kosten ortsfremder Patienten in den Wiener Spitälern und in der ungerechten Behandlung der Wiener Steuerzahler beim Nahverkehr.

Für den öffentlichen Nahverkehr muß jeder Wiener 5.200 Schilling pro Jahr aufwenden. Bewohner anderer Regionen österreichs kommen mit 1.300 Schilling aus. (Forts.) sei/bs

NNNN

Jugendzentren leisten wertvolle Arbeit (1)

=++++

12 Wien, 5.12. (RK-KOMMUNAL) Wie Vizebürgermeister Gertrude FRÖHLICH-SANDNER bei einem Pressegespräch am Freitag bedauernd feststellte, ist das Wissen der öffentlichkeit über die Jugendzentren der Stadt Wien leider nicht nur sehr gering, sondern auch zum Großteil falsch. Das können Mitarbeiter immer wieder bei Gesprächen mit Erwachsenen, etwa mit Eltern von Kindern oder Jugendlichen, feststellen. Da den Jugendzentren von den Medien öfters der Vorwurf gemacht wird, entweder als Drogenumschlagplätze zu fungieren oder aber Jugendliche gängeln und in Freizeitzwänge zu pressen, scheint es wichtig, das nicht der Realität entsprechende Bild, das sich die öffentlichkeit von den Jugendzentren macht, durch mehr Information zu korrigieren. Die Arbeit, die in den Jugendzentren der Stadt Wien geleistet wird, ist nicht nur ein wertvoller Beitrag zur Persönlichkeitsbildung der Wiener Kinder und Jugendlichen, sie ist auch aus der Palette der Freizeitangebote unserer Stadt nicht mehr wegzudenken.

Die meisten vom "Verein Jugendzentren der Stadt Wien" betriebenen Jugendzentren werden "offen" geführt. Das bedeutet, daß jedes Kind und jeder Jugendliche das Jugendzentrum besuchen kann. Niemand wird nach seiner parteipolitischen oder konfessionellen Zugehörigkeit gefragt.

Die in den Jugendzentren angestellten Mitarbeiter sind keine "Aufpasser", sondern Bezugspersonen, die die Jugendlichen zu sinnvoller Freizeitgestaltung motivieren und animieren. Interessen werden geweckt und gefördert. Die Bildung von Hobby- oder Diskussionsgruppen soll vom Animateur so angeregt werden, daß die Gruppen bald selbständig werden können und sich von Animateur ablösen.(Forts.) emw/bs

NNNN

Jugendzentren leisten wertvolle Arbeit (2)
=++++

13 Wien, 5.12. (RK-KOMMUNAL) Die Mitarbeiter der Jugendzentren orientieren sich jeweils an den Bedürfnissen ihrer Besucher. Diese Bedürfnisse sind je nach Stadtteil und Siedlungsform unterschiedlich. Außerdem muß jeder Mitarbeiter des Vereins "Jugendzentren der Stadt Wien" einen Schwerpunkt wählen, der in "seinem" Zentrum besonders berücksichtigt wird. Beispiele für solche Schwerpunkte sind:

Integration von Behinderten, Integration von Gastarbeiterkindern beziehungsweise -jugendlichen, Gesprächsgruppen, Einzelgespräche, kommunales Kino, Mitarbeit am Theaterzyklus, Medienerziehung (Zeitungsherstellung, Videoarbeit, Fotogruppen), Musik- und Literaturcafe u. a. Bestehende Jugendorganisationen, Clubs, Vereine, Musikgruppen oder Theatergruppen können in Jugendzentren eine Heimstätte für ihre Aktivitäten finden und werden durch Bereitstellung von Räumlichkeiten, technischen Geräten und Hilfe beim Organisieren von Veranstaltungen unterstützt.

Zwtl.: Neueröffnungen in den Jugendzentren

#In den vergangenen zwei Jahren wurden zwölf Jugendzentren umgebaut und neu eingerichtet. Vier Jugendzentren wurden neu in Betrieb genommen. Mitte Mai 1981 wird das Jugendzentrum Großfeldsiedlung nach Umbau wiedereröffnet, im Juni ist die offizielle Eröffnung des Jugendzentrums Wohnpark Alt-Erlaa an der Reihe, und im Juli wird der erste Familienspielplatz Am Rennbahnweg eröffnet. Dieser Familienspielplatz wird allen Siedlungsbewohnern aller Altersstufen zugänglich sein. Im September wird dann ein weiterer "Club Bassena" in Meidling eröffnet.# (Schluß) emw/gg

NNNN

Wiener Finanz- und Investitionsplan 1981-1985 (2)
Utl.: Wien schneidet besser ab als andere Gemeinden
=++++

14 Wien, 5.12. (RK-KOMMUNAL) Die strukturellen Probleme des Wiener Haushalts werden von der Opposition im Wiener Rathaus pauschal auf die "Mißstände, die Verschwendung und die Korruption in der Wiener Stadtverwaltung" zurückgeführt. Wenn dem so wäre, müßte Wien mit seiner finanziellen Situation als das einsame schlechte Beispiel innerhalb der österreichischen Gemeinden dastehen. Das Gegenteil ist der Fall.

Aus dem Gemeindefinanzbericht der kommunalpolitischen Vereinigung der ÖVP geht hervor, daß der Anteil der Investitionen an den Gesamtausgaben bei den österreichischen Gemeinden zwischen 1973 und 1978 von 10 Prozent auf 8 Prozent gesunken ist. Wien wird 1981 dagegen 15,9 Prozent für Investitionen ausgeben. In rund 90 Prozent der gemeinden liegt der Finanzbedarf über der Finanzkraft. Der Schuldenstand der österreichischen Gemeinden macht heute schon 104 Prozent der ordentlichen Gesamtausgaben aus. In Wien sind es 64 Prozent. Aus dieser Gegenüberstellung geht eindeutig hervor, daß Wien besser abschneidet, als der Durchschnitt der österreichischen Gemeinden. (Schluß) sei/bs

NNNN

Weihnachtskunstmarkt im Künstlerhaus

=++++

15 #Wien, 5.12. (RK-KULTUR) Am Samstag, dem 6. Dezember, 10 Uhr, eröffnet Kulturstadtrat Helmut ZILK den Weihnachtskunstmarkt im Wiener Künstlerhaus. Die vom Künstlerhaus und vom Kulturamt der Stadt Wien veranstaltete Ausstellung soll dem Publikum ermöglichen, einen Überblick über das Kunstangebot in Wien zu bekommen und Kunstwerke zu günstigen Preisen zu erstehen.#

Der Weihnachtskunstmarkt setzt die Tradition der Aktionen "Das gute Bild für jeden" und "Chancen für den Sammler" fort. An der Ausstellung beteiligen sich der Berufsverband bildender Künstler Österreichs, die Berufsvereinigung bildender Künstler Österreichs, die Secession, der Galerienverband und der Hauptverband des österreichischen Buchhandels. Zu sehen und zu erstehen sind Bilder - auch Keramik und Schmuck - bekannter österreichischer Künstler zu erschwinglichen Preisen, für die auch ein Preislimit sorgt: Grafiken sollen nicht mehr als 2500 Schilling, Aquarelle und Zeichnungen nicht über 10.000 Schilling, ölbilder bis 25.000 Schilling kosten. Der Galerienverband nimmt zum erstenmal am Weihnachtskunstmarkt teil. Hier hofft man auch, daß die Veranstaltung hilft, die Schwellenangst vor dem Galerienbesuch abzubauen.

Der Weihnachstkunstmarkt ist bis 23. Dezember täglich von 10 bis 20 Uhr bei freiem Eintritt geöffnet. (Schluß) gab/bs

NNNN

rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800 2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband

rk

gegründet 1861

Samstag, 6. Dezember 1980 Blatt 3460

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Kommunal: (rosa)
Vorarbeiten für U 3-Verlängerung nach Simmering
23,2 Millionen für den Ausbau der Wasserversorgung

Lokal: (orange)
Noch mehr Sicherheit für die Leopoldstadt

Kultur: (gelb)
Nestroy-Ring für Ott, Brüder Hörbiger und Lederer

Eigentümer, Herausgeber, Verleger und Druck: Presse- und Informationsdienst der Stadt Wien (PID)
1, Rathaus, 3. Stiege, A 1082 Wien · Telephon 42 8 00 Durchwahl Kl. 29 71 · FS 13-3240
Chefredakteur: Prof. Alois Brunnthaler · Für den Inhalt verantwortlich: Stellv. Chefred. Robert Prosel

Noch mehr Sicherheit für die Leopoldstadt
Utl.: Bezirksvorstehung für Wachzimmer Mexikoplatz
=++++

1 Wien, 6.12. (RK-LOKAL) Die Bezirksvertretung Leopoldstadt setzt sich einstimmig für die Errichtung eines Polizeiwachzimmers im Bereich des Mexikoplatzes ein. Damit soll das persönliche Sicherheitsgefühl der Bürger gestärkt werden, meint Bezirksvorsteher Rudolf BEDNAR.

Nicht nur durch die Eröffnung der neuen Reichsbrücke nimmt der Mexikoplatz in der Leopoldstadt, gewissermaßen als Schnitt- und Verbindungspunkt über die Donau hinweg eine wichtige Rolle ein. 1.800 neue Wohnungen sind bezogen, 80 Geschäfte mit basarähnlichem Betrieb, die vorwiegend Ausländer als Kunden haben wurden eröffnet. Geldinstitute haben in der als Fußgängerzone vorgesehenen Geschäftsstraße Zweigstellen eröffnet. 1982 nimmt die "U 1" nach Donaustadt den Betrieb auf, die Pensionsversicherungsanstalt der Angestellten errichtet ihr Zentralgebäude und das neue DDSG-Schiffahrts-Zentrum wird zusätzlich zum Schmelztiegel in- und ausländischer Besucher. Schon jetzt scheint daher ein Wachzimmer am Mexikoplatz notwendig zu sein. (Schluß) ta/gg

NNNN

Nestroy-Ring für Ott, Brüder Hörbiger und Lederer

=++++

2 #Wien, 6.12. (RK-KULTUR) Elfriede Ott, Attila Hörbiger und Paul Hörbiger, sowie Herbert Lederer wurde der Nestroy-Ring der Stadt Wien für 1980 zuerkannt.#

Der Nestroy-Ring wurde 1976 anläßlich des 175. Geburtstages des Dichters gestiftet. Er wird für schöpferische und darstellerische Leistungen vergeben, die das Wesen Wiens und seiner Bevölkerung auf hohem Niveau satirisch-kritisch darstellen. Die Vergabe erfolgt jährlich aufgrund eines Vorschlages von magistratsunabhängigen Fachleuten unter dem Vorsitz des amtsführenden Stadtrates für Kultur und Bürgerdienst. (Schluß) gab/sr

NNNN

Vorarbeiten für U 3-Verlängerung nach Simmering

=++++

3 #Wien, 6.12. (RK-KOMMUNAL) Die Vergabe genereller Planungen im Bereich Erdberg und eine Vorstudie für eine spätere Verlängerung der U 3 bis zur Simmeringer Hauptstraße beschloß der Gemeinderatsausschuß für Stadtplanung am Dienstag. Die Studie wird in einem Jahr vorliegen.#

Die U 3 muß aus technischen und betrieblichen Gründen von Erdberg aus nach Westen geplant werden. Da nun die Variantenentscheidung für den Abschnitt Stadtpark-Schlachthausgasse gefallen ist und auch die Planungen für den Betriebsbahnhof Erdberg bereits weit fortgeschritten sind, kann jetzt mit der generellen Planung im Bereich Erdberg begonnen werden. Darüber hinaus muß für eine spätere Verlängerung der U 3 bis zur Simmeringer Hauptstraße (Ostbahn) eine Vorstudie erarbeitet werden. Für diese Aufgabe werden ein Bauingenieur- und ein Architektenbüro mit einander ergänzenden Agenden herangezogen. Das Architektenbüro wird dabei einerseits die Auswirkungen der geplanten U-Bahn-Linie auf die Stadtstruktur erfassen und an der Festlegung der Stationen mitarbeiten, andererseits die mögliche Verkehrsorganisation im Bereich der Station "Erdberg" bearbeiten. (Schluß) and/gg

NNNN

23,2 Millionen für den Ausbau der Wasserversorgung

=++++

4 Wien, 6.12. (RK-KOMMUNAL) Der Gemeinderatsauschuß Vermögensverwaltung, städtische Dienstleistungen, Konsumentenschutz hat die Vergabe von Erd- und Baumeisterarbeiten sowie von Rohrlegearbeiten zur Herstellung eines Verbindungsrohrstranges zwischen dem Hebewerk Unterlaa und dem Versorgungsbehälter Laaer Berg genehmigt. Es handelt sich um eine 4,5, Kilometer lange Leitung mit 1.200 Millimeter Rohrdurchmesser im Abschnitt Leberstraße - Schemmerlstraße - Weichseltal. Für die Erd- und Baumeisterarbeiten wurden Kosten in Höhe von 16,5 Millionen Schilling veranschlagt, 6,7 Millionen sind für die Rohrlegearbeiten erforderlich. (Schluß) we/sr

NNNN

rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800 2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband

rk

gegründet 1867

Montag, 9. Dezember 1980 Blatt 3465

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Bereits über FS ausgesendet: (violett)
- Demnächst Baubeginn bei der Roßauerbrücke
- Rehabilitationszentrum für psychisch Kranke
- Wien verliert einen Fluß: Schwechat übersiedelt
- Dachgleiche für Lagerzentrum in Hirschstetten

Kommunal: (rosa)
- Wiener Gemeinderat - Budgetdebatte
- Überarbeitung des Flächenwidmungsplanes
- Ausbau der Bundesstraße B 16

Sport: (grün)
- Meister Austria Memphis im Rathaus geehrt

Nur über FS:
- 5.12. Oberlaa: Kranwagen zerriß Oberleitung
- 6.12. 7 cm Neuschnee: 1.666 Mann im Einsatz
- Hohe Wand-Wiese: Skifahren wieder möglich
- Straßenbahngleis mit Schnee "zugemauert"
- 8.12. Brände in Wien
- Meidling: Rätselhafter Tod in Wohnhaus

Eigentümer, Herausgeber, Verleger und Druck: Presse- und Informationsdienst der Stadt Wien (PID)
1, Rathaus, 3. Stiege, A 1082 Wien · Telephon 42 8 00 Durchwahl Kl. 29 71 · FS 13-3240
Chefredakteur: Prof. Alois Brunnthaler · Für den Inhalt verantwortlich: Stellv. Chefred. Robert Prosel

.-.-.-

.-.-.-

.-.-.-

.-.-.-

Überarbeitung des Flächenwidmungsplans wegen Verkehrskonzeption
=++++

1 #Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) Eine Überprüfung aller Flächenwidmungspläne des Wiener Stadtgebiets wird derzeit durchgeführt, um mögliche Konsequenzen aus der am 29. April vom Gemeinderat beschlossenen Verkehrskonzeption berücksichtigen zu können. Das teilte Planungsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Rudolf WURZER im Gemeinderatsausschuß für Stadtplanung mit.#

Da die neue Verkehrskonzeption teilweise wesentliche Neufestsetzungen vorsieht, andererseits aber auch bisher im Flächenwidmungs- und Bebauungsplan reservierte Flächen für Verkehrsbauwerke nun nicht mehr in Anspruch genommen werden sollen, ist es notwendig, sämtliche relevanten Plandokumente zu sichten und hinsichtlich allfälliger Auswirkungen der neuen Verkehrskonzeption zu überprüfen. Nach Vorliegen der Ergebnisse dieser Überprüfung und des konkreten Arbeitsprogramms für die Überarbeitung der Flächenwidmungs- und Bebauungspläne wird Planungsstadtrat Wurzer voraussichtlich Mitte 1981 dem Gemeinderat berichten. (Schluß)
and/sr

NNNN

Ausbau der Bundesstraße B 16 - "ödenburger Bundesstraße"
Utl.: Trassenvarianten und Auswirkungen auf Stadtentwicklung werden geprüft

=++++

2 #Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) Der Gemeinderatsausschuß für Stadtplanung vergab den Auftrag für ein generelles Projekt für den Ausbau der B 16 - "ödenburger Bundesstraße". Sie setzt sich südlich des Verteilerkreises Favoriten der Südost-Tangente bis zur Landesgrenze derzeit im wesentlichen aus der Favoritenstraße und der Hainburger Straße zusammen. Zum Auftragsumfang gehört neben einer Untersuchung über mögliche Trassenvarianten eine Prüfung der Auswirkungen des Ausbaues der Straße auf die Stadtentwicklung im Süden Wiens.#

Die Betriebsaufnahme im Zentralverschiebebahnhof Kledering wird es notwendig machen, im Hinblick auf die dichte Zugfolge eine niveaufreie Kreuzung der B 16 mit der Bahntrasse vorzusehen. Die Stadtplanung nimmt dies zum Anlaß, den gesamten Bereich zwischen der Anschlußstelle Favoriten der Südost-Tangente und der Landesgrenze bei der künftigen Wiener Außenringautobahn A 21 eingehend untersuchen zu lassen. Dabei sollen einerseits Trassenvarianten zwischen Donauländebahn und Landesgrenze sowie Vorschläge für die künftige Anbindung des übrigen Straßennetzes erarbeitet werden, andererseits soll in Erfahrung gebracht werden, wie sich dieses neue Straßennetz auf die Stadtentwicklung im Süden der Bundeshauptstadt auswirken wird. In diesen unterschiedlichen städtebaulichen Entwicklungsmodellen soll auch die Studie über eine Verlängerung der U-Bahn-Linie U 1 nach Süden Berücksichtigung finden. Dazu gehören unter anderem Planungen für mögliche Park-and-Ride-Standorte in diesem Bereich. Man erwartet von der Untersuchung auch Aussagen über den Einfluß auf die Bausubstanz, strukturelle Merkmale, Zentrenstruktur, soziale Infrastruktur, die Landwirtschaft und das Grünraumsystem.

Das Ergebnis dieser Untersuchung ist somit wesentlich für die Stadtentwicklung im Süden Wiens. (Schluß) and/gg

NNNN

Meister Austria Memphis im Rathaus geehrt

=++++

3 #Wien, 9.12. (RK-SPORT) Im Rittersaal des Wiener Rathauskellers ehrte am Montag Wiens Sportstadtrat Peter SCHIEDER Fußballklub Austria Memphis, der, nunmehr schon zum drittenmale in ununterbrochener Reihenfolge, den Meistertitel in der Saison 1979/80 erringen konnte.#

In seiner Ansprache wies Schieder auf die Bedeutung des Fußballes hin, "der eine Zugmaschine im Sport ist". Dann richtete er an die Spieler der Violetten, die durch ihre Leistungen eine Vorbildsrolle für den Wiener Fußball und für die sportbegeisterten jungen Leute einnehmen, ein Dankeschön. Spieler und Funktionäre erhielten Erinnerungsgeschenke, Kapitän Robert SARA wurde ein Ehrenpokal der Stadt übergeben. Im Rahmen dieser Feier überreichte Dipl.-Vw. Generaldirektor Othmar LUCZENSKY im Namen des österreichischen Fußballbundes an die Spieler die Meistermedaillen. Unter den Geehrten befand sich auch Herbert PROHASKA, der im Vorjahr maßgeblichen Anteil an der Erringung des Titelgewinns hatte, inzwischen zum italienischen Spitzenklub Inter-Mailand übersiedelte. Die Dankesworte im Namen von Austria Memphis sprach Generaldirektor Dr. Alois MUSIL, der Stadtrat Schieder auch ein Präsent übergab. (Schluß) hof/sr

NNNN

Wiener Gemeinderat (1)
Utl.: Fragestunde
=++++

5 Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) Die Sitzung des Gemeinderates begann mit einer Fragestunde.

Auf die ERSTE ANFRAGE von Stadtrat Dr. GOLLER (ÖVP), welche Beträge Gesellschaften wie Anstalten, Fonds, Stiftungen, Vereine und dergleichen, die vom Kontrollamt der Stadt Wien geprüft werden, seit dem Jahr 1970 für Gutachten, Beratungs- und Abschlußprüfungskosten jeweils an die Consultatio bzw. an die ökodata bezahlt haben, antwortete Bürgermeister GRATZ (SPÖ), es sei grundsätzlich festzustellen, daß die Arbeiten der beiden Firmen der Verschwiegenheit unterliegen und daher in jedem Einzelfall sowohl vom Prüfer als auch vom Geprüften die Zustimmung zur Auskunftserteilung eingeholt wurde. Ausgenommen wurden auch etwa Vereine, die sich freiwillig der Prüfung durch das Kontrollamt unterwerfen, aber nur Subventionen von der Stadt Wien erhalten.

Das Institut für Stadtforschung leistete an die Consultatio zwischen 1970 und 1971 insgesamt 719.321,76 Schilling, der Verein Haus Döbling, vormals Wiener Verkehrsverein, zwischen 1970 und 1980 an die Consultatio 771.572 Schilling, das Kuratorium Wiener Pensionistenheime zwischen 1974 und 1980 an die Consultatio 2,562.892,80 Schilling, an die ökodata in den Jahren 1978/79 253.000 Schilling, der Verein Wiener Sozialdienste zahlte zwischen 1973 und 1980 251.030,44 Schilling. Die AKPE zahlte an die ökodata 400.610 Schilling. Die indirekten Zahlungen als Mitglieder von Arbeitsgemeinschaften mit einem Gesamtauftragsvolumen von rund 118 Millionen Schilling sind darin nicht enthalten. (Forts.) and/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (2)
Utl.: Fragestunde
=++++

6 Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, bei welchen Firmen ÖKODATA beziehungsweise Consultatio die Auskunftserteilung unter Hinweis auf die Amtsverschwiegenheit verweigert haben, antwortete GRATZ (SPÖ), daß überall dort, wo die Auskunft eine derartige Tätigkeit ergeben hat, Nachfragen bei Prüfern und Geprüften erfolgt sind, um die Zustimmung einzuholen. Eindeutig private Organisationen wurden ausgenommen. Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, ob Gratz darauf Einfluß nehmen werde, daß bei diesen Organisationen der Stadt Wien ein Wechsel des Wirtschaftsprüfers alle drei Jahre erfolgt, antwortete GRATZ, er sei überzeugt, daß die jeweils zuständigen Stadträte die Grundsätze des Rechnungswesens einhalten und daß nur solche Aufträge vergeben werden, von denen sicher ist, daß die Leistungen die Kosten rechtfertigen.

Auf die ZWEITE ANFRAGE, von Gr. Dr. HIRNSCHALL (FPÖ), welche überlegungen für den Bürgermeister bestimmend waren, den ehemaligen Bauringdirektor Dr. Zöllner mit der Projektleitung für das SMZ-Ost zu betrauen, antwortete GRATZ, daß Zöllner Leiter des Referats 3 der Baudirektion (Baustelleninspektion) ist und eine Bestellung zum Projektleiter nicht erfolgt ist. Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, ob er, Gratz, nicht der Auffassung sei, daß eine derartige Funktion im Widerspruch zu Feststellungen im Bauringsprozeß stehe, wonach Zöllner "erschütternd ahnungslos und unfähig" gewesen sei, antwortete GRATZ, daß Zöllner seit Monaten als Referatsleiter diese koordinierende Funktion ausübt. Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, ob Gratz eine Betrauung eines Beamten, dem vom Gericht eine derartige Bescheinigung erteilt wurde, verantworten könne, antwortete GRATZ, daß gegen Zöllner wegen seiner gegenwärtigen Tätigkeit in der Baudirektion keine einzige Beschwerde erhoben wurde. (Forts.)
and/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (3)
Utl.: Fragestunde
=++++

7 Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) Auf die DRITTE ANFRAGE von Dipl.-Ing. Dr.PAWKOWICZ (FPÖ), was auf den nicht mehr genützten Gleiskörpern der 2er-Linie zwischen Schwarzenbergplatz und Stadtpark bis jetzt geschehen sei, antwortete Stadtrat NITTEL (SPÖ), daß die Trasse der 2er-Linie provisorisch als Parkplatz benützbar gemacht wird. Von verschiedenen Vorschlägen der MA 46 wird jene Variante favorisiert, die Schrägparkplätze für ca. 200 Kraftfahrzeuge vorsieht. Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, warum die Wiener auf dieses Parkplatzprovisorium so lange warten müssen, sagte Nittel, daß die verschiedenen Varianten sorgfältig geprüft werden. Nach der Verkehrsverhandlung können im Frühjahr 1981 die Bodenmarkierungen aufgebracht werden.

Auf die VIERTE ANFRAGE von GR. VEJTISEK (SPÖ), in welchem Umfang die Glassammelaktion nach Betriebsaufnahme der Müllverwertungsanlage fortgesetzt wird, sagte Stadtrat NITTEL (SPÖ), daß kein Zusammenhang zwischen der Glassammelaktion und der Müllverwertungsanlage besteht. Auch in der Müllverwertungsanlage wird das Hausglas besonders ausgesiebt. Bei der Glassammelaktion wird es daher weder eine Ausweitung noch eine Reduzierung geben. Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, teilte Nittel mit, daß derzeit 622 Behälter in Wien aufgestellt sind. In 332 Behältern wird Weißglas gesammelt, in 290 Behältern Buntglas. Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, antwortete Nittel, daß bisher über elf Millionen kg Altglas gesammelt wurden. (Forts.) ba/sr

NNNN

Wiener Gemeinderat (4)
Utl.: Fragestunde
=++++

8 Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) Auf die FÜNFTE ANFRAGE von Gr. Ingrid SMEJKAL (SPÖ), was wegen der Lärmbelästigungen in den Häusern der Universitätsstraße durch die U 2 unternommen wurde, antwortete Stadtrat NITTEL, daß diese Auswirkungen des U-Bahn-Betriebs derzeit überprüft werden. In den Wohnungen werden Lärmmessungen vorgenommen. Als Sofortmaßnahme wurden die Schienen des Gleiskörpers abgeschliffen. Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, wann mit einem Ergebnis der Prüfung zu rechnen sei, sagte Nittel, daß das Ende der technischen Messungen nicht genau vorhersehbar sei. Nach dem Vorliegen von brauchbaren Ergebnissen, sollen die Störungen sofort beseitigt werden. (Forts.) ba/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (5)
Utl.: Fragestunde
=++++

9 Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) Auf die SECHSTE ANFRAGE von Gr. Gertrude STIEHL (SPÖ), in welchem Stadium sich die Bauarbeiten für die U 1 in der Reichsbrücke befinden, antwortete Stadtrat NITTEL, daß derzeit Gleisbauarbeiten und Arbeiten an den Kabeltrassen und den Innenausbauten der Station Donauinsel stattfinden. Die Arbeiten verlaufen termingemäß. Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, ob der vorgesehene Termin für die Fertigstellung der U 1 eingehalten werden kann, sagte Nittel, die U 1 wird, wie geplant, am 3. September 1982 den Verkehr bis Kagran aufnehmen.

In der SIEBENTEN ANFRAGE von Gr. STRANGL (SPÖ), wie die zuständige Magistratsabteilung vorsorgt, um bei zu erwartenden Schneefällen den Verkehr aufrechtzuerhalten. Stadtrat NITTEL anwortete, daß die Zentrale der MA 48 in diesem Fall rund um die Uhr besetzt ist. Weiters sind ständig vier Funkkontrollfahrzeuge unterwegs. An zehn Plätzen in Wien werden die Bodentemperaturen gemessen. 49 Dienstfahrzeuge und 114 Privatfahrzeuge werden in Bereitschaft gehalten, um auf 90 Planrouten die Hauptverkehrsstraßen freizuhalten. Insgesamt mobilisiert die MA 48 bei Schneefall 277 Fahrzeuge sowie 950 Mann zur Schneeräumung. Zusätzlich werden 300 bis 600 Schneearbeiter aufgenommen. Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, ob sich aufgrund der Erhöhung des Stundenentgelts jetzt mehr Schneearbeiter melden werden, sagte NITTEL, daß ist zu hoffen. Es werden jetzt 28 S am Tag und 33 S bei Nacht bezahlt, bei den Verkehrsbetrieben ein Schilling mehr. Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, ob durch die Neuregelung des Schienenparkverbots eine Verbesserung zu erhoffen sei, sagte Nittel, die alte Regelung sei nicht eingehalten worden. Man werde das Verbot zunächst von 20 bis 5 Uhr aufrechterhalten und dann weitersehen. (Forts.) gab/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (6)
Utl.: Fragestunde
=++++

10 Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) Auf die ACHTE ANFRAGE von GR. Gertrude HÄRTEL (ÖVP), wann für die Bewohner der Häuser entlang der Auffahrt vom Handelskai zur Nordbrücke wirksame Lärm- und Abgasschutzmaßnahmen getroffen werden, antwortete Nittel, daß im Zuge der Freigabe dieses Straßenstücks in diesem Jahr eine Abschirmung und Begrünung errichtet wurden. Ein wirksamer Lärmschutz müßte 28 m hoch sein. Daher wären schalldichte Fenster eher sinnvoll. In der ERSTEN ZUSATZFRAGE bezweifelte GR. Härtel die Wirksamkeit der Begrünung als Lärmschutz vor allem im Winter. Die Frequenz der Straße und damit der Grad der Lärmbelästigung werden erst in drei Jahren mit dem Endausbau voll wirksam werden. Was soll dann geschehen? Nittel antwortete, daß auf Anforderung Lärmmessungen vorgenommen werden. Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, ob die Durchführung von Lärmmessungen nicht ohnedies die Pflicht des Erbauers sind, sagte Nittel, wenn es die Anrainer verlangen, wird gemessen. (Forts.) gab/sr

NNNN

Wiener Gemeinderat (7)
Utl.: Fragestunde
=++++

11 Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) Auf die NEUNTE ANFRAGE von GR Ing. KREINER (ÖVP), was die häufigsten Ursachen für Störungen der U-Bahn sind, sagte NITTEL, daß dies Störungen des Türmechanismus, der Fahrautomatik, der Fahrbremskreise, im Druckluftbremsbereich sowie Umformerstörungen sind. Diese Störungen sind jedoch teilweise bereits weitgehend behoben, beziehungsweise wird an entsprechenden Verbesserungen gearbeitet. Ein Teil der Störungen tritt vor allem in der ersten Phase der Inbetriebnahme auf und verringert sich im Laufe der Zeit. Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, ob Störungen bei der zukünftigen U 3 vielleicht vermieden werden sollen, indem man - wie die Medien berichten - die Linie gar nicht baut, sagte Nittel, die Bauarbeiten für die U 3 werden wie geplant nach Fertigstellung des Grundnetzes im Herbst 1982 beginnen. Vorarbeiten sind schon im Gang. Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE nach witterungsbedingten Störungen, die umsteigewilligen Autofahrern die öffentlichen Verkehrsmittel wieder verleiden, sagte Nittel, daß eben auch ein modernes Verkehrsmittel wie die U-Bahn von der Witterung abhängig ist. Das ist in allen Großstädten mit unseren klimatischen Verhältnissen so. Um einen möglichst störungsfreien Betrieb wird man sich immer bemühen.
(Forts.) gab/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (8)
Utl.: Fragestunde
=++++

12 Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) Auf die ZEHNTE ANFRAGE von Gr. HAHN (öVP), wie weit die Kreditaktion, die mit einem Rahmen von zwanzig Millionen Schilling für die durch Absperrung von Energieversorgungsleitungen betroffene Wohnbevölkerung geschaffen wurde, bisher ausgenützt wurde, antwortete Stadtrat MAYR (SPö), daß bisher in 115 Häusern Kredite gewährt wurden. Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, ob der Rahmen bereits ausgeschöpft sei beziehungsweise ob er bereit sei, den Rahmen zu erhöhen, antwortete Mayr, daß bisher erst 11,4 Millionen ausgenützt wurden. Auf eine diesbezügliche ZWEITE ZUSATZFRAGE unterstrich Mayr seine selbstverständliche Bereitschaft, die Bevölkerung neuerlich auf diese Kreditaktion aufmerksam zu machen.

Die ELFTE ANFRAGE stellte Gr. Dkfm. Dr. WöBER (öVP): Wie hoch ist der Anteil für den Neubau des österreichischen Konferenzzentrums bei der Kapitaltransferzahlung an den Bund für das IAKW 1981 in der Höhe von 309,7 Millionen Schilling? Stadtrat MAYR (SPö) antwortete, daß die Bemessungsgrundlage für den 35prozentigen Anteil der Stadt Wien für das IAKW 1981 885 Millionen ausmache. Daraus ergibt sich der Betrag von 309,7 Millionen. Eine Zuordnung sei im einzelnen jedoch nicht möglich. Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, was mit dem Anteil geschehe, wenn das Zentrum nicht gebaut werde, antwortete Mayr, daß in diesem Fall das IAKW-Finanzierungsgesetz entsprechend zu ändern wäre. Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, ob es nicht vernünftiger wäre, den Messepalast als Konferenzzentrum auszubauen, antwortete Mayr, daß ihm konkrete Berechnungen darüber nicht bekannt seien. (Forts.)
ger/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (9)
Utl.: Fragestunde
=++++

13 Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) Auf die ZWÖLFTE ANFRAGE von GR. KNEIDINGER (SPÖ), wie viele Betriebe im Rahmen der Aktion zur Förderung von wassersparenden Investitionen bis jetzt gefördert wurden, antwortete Stadtrat MAYR (SPÖ) 74 Betriebe mit 7,4 Millionen Investitionszuschüssen. Dies bedeutet Investitionen in der Gesamthöhe von 74 Millionen. Die 1978 beschlossene Aktion läuft Ende dieses Jahres aus. Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE nach den Auswirkungen auf den Wasserverbrauch erklärte Mayr, daß der Verbrauch in den letzten Jahren stabil ist. Dies ist ein Erfolg der Gebührenpolitik. Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE nach den Einsparungen für die geförderten Betriebe sagte Mayr, daß die großen Investitionen, die bei einem weiter steigenden Verbrauch notwendig gewesen wären, nicht erforderlich wurden. Das Ausmaß der Investitionen ist stabil.

Auf die 13. ANFRAGE von GR. MRKVICKA (SPÖ), wie viele Betriebe heuer bereits im Rahmen der Strukturverbesserung gefördert wurden, antwortete Stadtrat MAYR (SPÖ): 41 Betriebe mit Zuschüssen in der Gesamthöhe von 57,8 Millionen Schilling. Dadurch wurden Investitionen in der Gesamthöhe von 960 Millionen ausgelöst beziehungsweise initiiert. Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE nach den Vergleichszahlen für den gleichen Zeitraum des Vorjahres sagte Mayr: 38 Betriebe, 37,4 Millionen Zuschüsse und 606 Millionen Gesamtinvestitionen. Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, welche Betriebe gefördert wurden, sagte Mayr, grundsätzlich Betriebe aller Größenordnungen, wobei der größte Teil aber auf Klein- und Mittelbetriebe entfiel. (Forts.) ger/sr

NNNN

Wiener Gemeinderat (10)
Utl.: Anfragen und Anträge
=++++

14 Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) Dem Gemeinderat lagen zwei Anfragen der FPö und 5 Anfragen der ÖVP vor.

An Anträgen lagen vor: ein Antrag der FPö betreffend Abhaltung einer Volksbefragung im 8. Bezirk über die Schaffung einer Erholungsfläche auf dem Grundstück des ehemaligen Blindeninstituts; ein Antrag der FPö betreffend die Erhöhung der Schneearbeiterlöhne; ein Antrag der FPö betreffend die begleitende Kontrolle durch Zivilingenieure bei geförderten Wohnhausbauten; ein Antrag der ÖVP betreffend ein Konzept für den Vorstand der AKPE; ein Antrag der ÖVP betreffend eine Volksbefragung im 3. Bezirk über Verkehrsmaßnahmen im Zusammenhang mit dem U-Bahn-Bau; ein Antrag der ÖVP betreffend die Erstellung eines Kulturberichtes; ein Antrag der ÖVP betreffend einen Ideenwettbewerb für den Messepalast sowie ein Antrag der ÖVP betreffend Lehrmittel für den chemieunterricht.

Die Wahl von zwölf Mitgliedern der behindertenkommission erfolgte mit den Stimmen der SPö und der ÖVP. (Forts.) ger/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (11)
Utl.: Budgetrede Stadtrat Mayr
=++++

15 Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) Mit dem Wiener budget 1981 können wichtige soziale und technische Infrastruktureinrichtungen der Stadt erhalten und ausgebaut werden, erklärte Finanzstadtrat Hans MAYR (SPÖ) in seiner budgetrede. Vorraniges wirtschaftliches Ziel ist nach wie vor die Erhaltung der Vollbeschäftigung, die man 1981 in Wien mit einer Arbeitslosenrate unter zwei Prozent sichern können wird.

Das Wiener Budget sieht Einnahmen von 53,8 Milliarden und ausgaben von 58,4 Milliarden vor. Der Abgang beträgt 4,6 Milliarden. Im Jahr 1981 wird erstmals im Budget die übernahme des Abganges der Wiener Verkehrsbetriebe mit 1.775 Millionen wirksam. Ohne diesen Betrag würde der Abgang rund 2,8 Milliarden betragen.

Ein besonderer Schwerpunkt im Budget 1981 ist die Wirtschaftsförderung. Die Ausgaben steigen von 673 Millionen auf 1.529 Millionen. Mayr unterstrich nochmals die Vorteile des Baues eines Motoren- und Getriebewerkes im Wiener Raum. Durch diese Projekt werden keineswegs alte Strukturen versteinert, sondern neue Strukturen geschaffen. Es bietet sich die Chance, Wachstumsunterschiede innerhalb der österreichischen Wirtschaft abzubauen.

Weitere Schwerpunkte des Budgets 1981 sind der öffentliche Nahverkehr, der wohnbau und das Gesundheits- und Sozialwesen. Für den U-Bahn-Bau werden 1.380 Millionen ausgegeben, für 542 Millionen werden U-Bahn-Wagen angeschafft. Mit den Wohnbauförderungsmitteln können im Jahr 1981 der Neubau von rund 7.000 Wohnungen gefördert werden. In den Wiener Spitälern werden mehr als 1,7 Milliarden investiert. Insgesamt betragen die Ausgaben für die Spitäler 9,1 Milliarden, denen Einnahmen von 4,9 Milliarden gegenüberstehen. (Forts.) sei/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (12)
Utl.: Budgetrede Stadtrat Mayr
=++++

16 Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) Es stimmt nicht, daß Wien mit seinen Spitalskosten den Krankenanstaltenzusammenarbeitsfonds ausräumt, erklärte Stadtrat MAYR weiter. Sollte die Kündigung des Fonds der einzig mögliche Weg sein, Gespräche zu führen, dann könnte auch Wien eine solche Kündigung aussprechen. Damit würde aber auch die Finanzierung des Wasserwirtschaftsfonds zur Sprache kommen müssen, denn diese Regelung wurde zugleich mit der Spitalsfinanzierung getroffen.

Die Gemeinde Wien befindet sich in einer schwierigen finanziellen Situation, da die Einnahmen mit den Anforderungen nicht Schritt halten können. Die Ursachen für dieses "strukturelle Problem" des Wiener Haushalts liegen in der geringen Dynamik der eigenen Steuereinnahmen, in der ungerechten Behandlung Wiens im Finanzausgleich und in den Belangen des öffentlichen Nahverkehrs sowie in den Leistungen, die die Wiener Steuerzahler für ortsfremde Patienten in den Wiener Spitälern aufbringen müssen. Wenn die strukturellen Probleme in den nächsten Jahren politisch nicht gemeistert werden können, besteht die Gefahr, daß bis 1985 die Investitionen drastisch eingeschränkt werden müssen. Die derzeitige Tendenz des Finanzausgleichs, das Steueraufkommen von den Industriegemeinden wegzuverteilen, müßte schrittweise abgebaut werden.

Keinesfalls ist eine spezielle Wiener Mißwirtschaft die Ursache für die derzeitige finanzielle Lage. Wien investiert mit 15,9 Prozent der Gesamtausgaben weit mehr als die österreichischen Gemeinden im Durchschnitt (8 Prozent).

Der Anteil des Schuldenstandes an den ordentlichen Gesamtausgaben beträgt in Wien 64 Prozent, in den österreichischen Gemeinden jedoch im Durchschnitt 104 Prozent. Wien hebt sich eher positiv von den anderen österreichischen Gemeinden ab. Das kann wohl nicht Ausdruck einer besonderen "Mißwirtschaft" sein. (Forts.)
sei/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (13)
Utl.: Finanzdebatte
=++++

17 Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) Gemeinderat Dr. HIRNSCHALL (FPÖ) kritisierte als erster Debattenredner, daß sich die Wiener Finanzsituation in den letzten zehn Jahren dramatisch verändert habe. Dies sei die Folge einer Kette von Fehlplanungen, falschen Prioritätensetzungen usw. Mit einem Investitionsanteil von 15,9 Prozent erreiche die Investitionsquote des Budgetvolumens einen neuen Tiefstand. Nur ein Viertel könne durch das ordentliche Budget, ein weiteres durch Anleihen gedeckt werden, während für den Rest noch keine Bedeckungsmöglichkeit bestehe. Die Kürzung der Investitionen betreffe jedoch Vorhaben, über die Einhelligkeit bestehe, wie das Geriatrische Krankenhaus, die 3. Wiener Wasserleitung und den Hochwasserschutz, den Ausbau des Wasserrohrnetzes und des Kanals, und nicht solche wie etwa das österreichische Konferenzzentrum. Beim AKH sinke die Jahresbaurate von 4 auf 2,5 Milliarden, womit die geplanten Fertigstellungstermine nicht gesichert seien. Neue Einnahmenquellen werden durch eine Erhöhung der Müllabfuhr- und der Wassergebühren erschlossen, während darauf verzichtet werde, die Pauschalierung bei Vergnügungssteuerautomaten aufzuheben.

Das Spitalsdefizit durch erhöhte Krankenversicherungsbeiträge abzudecken, sei der falsche Weg. Diese Beiträge würden damit zu einer Sozialsteuer werden. Das Problem der Spitalsfinanzierung könne nur über die Ausgaben in den Griff bekommen werden.

Bei den Firmen, die in die Vorgänge um das AKH verwickelt sind, bestehe keine Bereitschaft, den Untersuchungsbehörden die Empfänger von Schmiergeldzahlungen bekanntzugeben. Dr. Hirnschall stellte daher den BESCHLUßANTRAG, jene Firmen, die sich weiterhin weigern, diese Schmiergeldempfänger bekanntzugeben, im Sinne der öNORM als "nicht vertrauenswürdig" zu betrachten und bei Auftragsvergaben nicht mehr zu berücksichtigen. (Forts.) and/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (14)
Utl.: Finanzdebatte
=++++

18 Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) In einem weiteren BESCHLUSSANTRAG forderte GR Dr. HIRNSCHALL, bei allen Großbauvorhaben der Stadt Wien eine den spezifischen Erfordernissen entsprechende begleitende Kontrolle einzurichten. Sie muß unabhängig von der jeweiligen Bau- bzw. Projektleitung dem zuständigen Stadtrat und dem Gemeinderatsausschuß direkt unterstellt werden. Als Gegenstand einer derartigen begleitenden Kontrolle bieten sich, so Hirnschall, Vorhaben wie der U-Bahn-Bau, der verbesserte Hochwasserschutz oder der Bau des Sozialmedizinischen Zentrums Ost an. (Forts.) and/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (15)
Utl.: Finanzdebatte
21 Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) Falsche Schwerpunkte und die Verringerung der Lebensqualität kennzeichnen das Budget 1981, stellte GR. HAHN (ÖVP) fest. Die ÖVP wird daher diesem Budget nicht ihre Zustimmung geben. Betrachte man den fünfjährigen Investitionsplan, so kündigt sich der nahende Konkurs der Stadt an. Mitschuld an der Explosion der Schuldenrückzahlung sei die Entwicklung auf dem Kreditsektor. Die verfehlte Zinsenpolitik sei ein weiterer Beweis für falsche Entscheidungen des Finanzministers. Die Banken seien verpflichtet, den wirtschaftlichen Zusammenbruch von Großbetrieben zu verhindern. Was leistet die BAWAG zur Stützung der kommunalen Finanzen fragte Hahn.

Besonders hart sei der Wohnungsmarkt von der Erhöhung der Kreditzinsen betroffen. Praktisch sprürt jeder dritte Wiener diese Auswirkung. Dazu kommt noch, daß der Kauf von Eigentumswohnungen durch den Wegfall der Mehrwertsteuerförderung drastisch verteuert wurde. Mit dieser eigentumsfeindlichen Maßnahme zeige die SPÖ ihr wahres Gesicht.

Im Budget sei ein geringer Betrag für die Stadterneuerung ausgewiesen. Für zehn Neubauten im dichtverbauten Stadtgebiet werden insgesamt nur 440.000 Schilling bereitgestellt. Hahn fragte, was mit den sechs Untersuchungsgebieten geschieht und wann endlich Geldmittel für die zahlreichen Substandardwohnungen bereitgestellt werden.

Im Voranschlag 1981 seien vor allem zuwenig Mittel für die Stadterneuerung und für die Lebensqualität in der Stadt vorgesehen GR. Hahn stellte daher einen Abänderungsantrag der eine Umschichtung des Budgets zu Gunsten der Stadterneuerung und der Lebensqualität beinhaltet. Für die Stadterneuerung soll ein Stadterneuerungsfonds geschaffen werden, mehr Grün soll ein Beserlparkfonds bringen
(Forts.) ba/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (16)
Utl.: Finanzdebatte
=++++

22 Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) Lärmschutzmaßnahmen, Baumpflanzungen, Park-and-Ride-Plätze, Wohn- und Spielstraßen sowie Radwege sind weitere Schwerpunkte des ÖVP-Abänderungsantrages. Finanziert sollen diese Maßnahmen durch Einsparungen - vor allem durch den Entfall des Baues des österreichischen Konferenzzentrums - durch die übernahme einiger kommunaler Aufgaben durch die Holding sowie durch den verstärkten Verkauf von Baurechtsgründen ins Eigentum der Mieter werden.

Die Vorgänge rund um das AKH bezeichnet GR. HAHN als größtes Planungs- und Baudesaster. Für AKPE stehen Affären, Korruption, Planungslosigkeit und Entscheidungslosigkeit. Durch die prolongierte Konzeptlosigkeit wird der Fertigstellungstermin immer weiter hinausgeschoben. (Forts.) ba/sr

NNNN

Wiener Gemeinderat (17)
Utl.: Finanzdebatte
=++++

23 Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) GR. Ing. HOFMANN (SPÖ) richtete zunächst an die FPÖ und die ÖVP den Vorwurf, immer gegen den Budgetentwurf zu stimmen, egal wie er aussehe. Es werde Opposition um jeden Preis betrieben, anstatt zusammenzuarbeiten, um den Status Wiens und österreichs als relative Insel der Seligen zu erhalten.

Zum Grad der Verschuldung Wiens sagte Hofmann, hier werde immer Ungleiches verglichen. Man muß die Schulden der Gemeinden und Länder zusammen vergleichen, um zu sehen, daß Wiens Verschuldungsgrad relativ günstig ist.

In Zusammenhang mit der kommenden Volkszählung und der damit drohenden finanziellen Schlechterstellung Wiens sagte Hofmann, man müsse hier immer auf den für Wien schlechten Teilungsschlüssel hinweisen. Außerdem muß beachtet werden, daß die Infrastruktur Wiens vielen Menschen zugute kommt, die nicht als Einwohner der Stadt ausgewiesen sind.

Als besonderen Schwerpunkt wies Hofmann auf das Wohnungsproblem hin. Hier muß einerseits dem Bedürfnis nach einer Wohnung im Grünen mit verstärkten Möglichkeiten für den verdichteten Flachbau Rechnung getragen werden, um so eine Abwanderung zu den Zweitwohnsitzen zu verhindern. Andererseits ist das Problem der Stadterneuerung zu lösen. 270.000 von 750.000 bewohnten Wiener Wohnungen sind dringend sanierungsbedürftig. Zusammenlegungen und Verbesserungen, Abbruch und Neubau sind nötig. Die dafür benötigten Mittel betragen auf der Preisbasis 1979 120 bis 130 Milliarden S. (Forts.) gab/sr

NNNN

Wiener Gemeinderat (18)
Utl.: Finanzdebatte
=++++

24 Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) Die besondere Schwierigkeit bei den Sanierungsvorhaben - auch andere österreichische Städte kämpfen mit diesen Problemen - liegt in der Zahlungsschwäche der meist älteren Bevölkerung dieser Gebiete. Die Jüngeren ziehen in andere Wohnungen, Bevölkerungsrückgang und Slumbildung entstehen. Um alle diese Probleme um die Stadterneuerung zu lösen, die über die Grenzen marktwirtschaftlicher Lösungen weit hinausgehen, reichen die bestehenden Gesetze nicht aus, sagte Hofmann. Neue rechtliche und planerische Voraussetzungen müssen geschaffen werden.

Zum Jahr der Behinderten sagte Hofmann, es sei vor allem wichtig, alle Hindernisse abzubauen, die den Behinderten ein normales Leben verwehren. Die kommunale Behindertenpolitik soll gegen die Isolierung wirken. Insgesamt soll eine behindertenfreundliche Umwelt geschaffen werden, auch Information und Aufklärung sowohl für die Behinderten wie auch für die übrige Bevölkerung sind wichtig. Die Selbsthilfe der Behinderten soll gefördert werden.

Abschließend sagte Hofmann, das Budget 1981 sei ein weiterer wichtiger Schritt zur Erfüllung des Arbeitsprogramms der laufenden Legislaturperiode von 1978 bis 1983. (Forts.) gab/bs

NNNN

Wiener Germeinderat (19)
Utl.: Finanzdebatte
=++++

26 Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) Es stellt sich die Frage, ob der Pleitegeier schon über Wien kreist oder nicht, sagte GR. Dkfm. Dr. WÖBER (ÖVP). Laut Finanz- und Investitionsplan stehen ab 1985 praktisch keine Investitionsmittel mehr zur Verfügung. Gehen wir in Wien einem Baustopp entgegen? Woher sollen die Mittel kommen? Lösungsvorschläge sind keine zu hören. Der Bürgermeister schweigt, der Finanzstadtrat hat keine Vorschläge. Die finanzielle Situation wird noch schlechter werden, durch die Großprojekte, aber auch infolge der schrumpfenden Einwohnerzahl. Wien muß alles tun, um eine familien- und kinderfreundliche Stadt zu werden. Die ÖVP hat immer wieder gefordert, für die Großprojekte eine seriöse Finanzplanung zu erstellen.

Die Zentralwäscherei der Stadt Wien ist seit vielen Jahren defizitär. Zur Kontrolle der wirtschaftlichen Führung von Unternehmen im Rahmen der Stadt Wien hat sich die Holding als zielführend erwiesen. Wöber stellte in diesem Zusammenhang einen ANTRAG, die Zentralwäscherei der Holding zu unterstellen. Der jährliche Abgang ist ebenfalls von der Holding zu tragen.

Seit langem vermißt die ÖVP ein Budgetkonzept. Wöber stellte den ANTRAG, ein mehrjähriges Finanzkonzept, aufbauend auf der aktuellen Entwicklung, als Ergänzung zum Finanz- und Investitionsplan zu erstellen. In diesem Finanzkonzept sollen konkrete Lösungsvorschläge zur Bewältigung der Finanz- und Finanzierungsprobleme der Bundeshauptstadt in den nächsten Jahren enthalten sein. Dabei ist zu beachten, daß bei den Steuern und Gebühren bereits ein Höchstausmaß an Belastung erreicht ist und auch eine weitere Vernachlässigung der kleinräumigen humanen Infrastruktur aus sozialen Gründen unangebracht ist. (Forts.) ger/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (20)
Utl.: Finanzdebatte
=++++

27 Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) In einem weiteren ANTRAG, den GR. Dkfm. Dr. WÖBER einbrachte, wird die Schaffung einer Fernwärme-Förderungsaktion zur Gewährung von Zuschüssen für Investitionen zum Anschluß von Wohnhäusern an das Fernwärmenetz gefordert. Zur Finanzierung dieser Aktion wird der Finanzstadtrat ersucht, umgehend Gespräche mit dem Finanzminister aufzunehmen. Der Anteil des Bundes aus den Mehreinnahmen der Mehrwertsteuererhöhung von 8 auf 13 Prozent für Gas, Strom und Heizöl soll den Ländern zweckgebunden für Maßnahmen zur rationelleren Energienutzung beziehungsweise Investitionen zur Energieeinsparung - wie zum Beispiel auch dem ausbau des Fernwärmenetzes - zur Verfügung gestellt werden.

Auch im Budget 1981 sind bei den Landes- und Gemeindeabgaben Reserven enthalten, im Vergleich zu früheren Jahren aber in geringerem Ausmaß. Sanieren werden diese kleinen "Pölsterchen" die Finanzen nicht. Die Aussichten für 1981 sind nicht allzu rosig. (Forts.) ger/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (21)
Utl.: Finanzdebatte
=++++

28 Wien, 9.12. (RK'KOMMUNAL) Die Klein- und Mittelbetriebe werden in Wien schlecht behandelt, erklärte Stadtrat NEUSSER (ÖVP). In der Wirtschaftsförderung bekommen drei Großbetriebe 887 Millionen, während für rund 50.000 Klein- und Mittelbetriebe bloß 81 Millionen zur Verfügung stehen.

Als Folge der sozialistischen Steuerpolitik wird die Eigenkapitalbasis der Betriebe ausgehöhlt. Manche Gewerbebetriebe haben einen Fremdkapitalanteil von 97 Prozent.

Bei einem konjunkturellen Einbruch wird man wegen der verfehlten Wirtschaftspolitik keine finanziellen Möglichkeiten für Investitionsspritzen mehr haben. Mitte der 70er Jahre war dies noch möglich. (Forts.) sei/sr

NNNN

Wiener Gemeinderat (22)
Utl.: Finanzdebatte
=++++

29 Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) Bezugnehmend auf Stadtrat NEUSSER (ÖVP) zitierte Gr. WIESINGER (SPÖ) den Wiener Handelskammerpräsidenten Dittrich, der die gute Zusammenarbeit mit der Wiener Stadtverwaltung lobte. Wiesinger verwies weiter darauf, daß die Arbeitslosenrate zwischen 1970 und 1979 bei 1,7 Prozent lag. Das ist ein Maß an Vollbeschäftigung, wie wir sie etwa aus der Schweiz und Schweden kennen. Die Sicherung der Arbeitsplätze und die Erhaltung des Beschäftigungsniveaus ist für die Sozialisten vorrangig. Für den öffentlichen Nahverkehr, für das Gesundheitswesen und den Wohnbau sind im Budget 22 Prozent aller Ausgaben vorgesehen. Das Wirtschaftswachstum betrug in den letzten zehn Jahren durchschnittlich 4,2 Prozent, und für das kommende Jahr sind in allen Budgetbereichen entsprechende Ansätze für die Wirtschaft vorgesehen. Wiesinger legte ein deutliches Bekenntnis zur Wiener Wirtschaft ab und betonte, daß Mittel zur Schaffung neuer Arbeitsplätze, für Betriebsaufschließungen und zur Förderung privater Investitionen bereitgestellt werden. Gr. Wiesinger kam sodann auf die schwierigere Wirtschaftssituation der Länderregion Ost (Wien, Niederösterreich und Burgenland) zu sprechen, die zum Teil auf die Besatzungszeit und die Folgekosten des Staatsvertrages zurückzuführen ist. Während das Wachstum zwischen 1973 und 1976 in West- und Ostösterreich fast gleich war, ist nun in der Länderregion Ost ein Rückgang zu verzeichnen. Die Ansiedlung von General Motos könnte, so das Wirtschaftsforschungsinstitut, zu einem Testfall für die Wirtschaftsentwicklung der Zulieferbetriebe werden. Nach Ansicht des Rechnungshofes sei der Schuldenstand der Stadt Wien im Vergleich zu anderen Städten nicht ungünstig. Abschließend deponierte Wiesinger, daß, hochgerechnet auf 1979, 62 Milliarden S Wiener Steuerleistungen in andere Bundesländer flossen. (Forts.) and/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (23)
Utl.: Finanzdebatte
=++++

30 Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) In seinem Schlußwort stellte Finanzstadtrat MAYR (SPÖ) fest, daß die Umschichtungen und Veränderungen, die die ÖVP in ihren Abänderungsantrag verlangen, nur 0,63 Prozent des Gesamtbudgets ausmachen. In Aspern werden drei Millionen Quadratkilometer Industriefläche aufgeschlossen, von denen ein Drittel fur General Motors zur Verfügung steht. Die Aufschließung und die Anbindung des gesamten Industriegebietes an das Fernheizwerk wird 166 Millionen kosten. Für die Klein und Mittelbetriebe habe es eine Reihe von steuerlichen Maßnahmen gegeben, die dazu beitrugen, Investitionsmittel in den Firmen zu belassen. Als äußerst problematisch bezeichnete es Stadtrat Mayr, die Wirksamkeit von Investitionen nach Groß- und Kleinprojekten zu unterscheiden. "Groß" oder "klein" sei kein Maßstab an dem eine Investition gemessen wird. Die Kriterien eines Projektes seien seine Zweckmäßigkeit und seine Notwendigkeit. Der ÖVP-Abänderungsantrag beinhaltet unter anderen, daß ein Vertrag der Stadt Wien mit dem Bund nicht eingehalten werden soll. Zur ÖVP-Kritik an der BAWAG stellte Mayr fest, daß diese Kritik auf alle Banken auszudehnen sei Die Plombierung von Spielautomaten sei in vielen Fällen nutzlos, weil die neuen Apparate von ihren Besitzern ferngesteuert werden. In der Novellierung zum Vergnügungssteuergesetz soll ein Fixbetrag von 10.000 S Gewinn angenommen werden. Zu den Höchstbeitragen der Krankenversicherung sei zu sagen, daß auch bei einer Anhebung der Höchstbeiträge der Versicherte noch immer weniger bezahlt, als die Krankenversicherung als Gegenleistung bietet. (Schluß) ba/sr

NNNN

Wiener Gemeinderat (24)
Utl.: Personaldebatte
=++++

31 Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) In seinem Referat zur Geschäftsgruppe Personal- und Rechtsangelegenheiten nahm Stadtrat NEKULA (SPÖ) gegen die Meinung Stellung, der Beamtenapparat sei aufgebläht. In vielem kommt die Verwaltung dem Wunsch der Bevölkerung nach einem Eingreifen der öffentlichen Hand nach, sagte Nekula. Die heutige Verwaltung ist vor allem ein personalintensiver Dienstleistungsbetrieb, wobei der Prozeß in dieser Richtung noch nicht abgeschlossen ist. Von 70.000 Mitarbeitern der Stadt Wien sind nur rund 9.000 auf sogenannten Schreibtischposten beschäftigt, die jedoch ebenfalls für ein funktionierendes Gemeinwesen nötig sind. 14.800 Menschen beschäftigt die Stadt Wien bei den Stadtwerken, rund 20.000 in den Spitälern, 9.800 in den Lehrberufen. Die Personalaufwendungen der Stadt betragen - ohne die Stadtwerke - 12,275 Milliarden Schilling für die aktiven Mitarbeiter und 3,758 Milliarden für die 33.000 Pensionsberechtigten, das sind insgesamt 27,4 Prozent des Budgets.

Daß es auch im letzten Jahr einen Mehrbedarf von rund 700 Beamten gab, begründete Nekula mit dem Mehrbedarf für bestehende Einrichtungen sowie für Neueinrichtungen - alle hauptsächlich sozialer Natur. Ein Mehrbedarf trat vor allem bei den Kindergartenschwestern, im Spitalsbereich, bei der Feuerwehr der Stadtreinigung und anderen Sozial- und Dienstleistungseinrichtungen auf. Gerade hier gelangt die Rationalisierung, die auch in der Stadtverwaltung durchgezogen wird, an den Rand des Möglichen.

Zur Behindertenfrage sagte Nekula, die Behindertenkommission solle helfen, die Behinderten in den Arbeitsprozeß einzugliedern. Dazu bedarf es vieler Maßnahmen, von denen einige schon eingeleitet worden sind. (Forts.) gab/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (25)
Utl.: Personaldebatte
=++++

32 Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) An weiteren Zahlen nannte Nekula die Aufnahme von insgesamt 7.114 neuen Bediensteten im Jahr 1979. Davon sind 739 Gastarbeiter. Insgesamt beschäftigt die Stadt derzeit 4.513 Ausländer. 400 Saisonbedienstete werden 1981 für die Volkszählung benötigt werden.

Dem verstärkten Umweltbewußtsein wurde mit einem Unterausschuß Rechnung getragen, der sich mit Umweltfragen beschäftigt. Auch hier sind Auswirkungen bezüglich der Einstellung weiterer Bediensteter nötig. Im Jahr 1979 hat die Rechtsabteilung 3.097 Bewerbern die österreichische Staatsbürgerschaft verliehen, bis November 1980 3.595. Damit werden Menschen in Österreich integriert, die schon lange hier arbeiten und oft Beschäftigungen nachgehen, für die sich kaum österreicher finden. Weitere Aufgaben hat die Rechtsabteilung in der Anpassung von Gesetzen an den technischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Fortschritt.

Abschließend dankte Nekula den Bediensteten der Stadt Wien für ihre Mitarbeit, die für das Funktionieren der Stadt unerläßlich ist. (Forts.) gab/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (26)
Utl.: Personaldebatte
=++++

33 Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) Bei der oppositionellen Kritik an der beabsichtigten Bestellung von Obersenatsrat Dr. Zöllner zum Projektsleiter für das Sozialmedizinische Zentrum Ost ging es nicht um die "Hatz" auf einen Gemeindebediensteten, sagte Gr. Dr. HIRNSCHALL (FPÖ), sondern um die verantwortungsvolle Überlegung, ob dieser Mann nach den Bauring-Erfahrungen mit einer solchen Funktion betraut werden soll. Diese Sorge, die nun dazu geführt hat, daß man von dieser Bestellung offensichtlich absieht, war berechtigt.

Für die insgesamt rund 60.000 aktiven Bediensteten des Magistrats und der Stadtwerke (ohne Landeslehrer) sind Aufwendungen von rund 15 Milliarden notwendig. Es stellt sich die Frage, welche Auswirkungen eine Verkürzung der Arbeitszeit beziehungsweise eine Verlängerung des Mindesturlaubes hätte. Konkrete Berechnungen sind nötig.

Das Hauptproblem bei den Gemeindevermittlungsämtern ist der Umstand, daß diese Institution weitgehend unbekannt ist. Hirnschall schlug vor, einen ernsten Versuch zu unternehmen, daraus wirkliche "Friedensrichter" zu machen. Eine Voraussetzung dafür ist die Information der Bevölkerung über diese Einrichtung.

Hirnschall regte an, die Berichte der Volksanwaltschaft auch im Plenum des Landtages zu behandeln.

Im Zusammenhang mit Ersatzvornahmen sollte im Interesse der Mieter und der Altstadterhaltung ein expeditiveres Arbeiten erreicht werden. (Forts.) ger/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (27)
Utl.: Personaldebatte
=++++

34 Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) Im Gemeindedienst ist die Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau nicht verwirklicht, erklärte GR. Dkfm.Dr. Sigrun SCHLICK (ÖVP). Von den rund 26.000 weiblichen Bediensteten sind bloß 13 Senatsräte. Es sollte überlegt werden, über einen begrenzten Zeitraum bei gleicher Qualifikation Frauen den Vorrang zu geben.

Die Frage, ob es in Wien zuwenig oder genug Krankenpflegepersonal gibt, ist offen. In Tirol und in der Steiermark kommt man jedenfalls mit weniger Personal als in Wien aus. Eine gezielte Imagewerbung und mehr Teilzeitbeschäftigungsmöglichkeiten würden den Krankenpflegeberuf attraktiver machen. (Forts.) sei/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (28)
Utl.: Personaldebatte
=++++

35 Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) Für die städtischen Mitarbeiter werden im kommenden Jahr 21 Milliarden Schilling ausgegeben werden, führte Gr. HOLUB (SPÖ) aus. Die 9.000 Mitarbeiter in der Hoheitsverwaltung stellen nur 12,8 Prozent des Gesamtpersonalstandes, Zehntausende sind in Krankenanstalten, Sozial- und Wohlfahrtseinrichtungen und so weiter tätig. Holub verwies auf die besondere Verläßlichkeit der städtischen Ver- und Entsorgungsbetriebe und auf die Bemühungen der Stadtverwaltung zur Schaffung und zum Ausbau von Serviceeinrichtungen für die Bevölkerung. Von den 832 zusätzlichen Mitarbeitern gegenüber 1980, die die Zahl der Planstellen auf 54.734 erhöhen, sind 67 Landeslehrer, 368 werden in Wohlfahrtseinrichtungen tätig sein, 120 in Kindergärten und nur knapp 300 in der Hoheitsverwaltung. Abschließend berichtete Holub über die Lehrlingsausbildung und über die soziale Aufgabe, die die Stadtverwaltung durch die Beschäftigung Behinderter erfüllt. (Forts.) and/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (29)
Utl.: Personaldebatte
=++++

37 Wien, 9.12. (RK'KOMMUNAL) Um die Mitbestimmung und die Information der Bürger sei es in dieser Stadt schlecht bestellt, sagte Mag. GR. KAUER (öVP). Ein Paradebeispiel dafür seien die Dreieckständer. Auch die öVP respektiere das Ergebnis der Volksbefragung doch wehre sie sich dagegen, daß die SPö bestimmt, wo das Stadtbild nicht gestört wird. Ein öVP-Antrag, Ankündigungen lokaler Art, von einem Dreieckständerverbot auszunehmen, wurde abgelehnt. Für ein öVP Adventfest im 3. Bezirk wurde eine Ausnahmegenehmigung untersagt. Nach einer öVP-Radfahraktion im 3. Bezirk, die ordnungsgemäß angemeldet war, ermittelt die Polizei gegen die Initiatoren. In Wien seien einige ein wenig "gleicher", mutmaßte GR. Kauer. Mehrheit sei aber nicht gleich Wahrheit. Die Wiener SPö verwechsle die Stadt mit sich selbst. Die Freiheit der Information und der Diskussion seien gefährdet. Selbst viele Gemeinderäte sind uninformiert. Verbieten und mundtot machen hat aber noch nie ein Problem gelöst. (Forts.) ba/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (30)
Utl.: Personaldebatte
=++++

38 Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) GR. Rudolf PÖDER (SPÖ) nahm zur Besoldungsreform Stellung, die ab Mitte 1981 den Beziehern kleiner und mittlerer Einkommen im Dienst der Stadt Wien zugute kommt. Pöder sagte, diese Reform hilft vor allem den Bediensteten mit handwerklicher Verwendung sowie den Beamten der Verwendungsgruppen E, D und C. Insgesamt werden von der Regelung 70 Prozent des gesamten Personals der Stadt erfaßt, die damit Lohnanhebungen erhalten, die über den Abschluß von 6,2 Prozent mit 1. Jänner 1981 hinausgehen. Auch die Anfangsbezugsregelung, die einen gleichbleibenden Bezug für sechs Jahre vorsieht, wird zugunsten einer sofortigen zweijährigen Vorrückung beseitigt. Insgesamt beträgt damit die Steigerung des Personalaufwandes der Stadt - bereinigt um die Mehreinstellungen - 11,5 Prozent.

Zu der Frage von GR. HIRNSCHALL (FPÖ), wie sich der Fünfwochenmindesturlaub auf Wien auswirken werde, sagte Pöder, diese Maßnahme werde insofern verkraftbar sein, da ohnedies alle Bediensteten der Stadt Wien ab 15 Dienstjahren fünf Wochen Urlaub haben. Vermehrter Urlaub und Verkürzung der Arbeitszeit sind jedoch nur im Rahmen der wirtschaftlichen Realität möglich.

In Zusammenhang mit den Angriffen gegen Dr. Zöllner sagte Pöder, von fachlicher Seite hätte es keine Bedenken gegen eine Bestellung zum Projektleiter für das SMZ-Ost gegeben. Diese Angelegenheit ist von der Opposition politisiert worden. (Forts.) gab/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (31)
Utl.: Personaldebatte
=++++

39 Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) Zum Vorwurf von GR. Dr. Sigrun SCHLICK (öVP), die Frauen werden im Gemeindedienst benachteiligt, sagte Pöder, derzeit sind 17,9 Prozent aller Juristen, und 45,1 Prozent aller Spitalsärzte Frauen. Die Forderung, bei gleicher Qualifikation Frauen vorzuziehen, könne er sich nicht anschließen. Hier gibt es auch andere Kriterien. Pöder wies auch auf die Reform in der Ausbildung der Krankenschwestern hin, die einen großen Fortschritt auf diesem Gebiet gebracht hat.

Schließlich nahm Pöder zur Frage der Personalvertretungen im öffentlichen Dienst Stellung. Von der 1979 erhobenen Forderung aller Bundesläner, das Dienstrecht solle einschließlich des Personalvertretungsrechtes Ländersache sein, ist bis jetzt nur der erste Teil verwirklicht, sagte er.

Der öVP machte Pöder den Vorwurf, in dieser Frage des Personalvertretungsrechtes, die sie in der Forderung der Bundesländer mitvertreten hat, ausgeschert zu sein. (Forts.) ger\bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (32)
Utl.: Personaldebatte
=++++

40 Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) GR. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPÖ) stellte fest, daß Dr. Zöllner nach wie vor Obersenatsrat in der Gemeinde Wien ist. Dies sei keineswegs ein "Wegwerfposten". Für das Generalmanagement des Sozialmedizinischen Zentrums Ost gebe es jedoch geeignetere Beamte.

Stadtrat NEKULA (SPÖ) nahm abschließend zu einigen in der Debatte aufgeworfenen Fragen Stellung: Die Gemeindevermittlungsämter sollen in höherem Maße bekannt gemacht werden. Das Referat für Ersatzvornahmen wird nach der Kündigung von zwei Beamten umgruppiert, um eine größere Effizienz zu erreichen.

Was die Gleichberechtigung der Frauen betrifft, ist Wien ein Modellfall. Wien war die erste Gebietskörperschaft, in der - 1948 - eine Frau Senatsrat wurde, die erste, in der eine Frau die höchste Dienstklasse erreichte. Wien hat im Vergleich mit dem Bund und den anderen Ländern den höchsten Anteil an weiblichen Angehörigen der Dienstklasse VIII. Das Verlangen, bei gleichwertigen Bewerbern Frauen den Vorrang einzuräumen, widerspreche der Verfassung.

Personen unter 17 Jahren dürfen aufgrund einer bundesgesetzlichen Regelung nicht für den Dienst am Krankenbett herangezogen werden.

Nekula erinnerte daran, daß die Volksbefragung vom März dieses Jahres eine überwältigende Mehrheit gegen die Dreieckständer gebracht hat. Diese demokratische Willensäußerung sei zu respektieren. (Forts.) ger/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (33)
Utl.: Umweltdebatte
=++++

41 Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) In der Geschäftsgruppe Umwelt und Freizeit werden auf vielen Gebieten wichtige Maßnahmen für die Wienerinnen und Wiener getroffen, erklärte Stadtrat SCHIEDER (SPÖ). Schwerpunkt sind die Maßnahmen für den Umweltschutz. 1981 werden umfassende Projekte und Studien verwirklicht, die über ein Ressort hinaus die Voraussetzungen für eine umweltbewußte Kommunalpolitik schaffen werden.

Die Bedeutung des Sports als sinnvolle Freizeitmöglichkeit ist in den letzten Jahren eher gestiegen. In Wien kann man sich in fast allen Sparten betätigen. Es wird der Breiten- und der Spitzensport gefördert. Der "Freizeitsport" ist möglicherweise noch unterprivilegiert. Es wäre wünschenswert, daß die teuren Sportanlagen für alle zugänglich sind. Einer allzu starken Konsumorientierung im Freizeitbereich sollte man entgegensteuern.

Auf dem "Grünsektor" werden zahlreiche Maßnahmen von den Beserlparks bis hin zu neuen Grünflächen und zur Erhaltung des Grüngürtels rund um Wien fortgesetzt. Es wäre zu überlegen, ob man die Areale der städtischen Sommerbäder, z. B. das Gänsehäufel, ganzjährig benützt und damit die öffentlichen Grünflächen erweitert.

Die Arbeiten auf der Donauinsel, eines Projektes, das in hervorragender Weise Hochwasserschutz und die Schaffung neuer Freizeitmöglichkeiten vereint, werden zügig vorangetrieben. Schon jetzt ergreifen tausende Wiener von dem neuen Freizeitparadies Besitz.

Das Bäderbauprogramm wird 1981 fortgesetzt. Neue Bezirkshallenbäder entstehen in Kagran, in der Brigittenau und in Floridsdorf. Der erste Teil des generalsanierten Amalienbades wird im Herbst 1981 in Betrieb genommen. (Forts.) sei/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (34)
Utl.: Umweltdebatte
=++++

42 Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) GR. Dipl.Ing. Dr.PAWKOWICZ (FPÖ) kritisierte,daß im Bereich des Umweltschutzes zwar eine Vielzahl von Messungen, Forschungen, Analysen usw. druchgeführt werden, daß jedoch konkrete Maßnahmenpläne fehlen. In einem BESCHLUSSANTRAG forderte Pawkowicz die Erstellung eines Maßnahmenkataloges innerhalb eines Jahres, der einen Alarmplan im Falle gesundheitlicher Luftverschmutzung vorsehen soll: er hätte insbesondere zu enthalten: Möglichkeiten zur Verfügung von Verkehrsbeschränkungen bei Wetteranlagen, die zu einer besonderen Anreicherung von Giftstoffen in der Luft führen; Emissionsbegrenzung für staub- und gasförmige Stoffe bei genehmigungsbedürftigen Anlagen der Industrie und des Gewerbes sowie Abschlaltpläne; Umschaltpläne - auf schwefelarme brennstoffe - bei großen Umweltverschmutzungen.

Der Redner verlangte sodann den Zivilschutz für den Bereich Wien effizienter zu gestalten und dabei besonders eine Zusammenarbeit zwischen Feuerwehr, Rettung und ähnlichen Institutionen sowie "Freiwilligen Gruppen" zu forcieren. Pawkowicz verlangte in einem weitern BESCHLUSSANTRAG, den Zivilschutz von der Geschäftsgruppe "Personal- und Rechtsangelegenheiten" in den Bereich der Geschäftsgruppe "Umwelt und Freizeit" zu übertragen. Der Stadtrat für Umwelt und Freizeit wird in dem Antrag aufgefordert, ein Konzept für die Neuordnung des Zivilschutzes bis zum Sommer 1981 vorzulegen. (Forts.) and/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (35)
Utl.: Umweltdebatte
=++++

43 Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) Die Pratergewässer sind durch den Reitsport und die Fischer großen Verunreinigungen ausgesetzt, stellt GR.DDr. STRUNZ (ÖVP) fest. Die ÖVP beantrage daher, daß diese Gewässer entsprechend geschützt und von Beeinträchtigungen freigehalten werden. In einem weiteren Antrag forderte GR. Strunz eine überprüfung der Umweltverträglichkeit des sogenannten Kleinklimas auf den Steinhofgründen. Ein dritter ÖVP-Antrag beinhaltete die Aufstellung von ökologischen Lärmschutzwänden in Parks und Grünflächen. Die ökologische Lärmschutzwand hält nicht nur den Lärm fern, sondern absorbiert auch Schadstoffe.

Stadtrat Schieder habe von "einer Umweltoffensive" gesprochen. Noch immer fehlen jedoch ein Luftreinhaltungsgesetz und ein Smogalarmplan. Als "weites Land" für den Umweltschutz bezeichnete GR. Strunz das Raumklima. In einem Raum in dem sich 40 Personen befinden, steigt der Kohlendioxydgehalt innerhalb von 20 Minuten auf das Dreifache des Grenzwertes. (Forts.) ba/iw

NNNN

Wiener Gemeinderat (36)
Utl.: Umweltdebatte
=++++

44 Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) GR. VEJTISEK (SPÖ) betonte, daß die Budgetmittel zur Errichtung von Park- und Gartenanlagen um 22,6 Prozent erhöht worden sind, die Mittel für Sonderanlagen um 51,5 Prozent. Es werden Parks, Grünflächen und Kinderspielplätze in verschiedenen Bezirken errichtet, darunter auch Anlagen in den Sanierungsgebieten Ottakring und Storchengrund. Bäume und Sträucher werden gepflanzt, darunter tausend Bäume auf Straßen und Plätzen. Der Weghuberpark und der Hamerlingpark werden wiederhergestellt. Insgesamt gibt es 1.630 Parks und Grünanlagen, 23 Lagerwiesen, 72.500 Bäume in 1.300 Straßen, 1.300 Wohnhausgärten, 230 Schulgärten, 195 Grünanlagen in Kindergärten und 15 Jugendspielplätze, die gepflegt und gewartet werden müssen.

Das städtische Forstamt errichtet Stadt- und Rundwanderwege, und forstet am Laaer Berg, im Maurer Wald, in der Lobau und auf der Donauinsel auf. Verschiedene Projekte, darunter ein Radweg nach Laxenburg werden mit Niederösterreich gemeinsam durchgeführt.

Auf dem Sektor der Sportförderung werden eine Jugendsportanlage in der Franz Koci-Straße errichtet, die Sanierung des Wiener Stadions begonnen und Sportzentren instandgesetzt. Jugendeislaufen, Fahrten zum Schnee, Semesterskifahren und Semesteraktionen in den Bädern und Schulen zählen zu den für die Jugend wichtigen Sportaktionen. Zuschüsse für die Sanierung von Sportanlagen, darunter auch für einen neuen Eislaufplatz im Süden Wiens, ergänzen die Bemühungen um den Sport in Wien, für den insgesamt 246 Millionen S im Budget 1981 sind. Dies alles zum Wohle der Wiener. (Forts.)
gab/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (37)
Utl.: Umweltdebatte
=++++

45 Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) Wir sollten aus den Schwierigkeiten bei der Katastrophenhilfe in Italien lernen, sagte Stadtrat Dr. Gertrude KUBIENA (öVP). Im Ernstfall ist eine optimale Koordination der Hilfsmaßnahmen nötig. Gibt es einen gezielten Einsatzplan, der auch die privaten Institutionen einbezieht? Es wäre eine Aufgabe des Zivilschutzverbandes, diese Koordination für den Ernstfall vorzubereiten.

Der heimliche Wunsch nach einem Häuschen im Grünen treibt jährlich viele Wiener aus der Großstadt, sagte GR TRAINDL (öVP).

Mangel an Mitbestimmung, Korruptionsfälle und unglaubwürdige Aussagen von Spitzenpolitikern förderten die Demokratieverdrossenheit.

Die öVP war von Anfang an gegen eine Verbauung und für eine öffnung des Sternwarteparks, die SPö erst jetzt, nach sieben Jahren. Eine SPö-nahe Baugesellschaft macht Pötzleinsdorf wieder um ein Stück Grün ärmer. Es bedarf noch sichtbarer Zeichen seitens der SPö, um als Grünschützer Anerkennung zu finden. Die öVP wird auch in Zukunft bestrebt sein, das von den Vätern ererbte Grün zu schützen und zu pflegen. (Forts.) ger/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (38)
Utl.: Umweltdebatte
=++++

46 Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) Die ungeheure Überbewertung des Fußballsportes und das Festhalten an Großvorhaben kritisierte GR. ARTHOLD (ÖVP). Im 10. Bezirk wird um 120 Millionen eine Eislaufhalle gebaut. Mit diesem Betrag hätte man 20 Plätze in ganz Wien errichten können.

Das Horrstadion, das vom Wiener Fußballverband gebaut wird, hätte in 15 Monaten fertig sein sollen. Die Bauzeit ist schon um Monate überschritten. Auch mit den Fixkosten von 21,7 Millionen wird man nicht auskommen. Es ist zu befürchten, daß die Stadt weitere neun Millionen an Subventionen geben wird. Warum hat man sich nicht rechtzeitig um die Einhaltung des sehr eindeutig formulierten Vertrages gekümmert? Keines dieser Projekte wurde im Wiener Landessportrat besprochen.

Auf die vielen kleinen Sportvereine, die am Hungertuch nagen, wird vergessen, während man ein paar Projekte großzügig fördert. (Forts.) sei/iw

NNNN

Wiener Gemeinderat (39)
Utl.: Umweltdebatte
=++++

47 Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) Über die Umgestaltung des Donauraumes sprach Gemeinderat EMERLING (SPÖ). Wir sind heute vor die faszinierende Aufgabe gestellt, die negativen Auswirkungen der Donauregulierung 1875 zu korrigieren und den ursprünglichen Landschaftscharakter wieder herzustellen. Im Nordteil der Donauinsel wurden 800.000 Bäume und Sträucher gesetzt, die Aufstauung der Neuen Donau wirkt sich positiv auf Grundwasser, Alte Donau und für die Revitalisierung der Lobau aus. Der bereits fertige Teil der Donauinsel sei von der Bevölkerung gut angenommen worden. Die ÖVP sei seinerzeit gegen dieses Projekt Sturm gelaufen und hatte sogar die Baueinstellung verlangt.

Emerling ging weiter auf die Gefahr einer Verhüttelung des Bisambergs ein, da die Gemeinde Bisamberg weiterhin Bau- und Rodungsbewilligungen erteile. An die Adresse der ÖVP richtete er die Aufforderung, auf die niederösterreichische Landesregierung und die Gemeinde Bisamberg einzuwirken, diese negativen Einflüsse einzustellen. Er bat um Unterstützung für einen Vorschlag des Instituts für Raumplanung, einen Teil des bisambergs zum Vollnaturschutzgebiet zu erklären.

Emerling bedauerte, daß der Zivilschutzverband bisher in der öffentlichkeit zu wenig Verständnis gefunden habe. Das sei erst besser geworden, als die Bezirksvorsteher mit der regionalen Leitung beauftragt wurden. Die Aufklärung der Bevölkerung werde nun über Kasernen und Betriebe versucht, um so einen Stock von jungen Menschen auszubilden. Abschließend bekannte er sich zu einer Politik der Ansiedlung internationaler Organisationen, der Neutralität und der Offenheit gegenüber den Nachbarn. (Forts.) and/bs

Wiener Gemeinderat (40)
Utl.: Umweltdebatte
=++++

48 Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) In seinem Schlußwort dankte Umweltstadtrat SCHIEDER (SPÖ) seinen Vorrednern für die Aufzählung zahlreicher Maßnahmen auf dem Grünsektor. Auch das großartige Projekt des Donauraumes und die Bemühungen um den Zivilschutz haben Erwähnung gefunden. Zum FPÖ-Debattenbeitrag stellte Schieder fest, daß kurzfristige Maßnahmen im Falle einer Luftverschmutzung vorgesehen seien. Gesetzliche Bestimmungen könnten auf Detailgebieten noch Verbesserungen bringen. Beim Projekt General Motors wurde entschieden, zwei Drittel des Bedarfes aus der Fernwärme zu decken. Bei der Müllverwertungsanlage Rinter AG wird es weniger Staub geben, als die öNORM erlaubt. Für besondere Notfälle sei im Wiener Katastrophenplan Vorsorge getroffen. Die Bemühungen um die öffnung des Sternwarteparks seien dem Kollegialorgan Gemeinderat sicher besser bekannt, als dem öVP-Gemeinderat, der zu diesem Thema sprach. In Währing haben sich Anrainer zu einer Gemeinschaft zusammengefunden und für eine Grünfläche, die die Kirche verbauen wollte, gekämpft. Beim öVP-Bezirksvorsteher fanden diese Menschen kein Gehör. Erst als ein Baum auf diesem Grundstück unter Naturschutz gestellt wurde, war die Grünfläche gesichert. Auf Bundesebene hat es den Versuch gegeben, klare Kompetenzen zum Umweltschutz zu schaffen. Die öVP-Landeshauptleute haben sich dagegen ausgesprochen.

Zum Horrstadion stellte Schieder fest, daß es Differenzen zwischen den Wünschen des Fußballverbandes und den bestehenden vertraglichen Bestimmungen des Sportamtes gegeben habe. In Kürze soll eine gemeinsame Lösung gefunden werden, die sicherstellt, daß das Horrstadion rasch fertiggestellt wird. (Forts.) ba/gg

Wiener Gemeinderat (41)
Utl.: Umweltdebatte
=++++

49 Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) Den öVP-Vorschlag, Subventionen zu kürzen, werde er den Fußballvereinen unterbreiten, sagte Schieder. Abschließend bekannte sich Schieder dazu, eine Vielfalt von Sportarten zu fördern und der Freizeitgestaltung in Wien einen breiten Raum zu geben.

Nach fast 12 stündiger Beratung wird die Gemeinderatssitzung um 21.14 Uhr unterbrochen. Die Budgetdebatte wird morgen Mittwoch, 10. Dezember, mit der Behandlung der Geschäftsgruppe Bildung, Jugend, Familie (Vizebürgermeister Gertrude Fröhlich-Sandner), Gesundheit und Soziales (Amtsf. Stadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois Stacher) und Kultur- und Bürgerdienst (Amtsf.Stadtrat Helmut Zilk) fortgesetzt. (Schluß) ba/bs

Wiener Landtag

=++++

50 Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) Im Wiener Landtag (Vorsitz 1. Präsident Hubert PFOCH) wurde auf Antrag von Personalstadtrat Franz NEKULA (SPÖ) die Novelle zur Besoldungsordnung 1967 einstimmig beschlossen. Die Bezüge der Beamten und Vertragsbediensteten werden dadurch ab 1. Jänner 1981 entsprechend dem Verhandlungsergebnis mit den Gewerkschaften um 6,2 Prozent erhöht. Die jährlichen Mehrkosten betragen 1.023 Millionen S, davon 310 Millionen bei den Stadtwerken.

Ein gemeinsamer Initiativantrag der SPÖ und ÖVP (betreffend Änderung des Bezügegesetzes) und ein Antrag der ÖVP (betreffend Einsetzung von Untersuchungsausschüssen) wurden vom Präsidenten zur weiteren Behandlung zugewiesen. (Schluß) ger/iw

Dachgleiche für Lagerzentrum in Hirschstetten

=++++

20 Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) Auf einem Areal von 256.000 Quadratmeter errichtet der Konsum österreich in Hirschstetten ein Lagerzentrum von dem aus die Region Ost des Konsum österreich (Wien, Niederösterreich und nördliches Burgenland) mit Frischwaren und Lebensmitteln versorgt werden wird. Es dient aber auch für das gesamte Bundesgebiet als zentrales Gebrauchsgüterlager. Dienstag wurde die Dachgleiche gefeiert. Das Zentrum soll im April 1981 seiner Bestimmung übergeben werden. Die Stadt Wien hat das zwischen Ostbahn und Aspernstraße liegende Grundstück zur Verfügung gestellt und damit wesentlich zur Schaffung von 800 neuen Arbeitsplätzen beigetragen.

Erster Landtagspräsident Hubert PFOCH dankte bei der Dachgleichenfeier im Namen des Landeshauptmannes und Bürgermeisters von wien allen, die am Zustandekommen dieses großen Lager- und Versorgungszentrums ihren Beitrag geleistet haben. Pfoch hob hervor, daß damit auch die Versorgung der Wiener Bevölkerung mit den Gütern des täglichen Bedarfs gesichert wird.

Von 1969 bis 1979 hat Wien 3,3 Millionen Quadratmeter Grund für 297 Betriebsansiedlungen zur Verfügung gestellt und damit bei der Schaffung von 31.000 Arbeitsplätzen einen wesentlichen Beitrag geleistet. (Schluß) ta/bs

rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800 2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband

rk

gegründet 186

Mittwoch, 10. Dezember 1980 Blatt 3516

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Kommunal: Wiener Gemeinderat - Budgetdebatte
(rosa) Siedlung "Augustinerwald" wird nun rechtlich gesichert
Assanierung auf dem Ulrichsberg

Lokal: Der Weihnachtstisch: Wie immer reichlich gedeckt
(orange)

Nur
über FS: 9.12. LKW fuhr in Bus "25 A" - fünf Verletzte
10.12. Malereien, Grafiken und Plastiken
Bahnhof Penzing: Tankwagen in Flammen

Eigentümer, Herausgeber, Verleger und Druck: Presse- und Informationsdienst der Stadt Wien (PID)
1, Rathaus, 3. Stiege, A 1082 Wien · Telephon 42 8 00 Durchwahl Kl. 29 71 · FS 13-3240
Chefredakteur: Prof. Alois Brunnthaler · Für den Inhalt verantwortlich: Stellv. Chefred. Robert Prosel

Siedlung "Augustinerwald" wird nun rechtlich gesichert
Utl.: Entwurf für Flächenwidmungs- und Bebauungsplan fertiggestellt
=++++

1 #Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) Die Siedlung "Augustinerwald" an der westlichen Stadtgrenze Wiens soll nun rechtlich gesichert werden. Planungsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Rudolf WURZER hatte den Auftrag gegeben, einen Flächenwidmungs- und Bebauungsplan für dieses Gebiet zu entwerfen, mit dem die zum Teil seit dem Beginn des Jahrhunderts bestehende teilweise "wilde" Siedlung nun rechtlich saniert werden soll. Planungsstadtrat Wurzer und der Bezirksvorsteher Otto BAUER haben die Siedler jetzt zu einer abschließenden Besprechung der Pläne eingeladen.#

Der Entwurf eines neuen Flächenwidmungs- und Bebauungsplans für die Siedlung "Augustinerwald" sieht die Widmung "öffentliches Gut" für die Erschließungsstraße bis zum Beginn der Siedlung vor, für den Bau und die Erhaltung der Erschließungsstraßen innerhalb der Siedlung wollen die Bewohner selbst aufkommen. Weiter soll festgelegt werden, daß auf jeder Parzelle ein Gebäude mit maximal 130 Quadratmeter Grundfläche errichtet werden darf. Vor der Erteilung der Baubewilligung ist jedoch ein geologisches Gutachten vorzulegen. Große Flächen außerhalb der Bebauung sollen als "Schutzgebiet/Wald- und Wiesengürtel" gewidmet werden.

Die Siedlung "Augustinerwald" entstand etwa nach 1905 auf einem steilen, besonders rutschgefährdeten Hang, gehörte ursprünglich zu Niederösterreich und wurde 1957 in Wien eingemeindet. Obwohl ein Bauverbot besteht und auch die Erschließung unzureichend war, dehnte sich die Siedlung ständig weiter aus und umfaßt derzeit mehr als 200 Objekte. Ein Grundeigentümer verwehrte häufig vor allem den Lkw der Fäkalienabfuhr und Baufahrzeugen die Zufahrt. Die Mieter haben dieses Recht jedoch bereits ersessen, und es soll auch im Flächenwidmungsplan seinen Niederschlag finden. (Schluß) and/sr

Assanierung auf dem Ulrichsberg (1)

=++++

2 #Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) Die Bestandsanalyse auf dem Ulrichsberg, einem Erneuerungsgebiet im 7. Bezirk, konnte abgeschlossen werden. Nun wurden erste Pläne für einen neuen Flächenwidmungs- und Bebauungsplan sowie für ein Erneuerungskonzept vorgelegt, die man weiterbearbeitet und im Frühjahr auch mit der Bevölkerung diskutiert werden sollen. Sie werden die Grundlage für eine umfassende Stadterneuerung in diesem Teil des 7. Bezirks zwischen Auerspergstraße, Burggasse, Kirchengasse - Kellermanngasse und Lerchenfelder Straße sein.#

Im neuen Flächenwidmungs- und Bebauungsplan sind Maßnahmen vorgesehen, den geschützten beziehungsweise erhaltenswerten Bestand zu bewahren, das heißt, die Baulinien, die Widmung und die Bauhöhen werden den heute bestehenden Verhältnissen angepaßt. Verbesserungen für die Naherholung soll es durch die Schaffung von Parks und Grünanlagen geben. Dazu gehört die Neugestaltung des Weghuberparks und eine maßvolle Entkernung der größeren Baublöcke mit der Verpflichtung, diese Flächen freizuhalten und gärtnerisch zu gestalten. Zur Verbesserung der Wohnungssituation werden rechtliche Bestimmungen vorgeschlagen, die eine Sanierung von Teilen des Wohnungsbestandes zulassen und eine maßvolle Neubebauung ermöglichen. Entlang der verkehrsreichen Straßen wurde die Widmung "Geschäftsviertel" vorgeschlagen, um auf diese Weise langsam die vom Verkehr besonders belasteten Parterrewohnungen aufzulassen. Die Widmung "Gemischtes Baugebiet - Geschäftsviertel" soll, gemeinsam mit der Festlegung von öffentlichen Durchgängen, an denen Geschäftspassagen entstehen können, das Geschäftsleben fördern und es für künftige Besucher des Gebietes attraktiver machen.

Im Bereich des Ulrichsplatzes und im Gebiet Faßziehergasse - Gardegasse - Zitterhofgasse und Mechitaristengasse soll eine verkehrsberuhigte Zone entstehen. (Forts.) and/gg

Assanierung auf dem Ulrichsberg (2)

=++++

3 Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) Die Bestandsanalyse, die die Grundlage für die nun folgenden Maßnahmen ist, hat ergeben, daß von den 84 Gebäuden jedes Dritte denkmalgeschützt ist, 56 Prozent befinden sich in einer Schutzzone, 93 Prozent sind vor 1918 erbaut worden. Besonders schwer wiegt die Tatsache, daß nur jedes vierte Gebäude in gutem Zustand ist, während der Rest teilweise schwerste Baumängel aufweist. Dazu kommt, daß 13 Prozent der 1.340 Wohnungen beeinträchtigt werden, 36 Prozent entsprechen nicht den heutigen Anforderungen. Die Bevölkerungsstruktur ist, wie in anderen Stadterneuerungsgebieten, gekennzeichnet durch eine Abwanderung junger Familien und einen übermäßig hohen Anteil an Bewohnern, die älter als 65 Jahre sind. Acht Prozent sind Nichtösterreicher. Im Gebiet gibt es keine Grünflächen, und der fließende Verkehr ist vor allem in der Burggasse, der Neustiftgasse und der Lerchenfelder Straße besonders stark. Dem ruhenden Verkehr stehen nur 584 Parkplätze zur Verfügung, das bedeutet wohl ein Defizit von 1.426. Ein Teil davon kann in der Messepalast-Garage (780 Stellplätze) gedeckt werden.

Zwtl.: Konzepte werden mit der Bevölkerung diskutiert

Die Pläne und Konzepte werden nun weiter bearbeitet und sollen im Frühjahr der Bevölkerung zur Diskussion gestellt werden. (Schluß) and/gg

Der Weihnachtstisch: Wie immer reichlich gedeckt (1)

=++++

4 #Wien, 10.12. (RK-LOKAL) Auch heuer wird die Wiener Bevölkerung mit allen wichtigen Nahrungs- und Genußmitteln sowie mit den traditionellen Festtagsspezialitäten in reichem Masse versorgt. Die gebotene Auswahl ist wie in den Jahren zuvor umfangreich und lässt keine Wünsche unerfüllt.#

Der zu den Weihnachtsfeiertagen erfahrungsgemäß erhöhte Bedarf an Geflügel kann ohne Schwierigkeiten gedeckt werden. Bei Junghühnern wird der Nachfrage vorwiegend mit Inlandware entsprochen werden können, die Preise dürften im allgemeinen sogar günstiger sein als im Vorjahr. Bemerkenswert ist, daß Hühnerkeulen und andere bratfertige Hühnerteile einen wachsenden Anteil an der Geflügel-Gesamtvermarktung erzielen. Gänse und Enten kommen fast ausschließlich aus dem Ausland auf den Wiener Markt, und zwar vorwiegend aus Ungarn. Truthühner werden im Gegensatz zu den vergangenen Jahren nicht mehr aus den USA, sondern ebenfalls hauptsächlich aus Ungarn angeliefert. Durch die steigende Nachfrage liegen die Preise für Gänse und Truthühner derzeit etwas höher als im Vorjahr. Gegenwärtig lagern rund 2050 Tonnen Geflügel in den Wiener Kühlhäusern.

Die Inlandsaufbringung an Eiern deckt nach wie vor einen Großteil (bis zu 90 Prozent) des Bedarfs. Aus den Oststaaten sind seit etwa Mitte November nur mehr geringfügige Lieferungen eingetroffen.

Bei der Deckung des Bedarfes an Milch- und Molkereiprodukten wird es keinerlei Schwierigkeiten geben, die Inlandsproduktion sichert eine reichliche Versorgung. Auch die erhöhte Nachfrage nach Schlagobers kann problemlos befriedigt werden. (Forts.) we/bs

Der Weihnachtstisch: Wie immer reichlich gedeckt (2)
=++++

5 Wien, 10.12. (RK-LOKAL) Bei Süßwaren, Fetten, ölen und sonstigen Lebens- und Genußmitteln wie Tee, Kaffee und Kakao steht ein reichliches Angebot zur Verfügung. Gegenüber dem Vorjahr ist bei Weihnachts-Süßwaren (Christbaumbehang und ähnlichem) eine leichte Erhöhung der Preise festzustellen.

Die Versorgung mit Frischfleisch und Fleischwaren ist gewährleistet. Reichlich vorhanden ist vor allem Rind- und Schweinefleisch. Auch an Kalbfleisch herrscht kein Mangel, diese Fleischsorte ist jedoch verhältnismäßig teuer, da die Bedarfsdeckung nur durch kostenaufwendige Importe erreicht werden kann. Wurst- und Selchwaren sind in hinreichenden Mengen vorhanden. Zur Deckung der Nachfrage bei Fleisch und Fleischwaren kann auch auf die in den Kühlhäusern lagernde Ware - rund 4000 Tonnen - zurückgegriffen werden.

Die Versorgung mit Wildpret kann zwar ohne Schwierigkeiten sichergestellt werden, die Preise liegen allerdings über dem Vorjahrsniveau. Vor allem Reh- und Hasenfleisch hat sich verteuert (zwischen 5 und 15 Prozent).

Inländisches Wintergemüse (Chinakohl, Kohl, Weiss- und Rotkraut) ist ausreichend und in guter Qualität verfügbar. Die Zufuhren an Karfiol, Endivien- und Glassalat aus dem Inland werden in den nächsten Wochen zwar ausbleiben, können jedoch durch Importe bedarfsdeckend ersetzt werden. Erhöhte Einfuhren an Fisolen, Gurken, Paprika und Paradeiser decken den erhöhten Feiertagsbedarf, Preissteigerungen sind nicht zu erwarten. Dank guter Ernteergebnisse erscheint eine ausreichende Marktbeschickung mit Kartoffeln und Zwiebeln in sehr guter Qualität zu günstigen Preisen gesichert. (Forts.) we/bs

Der Weihnachtstisch: Wie immer reichlich gedeckt (3)
=++++

6 Wien, 10.12. (RK-LOKAL) Beim Obst ist das Angebot an heimischen Äpfeln aller Qualitäten sehr groß. Bei den Birnen wird der Bedarf vor allem durch Importe aus Italien gedeckt, gegenüber dem Vorjahr ist eine Verteuerung festzustellen. Gleichfalls bedarfsdeckend, aber zu etwas höheren Preisen als im Vorjahr werden Bananen angeboten. Die gerade zu den Feiertagen sehr beliebten exotischen Früchte wie Avocados, Mangos, Kiwis usw. wurden der erwartungsgemäß stärkeren Nachfrage entsprechend angeliefert.

Orangen werden hauptsächlich aus Griechenland und Spanien importiert, mit der Einfuhr billiger italienischer Blondorangen kann noch vor den Feiertagen gerechnet werden. Hingegen wird der Import von italiensichen Blut- und Halbblutorangen voraussichtlich nicht vor Weihnachten erfolgen, da der Reifezustand dieser Früchte derzeit noch gegen eine Importfreigabe spricht. Satsumas aus Spanien und der Türkei wurden heuer in geringeren Mengen als im Vergleichszeitraum des Vorjahres eingeführt. Ausreichende Zitronen-Anlieferungen stammen aus Griechenland, Israel und Spanien, bei den Argumen ist vor den Feiertagen eine leicht sinkende Preistendenz zu erwarten. (Schluß) we/sr

Wiener Gemeinderat (1)
Utl.: Familiendebatte
=++++

10 Wien, 10.12.(RK-KOMMUNAL) Die Budgetberatungen wurden Mittwoch mit der Geschäftsgruppe Bildung, Jugend, Familie fortgesetzt.

Für die Bildungsaufgaben werden im kommenden Jahr 6,2 Milliarden zur Verfügung stehen. Mit diesem Budget, das um 14 Prozent höher als im Vorjahr ist, werden zwischen Wunsch und Wirklichkeit kaum Differenzen bestehen, sagte Vizebürgermeisterin Gertrude FRÖHLICH-SANDNER (SPö). Schwerpunkte der sozialistischen Bildungs- und Familienpolitik sind: Bemühen um Chancengleichheit, optimale Bildung für jeden, Bekenntnis zur modernen, dem Leben geöffneten Schule, Sicherung der freien Persönlichkeitsentfaltung, Soziale Sicherheit mit dem Recht auf Hilfe und die Familie im Mittelpunkt fördernder und stützender Maßnahmen. Die Bildungseinrichtungen müssen sich dem Wandel der Gesellschaft anpassen und sollen Bewährungsfelder demokratischen Verhaltens sein.

Organisatorische Veränderungen und die Schulreform kennzeichnen derzeit das Schulwesen. Im kommenden Jahr wird an der Errichtung beziehungsweise an der Fertigstelltung von 15 Schulbauten gearbeitet. Die Senkung der Klassenschülerzahlen, die Einrichtung von Räumen für Werkerziehung, die Ausstattung mit modernen Lehr- und Lernmitteln schaffen die äußeren Voraussetzungen für eine pädagogisch gute Atmosphäre. Als wichtiges Bildungspolitisches Ziel nannte Fröhlich-Sandner die innere Schulreform und die Erweiterung und öffnung der Schule zu einem Kultur-, Bildungs- und Freizeitzentrum. Ein besonders wichtiger Schulzweig ist die Berufsschule, wo sich die Schülerzahl in den letzten zehn Jahren nahezu verdoppelte. (Forts.)
ba/bs

Wiener Gemeinderat (2)
Utl.: Familiendebatte
=++++

11 Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) Für die außerschulische Bildungsarbeit steht ein flächendeckendes Netz von Jugendzentren, Volkshochschulen, Häusern der Begegnung, Musikschulen und städtische Büchereien zur Verfügung. Die Aktionen des Landesjugendreferates wie das Ferienspiel, der Ferienclub, die Semesterwoche oder der Familiensonntag sind zur gutbesuchten Attraktion für Kinder und Eltern geworden. Das große Interesse an den Bildungseinrichtungen beweist, daß zum Bildungs- oder Kulturpessimismus wahrlich kein Grund besteht, sagte FRÖHLICH-SANDNER.

Die Volksbildung öffnet neue Möglichkeiten, die Freizeit sinnvoll zu nützen. 1981 wird mit dem Bau einer neuen Volkshochschule begonnen, das Kursangebot wird weiter ausgebaut. Engverbunden mit der Bildungsarbeit ist die Sozialarbeit. Ehe- und Familienberatung, Elternschulen, Krippen und Kindergärten, Erziehungshilfen, Krisenintervention, Behindertenhilfe und Streetworker sind nahezu zur Selbstverständlichkeit geworden. Das Ziel der Bemühungen sei jedoch niemals die Familie zu ersetzen, sondern immer nur der Familie zu helfen. Der Familie soll jene Hilfe gegeben werden, die sie in die Lage versetzt, sich selbst helfen zu können und ihre Probleme selbst zu lösen. 1980 sei es erstmals gelungen für alle Drei- bis Sechsjährigen einen Kindergartenplatz zu schaffen. Im kommenden Jahr sollen die Krippenplätze für Ein- bis Dreijährige weiter ausgebaut werden. Die Vizebürgermeisterin wies darauf hin, daß Kindergarten, Heime und Jugendamt soziale Probleme nicht allein lösen können. Die Verantwortung für soziale Probleme darf nicht delegiert werden, sie kommt allen zu, die in unserer Gesellschaft leben. (Forts.) ba/sr

Wiener Gemeinderat (3)
Utl.: Familiendebatte
=++++

12 Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) GR. KUCHAR (FPÖ) kritisierte, daß der Schulstreß und die Schulprobleme der Kinder immer mehr zunehmen. Man beschäftige sich zuwenig mit diesen Problemen, stattdessen werde Ideologie um die richtigen Schulformen betrieben. Die Intoleranz der SPÖ auf diesem Gebiet zeige sich darin, daß es nun, entgegen den Versprechungen des Stadtschulrates, es werde nach der Einführung der 5 Tage-Schulwoche in jedem Stadtteil wenigstens eine jeder Schulformen geben, in großen Wiener Bezirken wie Floridsdorf und Brigittenau keine 6 Tage-Volksschule mehr gibt. Kuchar kritisierte auch die fehlende Möglichkeit, Schulräumlichkeiten für außerschulische Sport- und Kulturzwecke zu nutzen, die durch die starre Haltung der Schulwarte verursacht werde. Weiters bemängelte er die Höhe der Kindergartengebühren, die bei zwei bis drei Kindern bereits das Gehalt einer teilzeitbeschäftigten Ehefrau auffressen würden. Bezüglich der städtischen Büchereien sagte Kuchar, diese seien unterdotiert, der Ton- und Videobereich werde überhaupt zuwenig berücksichtigt. Abschließend warf er der SPÖ und der ÖVP vor, daß eine Anstellung im Schulbereich nur mit einem Parteibuch einer der beiden Großparteien möglich sein, womit der politische Druck bereits vor der Anstellung beginne. (Forts.) gab/bs

Wiener Gemeinderat (4)
Utl.: Familiendebatte
=++++

13 Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) Wird die Familie jene Bedingungen vorfinden, die es erstrebenswert erscheinen lassen, in Wien Kinder zu haben, Kind zu sein, fragte GR Maria HAMPEL-FUCHS (ÖVP)? Es scheint, daß die Familie nur ein kleines Kästchen in einer Ecke des Gesamtbudgets darstellt. So sind für Kleinkinderspielplätze im Budget 1981 nur 100.000 Schilling vorgesehen. Damit kann man nicht einmal EINEN Spielplatz sinnvoll ausgestalten. Zahlreiche Wiener Bezirke sind jedoch in dieser Beziehung unterversorgt. Gerade die Kinder brauchen eine menschliche Stadt.

Hampel-Fuchs kritisierte den Mangel an Grünflächen bei einem Schulneubau in der Zieglergasse.

Behinderte und Mütter mit Kinderwagen haben Schwierigkeiten beim Benützen öffentlicher Verkehrsmittel. So gibt es in U-Bahn-Stationen Aufzüge, die nicht bis zur Oberfläche führen.

Hampel-Fuchs sprach sich gegen einen Aufenthalt von Kleinkindern in Heimen aus. Die Kinder sollten gleich zu Pflegeeltern kommen. Kinder, die in Heimen aufwachsen, sind gegenüber solchen, die in einer Familie leben, benachteiligt. Die Übergangslösung Heim sollte viel weniger in Anspruch genommen werden. Tagesmüttern ist der Vorrang vor Kinderkrippen zu geben.

Die ÖVP ist für eine Vielfalt der Schultypen. Die 5-Tage-Woche in den Schulen hat nicht nur Vor-, sondern auch Nachteile gebracht (zum Beispiel weniger Zeit für Theaterbesuche am Nachmittag). (Forts.) ger/bs

Wiener Gemeinderat (5)
Utl.: Familiendebatte
=++++

14 Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) Die Teilnehmerzahlen beim Ferienclub und beim Ferienspiel steigen sprunghaft an, erklärte GR. Leopoldine PFAUSER (SPö). Im Jahr 1980 besuchten 225.000 Kinder und Jugendliche die Veranstaltungen. Ende November konnte beim Familiensonntag der 10.000. Teilnehmer begrüßt werden. Die Stadt Wien bietet der Jugend und den Familien ein weit gefächertes Freizeitangebot an.

Die Bezirksjugendämter entwickeln sich immer mehr als Servicestellen für die ganze Familie. Von den Sozialarbeitern werden rund 14.000 Kinder und Jugendliche betreut. Die "Amtsstunden" wurden abgeschafft. Die Bezirksjugendämter sind nun auch am Nachmittag geöffnet.

1981 werden acht neue Kindertagsheime fertiggestellt, darunter auch der Anna Freud-Kindergarten. Es können 35.900 Plätze angeboten werden. Für Kinder im Alter von drei bis sechs Jahren ist eine Vollversorgung gegeben. (Forts.) sei/sr

Wiener Gemeinderat (6)
Utl.: Familiendebatte
=++++

15 Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) Die Lage der Mehrkinderfamilien beleuchtete GR. PROCHASKA (ÖVP) und kritisierte, daß die Einnahmen des Familienlastenausgleiches um ein Viertel gekürzt wurden. Er stellte die Frage, warum von der öffentlichen Hand Sach- statt Barleistungen erbracht werden. Die Familien mit mehreren Mitgliedern verdienen weniger als vor zehn Jahren. 32,5 Prozent der Mütter mit drei Kindern und 37,8 Prozent mit vier Kindern müssen einer beruflichen Tätigkeit nachgehen. "Wir teilen ihre Ansicht nicht, den Staat zum Garanten des menschlichen Glücks zu machen", sagte Prochaska wörtlich und trat für eine "Vermenschlichung der Gesellschaft statt einer Vergesellschaftung des Menschen" ein.

GR. Dr. Marilies FLEMMING (ÖVP) unterstützte Bezahlung und Sozialversicherung der Pflegemütter. Sie trat auch dafür ein, allen Frauen innerhalb der ersten drei Jahre nach der Entbindung die Möglichkeit zu geben, bei ihren Kindern zu bleiben. Diese Zeiten sollten für die Pensionsversicherung angerechnet werden, und es sollte auch ein monatliches Erziehungsgeld geben. Die Dunkelziffer bei der Mißhandlung von Kleinkindern und Säuglingen betrage in ganz österreich 50.000. Hier sei es notwendig, unbürokratisch einzuschreiten. Abschließend kritisierte sie, daß ein Subventionsansuchen des Sozialen Hilfswerkes für ein Kinderschutzzentrum nicht erfüllt wurde. (Forts.) and/sr

Wiener Gemeinderat (7)
Utl.: Familiendebatte
=++++

16 Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) Gegen die Kritik der Opposition wandte sich GR. HANKE (SPö). Die familien- und kinderfreundlichen Einrichtungen in Wien sind international anerkannt. Die Zahlen von Einweisungen in Kinderheime, die von der ÖVP genannt wurden, stammen von 1978 und entsprechen nicht mehr der Realität. Eigene Aktivitäten seien wichtig, Menschen sollen sich nicht nur auf öffentliche Einrichtungen verlassen, aber bewährte Institutionen sollen nicht diskriminiert werden. Familienpolitik stehe im Mittelpunkt sozialdemokratischer Politik. Der Familie komme eine wichtige Aufgabe in der Erziehung zu, sie sei Zelle des Volkes. Die österreichischen Familien wissen sehr genau wer ihnen hilft.

. Für die Bildungsaufgaben im kommenden Jahr stehen genügend Mittel zur Verfügung, um Begonnenes fortzusetzen, Neues zu beginnen und Kommendes zu planen berichtete GR. STRANGL (SPö). Der bildungswissenschaftliche Dienst der MA 13 entwickelte zwei neue Projekte: Die Betreuung der Senioren in den Pensionistenklubs und einem Fernlehrkurs für Freizeitfächer. Ein neues Konzept gibt es auch für die Musikerziehung in den Musikschulen der Stadt Wien. Konservatorium und Musikschulen musizieren auch in den Außenbezirken. Auch die Zusammenarbeit der Modeschule mit dem Konservatorium war bei der letzten Modeschau ein großer Erfolg. In der Landesbildstelle stehen 30.000 Filme und Diareihen sowie 3.000 Geräte zum Verleih zur Verfügung. In den Volkshochschulen werden die Vormittagskurse und die Wochenendkurse ausgeweitet. Für die städtischen Büchereien wurden 61.000 Bücher neu angekauft. Bei sinkender Schülerzahl stehen immer mehr neue, moderne Klassenzimmer zur Verfügung. In den Fünf-Tage-Schulen wurden Schülerklubs eingerichtet. (Forts.) ba/bs

Wiener Gemeinderat (8)
Utl.: Familiendebatte
=++++

17 Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) Die Schulen gewinnen als Freizeiteinrichtung immer größere Bedeutung. Im Norden Wiens soll eine vierte Schule für schwerstbehinderte Kinder errichtet werden. Die gute Ausbildung in den Berufsschulen vermehre die Berufs- und Aufstigschancen der Jugendlichen und verringere das Problem der Jugendarbeitslosigkeit. (Forts.) ba/sr

Wiener Gemeinderat (9)
Utl.: Familiendebatte
=++++

18 Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) In ihrem Schlußwort legte Vizebürgermeisterin Gertrude Fröhlich-Sandner ein Bekenntnis zur Schulreform ab, die dem gesellschaftlichen Wandel entspreche und die bestmögliche Ausbildung für die Kinder gewährleiste. Das Überwiegen der 5 Tage-Volksschulen in Wien ist auf demokratische Entscheidungen zurückzuführen, sagte Sandner, die sie respektiere. Zur Meinung, die Schulräume seien außerhalb der Unterrichtszeit nicht ausgelastet, sagte sie, daß zahlreiche Kultur- und Sportveranstaltungen sehr wohl eine Auslastung bewirken. Im Übrigen haben auch die Schulwarte ein Recht auf Freizeit. Bezüglich der Einführung der Ganztagschule betonte Sandner das Prinzip der Freiwilligkeit. Niemand werde gezwungen, seine Kinder in eine Ganztagschule zu schicken. Den Angriff, die Kindergartengebühren seien zu hoch, konterte sie mit der Feststellung, daß diese nach Einkommen gestaffelt sind und maximal ein Viertel der Kosten decken. Zum Problem der Unterbringung von ein- bis dreijährigen Kindern sagte Sandner, daß man sich um mehr Tagesmütter und mehr Plätze in Krippen und Krabbelstuben bemühe, um jenen Familien zu helfen, in denen die Mutter das Kind nicht betreuen kann, was ja das beste wäre. Daß die Zahl der Pflegekinder erstmals die Zahl der Heimkinder übersteigt, vermerkte Sandner besonders. Allerdings könne man Eltern nicht zwingen, ihre Kinder einer Pflegefamilie anzuvertrauen, doch kläre man sie diesbezüglich über die Vorteile auf. Jedenfalls erhalten die Kiner auch in den Heimen der Stadt jene Geborgenheit und Förderung, die sie brauchen. Sie setzte sich immer für eine kinderfreundliche Stadt ein, schloß Sandner. Die ÖVP sollte diesbezügliche Leistungen auch anerkennen. (Forts.) gab/sr

Wiener Gemeinderat (10)
Utl.: Gesundheitsdebatte
=++++

19 Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) Das Budget für das Jahr 1981 wird es im Rahmen der gegebenen Möglichkeiten erlauben, unsere Arbeit konsequent fortzusetzen, sagte Stadtrat Univ.-Prof. Dr. STACHER (SPÖ). Im Rahmen des Sozialwesens ergibt sich eine neuerliche Steigerung von 15,2, Prozent auf 1,9 Milliarden Schilling. Diese Steigerung ist prozentuell im besonderen bei den diversen Geldaushilfen, vor allem für die Hilfe zur Sicherung des Lebensbedarfes, festzustellen. Allein diese finanziellen Unterstützungen steigen von 92 Millionen auf 134 Millionen, also um 46 Prozent, was in erster Linie auf eine intensivere Betreuung der Familien mit Kindern zurückzuführen ist. Auch bei den Ausgaben für die Flüchtlingshilfe ist eine Steigerung festzustellen. Selbstverständlich werden im nächsten Jahr auch sämtliche Sozialdienste für die älteren Mitbürger nicht nur im gleichen Umfang aufrechterhalten, sondern zum Teil auch ausgebaut. Die Einführung des Sozialpasses wird ab 1. Jänner 1981 alle erfassen, die eine Hilfe von der Stadt Wien benötigen. Für die Behinderten wird die Stadt Wien im nächsten Jahr insgesamt 628,9 Millionen Schilling ausgeben, wobei die zusätzlichen Subventionen für Behindertenvereine, Wohngemeinschaften ect., die über die Finanzverwaltung gehen, noch nicht mitgerechnet sind.

Im Gesundheitsbereich werden die Impfaktionen fortgesetzt, wobei erstmals auch die Durchführung eines Impfprogrammes in den Berufsschulen geplant ist. Große Bedeutung kommt auch den Vorsorgeuntersuchungen zu. Weitere Maßnahmen sind unter anderem die Intensivierung der sportärztlichen Betreuung in der Sporthauptschule, die Eröffnung einer Familienplanungsstelle im Krankenhaus Floridsdorf und eine möglichst breitbasige Aufklärung über gesundes Leben. (Forts.) ger/sr

Wiener Gemeinderat (11)
Utl.: Gesundheitsdebatte
=++++

20 Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) Für die Krankenanstalten sind Ausgaben in der Höhe von 9,1 Milliarden S veranschlagt, was eine Steigerung um mehr als eine Milliarde bedeutet. Diese Steigerung geht vor allem auf eine Vermehrung der Personalkosten um rund 491 Millionen und eine Aufstockung der Baurate für das AKH um 450 Millionen zurück. Für das Sozialmedizinische Zentrum Ost sind insgesamt 140 Millionen S veranschlagt. Große Bedeutung kommt auch den patientenbezogenen baulichen und Einrichtungsmaßnahmen zu, weil gerade sie die Basis für die Humanisierung der Krankenanstalten darstellen. Im Rahmen dieser Humanisierung ist besonders auf die Psychiatrie hinzuweisen. Allein für das Psychiatrische Krankenhaus Baumgartner Höhe sind 48,3 Millionen vorgesehen. Der Psychiatrieplan sieht bekanntlich eine Dezentralisierung vor, wobei vorläufig das Psychiatrische Krankenhaus Baumgartner Höhe in acht Primariate geteilt werden soll, denen acht Regionen Wiens zur Nachbetreuung zugeordnet sind. Die Erfahrungen mit der Psychosozialen Station in Floridsdorf sind so hervorragend, daß wir alles daransetzen müssen, um möglichst bald ein Netz solcher Stationen in Wien zu erreichen. Noch heuer beginnt der Betrieb der Psychosozialen Station im Psychiatrischen Krankenhaus Baumgartner Höhe. Wir werden aber auch daran gehen können, sagte Stacher, das erste Rehabilitationszentrum für psychisch Kranke in Wien zu errichten und weitere Übergangsheime in Betrieb zu nehmen. Durch die bisherigen Maßnahmen konnte die Zahl der Patienten im Psychiatrischen Krankenhaus bereits von 2.700 auf 2.200 reduziert werden. (Forts.) ger/bs

Wiener Gemeinderat (12)
Utl.: Gesundheitsdebatte
=++++

21 Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) Abschließend faßte Stacher die Prioritäten für das Jahr 1981 zusammen:

- o Die Stadt Wien wird ihren sozialen Verpflichtungen in vollem Ausmaß nachkommen und damit die Bundesregierung in ihrem Kampf gegen die Armut in allen ihren Formen unterstützen.
- o Durch die Dezentralisierung der Angebote wird eine größere Bürgernähe erreicht, dem Bedürftigen wird an Ort und Stelle geholfen.
- o Es wird alles versucht, die Bevölkerung über ein gesundes Leben aufzuklären.
- o Für den Erkrankungsfall wird versucht, durch Reorganisation, Ausbau und Humanisierung der Spitäler alles zu tun, damit die Patienten so rasch wie möglich wieder gesund werden. Stacher wies in diesem Zusammenhang darauf hin, daß 20 Prozent der Patienten in Wiener Spitälern aus anderen Bundesländern kommen.
- o Die Bindung zwischen Gesundheits- und Sozialwesen soll weiter verstärkt werden.

(Forts.) ger/gg

Wiener Gemeinderat (13)
Utl.: Gesundheitsdebatte
=++++

22 Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) Die Spitalsfinanzierung darf nicht nur von der Einnahmenseite, sondern muß auch von der Ausgabenseite her gelöst werden, erklärte GR. Dr. HIRNSCHALL (FPö). Angesichts der ungeheuren Belastungswelle sind die Vorschläge, die auf eine Beitragserhöhung für die Krankenversicherten hinauslaufen, abzulehnen. Daß es auch anders geht, zeigt das Beispiel der Betriebsorganisationsplanung beim AKH. Diese sollte um 370 Millionen von einer Arbeitsgemeinschaft durchgeführt werden. Wegen der Kritik des Rechnungshofes und des Kontrollamtes wird diese Planung nun in eigener Regie durchgeführt.

Für den Bau eines geriatrischen Krankenhauses in der Webergasse ist im Budget 1981 kein Geld vorhanden. Da die Bettensituation auf diesem Gebiet besonders prekär ist, stellt Hirnschall den ANTRAG, entsprechende Mittel vorzusehen, damit dieses besonders dringliche Vorhaben im Jahr 1982 der Bevölkerung zur Verfügung steht.

Hirnschall kritisierte, daß in einigen Spitälern Patienten mit einer Zusatzversicherung bevorzugt aufgenommen werden. Das dürfte nicht passieren. (Forts.) sei/sr

Wiener Gemeinderat (14)
Utl.: Gesundheitsdebatte
=++++

23 Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) Die Streifenaktion der Wiener Ärztekammer, Humanität in der medizinischen Betreuung, Allgemeines Krankenhaus und das Drogenproblem waren Schwerpunkte der Ausführungen von Stadtrat Dr. Gertrude KUBIENA (ÖVP). Sie führte aus, daß die Aktion zur Früherkennung von Zucker- und Nierenerkrankungen grundsätzlich als positiv zu beurteilen ist, man müsse jedoch auch die Bevölkerung auf die Fehlermöglichkeiten aufmerksam machen. "Ist es human, wenn im Keller der Kinderklinik für Psychiatrie vier Monitore unbenützt stehen", fragte Kubiena? Sie erkundigte sich weiter nach dem Stand der Schaffung eines geriatrischen Krankenhauses in der Webergasse. Als inhuman bezeichnete sie die klinische Versorgung nördlich der Donau: im Floridsdorfer Krankenhaus gebe es 250 Betten für 250.000 Einwohner, mit dem SMZ Ost werde im Jahre 1982 begonnen, die Fertigstellung des ersten Bauteils (Unfall,Vhirurgie, Interne) sei in etwa sieben Jahren zu erwarten. Sie kritisierte das Fehlen einer psychiatrisch-neurologischen Station im ersten Bauabschnitt und wollte wissen, wer jemanden zum Projektleiter für das SMZO vorgeschlagen hatte, "dem das Gericht Unfähigkeit bescheinigt hat"? Wenn es beim Allgemeinen Krankenhaus ausreichende Kontrolle gegeben hätte, "wären Dinge, wie sie passiert sind, nicht vorgekommen", führte Kubiena weiter aus. Schließlich wandte sie sich dem Drogenproblem zu und forderte die Versorgung für lückenlose Behandlungsmöglichkeiten und Beschäftigungsgelegenheiten. (Forts.)
and/bs

Wiener Gemeinderat (15)
Utl.: Gesundheitsdebatte
=++++

25 Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) Die Vorwürfe der ÖVP, das lebensrettende medizinische Geräte im Keller des AKH verschimmeln, seien völlig unbegründet, stellte GR. SEVCIK (SPÖ) fest. Das Budget für das Gesundheitswesen wird 1981 16,1 Prozent des Gesamtbudgets ausmachen. Es ist mit 9.400 Millionen das bisher höchste Budget. Mit diesen Mitteln kann die Neuorganisation des Spitalswesen fortgesetzt und die medizinische Vorsorge weiter ausgebaut werden. Die Erfolge der Neuorganisation des Spitalswesens kamen auch durch eine Patientenbefragung zum Ausdruck. Die Beschwerden über unmoderne Krankenzimmer sowie über das Essen sind zurückgegangen. Eine wesentliche Ergänzung zur Spitalsversorgung sind die praktischen Ärzte. 1977 gab es 1044 praktische Ärzte, 1979 waren es bereits 1480 Ärzte. Die Aktion "Mobile Schwestern" wurde auf sämtliche Bezirke Wiens ausgedehnt. Sie leisteten bisher 137.000 Hausbesuche. Die sozialmedizinischen Aufgaben nehmen auch im Budget einen immer größeren Betrag in Anspruch. Die finanziellen Mittel für das Gesundheitsamt wurden gegenüber dem Vorjahr fast verdoppelt.
(Forts.) ba/bs

Wiener Gemeinderat (16)
Utl.: Gesundheitsdebatte
=++++

26 Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) GR. TRAINDL (ÖVP) widmete sich in seinem Beitrag besonders der Vorsorgemedizin im Jugendbereich. Die Kinder in der Stadt sind heute durch die Umwelt beeinträchtigt, sagte Traindl. Schädigungen wie Nervosität, Unruhe, Angst bis hin zu Aggressivität und Depressionen sind die Folge. Hier stellen sich die Fragen, ob der Wohn- und Freizeitumraum der Kinder und überhaupt der heutige Lebensstil geeignet sind, Kinder schädigungsfrei aufwachsen zu lassen. Traindl forderte ein Umdenken bei allen für diese Probleme Zuständigen. Man kann die Eltern nicht glauben lassen, sagte er, daß die Gesundenvorsorge allein Sache der Behörden sei. Eltern, Lehrer und Schulärzte müssen hier zusammenarbeiten, um diesbezüglich Erfolge zu erreichen. Da sich auch viele Eltern keiner vernünftigen Lebensweise befleißigen, ist es nötig, eine sinnvolle Aufklärungskampagne für die Gesundenvorsorge zu starten. Nur so wird es gelingen, die zahlreichen Gefahren für die Gesundheit der Kinder, darunter auch den Drogenkonsum, abzuwenden. Traindl vermerkte schließlich povitiv, daß die Richtzahl für einen Schularzt nun 1.000 Schüler beträgt und es damit mehr Schulärzte gibt, sagte aber, daß auch hier eine weitere Verbesserung angestrebt werden muß. (Forts.)
gab/gg

Wiener Gemeinderat (17)
Utl.: Gesundheitsdebatte
=++++

27 Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) Die Behinderten wollen volle Integration in die Gesellschaft, sie wollen als vollwertige Bürger anerkannt werden, sagte GR. Gertrude HÄRTEL (ÖVP). Sie regte eine Abschrägung der Gehsteigkanten auf Rollstuhlbreite an. Nicht nur Behinderte, auch alte Menschen und Frauen mit Kinderwagen haben Schwierigkeiten in der U-Bahn. Wir freuen uns über die Bereitschaft, Behinderte bei der Stadt Wien aufzunehmen, sagte Härtel. Sie hoffe, daß die Vorbereitungen dafür nicht zu lange dauern. Härtel stellte die Frage nach dem Stand der Planung für ein geriatrisches Krankenhaus im 20. Bezirk.

Der Kreis der Armen ist nicht kleiner, sondern größer geworden. Viele alte Menschen rutschen durch die Tariferhöhungen immer mehr in Richtung Armutsgrenze. Härtel stellte den ANTRAG, einkommensschwächeren Personen wegen der steigenden Energiekosten einen Heizkostenzuschuß zu gewähren. In einem weiteren ANTRAG wird die Schaffung einer verbilligten Seniorennetzkarte bei den Wiener Verkehrsbetriebe verlangt.

Härtel fragte, was mit der im Vorjahr erhöhten Hundesteuer geschah. Von einer Extrareinigung war nichts zu bemerken. Abschließend stellte Härtel die Frage, ob sich im Pflegeheim Lainz eine Sektion der SPÖ befinde, wenn ja, mit wessen Genehmigung.
(Forts.) ger/gg

Wiener Gemeinderat (18)
Utl.: Gesundheitsdebatte
=++++

28 Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) Die Besetzung des Primariats einer Nierenstation im Wilhelminenspital mit einem Herzspezialisten kritisierte GR. EBERHARDT (öVP). Offensichtlich spielten politische Aspekte eine große Rolle.

Durch eine Änderung des Dienstturnusses und durch mehr Möglichkeiten einer Teilzeitbeschäftigung könnte der Mangel an Pflegepersonal beseitigt werden. Derzeit müssen noch immer Stationen während Urlaubszeiten gesperrt werden. Die wöchentliche Arbeitszeit des Pflegepersonals beträgt 48 Stunden und mehr. (Forts.) sei/sr

Wiener Gemeinderat (19)
Utl.: Gesundheitsdebatte
=++++

29 Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) Gr. Gabrielle TRAXLER (SPÖ) gab einleitend einen kurzen Überlick über Leistungen der Stadt Wien für Drogenabhängige. Sie verwies weiter darauf, daß die materielle Absicherung für die alten Menschen besonders wichtig ist. Neben dem ASVG sorgen die Sozialdienste für ein lückenloses Netz. Parallel zur finanziellen Absicherung muß die praktische erfolgen. So wurde die Heimhilfe zwischen 1973 und 1979 um 400 Prozent gesteigert, Steigerungen gab es auch bei den mobilen Schwestern und den praktischen Ärzten. Der Aufwand für den Wohnungsreinigungsdienst wird im kommenden Jahr um 37 Prozent steigen. Qualitative Verbesserungen wurden etwa im Pflegeheim Lainz erzielt, das zu einem modernen geriatrischen Krankenhaus ausgestaltet wurde. Der Anteil der Isolierten beträgt 13 Prozent, für sie gibt es Kontaktbesuchsdienst und Besuchsdienst. Nur 20 Prozent der alten Menschen bedürfen der öffentlichen Hilfe, vielen davon ist mit Leistungen gegen die Einsamkeit geholfen. In 174 Pensionistenklubs werden 1981 täglich 12.000 Menschen betreut, somit um 36 Prozent mehr als heuer. Es gebe aber auch Grenzen der Finanzierbarkeit durch die öffentliche Hand, und es sei daher besonders wichtig, den Menschen mit kleinerem Einkommen zu helfen. Die Menschen müssen, so GR. Traxler, auch lernen, sich selbst und einander gegenseitig zu helfen. (Forts.) and/bs

Wiener Gemeinderat (20)
Utl.: Gesundheitsdebatte
=++++

30 Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) Die harten Attacken der Opposition führen zum Ziel, stellte GR. HAHN (öVP) fest. Zuerst habe es einen Rückzieher bei der Bestellung von Obersenatsrat Zöllner gegeben, dann heute den Rücktritt von Obersenatsrat Horny als Bürgermeister von Mödling. Die öVP sei immer dafür gewesen, daß Politiker aus dem Aufsichtsrat abberufen werden. Der Stellvertretende Aufsichtsratsvorsitzende der AKPE, Dr. Horny, konnte seine Aufgaben nicht wahrnehmen, da er mit 13 Funktionen überlastet war.

Es sei bedenklich, wenn der Klubobmann der öVP Beamte angreift, und es sei überraschend, wenn er sich um die sozialistische Partei einer kleinen Gemeinde Sorgen mache, sagte Finanzstadtrat MAYR (SPö). Es sei eine Praxis der Opposition, bei den Beamten der Stadt Wien guten Wind zu machen und jeden einzelnen später zu verunglimpfen. Alle politischen Parteien sollten sich einig sein: Korruption soll mit allem Nachdruck aber mit den Mitteln des Rechtsstaats bekämpft werden. (Forts.) ba/gg

Wiener Gemeinderat (21)
Utl.: Gesundheitsdebatte
=++++

33 Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) Im Schlußwort nahm Stadtrat STACHER zu den Beiträgen der Debattenredner Stellung. Zum Vorwurf, die MA 17 habe sich nicht mit der Betriebsorganisationsplanung des AKH beschäftigt, sagte Stacher, die MA 17 hat in dieser Frage tausende Gespräche mit der AKPE geführt, die alleinige übernahme dieser Aufgabe wäre jedoch aus Personalgründen nicht möglich gewesen. Generell warf Stacher den Oppositionsrednern vor, unangenehme Einzelfälle zu verallgemeinern und so die Leistungen des Wiener Gesundheitswesens zu diskreditieren. Zur Frage, warum das Geriatrische Spital Webergasse nicht gebaut wird, sagte er, das vorgesehene Gebäude wird von der Unfallversicherungsanstalt für die Nachbehandlung von Patienten und für eine geschützte Werkstätte gebraucht. Ein geriatrisches Spital wird in Wien 21 errichtet. Dem Vorsorgeuntersuchungswesen will Stacher durch verschiedene Änderungen neue Impulse geben. In der Frage der Ärztekammeraktion zur Früherkennung von Zuckerkrankheit räumte Stacher ein, daß die verschickten Streifen etwas zu empfindlich gewesen seien. Unrichtig hingegen sei, daß die Rettung nicht in die Wohnungen der Patienten komme. Auch der Notwendigkeit, gegen den Drogenkonsum noch mehr zu tun, pflichtete Stacher bei. Hier müssen frühzeitige Präventivmaßnahmen gegen süchtiges Verhalten jeder Art getroffen werden, wobei auch der Alkoholismus nicht vergessen werden darf. (Forts.) gab/gg

Wiener Gemeinderat (22)
Utl.: Gesundheitsdebatte
=++++

34 Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) Die Vorwürfe, es geschehe nichts für Behinderte und ältere Bürger, lehnte Stacher ab. Er wies einerseits auf den Behindertenbeförderungsdienst, andererseits auf die verbesserte materielle Situation der alten Menschen sowie auf die sozialen Dienste für ältere Bürger hin.

Stacher wandte sich schließlich gegen Bemerkungen, die, wie er sagte, von einem Informationsmangel gekennzeichnet seien. Zum Beispiel wird die Augenstation im Wilhelminenspital deshalb nicht gebaut, weil sie zur Zeit nicht nötig ist, der Betrag für den Bau einer neurologischen Station ist im Budget 81 ausgewiesen, was anscheinend übersehen worden ist. Auch wirklichkeitsfremde Vorschläge zum Schwesterndienst beruhen auf diesem Informationsmangel, ebenso wie der Vorwurf die Rettung habe zuwenig Personal. Hier ist bereits eine Aufstockung vorgesehen.

Abschließend sagte Stacher, er wisse, daß noch viel im Gesundheits- und Sozialwesen geschehen muß. Die SPÖ wird in diesen Belangen immer weiterarbeiten, um den Menschen Wiens die bestmögliche Versorgung bieten zu können. (Forts.) gab/sr

Wiener Gemeinderat (23)
Utl.: Kulturdebatte
=++++

35 Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) Kultur kann nicht mehr als Addition verschiedener Künste und Medien verstanden werden, sagte Stadtrat Prof.Dr. ZILK (SPÖ). Der Kulturbegriff bezieht alle Lebensäußerungen des Menschen mit ein. Er ist mehr als nur Kunstförderung. Es ist deshalb eine Aufgabe der Kulturpolitik, Kultur für alle zu betreiben, Kultur für alle Menschen zugänglich zu machen. Eines darf Kulturpolitik nicht sein: der Versuch zur Zwangsbeglückung. Der Kulturkonsum darf auch keine Pflichtübung sein. Deshalb müssen auch neue Wege gegangen werden. Kultur soll auch Freude bringen, kulinarisch sein. Kultur muß nicht immer vom höheren Ernst der Intellektualität umgeben sein.

"Kultur für alle" mag sich nach drei Richtungen artikulieren: Erstens bedeutet sie Erleichterung des Zugangs zur Kultur, auch mit Hilfe neuer Methoden der öffentlichkeitsarbeit. Als Beispiel nannte Zilk unter anderen das Gastspiel der Arena von Verona, die 1982 wieder nach Wien kommen wird; die Veranstaltungsreihe "Tanz 82"; das Stadtabonnement; das Schubert-Festival; den Musikalischen Sommer; den Symphoniker-Tag mit 13.000 Besuchern; die Artothek und die Festwochen. In Vorbereitung ist eine Gesamtaufführung der Werke Schuberts. Die Theater in Wien verzeichnen ein kontinuierliches Steigen der Besucherzahlen. 1981 wird eine neue Außenstelle des Historischen Museums (Historische Wandmalereien in der Tuchlauben) eröffnet. Das Historische Museum verzeichnete heuer eine halbe Million Besucher, in die Stadtbibliothek kamen 22.500 Benützer. In den nächsten Jahren werden auch bedeutende Großausstellungen nach Wien kommen. (Forts.) ger/bs

Wiener Gemeinderat (24)
Utl.: Kulturdebatte
=++++

36 Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) Zweitens bedeutet "Kultur für alle" das Suchen neuer Aufgaben, unter Einbeziehung alternativer Kultur- und Kunstformen. Dazu gehören etwa Veranstaltungen im Bereich des Jazz und der Popmusik, der "Showherbst", das Blasmusiktreffen und viele andere. Große Bedeutung kommt auch der Bezirkskulturarbeit zu. Im Jahr 1980 fanden 600 Veranstaltungen in den Bezirken statt, an denen hunderttausende Wienerinnen und Wiener teilnahmen. 1981 wird ein Versuch mit sogenannten Vorabendkonzerten, die Menschen auf dem Weg vom Arbeitsplatz nach Hause besuchen können, gestartet.

Drittens - und ganz entscheidend - bedeutet "Kultur für alle" die Anregung zur eigenen kreativen Tätigkeit. Als Beispiele führte Zilk unter anderem Hausmusikabende, einen Kompositionswettbewerb, die Förderung des Laientheaters und der Laienkusnt und die Aktion "Künstler in den Betrieben" an. Er verwies auf die zunehmend enge Zusammenarbeit mit den Universitäten, auf Vortragsreihen und Symposien. Ab 1981 soll ein zehnjähriges Kolloquim über den Josefinismus stattfinden.

Kulturarbeit ist Dienst am Bürger. Der Bürgerdienst arbeitet hervorragend und unbürokratisch. 1981 ist die Schaffung von drei weiteren Außenstellen geplant.

Kultur hat heute eine "Verbalkonjunktur". Man redet darüber. Das ist gut so, aber wir müssen einen Schritt weitergehen, sagte Zilk. Kulturpolitik wird weltweit einen neuen Stellenwert erhalen. Dies wird sich auch auf der Ausgabenseite auswirken, wobei allerdings die Aufbringung der Mittel nicht ausschließlich Aufgabe der öffentlichen Hand sein kann. (Forts.) ger/gg

Wiener Gemeinderat (25)
Utl.: Kulturdebatte
=++++

37 Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) Für eine vielfältige Nutzung des Messepalastes trat GR. Dipl.-Ing. PAWKOWICZ (FPö) ein. Bisher sind in dieser Frage nur verbale Bekenntnisse gemacht worden. Es müßte endlich etwas geschehen. Pawkowicz stellt den ANTRAG, einen mit 100.000 S dotierten Ideenwettbewerb auszuschreiben, bei dem sich jeder Wiener zu Wort melden kann.

Für die Jugendgästehäuser der Stadt Wien ist 1981 nur eine Million vorgesehen. Andere große Städte machen auf diesem Gebiet weit mehr. Die wertvolle Aktion "Die Bundesländer lernen Wien kennen", zeigt gravierende Mängel. Man sollte auf diese Aktion ein besonders Augenmerk lenken und den Beschwerden von Lehrern aus anderen Bundesländern nachgehen. (Forts.) sei/sr

Wiener Gemeinderat (26)
Utl.: Kulturdebatte
=++++

38 Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) Die gute Zusammenarbeit in Altstadterhaltungsfonds und Kulturausschuß lobte Stadtrat Dr. MAUTHE (ÖVP). Er gab jedoch seiner Sorge darüber Ausdruck, daß die Durchführung der Wiener Festwochen in dieser Weise während der nächsten Jahre nicht aufrecht erhalten werden könnte. er trat dafür ein, den Altstadtschutz nicht aufzuweichen und kündigte an, daß die ÖVP eine Verschiebung vom passiven Schutz zu aktiver Denkmalpflege und Altstadterhaltung anstrebe. Die ÖVP sei bereit, einer Erweiterung des Personalstandes des Altstadterhaltungsfonds zuzustimmen. In einem BESCHLUSSANTRAG ersuchte Dr. Mauthe den Stadtrat für Kultur und Bürgerdienst, sich für die Erhaltung beziehungsweise Sanierung folgender Bauten einzusetzten: 1., "Hochholzerhof" in der Tuchlauben, 1., Judenplatz 2 und Jordangasse 9, 2., Franzensbrückenstraße 5, 2., Tabostraße 23, 7., Stiftgasse 12 und 33, 7., Zieglergasse 21, 7., Lerchenfeldedr Straße 33, 8., Schlößlgasse 5, 8., Roter Hof 16 sowie 9., Wasagasse 20 und 21. In einem weiteren BESCHLUSSANTRAG wird verlangt, umgehend eine Studie über die Belebung und "Revitalisierung" des Gebiets rund um das Wiener Rathaus in Auftrag zu geben, wobei insbesondere die Möglichkeiten zur Ausgestaltung dieses Viertels als attraktiver Treffpunkt und Kommunikationszentrum sowie die Ansiedlung von entsprechenden Geschäften und Lokalen untersucht werden sollen. (Forts.) and/bs

Wiener Gemeinderat (27)
Utl.: Kulturdebatte
=++++

39 Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) Die Kulturarbeit in Wien ist von zwei Dingen geprägt, sagte GR. Hildegard WONDRATSCH (SPö). Erstens von der Verpflichtung zur Tradition und zweitens vom Wandel des Kulturbegriffes, wonach die Kultur alle schöpferischen Äußerungen des Menschen umfaßt. GR. Wondratsch wies auf die große, internationale Bedeutung Wiens als Musik- und Theaterstadt hin. Ein Hit für zahlreiche Sommergäste der Bundeshauptstadt sei der musikalische Sommer in Wien, mit seinen Palaiskonzerten und Schönbrunner Schloßkonzerten. Daß die Wiener auch gerne ins Theater gehen, beweisen die Einspielergebnisse. Auf tausend Wiener kommen zehn Theaterplätze. Wien unterstützt die Bundestheater, indem es auf die Vergnügungssteuer verzichtet. Theaterexperimente werden vor allem auf Klein- und Kellerbühnen durchgeführt. Besonders erfolgreich war die Aktion "Volkstheater in den Außenbezirken". Die Bezirksaktivitäten haben wesentlich zugenommen. In allen Bezirken sind bereits Bezirkskulturvereine tätig. Viele neue Einfälle, wie die Hobby-Ausstellung in der Brigittenau oder die Galerie in der Thaliastraße wurden realisiert. Aktivitäten wie die Wiederbelebung alter traditioneller Wiener Volksfeste die Kulturwanderwege oder der "Advent in Wien" tragen dazu bei, weite Kreise der Bevölkerung zum Kulturerlebnis zu aktivieren und motivieren. (Forts.) ba/sr

Wiener Gemeinderat (28)
Utl.: Kulturdebatte
=++++

40 Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) GR. Mag. KAUER (ÖVP) nahm zunächst zur Rede von GR. WONDRATSCH Stellung. Die Situation der Wiener Theater sei hier allzu rosig gezeichnet worden, sagte Kauer. Überdies wehre er sich dagegen, Kultur als sozialistische Errungenschaft zu vereinnahmen.

Anschließend ging Kauer auf die Artothek und den Kunstverein Wien ein. Abgesehen davon, daß es unklar sei, wie viele Bilder in der Artothek zur Verleihung ausgestellt sind und verliehen wurden, sei jedenfalls der Aufwand von insgesamt 4,6 Millionen S für die Sache zu groß. Nach seinen Berechnungen betrage der bürokratische Aufwand für ein verliehenes Bild damit 2.608 S. Obwohl die Organisation der Artothek dem Kunstverein übertragen ist, müsse sich doch ein Beamter des Kulturamtes dieser Arbeit annehmen. Damit zeige sich, so Kauer, daß der Kunstverein der Stadt nicht die Durchführung von Geschäften, sondern Steuern abnimmt. Anschließend schlug Kauer vor, die Tätigkeit der Artothek und ihre Gebarung zu überprüfen und anstatt Bilder zu verleihen lieber den Ankauf von Bildern für die Bevölkerung zu unterstützen. (Forts.) gab/gg

Wiener Gemeinderat (29)
Utl.: Kulturdebatte
=++++

41 Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) Der Bürgerdienst wurde als Hilfe für Menschen geschaffen, um Wünsche, Beschwerden und Fragen rasch und unbürokratisch behandeln zu können, sagte GR. Ingrid SMEJKAL (SPÖ). Er steht für alle Lebensbereiche mit Rat und Hilfe zur Verfügung. In der Praxis entfallen etwa drei Viertel der Fälle auf den Bereich der Stadtverwaltung, ein Viertel auf andere bereiche. neben der Stadtinformation im Rathaus wurden neun Außenstellen eingerichtet, um die Kontaktaufnahme für die Bürger so leicht wie möglich zu machen. Die "langen Donnerstage" geben auch Berufstätigen die Möglichkeit, diese Einrichtung in Anspruch zu nehmen. Der Bürgerdienst arbeitet im Zusammenwirken mit anderen Abteilungen des Magistrats zum Wohle der Menschen in unserer Stadt. Im Jahr 1980 wurden 103.000 Fälle behandelt. 98.000 davon konnten auf kurzem Weg erledigt werden, 4.900 erforderten eine längere Bearbeitung. Die arbeitsweise des Bürgerdienstes orientiert sich an den Einzelbedürfnissen und Einzelfällen. Auch Hausbesuche - bisher etwa 1.000 - werden gemacht. Die Stadtinformation und die Außenstellen ergänzen einander. In der Stadtinformation werden monatlich durchschnittlich 8.500 Anfragen behandelt. Die Hauptaufgabe der Außenstellen ist die Hilfeleistung im Einzelfall. Der größte Teil der bisher behandelten Fälle konnte positiv erledigt werden. Es ist zu hoffen, daß das Angebot des Bürgerdienstes von den Wienerinnen und Wienern weiterhin angenommen wird. Der bisherige starke Zuspruch führte zu der Überlegung, im 3., 12. und 20. Bezirk drei weitere Außenstellen einzurichten, die wahrscheinlich im März 1981 eröffnet werden können. (Forts.) gerfbs

Wiener Gemeinderat (30)
Utl.: Kulturdebatte
=++++

42 Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) Abschließend erklärte Stadtrat Prof. Dr. ZILK (SPÖ), daß die Wiener Messe AG noch bis 1986 Mieter des Messepalastes ist. Derzeit wird ein Verein gegründet, der Vorschläge über eine optimale Nutzung des Messepalastes ausarbeiten soll. Ziel ist die Schaffung eines multifunktionalen Kommunikationszentrums.

Für die Artothek stehen 1981 895.000 Schilling zur Verfügung. Bei 2.000 Entlehnungen betragen die Kosten für eine Entlehnung 450 Schilling.

Der Wiener Kunstverein betreut jährlich rund 60.000 Menschen. Allein zu den Dichterlesungen kommen fast 4.000 Besucher.

Die Sitzung wurde um 17.41 Uhr unterbrochen. Die Beratungen werden morgen, Donnerstag (9 Uhr), mit der Behandlung der Geschäftsgruppen Wohnen und Stadterneuerung (Amtsf. Stadtrat Hatzl), Stadtplanung (Amtsf. Stadtrat Univ.-Prof. Dr. Wurzer) und Vermögensverwaltung, Städtischer Dienstleistungen, Konsumentenschutz (Amtsf. Stadtrat Veleta) fortgesetzt. (Schluß) sei/gg

rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800 2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband

rk

gegründet 186

Donnerstag, 11. Dezember 1980 Blatt 3553

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Bereits über FS
ausgesendet: Schieder neuer ORF-Finanzausschuß-Vorsitzender
(violett)

Kommunal: Wiener Gemeinderat - Budgetdebatte
(rosa) Ab 1. Jänner Baupolizei-Sicherheitsabteilung
Sechs Millionen fur SMZ-Ost

Nur
über FS: 10.12. Gasrohrgebrechen in Meidling
11.12. Hadikgasse:Feuerwehr befreite eingeklemmten Lenker

Eigentümer, Herausgeber, Verleger und Druck: Presse- und Informationsdienst der Stadt Wien (PID)
1, Rathaus, 3. Stiege, A 1082 Wien · Telephon 42 8 00 Durchwahl Kl. 29 71 · FS 13-3240
Chefredakteur: Prof. Alois Brunnthaler · Für den Inhalt verantwortlich: Stellv. Chefred. Robert Prosel

.-.-.-

Ab 1. Jänner Baupolizei-Sicherheitsabteilung (1)
Utl.: Änderung der Geschäftseinteilung vorläufiger Höhepunkt einer Reihe von Verbesserungen

=++++

1 #Wien, 11.12. (RK-KOMMUNAL) Mit einer Änderung der Geschäftseinteilung, mit der sich der Gemeinderat in dieser Woche befassen wird, wird der vorläufige Höhepunkt in einer Reihe von Maßnahmen zur Verbesserung und Beschleunigung der Arbeit der Baupolizei gesetzt: Die Magistratsabteilung 36 wird ab 1. Jänner zentral für das gesamte Wiener Stadtgebiet Überprüfungen und Revisionen durchführen, während in der MA 37 einheitlich die übrigen Aufgaben der beiden bisherigen Baupolizei-Abteilungn zusammengefaßt werden.#

Bisher war die MA 36 für alle Baupolizei-Agenden in den Bezirken 1 bis 9 und 20, die MA 37 für die übrigen Stadtteile zuständig. Diese Einteilung hat sich aus organisatorischen Gründen nicht bewährt. Vor allem gab es Schwierigkeiten bei der Durchführung von Sicherheitsüberprüfungen.

Künftig wird die MA 36 (Neue Bezeichnung: Technische Gewerbeangelegenheiten und Feuerpolizei) periodische Überprüfungen zum Beispiel von Beherbergungsbetrieben, Verkaufsstätten usw. sowie schwerpunktmäßige Kontrolle von Anlagen, die eine erhöhte Gefahr darstellen, durchführen. Zusätzlich wird sie u.a. Amtssachverständige im gewerbebehördlichen Betriebsanlageverfahren, nach dem Baulärmgesetz, in chemischen und Giftangelegenheiten usw. stellen.

Bei der MA 37 mit dem Namen "Baupolizei" werden ab dem Jahreswechsel die übrigen Agenden der Baubehörde (Beratung in Bauangelegenheiten, Erteilung von Baubewilligungen u.a.) für das gesamte Wiener Stadtgebeit zusammengefaßt. (Forts.) and/bs

Ab 1. Jänner Baupolizei-Sicherheitsabteilung (2)
Utl.: Bereits 1980 wichtige Verbesserungen durchgeführt
=++++

2 Wien, 11.12. (RK-KOMMUNAL) Wie Planungsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Rudolf WURZER in diesem Zusammenhang feststellte, konnten bereits im nun zu Ende gehenden Jahr wichtige Verbesserungen durchgeführt werden. Dazu gehört vor allem die Ausarbeitung eines umfangreichen Maßnahmenpakets, das die Grundlage für die Sicherheitsüberprüfung in bestehenden und bei der Bewilligung neuer Beherbergungsbetriebe darstellt. Dabei geht es vor allem darum, die rechtzeitige Alarmierung der Hotelgäste beim Ausbruch eines Brandes und das ungehinderte Verlassen des Gebäudes sicherzustellen. Im kommenden Jahr wird eine Kommission eingerichtet werden, um die Einhaltung der Regelungen dieses Maßnahmenpakets zentral für das gesamte Stadtgebiet zu gewährleisten.

Eine weitere wichtige Maßnahme war die Installierung einer automatischen Textverarbeitungsanlage, die ihre erste Bewährungsprobe nach einer mehrmonatigen Probezeit bestanden hat und nun Tag und Nacht im Einsatz ist. Sie ermöglicht die wesentlich beschleunigte Ausfertigung von Bescheiden - in ganz besonders dringenden Fällen sogar innerhalb einer Stunde. (Schluß) and/sr

Sechs Millionen für SMZ-Ost

=++++

3 Wien, 11.12. (RK-KOMMUNAL) Zur Forcierung der gegenwärtigen Planungs- und Bauvorbereitungsarbeiten für das Krankenhaus im Sozialmedizinischen Zentrum Ost genehmigte Donnerstag der Gemeinderatsausschuß für Gesundheit und Soziales zusätzlich sechs Millionen Schilling. Damit erhöht sich die Planungsrate für das heurige Jahr auf insgesamt 26 Millionen Schilling. (Schluß) zi/gg

Wiener Gemeinderat (1)
Utl.: Wohnendebatte
=++++

6 Wien, 11.12. (RK-KOMMUNAL) In seinem Referat zur Geschäftsgruppe Wohnen und Stadterneuerung betonte Stadtrat HATZL (SPÖ), daß auch das Budget 1981 wie immer dem sozialen Wohnen große Bedeutung zumißt. Sowohl in der Neubauleistung wie in der Erneuerung städtischer Bauten und der Wohnungsverbesserung, in der sozialen Gesinnung und in der Wirkung für die Arbeitsplatzsicherung ist dieses Budget eindrucksvoll, sagte Hatzl. Insgesamt stehen 4,5 Milliarden S aus Mitteln der Wohnbauförderung zur Verfügung, eine Milliarde davon für die Stadt Wien, 2,4 Milliarden für andere Bauträger, 750 Millionen für Annuitäten und 300 Millionen für Wohnbeihilfen. Mit 136 Millionen für die Wohnungsverbesserung können Verbesserungen in etwa 9.000 Wohnungen durchgeführt werden. Mit insgesamt rund 2,6 Milliarden können 2.300 städtische Wohnungen neu begonnen und 6.400 weitergebaut werden. Insgesamt steigt der Aufwand der Stadt für bauliche Investitionen von 7,3 auf 8,3 Milliarden, der für Instandhaltung von 1,6 auf 1,8 Milliarden. Die städtische Wohnhäuserverwaltung verzeichnet Einnahmen von 2,1 und Ausgaben von 2,4 Milliarden. Für Instandhaltungen werden mit 573 Millionen, um 158 Millionen mehr als im Vorjahr ausgegeben. Wohnhausanlagen werden erneuert, Liftanlagen renoviert und neu installiert. Freilich sind in diesem Bereich die Einnahmen zu gering. Hier ist zu hoffen, daß in diesem Jahr das neue Mietrecht im Parlament beschlossen wird, um eine bessere Situation zu ermöglichen. Die Opposition sollte in dieser Frage ihre bisherige Haltung revidieren, bisher hat sie sich ja gegen eine echte Lösung ausgesprochen. Man kann schließlich nicht die Sicherung des Althausbestandes und die Ausbeutung der Mieter gleichzeitig betreiben. (Forts.) gab/gg

Wiener Gemeinderat (2)
Utl . Wohnendebatte
=++++

/ Wien, 11.12. (RK-KOMMUNAL) Selbstverständlich werden auch die Amtshauser erneuert und verbessert, behindertengerecht gestaltet und durch die Instandhaltung kulturelles Erbe bewahrt Die Bauabteilungen und die technischen Abteilungen werden auch 1981 hochqualifizierte Leistungen erbringen und technische Weiterentwicklung vorantreiben. Im Bereich der Stadterneuerung wurde im Budget für die weitere Betreuung des Gebiets Ottakring Vorsorge getroffen. Auch fur andere Gebiete sind bauliche Maßnahmen vorgesehen.

Insgesamt ist durch die Fortschreibung des Wohnbauprogramms durch den Wiener Gemeinderat der Bau von 5.500 Wohnungen gesichert. Es bleibt sicher manches offen, aber weitere Losungen zu Wohnungsfragen werden vorbereitet. Die soziale Komponente im Wohnbau bleibt auch 1981 gesichert. Wer objektiv urteilt und nicht lizitiert, wer bevölkerungsgerecht denkt und sachlich entscheidet, sollte diesem Budget der sozialen Gesinnung zustimmen, schloß Hatzl.
(Forts.) gab/sr

Wiener Gemeinderat (3)
Utl.: Wohnen-Debatte
=++++

8 Wien, 11.12. (RK-KOMMUNAL) Wohnen ist ein menschliches Grundbedürfnis, sagte GR. KUCHAR (FPÖ). Die Wohnung soll deshalb kein reines Handelsobjekt und kein Gegenstand der Weltanschauung sein. Das neue Mietrecht soll aber möglichst marktkonforme Zustände herstellen, wobei klar ist, daß der Wohnungsmarkt ein besonderer Markt ist. Das derzeitige Mietrecht hat die Wohnungsprobleme nicht gelöst. Ein neues Mietrecht müßte mehr Gerechtigkeit bei der Mietzinsbildung, eine Erhöhung der Mobilität und mehr Angebot an Wohnungen bringen.

Neubauten allein lösen das Wohnungsproblem nicht. Zu den Maßnahmen, die zur Verbesserung des Althausbestandes notwenig sind, gehören unter anderen die Aufgebung der Beschränkung der Wohnungsverbesserungsdarlehen auf 100.000 S pro Wohnung, eine Änderung der Konstruktion der Mietzinsbeihilfe und eine steuerliche Begünstigung auch der Wohnungsverbesserung. Kuchar brachte einen ABÄNDERUNGSANTRAG ein, in dem eine effizientere Durchführung von Ersatzvornahmen und eine Erhöhung der entsprechenden Budgetpost verlangt wird.

Es ist nicht einzusehen, daß der kommunale Wohnhausbau ausschließlich aus Mitteln der Wohnbauförderung finanziert wird. Auch Budgetmittel sollten herangezogen werden. Eine Generalreform der Wohnbauförderung 1968 ist erforderlich. Es ist auch notwendig, beim Wohnbau selbst die Hebel anzusetzen. Die Kosten explodieren, mehr Kontrolle im Bereich des geförderten Wohnbaus ist notwendig. Deshalb wurde von der FPÖ auch ein Antrag eingebracht, der eine Kontrolle durch Zivilingenieure vorsieht. Kuchar kritisierte an Hand von Beispielen bauliche Mängel bei Neubauten. (Forts.) ger/bs

Wiener Gemeinderat (4)
Utl.: Wohnendebatte
=++++

9 Wien, 11.12. (RK-KOMMUNAL) Ein schlechtes Management im Wohnbau warf GR. UHL (ÖVP) der Wiener Stadtverwaltung vor. Gesundheitsgefährdende Bauschäden werden zunächst nicht zur Kenntnis genommen, dann bagatellisiert und schließlich in unzukömmlicher Weise behoben.

In den letzten zwei Jahren passierte ein Fehler nach dem anderen. Eine werdende Mutter, die in desolaten Wohnverhältnissen lebte, bekam keine Wohnung. Von den Zwillingen, die später geboren wurden, starb ein Kind. Erst als der Fall in die öffentlichkeit kam, wurde der Frau eine Wohnung angeboten. Im Bohmann-Hof im 22. Bezirk treten in vielen Wohnungen Schimmelpilze auf. Die Meldungen der Mieter blieben ohne Antwort. Nach Monaten verwies der Hausinspektor die Mieter an das Bauunternehmen. Nun werden die Wohnungen kurz vor Weihnachten zu einer Baustelle umgewandelt. In städtischen Wohnhäusern kam es zu "Wanzeninvasionen". Die Meldungen der Mieter blieben wieder unbeantwortet.

In der Frage der Baugesellschaft "Aufbau", in der nun von Frau Dr. Partik-Pable Erhebungen geführt werden, unternahm die Gemeinde nichts. (Forts.) sei/sr

Wiener Gemeinderat (5)
Utl.: Wohnendebatte
=++++

10 Wien, 11.12. (RK-KOMMUNAL) Nach der Rede von GR. UHL meldete sich Stadtrat HATZL (SPÖ) zu einer Berichtigung zu Wort. Er erklärte, daß

o den Vorwürfen um die Baugesellschaft "Aufbau" sofort nachgegangen wurde. Die Firma wurde gebeten, bekannt zu geben, wer Schmiergelder genommen hat, es wurden interne Untersuchungen eingeleitet und es wurde eine Auftragssperre verhängt. Die Sperre wurde nach einem Bericht im zuständigen Ausschuß, den auch die ÖVP zur Kenntnis nahm, aufgehoben. Frau Dr. Partik-Pable wurde um nähere Angaben gebeten. Bisher ist keine Antwort eingetroffen.

o der Mutter mit zwei Kindern wurde eine Wohnung zugewiesen. Die Frau hat abgelehnt und erst eine zweite Wohnung angenommen. Der Tod des Kindes steht laut ärztlichem Gutachten in keinem Zusammenhang mit den Wohnverhältnissen. Es ist eine Geschmacklosigkeit, solche tragischen, persönlichen Angelegenheiten in die politische Debatte zu bringen.

(Forts.) sei/gg

Wiener Gemeinderat (6)
Utl.: Wohnendebatte
=++++

11 Wien, 11.12. (RK-KOMMUNAL) GR. Dkfm. Dr. EBERT (öVP) forderte zusätzliche Gelder für den Wohnbau. In einem BESCHLUSSANTRAG verlangte er, im Rahmen der Stadt Wien die Möglichkeit zu schaffen, Gemeindewohnungen und Wohnungen gemeinnütziger Wohnbauvereinigungen in das Eigentum der Mieter zu übertragen. Baurechtsgründe mit Mehrfamilienhäusern gemeinnütziger Bauvereinigungen sollten auf Wunsch in das Eigentum übertragen werden. Das gilt auch für Kleingärten der Stadt Wien. Dafür soll eine Aktion "Eigentum an Wohnungen" gestartet und entsprechend publiziert werden. Die Mehreinnahmen aus dieser Aktion sollen zweckgebunden für die Stadterneuerung verwendet werden. Ebert urgierte weiter einen Bericht über die Mitsprache der Bewohner, die versuchsweise in zwei Wohnhausanlagen eingeführt worden war. Er befürwortete eine stärkere Mischung von Wohngebieten und Betrieben. Die Einrichtung der Start-Wohnungen sei ein Flickwerk. Es müßten bessere Methoden gefunden werden, um jungen Menschen eine Wohnung zu bieten, in der sie bleiben können. Ebert kritisierte die Streichung der Übernahme der Mehrwertsteuer bei neuen Eigentumswohnungen, wodurch sich die durchschnittlichen Kosten um 150.000 S erhöhen und bezeichnete die Nahversorgung am Beispiel der Nordrandsiedlung und der Thürnlhofsiedlung als vielfach unzureichend. Abschließend gab er einen Überblick über die Vorstellung der öVP zum Ablauf der Stadterneuerung in Wien. (Forts.) and/sr

Wiener Gemeinderat (7)
Utl.: Wohnendebatte
=++++

12 Wien, 11.12. (RK-KOMMUNAL) Mit den Mitteln der Wohnbauförderung werden im kommenden Jahr rund 7.000 neue Wohnungen, davon 2.300 von der Stadt Wien selbst, errichtet, berichtet GR. LUSTIG (SPö). Für 9.000 Wohnungen wird es Wohnungsverbesserungskredite geben. Das bedeutet, daß 1981 wieder 20.000 neue beziehungsweise zeitgemäße Wohnungen der Wiener Bevölkerung zur Verfügung stehen. Das Wohnungsproblem sei kein typisches Problem, sondern ein Problem aller großen Städte. In Wien sei es außerdem ein qualitatives Problem. Hier gibt es rund 220.000 Substandardwohnungen. Die Stadt Wien trägt jedoch wesentlich zur Lösung des Wohnungsproblems bei. In 40 Jahren wurden 200.000 neue Wohnungen gebaut. Das ist eine Leistung, die andere Städte erst nachmachen müssen, sagte GR Lustig. Die Zahl der rund 20.000 Wohnungssuchenden hätte schon längst gesenkt werden können, wenn die Stadt wien die Vormerkbestimmungen nicht immer wieder gelockert hätte, sodaß es für einen immer größeren Personenkreis möglich wird, eine Gemeindewohnung zu erhalten. In den letzten zehn Jahren wurden 72.000 Wohnungen zugewiesen. Für die Erhaltung der Gebäude wird die Stadt wien 1981 410 Millionen ausgeben. Für den Gebrechensdienst werden 211 Millionen zur Verfügung stehen, für den nachträglichen Aufzugseinbau 90 Millionen. Stadterneuerung sei kein Lippenbekenntnis, sondern einer der Schwerpunkte der sozialistischen Wohnungspolitik. Im Stadterneuerungsgebiet Ottakring ist in den letzten zwei jahren sehr viel geschehen: Neue Wohnungen entstanden, Grünflächen und Parks wurden angelegt, die Verkehrssituation verbessert, eine Wohnstraße eingerichtet und die Infrastruktur verbessert. (Forts.) ba/bs

Wiener Gemeinderat (8)
Utl.: Wohnendebatte
=++++

13 Wien, 11.12. (RK-KOMMUNAL) In sechs weiteren Gebieten werden Untersuchungen zur Stadterneuerung vorgenommen. Die Stadt Wien hat 1.980 städtische Wohnhäuser für rund 50.000 Wienerinnen und Wiener instandgesetzt. Die Renovierungsarbeiten bringen auch der Bauwirtschaft einen starken Impuls. Eines der größten Stadterneuerungsgebiete Wiens wird das Gelände des alten AKH mit rund 100.000 Quadratmeter Grundfläche sein.

Die Sicherung des erhaltungswürdigen Hausbestandes werde auch im neuen Mietengesetz verankert. Der Wohnungstausch soll erleichtert und der Geschäftemacherei mit der Wohnungsnot ein Riegel vorgeschoben werden. Die öVP und die FPö sprechen zwar davon, daß man ein neues Mietengesetz braucht, verzögern aber sein Zustandekommen. Die SPö wird ihr Versprechen auf ein soziales und gerechtes Mietengesetz verwirklichen.

Über die Aktionen der Mietermitsprache sei im Gemeinderatsausschuß berichtet worden. Die öVP müßte daher wissen, daß den Mietern mehr Selbstverwaltung, aber auch mehr Eigenverantwortlichkeit eingeräumt werden soll. Mietermitsprache gibt es bereits bei der Ausführung von neuen Wohnungen, bei der Gestaltung von Grünflächen und Spielplätzen. Eine Mitentscheidung bei der Hausordnung, bei der Verwendung von Gemeinschaftsräumen und bei Instandsetzungsarbeiten steht noch in Überlegung. (Forts.)
ba/gg

Wiener Gemeinderat (9)
Utl.: Wohnendebatte
=++++

14 Wien, 11.12. (RK-KOMMUNAL) GR. Dr. PETRIK (ÖVP) sagte, trotz allen Beteuerungen der Sozialisten, daß es in Wien kein Wohnungsproblem gibt, sei es für immer mehr Menschen unmöglich, adäquate erschwingliche Wohnungen zu bekommen. Dies zeigen auch die 20.000 Vormerkungen für Gemeindewohnungen. Trotzdem seien keine Maßnahmen zu sehen, die diesem Mißstand abhelfen könnten. Daß heute weite Gebiete Wiens einer dringlichen Sanierung bedürfen, ist auf die kurzsichtige, ideologische, eigentumsfeindliche Politik der Sozialisten zurückzuführen. Auf eben diese Politik ist auch die Krise des freien Wohnungsmarktes für Neubauten zurückzuführen. Dieser ist wegen der fehlenden Förderungsmittel zur Stagnation gekommen, weshalb die Preise überhöht sind. Wäre der Markt ausgeglichen, könnte eine genügende Zahl billigerer Wohnungen zur Verfügung gestellt werden und es würden weniger Menschen Sozialwohnungen brauchen. Statt nun die eigene Ideologie zu überprüfen, gehe man daran, mit einem eigentumsfeindlichen Mietengesetz weiter gegen die Privatinitiative zu arbeiten. Im Bereich der Stadterneuerung öffnet sich die Schere zwischen Verfall und Erneuerung weiter, sagte Petrik. Eine besondere Schwierigkeit ist hier, daß die betroffenen Gebiete meistens von finanziell schwachen Menschen bewohnt werden, weshalb von diesen Bewohnern kein nennenswerter Beitrag zur Sanierung zu erwarten ist. Es muß ein besseres Instrumenatrium geschaffen werden, um in den Sanierungsgebieten sowohl die Wohnungen wie auch die Infrastruktur zu verbessern. Dabei sollte durch die Stadt auch die Privatinitiative unterstützt werden, ohne die es nicht geht. Da die Kosten zur Sanierung immer höher steigen, muß bald gehandelt werden. (Forts.) gab/gg

Wiener Gemeinderat (10)
Utl.: Wohnendebatte
=++++

15 Wien, 11.12. (RK-KOMMUNAL) Zusätzliche Förderungsmaßnahmen sind nötig, sagte PETRIK. Gerade bei der Renovierung von Wohnungen nach § 7 kommt es oft zu extremen Mietenerhöhungen bis zum 30- bis 40fachen des Friedenskronenzinses. Während die Gemeinde Wien in städtischen Althäusern Erhöhungen, die das zehnfache des ursprünglichen Zinses übersteigen übernimmt, gibt es für private Althäuser keine entsprechende Regelung. Da dies eine Schlechterstellung der Privatmieter bedeute, stellte Petritsch den Antrag, bei Mietenerhöhung im Zug von Renovierungen gemäß § 7 Mietengesetz für Mieter in Privathäusern dieselbe Regelung bezüglich der Mietenerhöhung einzuführen, wie sie für Gemeindemieter gilt. Abschließend sagte Petrik, ein besseres Förderungssystem im Bereich der Stadterneuerung komme auf lange Sicht sicher billiger als die ausschließliche Förderung von Neubauten. (Forts.) gab/bs

Wiener Gemeinderat (11)
Utl.: Wohnendebatte
=++++

16 Wien, 11.12. (RK-KOMMUNAL) Der überwiegende Teil der Akten, die im Wohnenausschuß behandelt werden, werde einstimmig beschlossen, sagte GR. Ing. HOFSTETTER (SPÖ). Die Kontrolle der gemeinnützigen Wohnungsunternehmen funktioniert sehr gut, die Einschaltung einer weiteren Prüfinstanz erscheint nicht notwendig. Zu dem Bauvorhaben der GESIBA in der Hadikgasse meinte Hofstetter, daß es - so weit dies derzeit festgestellt werden kann - kostenmäßig geglückt ist. Allerdings gibt es berechtigte Beschwerden über Mängel in der Bauausführung, die behoben werden sollen, ohne daß dabei die Mieter zum Handkuß kommen.

Für den Wohnbau stehen im kommenden Jahr 4,4 Milliarden zur Verfügung. Rund eine Milliarde muß allerdings für Annuitätenzuschüsse und für die Subjektförderung aufgewendet werden, so daß nur 3,4 Milliarden bauwirksam werden können. Damit ist es möglich, das bisherige Wohnbauvolumen weiter aufrechtzuerhalten. In den letzten Jahren wurden jährlich rund 7.600 Wohneinheiten errichtet. Diese Größenordnung wird auch im kommenden Jahr erreicht werden können. Mit dieser Leistung ist eine ausreichende Bedarfsdeckung und eine entsprechende Auslastung der Wirtschaft möglich. Die durchschnittliche Wohnungsgröße ist in den letzten zehn Jahren gestiegen, der Wohnungsbelag ist gesunken. Die Zielsetzung der Förderung ist in erster Linie die Schaffung von Wohnraum und die Sicherung der Vollbeschäftigung. Die Rechtsform der Wohnungen (Miet-, Genossenschafts- oder Eigentumswohnungen) ist von sekundärer Bedeutung. Hofstetter wandte sich gegen den Vorwurf der Eigentumsfeindlichkeit. Freiheit ist mehr als Eigentum, bedeutet Mitbestimmung auf allen Ebenen. Die Mehrbelastungen bei Eigentumswohmungen aufgrund der neuen Bestimmungen, die eine gleiche Behandlung von Miet- und Eigentumswohnungen bringen, halten sich in verkraftbaren Grenzen. (Forts.) ger/fe

Wiener Gemeinderat (12)
Utl.: Wohnendebatte
=++++

18 Wien, 11.12. (RK-KOMMUNAL) Die öVP wird dem Wohnbauprogramm 1981 bis 1983 außer der Verbauung der Steinhofgründe zustimmen, erklärte GR. Dr. MAYR (öVP). Für die Verbauung eines Grundstückes in der Breitenfurter Straße in Liesing stellte Mayr den ANTRAG, einen Ideenwettbewerb auszuschreiben. Das Grundstück liegt im Bereich der Hochquellenleitung und der in Hochlage fahrenden Straßenbahnlinie 60, und man müßte in der Höhe und in der Struktur der Verbauung auf das umliegenden Gebiet Rücksicht nehmen.

Für die Verbauung der Wienerberggründe sollte man sich das preisgekrönte Projekt halten. Es war positv, daß diesmal ein junger, fähiger Architekt zum Zuge kam. Man sollte nun das Projekt in Abschnitte zerlegen und die Detailplanung jüngeren Architekten übergeben.

Bei der Absiedlung von Betrieben aus Wohnhäusern, die abgerissen werden müssen, kommt es öfter zu einem unwürdigen Feilschen. Kleine Geschäftsleute laufen dabei Gefahr, aus Unkenntnis schwere Schäden zu erleiden. (Forts.) sei/bs

Wiener Gemeinderat (13)
Utl.: Wohnendebatte
=++++

19 Wien, 11.12. (RK-KOMMUNAL) Dafür Gemeindewohnungen jenen Menschen zur Verfügung zu stellen, die über geringeres Einkommen verfügen, trat GR. MICHALICA (SPÖ) ein. Unter Hinweis auf die Ausführungen von Dr. Mayr befürwortete er es die Bezirksvertretungen über die künftige Nutzung von Flächen mitbestimmen zu lassen. An GR. Ebert gewandt, wies er darauf hin, daß eine Wohnbaugenossenschaft ein Grundstück in der Eichenstraße dermaßen ausnützte, daß die Stadtverwaltung auf öffentlichen Grund Erholungsmöglichkeiten für die Bevölkerung schaffen mußte.

Das Wohnbauprogramm für die Jahre 1981 bis 1983 sieht den Bau von 5.500 Wohnungen auf 48 Baustellen vor, führte Michalica weiter aus. Da jedoch hiefür vorwiegend kleinere Flächen herangezogen werden, steigen die spezifischen Kosten. Gemeinsam mit den von der Stadt Wien geförderten und von gemeinnützigen Gesellschaften errichteten Wohnungen - 4.500 pro Jahr - wird das Ziel an Neubauwohnungen sicher erreicht, vielleicht sogar das Problem der 220.000 Substandardwohnungen und der 20.000 vorgemerkten Wohnungssuchenden, das vordringlich gelöst werden muß und unterstrich die erfolgreiche Tätigkeit der SPÖ, unter deren Führung in Wien mehr als 200.000 neue Wohnungen gebaut wurden.

Als wichtige Ziele bezeichnete Michalica unter anderen den Abbau der Substandardwohnungen (woführ jedoch auch die Hausbesitzer gewonnen werden müssen), das Siedlungsprogramm, den verstärkten Bau von familiengerechten Wohnungen, die Stadterneuerung, ein gemeinsames Vorgehen gegen Bodenspekulationen und Wucher sowie den Wettbewerb der Architekten für zeitgemäße Wohnhausanlagen. (Forts.)
and/gg

Wiener Gemeinderat (14)
Utl.: Wohnendebatte
=++++

20 Wien, 11.12. (RK-KOMMUNAL) Neues in der Wohnbaupolitik kündigte abschließend Stadtrat HATZL (SPö) für das kommende Jahr an: Eine Erhebung über die Wohnzufriedenheit von neuen Mietern, eine Diskussion mit verschiedenen Fachleuten über Bauschäden, die Möglichkeit des Privatwohnungstausches über das Wohnungsberatungszentrum, ein Durchführungskonzept für die Renovierung städtischer Althäuser und die Inbetriebnahme von drei neuen Stellen des Wohnungsberatungszentrums.

Das Wohnungsproblem wird von der öVP und der FPö immer auf die Frage eines Wohnungsmarktes reduziert. Für die SPö werden Wohnungen nach den Bedürfnissen der Menschen errichtet und nicht nach den Grundsätzen des freien Marktes. Die Förderung der Mobilität und des Wohnungstausches seien in der neuen Mietrechtsnovelle verankert, die von der Opposition keine Zustimmung findet. Die Stadt Wien sei stets bemüht, Baumängel schnellstens zu beheben, doch müssen auch die Mieter bereit sein, Termine einzuhalten. In der Leopoldauer Straße habe es keine Ansiedlung von Gastarbeitern gegeben. In der Großfeldsiedlung wurden die Mieter über die Gründe der Zinserhöhung informiert. Danach fand eine von den Kommunisten gelenkte Aktion statt. Der Bau in der Hadikgasse gehöre der GESIBA und nicht in seinen Geschäftsbereich, sagte Hatzl.

Über Veränderungen im Rahmen der Wohnbauförderung könne man diskutieren. Seiner Meinung nach, soll die Subjektförderung gegenüber der Objektförderung den Vorrang erhalten, weil sie die gerechtere Form für sozial schwächer Gestellte darstellt. (Forts.)
ba/bs

Wiener Gemeinderat (15)
Utl.: Wohnendebatte
=++++

21 Wien, 11.12. (RK-KOMMUNAL) Eine echte Verbesserung würde die "Verländerung" der Wohnbauförderung mit sich bringen, bei der Wien die Mittel selbst einhebt. Durch den Entfall der Förderung der Mehrwertsteuer bei Eigentumswohnungen wurde eine Gleichstellung von Miet- und Eigentumswohnungen vorgenommen.

Ein Bericht über die Mietermitsprache in der Feßtgasse werde erfolgen, sobald die Aktion abgeschlossen ist. Die Stadt Wien sei bemüht, bei den neuen Wohnhausanlagen Betriebe und Nahversorgungszentren miteinzuplanen. Gemeinschaftsräume und gedeckte Kinderspielplätze sollen die Kommunikation zwischen den Hausparteien fördern. Ein eigentumsfeindliches Mietrecht sei ein um so besseres Mietrecht für die Mieter. Das neue Mietengesetz beinhaltet eine billigere Form des Paragraph 7, Obergrenzen für Mietzinse und die Erhaltungspflicht von Häusern. Dem öVP-Antrag, über die Gleichstellung von Privatmietern und Mietern von Gemeindewohnungen bei Renovierungen, werde die SPö gerne zustimmen, wenn der Hausherr verpflichtet wird, die Mehrkosten zu bezahlen. Auch die Kritik, daß nicht alle Absiedler die gleiche Wohnung bekommen, nehme er gerne entgegen, denn die Stadt Wien sei stets bemüht, Menschen aus Substandardwohnungen in besseren Wohnungen unterzubringen.

Auf den Steinhof-Gründen, die die Widmung Bauland besitzen, werden nur 16 Prozent der Fläche verbaut. Durch den Gemeindebau wird die Möglichkeit geschaffen, daß auch sozial Schwächere in einer schönen Wohnumgebung leben können. (Forts.) ba/sr

Wiener Gemeinderat (16)
Utl.: Wohnendebatte
=++++

22 Wien, 11.12. (RK-KOMMUNAL) 1980 werden statt wie ursprünglich vorausgesagt 7.200 Wohnungen mehr als 7.500 Wohnungen errichtet werden. Ein Großteil der Bauvorhaben liegt in Stadterneuerungsgebieten. Die ÖVP kritisierte, daß 40 Bauvorhaben im Wohnbauprogramm nur mit je 10.000 Schilling veranschlagt sind. 36 Bauten sind davon allerdings bereits fertiggestellt, die 10.000 Schilling erscheinen als Abrechnungspost auf, stellte Hatzl richtig.

Auf den Sektor des Wohnenbereiches wird alles das erfüllt und verwirklicht, was im Programm der Wiener Bevölkerung versprochen wurde. (Forts.) ba/bs

Wiener Gemeinderat (17)
Utl.: Planungsdebatte
=++++

23 Wien, 11.12. (RK-KOMMUNAL) Planungsstadtrat Univ.-Prof. Dr. WURZER (SPÖ) wies in seinem Referat auf die Wichtigkeit stadtplanerischer Entscheidungen hin. So wird der in Ausarbeitung befindliche Stadtentwicklungsplan sowohl der Bevölkerung als auch Investoren wichtige Hinweise für die Zukunft bringen und auch als magistratsinterne Richtlinie für zukünftige Entscheidungen dienen. In der in diesem Jahr beschlossenen Verkehrskonzeption wurde der Vorrang des öffentlichen Verkehrs fixiert. Die Planungen für die U 3 und die U 6 befinden sich in einem fortgeschrittenen Stadium, wobei jeweils auf die Struktur der durch die Planung betroffenen Gebiete eingegangen wird. Im Zuge der Bauarbeiten an der Vorortelinie wird neben verkehrsplanerischen auch denkmalpflegerischen Aspekten besondere Beachtung geschenkt.

Die Volkszählung im Jahr 1981 umfaßt auch eine Wohnstätten- und Arbeitsstättenzählung. Besonders wichtig wird es hier sein, die Wiener Besitzer von Zweitwohnungen als Bewohner Wiens zu erfassen, um einen finanziellen Aderlaß Wiens zu vermeiden.

Gute Erfahrungen wurden mit städtebaulichen Wettbewerben, wie zum Beispiel zu den Projekten Reichsbrücke und Wienerberggründe gemacht. Diese Wettbewerbe bieten Chancen für junge Architekten und Information für die interessierte öffentlichkeit. Im nächsten Jahr wird es Wettbewerbe zur Bebauung der Gräf und Stift-Gründe, wo eine Wohnbebauung entstehen soll, für den Raum Kagran, dem immer größere städtebauliche Bedeutung zukommt und für den Bereich des alten AKH geben. Dieses Gelände bietet eine einmalige Erneuerungschance im innerstädtischen Gebiet unter Wahrung vorhandener Grünflächen.
(Forts.) gab/gg

Wiener Gemeinderat (18)
Utl.: Planungsdebatte
=++++

24 Wien, 11.12. (RK-KOMMUNAL) Neue Planungsaufgabe bieten sich in der Erstellung von Bezirksentwicklungsplänen. In Zusammenhang mit den Bau der U 3 wird ein erster derartiger Plan für den dritten Bezirk erstellt, der Probleme und Möglichkeiten des Bezirks erfaßt und Planungsziele und Maßnahmen festlegen soll. Darüber hinaus werden Vorarbeiten für Konzepte für den ersten, vierten, fünften, zehnten, zwölften und 23. Bezirk erstellt werden.

Ein Bezirksverkehrskonzept wurde bereits für den zehnten Bezirk ausgearbeitet. Auch für den 22. Bezirk wurden die Voraussetzungen für ein solches Konzept geschaffen, für Teile des fünften und zwölften Bezirks, sowie für den dritten, den sechsten und siebenten Bezirk - hier im Zuge dedr U 3-Planung - sind Vorarbeiten im Gang.

Bei der Ausarbeitung von Stadtteilplanungen wird besonders auf die Mitarbeit der Bevölkerung Rücksicht genommen. Erste - positive - Erfahrungen wurden mit der Stadtteilplanung Heuberg gewonnen. 1981 werden die entsprechenden Planungen für die Gebiete Oberlaa, Unterlaa, Lepoldau und Inzersdorf - alles dörfliche Ensembles am Stadtrand -, sowie für die dichtbebauten Gebiete Wilhelmsdorf und den südlichen Teil von Währing abgeschlossen werden. Ebenso für das Nordbahnhofgelände und das Teilgebiet Wienerberg, das eine städtebaulich wesentliche Komponente im Süden Wiens darstellt.

Abschließend ging Wurzer auf die Arbeit der Baubehörde ein. Durch eine Umstrukturierung - die MA 36 wird künftig gewerbe- und feuerpolizeiliche Agenden wahrnehmen, die MA 37 baupolizeiliche - soll hier die Arbeit rationalisiert werden. Mit einer Sicherheitsüberprüfung der Beherbergungsbetriebe wird 1981 ein wichtiger Schwerpunkt gesetzt. (Forts.) gab/bs

Wiener Gemeinderat (19)
Utl.: Planungsdebatte
=++++

25 Wien, 11.12. (RK-KOMMUNAL) Städtebauliche Wettbewerbe werden von der FPÖ begrüßt, sagte GR. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPÖ), weil sie nützlich für die weitere Entwicklung der Stadt sind. Einige Bezirke Wiens weisen eine extreme Unterversorgung an Grünflächen auf. Es muß daher alles getan werden, um mehr Grün im unmittelbaren Nahbereich der Bevölkerung zu schaffen. Pawkowicz erklärte in diesem Zusammenhang, daß der Bau eines Versicherungspalastes auf den Blindenheimgründen im 8. Bezirk unterbunden werden sollte. Er äußerte die Bitte, daß die Verhandlungspartner ihre Gespräche weiterführen. Auch in Wilhelmsdorf in Meidling, im Gebiet zwischen Niederhofstraße, Mandlgasse, Arndtstraße und Grieshofgasse, wünscht die Bevölkerung einen Park. Pawkowicz brachte einen ANTRAG ein, dieses Gebiet auf Park umzuwidmen.

Für die Neugestaltung des Gersthofer Platzl wurde nur eine Variante entscheidungsfähig ausgearbeitet, über welche die Bezirksvertretung - überdies zu spät - abstimmen konnte.

Pawkowicz brachte seine grundsätzliche Anerkennung für die Arbeit der Stadtplanung zum Ausdruck. Würde über das Budget nach Geschäftsgruppen getrennt abgestimmt werden, so würde er diesem Kapitel seine Zustimmung geben. (Forts.) ger/sr

Wiener Gemeinderat (20)
Utl.: Planungsdebatte
=++++

26 Wien, 11.12. (RK-KOMMUNAL) Stadterneuerungsgebiete werden durch neue kleine Parks attraktiver, erklärte GR. Dr. MAYR (ÖVP). Das Fehlen von Grünflächen führt oft zu einer Abwanderung an den Stadtrand oder in das Umland von Wien. Dr. Mayr stellte den ANTRAG, für einen Beserlparkfonds jährlich 50 Millionen S zur Verfügung zu stellen. Damit könnten zehn neue Beserlparks pro Jahr geschaffen werden.

Ein weiterer ANTRAG befaßte sich mit den Aufträgen, die an Fachleute wie Architekten und Ziviltechniker vergeben werden. Alle Vergaben in diesem Bereich sollten ausgeschrieben werden. Die Entscheidung über die Vergabe sollte in Unterausschüssen der zuständigen Gemeinderatsausschüsse erfolgen. Die Aufträge an eine Person oder an ein Büro sollten mit einer maximalen Auftragssumme pro Jahr begrenzt werden. Bei Überschreitung einer bestimmten Auftragssumme in bestimmten Fachgebieten, wie z.B. Architektur, sollte ein Ideenwettbewerb ausgeschrieben werden.

Bei der Optimierung der baupolizeilichen Vorgänge sollte mit großer Vorsicht vorgegangen werden. Erst wenn sich das System der "Bauberater" in den Bezirken eingespielt hat, sollten die derzeit vorhandenen Außenstellen aufgelöst werden. (Forts.) sei/sr

Wiener Gemeinderat (21)
Utl.: Planungsdebatte
=++++

27 Wien, 11.12. (RK-KOMMUNAL) GR. OBLASSER (SPÖ) wies einleitend darauf hin, daß die Schaffung von "Beserlparks" schon seit vielen Jahren intensiv betrieben wird. Das gilt vorranig auch für die Stadterneuerungsgebiete: Im 6., 15. und 16. Bezirk wurden Grünflächen eingeplant und zum Teil auch schon realisiert, im 12. Bezirk wird derzeit noch abgewogen, wo die Grünanlage entstehen soll. Oblasser deponierte, daß die Mittel für den Bau der U 3 sichergestellt sein werden.

Anschließend berichtete er über den Stadtentwicklungsplan für Wien, der im Entwurf fertiggestellt ist und auf breiter Basis mit der Bevölkerung diskutiert werden soll. An einigen Beispielen machte er deutlich, daß sich dieses Konzept mit allen Bereichen des städtischen Lebens auseinandersetzt. Eines der wichtigsten Kapitel betrifft die Siedlungsstruktur, in dem u.a. auf die Bedeutung der polyzentrischen Stadtentwicklung als besonders wesentlich hingewiesen wird. Er gab seiner Hoffnung Ausdruck, daß der Stadtentwicklungsplan die Zustimmung aller Fraktionen finden werde.

Mit der Verlängerung der U 1 nach Kagran wird es dort zu einer grundlegenden Veränderung der Verhältnisse im 22. Bezirk kommen. Oblasser betonte, daß hier besonders auf eine integriete Planung geachtet werden muß. Er führte einige Beispiele aktueller Oberflächenplanung an, darunter die erste Wiener Wohnstraße in der Wichtgelgasse, und stellte fest, daß für Wohnstraßen und Fußgängerzonen im Budget 1981 2,775.000 Schilling vorgesehen sind.
(Forts.) and/bs

Wiener Gemeinderat (22)
Utl.: Planungsdebatte
=++++

28 Wien, 11.12. (RK-KOMMUNAL) Auf die kürzlich stattgefundene Enquete "Bauen in historischen Stadtteilen" nahm GR. Dr. KRASSER (ÖVP) Bezug. Mit der Novellierung der Bauordnung sei im Paragraph 85 Abs. 5 die Verpflichtung geschaffen worden, bei Neubauten in Schutzzonen auf die wertvolle Bausubstanz in der unmittelbaren Nachbarschaft zu achten. Ein stilgerechter Bau sei etwa am Schwarzenbergplatz zu verlangen, wo als Sonderfall eine Ferstel-Fassade wiederhergestellt werden soll. Die zweite in dieser Gesetzesstelle vorgesehene Möglichkeit betrifft eine ANGLEICHUNG an die Nachbargebäude nach verschiedenen Kriterien. "Es heißt nicht, gleich machen, sondern angleichen", deponierte Krasser. Das Gesetz verlange kein Kopieren, keinen Zwang zum Historismus, kein Verbot moderner qualitätsvoller Architektur. Es soll vielmehr eine Verbindung zu den umliegenden Gebäuden hergestellt werden. Das bedeutet die übernahme verschiedener Elemente, auch andeutungsweise. Dazu bedarf es, so Krasser, eines Baukünstlers mit schöpferischer Phantasie. "Wozu der viele Lärm, es kommen doch nur ein paar Schutzzonen in Betracht, und dort nur Baulücken, nur ein paar in der Inneren Stadt sind besonders aktuell", sagte Krasser, und nur eine Handvoll Architekten komme für diese Projekte in Frage. Wenn Wurzer meine, daß sich die Gegenwartsarchitektur in der Formensprache unserer Zeit artikulieren und eine ehrliche Selbstdarstellung sein soll, dann dürften nicht gefühllose Bauten entstehen, die neuen Gebäude müßten sich dem Charakter der alten, gefühlvollen angleichen.

"Hände weg vom Paragraph 85, Absatz 5", warnte Krasser und hielt fest, daß sich seine Fraktion gegen eine Verwässerung des Altstadtschutzes wenden werde. Er kam in seinem Beitrag auch auf die Projekte für den Ballhausplatz und die Gartenbaugründe zu sprechen.

(Forts.) and/gg

Wiener Gemeinderat (23)
Utl.: Planungsdebatte
=++++

29 Wien, 11.12. (RK-KOMMUNAL) GR. BROSCH (SPö) vertrat die Ansicht, daß die Freiheit der Architekten nicht eingeengt werden soll. Gute oder schlechte Architekten werden nicht durch Paragraphen der Wiener Bauordnung geschaffen. Wenn der Bezirksvorsteher des 1. Bezirkes gegen die Auflockerung des Ensembleschutzes Sturm läuft, so will er weiterhin Beamten die Verantwortung auferlegen, zu bestimmen, was schön oder nicht schön ist. Der Reiz einer Stadt wird durch ihre Vielfalt und nicht durch einen einheitlichen Baustil geprägt. Man muß für die Gegenwart bauen. Ein guter Architekt wird sich voraussichtlich ohnehin der Umgebung anpassen. (Forts.) ba/bs

Wiener Gemeinderat (24)
Utl.: Planungsdebatte
=++++

30 Wien, 11.12. (RK-KOMMUNAL) GR. GLÜCK (ÖVP) hob die Bedeutung der Beserlparks im dichtbebauten Stadtgebiet hervor. Wien sei zwar international gesehen mit Grünflächen gut versorgt, in einigen Bezirken herrscht aber gravierender Mangel an Grün. Die Folgen davon sind Zweitwohnungen und Abwanderung. Die Beserlparks haben eine eminente Bedeutung für das Stadtklima. Sie sind Stätten mitmenschlicher Begegnungen. Die ÖVP hat daher einen Beserlparkfonds beantragt, mit dessen Hilfe gemeindeeigene Grundstücke in Parks umgewidmet werden sollen. Die Grünflächen-Forderungen der ÖVP an die Stadt Wien: Das Areal der Stiftskaserne soll angekauft werden, das Kriegsarchiv soll abgesiedelt werden, Parks sollen zwischen Tigergasse und Lerchengasse, auf der Heiligenstädter Straße - Radelmayergasse und auf dem TGM-Areal des 9. Bezirkes gestaltet werden. Auch die öffnung des Rasumofskyparks ist eine ÖVP-Forderung. Auf dem Areal des Pfann'schen Bades im Stadterneuerungsgebiet Wilhelmsdorf soll statt eines Pensionistenheimes ein Park angelegt werden. Durch die Einbeziehung von Verkehrsflächen sollen Parks vergrößert werden. GR. Glück kritisierte, daß neue Flächenwidmungen für Grünraum nur dort in Kraft treten, wo kaum eine Unterversorgung herrscht. (Forts.) ba/gg

Wiener Gemeinderat (25)
Utl.: Planungsdebatte
=++++

31 Wien, 11.12. (RK-KOMMUNAL) Stadtrat NEKULA (SPö) nahm, wie er betonte, als Meidlinger, zur aufgeworfenen Forderung der Einrichtung einer öffentlichen Grünfläche auf dem Areal des Pfann'schen Bades Stellung. Für diese Fläche wird auch die Errichtung eines Pensionistenheimes gefordert. Nekula betonte, daß in diesem Stadterneuerungsgebiet derzeit eingehende Untersuchungen stadtplanerischer Art stattfinden. Vom Ergebnis dieser Untersuchung soll die weitere Gestaltung dieses Gebiets abhängen. Überdies befindet sich ohnedies 200 Meter von der verlangten Grünfläche entfernt ein Park. Während die öVP sich jetzt als grüne Partei zu profilieren versucht, hat der Verein der Freunde des wohnungseigentums vor Jahren in Meidling 17 Bäume fällen lassen um eine wohnhausanlage zu errichten, sagte Nekula. In der Frage Pensionistenheim oder Grünfläche soll man das Ergebnis der Untersuchungen abwarten und dann im Gespräch mit der Bevölkerung zu einer alle befriedigenden Lösung kommen.

GR. Dr. Mayr (öVP) entgegnete, die von Nekula angeführten Bäume seien nur gefällt worden, weil damals die für dieses Areal im Ausschuß einstimmig beschlossene Bebauung mit einem Wohnhochhaus auf dem Weg zum Gemeinderat geändert und auf dem Dokument stattdessen der Beschluß für eine Randverbauung eingesetzt wurde, der schließlich die Bäume zum Opfer fielen. (Forts.) gab/bs

Wiener Gemeinderat (26)
Utl.: Planungsdebatte
++++

32 Wien, 11.12. (RK KOMMUNAL) Die Bedeutung des Stadtentwicklungsplanes für unsere Stadt hob GR.Ing. SVOBODA (SPÖ) hervor. Ein Vergleich mit der 1905 beschlossenen Schaffung des Wald und Wiesengürtels ist durchaus angebracht. Diese Idee wird durch Weiterentwicklung und Anpassung lebendig gehalten. Bis 1955 war eine flächenmäßige Abnahme des Wald und Wiesengürtels zu verzeichnen, seither gibt es eine Aufwärtsentwicklung. 1955 betrug die Fläche 4.726 Hektar, 1980 6.683 Hektar, um ca 40 Prozent mehr. Diese erfolgreiche Tätigkeit wollen wir auch in Zukunft fortsetzen, sagte Svoboda. Er betonte in diesem Zusammenhang auch die persönliche Verantwortung jedes einzelnen Bürgers für den Wald und Wiesengürtel. egoistischen Einzelinteressen muß entgegengetreten werden. Neben dem Wald und Wiesengürtel wurden auch weitere Schutzgebiete (Natur , Landschafts , Parkschutzgebiete) geschaffen. Er hoffe, sagte Svoboda, daß auch die angrenzenden niederösterreichischen Gemeinden diese Aufgabe wahrnehmen. Es bestehe nämlich die Gefahr einer weiteren Verhüttelung des Wienerwaldes.

Ziel all dieser Maßnahmen ist es, das Grundbedürfnis nach einer humanen Umwelt für alle Menschen zu erfüllen, nicht nur für bestimmte soziale Schichten.

Durch die Erweiterung der Kompetenzen der Bezirke wurden diese stärker als bisher in die Planung eingebunden. Eine breitere Basis beim Meinungsbildungsprozeß wurde geschaffen. Bei Neufestsetzungen des Flächenwidmungs und Bebauungsplanes kann heute jeder Bürger Stellung nehmen, was früher nur dem Grundeigentümer möglich war. Auch durch Ausstellungen, Postwurfsendungen und Beratungen wird versucht, die notwenigen Informationen zu geben und die Transparenz zu erhöhen (Forts.) ger/bs

Wiener Gemeinderat (27)
Utl.: Planungsdebatte
=++++

33 Wien, 11.12. (RK-KOMMUNAL) Aufgabe der Baupolizei ist es, die Einhaltung der einschlägigen Bestimmungen zu überwachen, sagte Svoboda. Ihr Arbeitsumfang ist in den letzten Jahren wesentlich größer geworden. Deshalb erfolgt eine organisatorische Veränderung und eine Aufstockung des Personalstandes. Ziel dieser Maßnahmen ist es, die Dienstleistungen der Baupolizei zu verbessern und dem verstärkten Sicherheitsbedürfnis Rechnung zu tragen.

Stadtrat NEKULA (SPÖ) nahm in einer nochmaligen Wortmeldung zur Bebauung des Grundstückes der ehemaligen "Reiterkaserne" Stellung. Die "Freunde des Wohnungseigentums" hatten angeboten, unter Schonung des Baumbestandes zu bauen. Deshalb hatte die Bezirksvertretung keinen Einwand erhoben. Dann wurden jedoch Pläne eingereicht, die eine Fällung der Bäume vorsahen. Dagegen erhob der Magistrat Einspruch, der Verwaltungsgerichtshof gab jedoch den "Freunden des Wohnungseigentums" Recht, so daß die Bäume gefällt wurden. Er, Nekula, habe weder als Bezirksparteiobmann, noch als Stadtrat auf irgendeine Planänderung Einfluß genommen. (Forts.) ger/gg

Wiener Gemeinderat (28)
Utl.: Planungsdebatte
=++++

34 Wien, 11.12. (RK-KOMMUNAL) Abschließend erklärte Stadtrat Univ.-Prof.Dr. WURZER (SPÖ), daß man die Schaffung von Beserlparks nicht dem Zufall überlassen sollte. Im nächsten Jahr wird ein Landschaftsrahemplan vorgelegt, der objektive Kriterien für die gesamte Grünflächenplanung enthalten wird.

Zur Frage des Gersthofer Platzels erklärte Stadtrat Wurzer, daß von keiner Seite gedacht ist, den Türkenschanzpark "anzuknabbern".

Einer stärkeren Streuung der Aufträge an die Ziviltechniker ist sicherlich zuzustimmen. Allerdings kann man die Vergabe nicht nur unter diesem Gesichtspunkt sehen. Vorrangig ist natürlich die Qualität der Leistung.

Die Umorganisation der Baupolizei wird behutsam betrieben. Man wird zunächst mit einem Modellfall beginnen. Zum Altstadtschutz erklärte Stadtrat Wurzer, daß man die Ergebnisse der Enquete über den § 85, Abs. 5 der Bauordnung veröffentlichen wird. Der Leiter des Bundesdenkmalamtes soll einen Vorschlag über eine Modifizierung dieses Paragraphen vorlegen. Bereits getroffene Regelungen in Salzburg, Graz und Innsbruck haben sich als durchaus nützlich erwiesen. (Forts.) sei/bs

Wiener Gemeinderat (29)
Utl.: Dienstleistungsdebatte
=++++

35 Wien, 11.12. (RK-KOMMUNAL) In seiner Geschäftsgruppe sind städtische Dienststellen zusammengefaßt, deren Tätigkeit weniger spektakulär, aber für das urbane Zusammenleben von ausschlaggebender Bedeutung ist, sagte Stadtrat VELETA (SPÖ) einleitend. In seinem Aufgabenbereich sind 2.659 Mitarbeiter beschäftigt. Der Ausgabenrahmen beträgt 2,5 Milliarden. Die seit 70 Jahren in Betrieb befindliche 2. Hochquellenleitung bringt täglich 230.000 Kubikmeter bestes Trinkwasser vom Hochschwab nach Wien. Die 3. Wiener Wasserleitung (Kapazität 64.000 Kubikmeter) wird 1981 in Probebetrieb gehen.

Das "Jahrhundertbauwerk", kostete 850 Millionen und sichert die Wasserversorgung für die Gegenwart und die nächste Generation. Der letzte Bauabschnitt der Ringleitung Ost wird 1981 planmäßig fortgeführt. Auf dem Bisamberg ist ein Wasserbehälter geplant. Zur Sicherung und Erschließung von Wasservorkommen werden Untersuchungen und Projekte in Nußdorf, auf der Donauinsel-Nord und in der Lobau durchgeführt. Der Pro-Kopf-Wasserverbrauch stieg von 62 Liter (1910) auf nunmehr täglich mehr als 300 Liter.

In der Hauptkläranlage wurden innerhalb der ersten fünf Betriebsmonate 70 Millionen Kubikmeter Abwasser chemisch-biologisch zu 90 Prozent gereinigt. Maßnahmen für eine Optimierung des Betriebes werden derzeit gemeinsam mit einem international anerkannten Fachmann vorbereitet. Veleta berichtete dann über die Arbeiten am linken und rechten Donausammelkanal sowie über den Asperner Sammelkanal und den Sammelkanal Wagramer Straße. Der Landwirtschaftsbetrieb der Stadt Wien mußte einen Rückgang der Bewirtschaftungsfläche wegen einer Aufkündigung des Pachtvertrages für einige Güter durch den Bund in Kauf nehmen. Beim Landwirtschaftsbetrieb hat sich der biologische Landbau bewährt. (Forts.) and/gg

Wiener Gemeinderat (30)
Utl.: Dienstleistungsdebatte
=++++

36 Wien, 11.12. (RK-KOMMUNAL) Von der städtischen Friedhofsverwaltung müssen jährlich 28.000 Gräber zur Verfügung gestellt werden. Die Aufhebung der Sperrbeschlüsse für 16 Friedhöfe macht Instandsetzungskosten von 3 Millionen im heurigen Jahr, im nächsten Jahr von 7 Millionen S notwendig. In einer Enquete wurde festgelegt, daß einer "Versteinerung" der Friedhöfe entgegengewirkt werden soll. Die Friedhöfe Südwest, Hietzing und Stammersdorf-Zentral werden vergrößert, die Halle 1 des Zentralfriedhofes wird umgebaut. Die MA 69 hat im heurigen Jahr rund 447.000 Quadratmeter für Wohnbau, Betriebsaufschließung und infrastrukturelle Einrichtungen angekauft. Es erscheint notwendig, die Ankaufsrichtlinien zu überarbeiten, um Spekulationen auszuschalten, sagte Veleta. Für den Ausbau des Straßennetzes wurden heuer rund 12.200 Quadratmeter erworben, zur Vergrößerung des Wald- und Wiesengürtels wurden Grundstücke im Ausmaß von 26.221 Quadratmeter gekauft. Die Grundverkäufe (rund 307.000 Quadratmeter) betrafen vorwiegend Betriebsansiedlungen, Baureifmachungen und Übertragungen von Baurechtsgründen ins Privateigentum. Die Kleingartenflächen wurden seit 1970 um 12,5 Prozent auf 6,6 Millioen Quadratmeter erhöht. Die Widmung "Gartensiedlung" wurde bei 4 Anlagen realisiert. Die Entwicklung der Holding mit ihren 33 Tochterbetrieben ist erfolgreich. Begleitende Kontrolle steht im Vordergrund. Veleta wies auf wertvolle Initiativen zur Innovation hin. Im Bereich des Konsumentenschutzes führte das Marktamt heuer mehr als 10.000 Betriebsrevisionen durch, vom Veterinäramt wurden seit Juli 1977 in 300 fleischverarbeitenden Betrieben Hygienekontrollen durchgeführt. Die Lebensmitteluntersuchungsanstalt prüfte heuer mehr als 5.000 Proben. Im Fleischzentrum St. Marx wurden mehr als 53 Millionen Kilo Fleisch umgesetzt. (Forts.) and/bs

Wiener Gemeinderat (31)
Utl.: Dienstleistungsdebatte
=++++

37 Wien, 11.12. (RK-KOMMUNAL) Die Wiener Holding hat sich bewährt und große Leistungen vollbracht, stellte GR. KUCHAR (FPÖ) fest. Allerdings fehlt eine begleitende Kontrolle. Mit einer effizienten Kontrolle könnten Verluste wie das Delta-Reisebüro vermieden werden. Die Verhandlungen um den Rochusmarkt sollen rasch abgeschlossen werden. GR. Kuchar schlug vor, die Energieversorgung durch Fernwärme rasch auszubauen. Die Kosten sollten Bund und Gemeinde gemeinsam tragen. Der beabsichtigte Energiegroschen sei eine zusätzliche Belastung für die Bevölkerung. Verstöße gegen das Lebensmittelgesetz sollen weiterhin durch ein Strafvefahren geahndet werden. Die Übernahme ins Verwaltungsverfahren hält GR. Kuchar für falsch. Statt dessen sollen bessere und einheitlichere Überprüfungen durchgeführt werden. Zuwenig Kontrolle gibt es auch bei den Supermärkten. (Forts.) ba/gg

Wiener Gemeinderat (32)
Utl.: Dienstleistungsdebatte
=++++

38 Wien, 11.12. (RK-KOMMUNAL) GR. Dr. Maria SCHAUMAYER (öVP) nahm zu Fragen der Holding Stellung. Sie forderte stärkere Eigenleistungen der Holding für ihre Tochterfirmen, eine Straffung durch die Beschränkung auf kommunale Aufgaben und eine vermehrte Steuerungsfunktion durch den Eigentümer, die Stadt Wien.

Die Beschränkung auf kommunale und öffentliche Aufgaben bezeichnete Schaumayer als ursprüngliches Ziel der Holding, das immer wieder mißachtet wurde, so im Fall des Ankaufs des Reisebüros Delta. Auch die politische Kontrolle durch die Beteiligungskommission lasse zu wünschen übrig. Ohnedis sei diese nur gegründet worden, um den Fall Suttner durch die Entfernung aller Politiker aus den Aufsichtsräten der Holdingtöchter lösen zu können. Eher dem Profit als kommunalen Zielsetzungen scheine die Holdingtochter WIBAG verpflichtet, die statt wirtschaftsfördernd zu wirken, sich selbst bediene. Insgesamt habe sich die Holding finanzielle Zuwendungen an ihre Töchter in der Höhe von 730 Millionen S von der Hoheitsverwaltung abgelten lassen, was ebenfalls ihrem Gründungsauftrag widerspreche. In der Frage der Stadterneuerung und des Garagenbaues werde von den entsprechenden Holding-Betrieben nichts geleistet. Die WIBAG habe kein Unternehmenskonzept und die EBS scheine schon wieder sanierungsbedürftig. Als infrastrukturelle Maßnahme schlug Schaumayer vor, die Heizbetriebe in die Geschäftsgruppe Energie einzugliedern, und eine bessere Nutzung der Fernwärme zu erreichen. Um die Aktivitäten der Stadt Wien im Baubereich zu straffen, stellte sie den Antrag, eine Fusion der Holding-Firmen WIBEBA und Fertigteilbau Wien einzuleiten. Die Holding solle nicht Selbstzweck sein, sondern kommunale Steuerungsfunktionen erfüllen, schloß Schaumayer. (Forts.) gab/bs

Wiener Gemeinderat (33)
Utl.: Dienstleistungsdebatte
=++++

39 Wien, 11.12. (RK-KOMMUNAL) GR. MRKVICKA (SPÖ) wies auf die große Bedeutung der kommunalen Bodenpolitik hin. Es gelang auch im Jahr 1980, die erforderlichen Grundstücke zur Verfügung zu stellen. Den Grundankäufen kommt bei der Erfüllung der kommunalen Aufgaben ein besonderer Stellenwert zu. Dabei ist es wichtig, auch über entsprechende Grundstücksreserven für etwaige Täusche zu verfügen. Umfangreiche Ankäufe wurden für Betriebsaufschließungen getätigt. Für kleine und mittlere Betriebe ist die Aktion Baurecht besonders wichtig. Die Bedingungen im Rahmen dieser Aktion sind außerordentlich günstig. Auch die Grundverkäufe der Stadt Wien stellen eine wichtige Hilfe für die Betriebe dar.

Große Bedeutung kommt der Bodenpolitik auch im Rahmen der Bereitstellung der für den Wohnbau notwendigen Grundstücke zu. Auch in diesem Bereich war es im vergangenen Jahr möglich, den Anforderungen zu entsprechen. Das Siedlungsprogramm der Stadt Wien konnte zügig fortgesetzt und erweitert werden. Sein Umfang wurde von ursprünglich geplanten tausend bereits auf 1.700 Einfamilien- und Reihenhäuser ausgedehnt. Es wird im kommenden Jahr zügig weitergeführt werden. Erfreulicherweise konnten mehr Grundstücke für Wohnbauten in Stadterneuerungs- als in Stadtentwicklungsgebieten erworben werden. Mrkvicka wies darauf hin, daß die Stadterneuerung nicht nur Aufgabe der öffentlichen Hand, sondern auch privater Initiativen ist. (Forts.) ger/gg

Wiener Gemeinderat (34)
Utl.: Dienstleistungsdebatte
=++++

40 Wien, 11.12. (RK-KOMMUNAL) Es ist alles zu tun, um neue Parks und Erholungsgebiete zu schaffen. In den vergangenen beiden Jahren konnten nicht weniger als 14 neue Grünanlagen im dicht bebauten Gebiet verwirklicht beziehungsweise begonnen werden. Die für den Grundankauf zur Verfügung stehenden Mittel müssen gezielt eingesetzt werden. Mrkvicka brachte einen ANTRAG ein, dem Ankauf von Grundstücken durch die Stadt Wien Prioritäten zugrunde zu legen.

Mrkvicka wies auf die wichtige Funktion der Kleingärten hin. Die Wiener Kleingärten umfassen insgesamt eine Fläche von der Größe des Bezirks Meidling. In den letzten zehn Jahren nahm die Fläche der Wiener Kleingärten um rund 700.000 Quadratmeter zu. (Forts.) ger/gg

Wiener Gemeinderat (35)
Utl.: Dienstleistungsdebatte
=++++

41 Wien, 11.12. (RK-KOMMUNAL) Für eine einheitliche Führung der Hauptkläranlage und der Entsorgungsbetriebe Simmering sprach sich GR. Dipl.-Ing. DDr. STRUNZ (ÖVP) aus. Die Hauptkläranlage funktionierte auch im November nicht richtig. Noch immer wird saures Wasser in die Donau geleitet.

Bereits jetzt müßten Modellversuche durchgeführt werden, um die Auswirkung von weiteren Staustufen an der Donau zu untersuchen. Nur so könnten Fehlinvestitonen im Bereich der Wasserversorgung verhindert werden. (Forts.) sei/bs

Wiener Gemeinderat (36)
Utl.: Dienstleistungsdebatte
=++++

42 Wien, 11.12. (RK-KOMMUNAL) Über Bedeutung und Probleme der Wiener Landwirtschaft sprach GR. JEDLETZBERGER (ÖVP). Er berichtete, daß mit einer Produktion von 45.000 Tonnen Frischgemüse pro Jahr 85 Prozent des Wiener Bedarfs gedeckt werden können. Bei den in herkömmlicher Weise produzierten Lebensmitteln wurden bei einer Rückstandsuntersuchung keinerlei Beanstandungen erhoben, sagte er unter Hinweis auf den biologischen Landbau. Wie Jedletzberger weiter ausführte, macht der Wiener Landwirtschaft die Energieverteuerung besonders zu schaffen, da sie mehr als 50 Prozent der Produktionskosten ausmacht. Probleme gibt es auch druch niederländische Blumeneinfuhren als Folge von Änderungen der Zollbestimmungen. Er hoffe, daß die neue Verladehalle im Großmarkt Inzersdorf bald realisiert werde; es werde angestrebt, dort zeitweise ganztägig zu verkaufen. zur Zeit werde eine Studie ausgearbeitet, wie weit kostenlose Abwärme der ÖMV zur Beheizung der Simmeringer Gartenbaubetriebe herangezogen werden könne. Sollte das Ergebnis positiv sein, würden die Gartenbauern dringend eine öffentliche Unterstützung benötigen, um die Zuleitung von der ÖMV zu finanzieren. Er verwies darauf, daß die Landwirtschaft ein Garant für die Versorgung ist und trat dafür ein, ein Wiener Durchführungsgesetz zum Landwirtschaftsförderungsgesetz und ein Landwirtschaftsgrundverkehrsgesetz zu verabschieden (Forts.) and/bs

Wiener Gemeinderat (37)
Utl.: Dienstleistungsdebatte
=++++

43 Wien, 11.12. (RK-KOMMUNAL) Der Naschmarkt wurde zum Haschmarkt, stellte GR. Dkfm. Dr. Sigrun SCHLICK (ÖVP) fest. Der Flohmarkt auf dem Naschmarkt ist ein Sicherheitsrisiko für die Anrainer geworden. Neben Diebstahl ergeben sich Probleme durch Rauschgift und Hehlerei. Zur Verbesserung dieser Situation brachte die ÖVP einen Antrag ein. Der Flohmarkt soll in Zukunft alternierend auf verschiedenen Plätzen in Wien abgehalten werden. Dies würde einerseits zur Belebung anderer Stadtgebiete beitragen, andererseits dem "Haschmarkt" seinen Nährboden entziehen. (Forts.) ba/gg

Wiener Gemeinderat (38)
Utl.: Dienstleistungsdebatte
=++++

44 Wien, 11.12. (RK-KOMMUNAL) GR. KNEIDINGER (SPÖ) stellte zunächst fest, daß das Projekt WABAS Wien termingerecht fertiggestellt wurde und in Probebetrieb gegangen ist. 70 Millionen Kubikmeter Abwässer wurden bereits geklärt. Wesentliche Arbeiten wurden für die dritte Wiener Wasserleitung geleistet, so daß 1981 bereits Wasser aus der Mitterndorfer Senke ins Wiener Rohrnetz fließen wird. Ein Wasserbehälter im 14. Bezirk ist in Bau. Insgesamt wurden 1980 über 25 km Wasserrohre neu verlegt. 180 Millionen Kubikmeter Wasser wurden in Wien verbraucht, der tägliche Verbrauch liegt bei 437.000 Kubikmeter. Zur parkähnlichen Ausgestaltung der Friedhöfe wurden 265 neue Bäume und 604 Laufmeter Hecken gepflanzt. Die Landwirtschaftsbetriebe der Stadt erzielten insgesamt gute Erträge. Bei den Betriebsrevisionen und Kontrollen des Marktamtes erhöhte sich die Beanstandungsquote um 20 Prozent, was die sorgfältige Arbeit dieser Stellen im Dienst des Konsumentenschutzes zeigt. Im Bereich der Marktplanung stehen der Umbau des Gersthofer Marktes, der Ausbau des Schwendermarktes und Umplanungen für den Augustinermarkt im Zug der U-Bahn-Planung auf dem Programm. Erhaltungsarbeiten werden am Naschmarkt und anderen Märkten durchgeführt. Auch das Veterinäramt, die Lebensmitteluntersuchungsanstalt und der Markt- und Schlachtbetrieb St. Marx, der überregionale Bedeutung besitzt, kommen ihren Anforderungen voll nach. In St. Marx ist im nächsten Jahr ein neues Verwaltungsgebäude gbeplant. (Forts.) gab/gg

Wiener Gemeinderat (39)
Utl.: Dienstleistungsdebatte
=++++

45 Wien, 11.12. (RK-KOMMUNAL) In der Beteiligungskommission wird laufend über die Tätigkeit der einzelnen Unternehmen der Holding ausführlich berichtet, sagte Stadtrat VELETA (SPö) abschließend. Das Kapital der Holding wird nicht nur veranlagt, sondern falls notwendig, auch den einzelnen Unternehmungen für Investitionen zur Verfügung gestellt. Es ist daher notwendig, daß auch Reserven vorhanden sind.

Für die WIBAG war ein Konzept ausgearbeitet worden, das Finanzressort vertrat jedoch eine andere Auffassung. Die Vorbereitungen für die Schaffung eines Wirtschaftsfonds sind nunmehr weit gediehen, die WIBAG wird dabei eine wesentliche Rolle spielen.

Wir sind nach wie vor mit der Errichtung von Garagen beschäftigt. Am Heldenplatz etwa sind die Vorbereitungen schon sehr weit.

Der Antrag von GR. Dr. Schaumayer (öVP) sollte der Beteiligungskommission zugewiesen werden.

Die Wasservorkommen werden laufend untersucht, falls notwendig, werden entsprechende Maßnahmen gesetzt. Das Nußdorfer Werk erfüllt keine Versorgungsfunktion mehr. Wir sind bemüht, weitere Wasservorkommen zu erschließen, sagte Veleta.

Bei der Kläranlage und den EBS handelt es sich um einen Probebetrieb, betonte Veleta. Derzeit wird ein Gutachten erstellt.

Der biologische Landbau der Stadt Wien könnte vielleicht auch das Ergebnis bringen, daß die Preise für sogenanntes biologisches Gemüse manchmal nicht so hoch sein müßten.

Der Rochusmarkt wird auf jeden Fall erhalten werden. Die Probleme um den Flohmarkt sind bekannt, die Zahl der Tagesstände soll erhöht werden, um das Anstellen zu vermeiden. (Forts.) ger/and

Wiener Gemeinderat (40)
Utl.: Dienstleistungsdebatte
=++++

46 Wien, 11.12. (RK-KOMMUNAL) Die Sitzung wurde um 20.55 Uhr unterbrochen. Morgen Freitag (9 Uhr) wird zunächst die Geschäftsgruppe Straße, Verkehr und Energie behandelt hierauf erfolgt die Abstimmung über das Wiener Budget 1981. Abschließend referiert Stadtrat Heinz NITTEL über das Budget der Stadtwerke für 1981. Danach findet eine Landtagssitzung statt. In einer zweiten Geschäftssitzung wird schließlich der Gemeinderat eine normale Tagesordnung beraten. (Schluß) ger/bs

Geehrte Redaktion!

.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-

=++++

17 Wien, 11.12. (RK-KULTUR) Das Historische Museum der Stadt Wien zeigt im Buffet und in den Pausenräumen des Wiener Konzerthauses die Ausstellung "Plakate der Jahrhundertwende".

In der Ausstellung, die - aus den Beständen des Museums - eine attraktive Auswahl der Plakatkunst dieser Zeit bietet, sind unter anderen Plakate von Mitgliedern der Secession und des Hagenbundes zu sehen. Zur Eröffnung der Ausstellung durch Kulturstadtrat Helmut ZILK laden wir Sie herzlich ein.

Bitte merken Sie vor:

ZEIT: Donnerstag, 18. Dezember, 16.30 Uhr

ORT: Konzerthaus

Presse- und Informationsdienst
der Stadt Wien

(Schluß) red/sr

rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800 2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband

rk

gegründet 186.

Freitag, 12. Dezember 1980 Blatt 3599

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Kommunal:	Wiener Gemeinderat - Budgetdebatte
(rosa)	Wiener Landtag
	Gratz: Positive Ergebnisse der gemeinsamen Arbeit
Politik:	Gratz: "Ich bleibe Wiener Bürgermeister"
(rosa)	
Lokal:	Literatur im Advent
(orange)	Abschaffung des Beschreibungsbogens
Kultur:	Goldene Ehrenmedaillen für Schenk und Kutschera
(gelb)	
Nur	
über FS:	12.12. Tauwetter bringt zur Rush-Hour Glätte
	Gratz-Bilanz über 1980
	Ehrung von Dienstjubilaren

Eigentümer, Herausgeber, Verleger und Druck: Presse- und Informationsdienst der Stadt Wien (PID)
1, Rathaus, 3. Stiege, A 1082 Wien · Telephon 42 8 00 Durchwahl Kl. 29 71 · FS 13-3240
Chefredakteur: Prof. Alois Brunnthaler · Für den Inhalt verantwortlich: Stellv. Chefred. Robert Prosel

Literatur im Advent

Utl.: Neues Kommunikationszentrum: Bücher, Galerie und Cafe

=++++

1 Wien, 12.12. (RK-LOKAL) Literatur im Advent präsentiert der Verein "Freunde der Josefstadt", Mitglied des Wiener Volksbildungswerkes, kommenden Dienstag, dem 16.12., im neu eröffneten Kultur- und Kommunikationszentrum "Bücher und Kunst im Palais Auersperg", 7, Lerchenfelder Straße 9-11. Burgschauspieler Prof. Otto KERRY wird unter anderen aus Werken von Erich Kästner, Charles Dickens, O. Henry und Heinrich Waggerl lesen. Der Eintritt zu dieser Veranstaltung - sie beginnt um 19 Uhr - ist frei. Das neu eröffnete Zentrum umfaßt neben einer Buchhandlung auch eine Galerie und ein Cafe, in dem kulturelle Veranstaltungen, wie Buchpräsentationen, Lesungen, Liederabende und Filmvorführungen stattfinden sollen. Mit dieser für Wien erstmaligen Form der Kombination von Büchern, Kunst, Galerie und Cafe soll dem Kunst- und Kulturinteressierten als Konsument künftighin die Begegnung mit dem Künstler bzw. dem Kunstproduzenten ermöglicht werden. Darüber hinaus wird aber auch der Verein "Freunde der Josefstadt" ab kommenden Jahr regelmäßig Veranstaltungen in diesem neuen Kunst- und Kulturzentrum durchführen. (Schluß) zi/sr

Gratz: "Ich bleibe Wiener Bürgermeister"

=++++

3 #Wien, 12.12. (RK-POLITIK) Bürgermeister Leopold GRATZ erklärte der "RATHAUSKORRESPONDENZ": "Nach Rücksprache und im Einvernehmen mit Bundeskanzler Dr. Kreisky stelle ich eindeutig fest, daß alle Gerüchte über meine Rückkehr in die Bundesregierung frei erfunden sind. Ich bleibe Bürgermeister und Landeshauptmann von Wien."#

(Schluß) sti/gg

Goldene Ehrenmedaillen für Schenk und Kutschera

=++++

8 #Wien, 12.12. (RK-KULTUR) Auf Antrag von Kulturstadtrat Prof. Dr. Helmut ZILK beschloß der Wiener Stadtsenat die Verleihung der Ehrenmedaille der Bundeshauptstadt Wien in Gold an den populären Schauspieler und Regisseur Otto SCHENK und an den Direktor des Theaters an der Wien, Prof. Rolf KUTSCHERA. Die Gattin Kutscheras, die Schauspielerin Susanne ALMASSY, erhält die Ehrenmedaille in Silber.#

(Schluß) pr/gg

Wiener Gemeinderat (1)
Utl.: Verkehrsdebatte
=++++

4 Wien, 12.12. (RK-KOMMUNAL) Der Wiener Gemeinderat nahm am Freitag seine am Vortag unterbrochene Sitzung mit den Beratungen über das Budget der Geschäftsgruppe "Straße, Verkehr und Energie" wieder auf. Stadtrat Heinz NITTEL (SPÖ) wies darauf hin, daß die Wiener für ihre nahezu 500.000 Personenkraftwagen jährlich mindestens 15 Milliarden Schilling ausgeben. Gleichzeitig erheben sie Forderungen an die Gemeinde. Zu den Möglichkeiten der öffentlichen Hand, die sich verglichen mit den 15 Milliarden an privaten Ausgaben bescheidener ausnehmen müssen, gehören der Straßen-, und Brückenbau, die Errichtung von Parkplätzen und Schutzbauten, von Grünbrücken und Einrichtungen zur Verkehrsregelung, rechtliche Ordnungsmaßnahmen, aber auch der Bau der U-Bahn und der Schnellbahn, die Anschaffung moderner Fahrzeuge für die öffentlichen Verkehrsmittel und die finanzielle Unterstützung der Verkehrsbetriebe. Die Ausgaben der Gemeinde Wien und des Bundes im Bereich des Verkehrs erreichen insgesamt eine Höhe von 9 Milliarden. Es kann verlangt werden, daß die Forderungen des Bürgers an die öffentliche Hand fair sind. Nittel erinnerte in diesem Zusammenhang daran, daß hunderttausende Kraftfahrzeuge die Straßenränder verstellen und damit eine wirksame maschinelle Schneeräumung verhindern, während gleichzeitig die Gemeind heftig kritisiert wird, weil sie nicht sofort alle Wege frei macht. Allein, um Parkplätze für die jährlich neu hinzukommenden 15.000 Autos zu schaffen, müßte man 50 Kilometer Straße bauen. Die Geschäftsleute in der Mariahilfer Straße beklagen das Fehlen von Parkplätzen, sind aber noch nicht auf die Idee gekommen, selbst Parkhäuser, die von der Gemeinde ja gefördert werden könnten, zu errichten. (Forts.) ger/gg

Wiener Gemeinderat (2)
Utl.: Verkehrsdebatte
=++++

5 Wien, 12.12. (RK-KOMMUNAL) Zu den wichtigsten Straßenprojekten im Bereich der Stadt Wien für das Jahr 1981 zählen der Franz Josefs-Kai und die Fußgängerzone Morzinplatz. Damit wird der Straßenzug Ring-Kai geschlossen und die Voraussetzung für die Sperre der Inneren Stadt für den Durchzugsverkehr geschaffen, sagte NITTEL. Weitere Vorhaben sind der Praterstern, der Mexikoplatz, der Bereich Althanstraße, Augasse, Liechtenwerder Platz, die Laxenburger Straße und Favoritenstraße, der Bahnhofsvorplatz Hütteldorf und das Zentrum Kagran sowie - im Zusammenhang mit dem Beschleunigungsprogramm - das Gersthofer Platzl und die Jörgerstraße. Auch Maßnahmen für Behinderte, Lärmschutzbauten, verkehrsberuhigte Zonen und Radwege sind vorgesehen.

Im Bereich der Bundesstraßen sind unter anderen die Donauufer-Autobahn (ab 31. Oktober 1981 bis zur Floridsdorfer Brücke befahrbar), die Brigittenauer Brücke (Verkehrsfreigabe Herbst 1982), der zügige Ausbau der Flughafenautobahn, die Donaufelder Straße, die Praterstraße, die Lassallestraße und die Wagramer Straße zu nennen. Es ist zu hoffen, daß der Bau der Uraniabrücke 1981 begonnen werden kann. Auch über die Finanzierung der Roßauer Brücke durch den Bund besteht nunmehr eine Einigung. Die Vorarbeiten für den Ausbau der Flötzersteig-Bundesstraße sind im Gange.

Die Verkehrsleitzentrale in der Roßauer Kaserne wird ausgebaut. Die Verhandlungen zur Schaffung einer wirksamen Kontrolle des ruhenden Verkehrs gehören ebenfalls zu den Schwerpunkten für das Jahr 1981. (Forts.) ger/sr

Wiener Gemeinderat (3)
Utl.: Verkehrsdebatte
=++++

6 Wien, 12.12. (RK-KOMMUNAL) Für den U-Bahn-Bau sind 1981 knapp zwei Milliarden Schilling vorgesehen, sagte NITTEL. Auf allen Strecken des Grundnetzes wird pünktlich gearbeitet, die Fertigstellung erfolgt am 3. September 1982. 1981 wird die U 1 bis zum Praterstern und die U 4 bis Hietzing verlängert. Damit kann auch die Rundlinie U 2/ U 4 in Betrieb genommen werden. Die Vorarbeiten für die U 3 und die U 6 sind angelaufen, die Trassen für die U 3 in der Landstraße und für die U 6 in Meidling wurden festgelegt. die Bauarbeiten selbst werden im wesentlichen nach Fertigstellung des Grundnetzes ab 1983 anlaufen. Die Umstellung der Vorortelinie auf Schnellbahnbetrieb ist im Gange.

1981 wird mit einem Anfall von insgesamt 592.000 Tonnen Müll (370 Kilogramm pro Kopf) gerechnet. Das Recycling-Werk in der Donaustadt wird 1981 den Betrieb aufnehmen. Unter anderen mußte die Magistratsabteilung 48 auch 9.500 Autos, die verkehrsbehindert abgestellt waren, abschleppen. Das ergibt einen Durchschnitt von 38 pro Werktag. Diese Zahl wird 1981 kaum geringer werden. Auch die 8.000 abgeschleppten Autowracks sind in gewisser Weise ein Symbol unserer Zeit. (Forts.) ger/bs

Wiener Gemeinderat (4)
Utl.: Verkehrsdebatte
=++++

7 Wien, 12.12. (RK-KOMMUNAL) Für eine Verlängerung der U 1 zumindest bis zum Rennbahnweg und eine Verlängerung der U 4 nach Auhof trat GR. Dipl.Ing. PAWKOWICZ (FPÖ) ein. Das Park-and-Ride-System kann nur wirksam sein, wenn die Umsteigemöglichkeit bereits am Stadtrand gegeben ist. Die derzeit angespannte finanzielle Situation würde eher den Bau von diesen "billigen" U-Bahnlinien erlauben, als den Bau der innerstädtischen Linie U 3. Pawkowicz brachte zwei ANTRÄGE zur Verlängerung der U 1 und U 4 ein.

In der inneren Mariahilfer Straße sind im unteren Bereich noch immer keine "Wiener Schwellen" aufgebracht worden. In einem weiteren ANTRAG forderte Dipl.Ing. Pawkowicz die Errichtung dieser Schwellen. Sollte die U 3 gebaut werden, müßte man aus den Erfahrungen der Praterstraße lernen und diese u-Bahnlinie nicht durch die Mariahilfer Straße führen. Ansonsten müßten wieder viele Klein- und Mittelbetriebe zusperren. (Forts.) sei/bs

Wiener Gemeinderat (5)
Utl.: Verkehrsdebatte
=++++

9 Wien, 12.12. (RK-KOMMUNAL) Eine Sonderparkberechtigung für die Bewohner der inneren Bezirke forderte GR. DALLER (ÖVP). Er verlangte zusätzliche Lärmschutzmaßnahmen, weitere verkehrsberuhigte Zonen, Maßnahmen zur Verbesserung der Verkehrssicherheit, die rasche Errichtung von Park-and-Ride-Plätzen, die zügige Verwirklichung von Spiel- und Wohnstraßen und Baumpflanzungen in verschiedenen Straßen und Plätzen mit einem gesamten zusätzlichen Aufwand von 59 Millionen Schilling. Er hoffe, daß mit dem Bau der Uraniabrücke im kommenden Jahr begonnen werde und stellt fest, daß im Bundesbudget keine Mittel für den Bau der Roßauer Brücke vorgesehen seien. Die künftige Verkehrsführung bei der Secession solle bereits jetzt in Betrieb genommen werden, um zu prüfen, ob die gewählte Lösung zielführend ist. Möglichst bald sollten alle Verkehrslichtsignalanlagen an die Verkehrsleitzentrale angeschlossen werden. Stadtrat Nittel solle die Bezirksverkehrskonzepte für die Bezirke 1 bis 9 kurzfristig den Bezirken vorlegen. Auf dem Karlsplatz sollen die nicht mehr benötigten Gleise entfernt werden, damit mit der Umgestaltung begonnen werden kann. Daller stellte die Frage, ob eine Abfahrt von der Reichsbrücke zur Donauinsel gebaut wird. In der Koppstraße und in der Gablenzgasse sollen Lärmschutzfenster eingebaut werden. (Forts.) and/sr

Wiener Gemeinderat (6)
Utl.: Verkehrsdebatte
=++++

10 Wien, 12.12. (RK-KOMMUNAL) GR. Christine SCHIRMER (SPÖ) hob die Vorrangigkeit des öffentlichen Verkehrs hervor. Der U-Bahn-Bau geht zügig voran. 1981 werden 1.380 Millionen für den weiteren Ausbau der U-Bahn-Linien zur Verfügung stehen. Die U 1 wird bis zum Praterstern und nach Kagran fahren. Die U 4 wird von Meidling bis Hietzing und später bis Hütteldorf verlängert. Die kolportierten Medlungen, daß für den U-Bahn-Bau kein Geld vorhanden sei, sind falsch. Die Wiener halten die U-Bahn für das attraktivste öffentliche Verkehrsmittel und nehmen sie - wie aus einer Umfrage hervorgeht - gerne an. Der Vorrang für den öffentlichen Verkehr erfordert einige Eingriffe in das gesamte Verkehrsgeschehen. Die U-Bahn muß an den Oberflächenverkehr angebunden werden. Neue Autobus- und Straßenbahnlinien haben Stadtviertel verkehrsmäßig erschlossen. Die Linie "67" wurde verlängert. Bei den Linien "6", "15" und "21" werden die Umsteigmöglichkeiten verbessert. An 30 wichtigen Straßenbahnstationen werden Lautsprecher eingebaut. Die Informationsstelle der Verkehrsbetriebe auf dem Karlsplatz ist auch Samstag und Sonntag geöffnet. Ein großer Erfolg waren die U-Bahn-Kurse für Senioren. Zur Beschleunigung der Linie "5" wurden in der Alserbachstraße Schwellen angebracht. Das Großprojekt des U-Bahn-Baus sichere die Auftragslage zahlreicher Wiener Firmen. Nach einer Beförderungsprognose für 1981 wird es 447 Millionen Fahrgäste geben. (Forts.) ba/gg

Wiener Gemeinderat (7)
Utl.: Verkehrsdebatte
=++++

11 Wien, 12.12. (RK-KOMMUNAL) GR. Ing. KREINER (ÖVP) beschäftigte sich zunächst mit den Zahlungen des Bundes zur S-Bahn und U-Bahn. Er vermisse hier konkrete Zahlen über Beiträge zum Bau der Vorortelinie und der U 3 und U 6. Überdies hat die Wiener Wirtschaft mit der Dienstgeberabgabe bis jetzt 3,1 Milliarden S zum Bau des U-Bahn-Grundnetzes beigetragen, der Bund nur 2,4 Milliarden.

Die Vorortelinie wird nun endlich gebaut. Die Befürchtungen der SPÖ bezüglich einer mangelnden Frequenz dieser Strecke wurden bereits durch die Autobuslinie "10 A" widerlegt. Die ÖVP fordert allerdings schon seit langem den weiteren Ausbau des Wiener Bahnnetzes zu S-Bahn-Ringen. Um nun den Bedarf einer S-Bahn-Führung von Penzing nach Meidling über die Verbindungsbahn nachzuweisen, stellte Kreiner den Antrag, probeweise auf dieser Strecke einen Autobusbetrieb einzurichten und bei entsprechender Frequenz Verhandlungen bezüglich der Einrichtung einer S-Bahn auf dieser Strecke aufzunehmen.

Das U-Bahn-Grundnetz wird 1982, mit zweijähriger Verspätung auf den ursprünglich vorgesehenen Termin und mit riesigen Kostensteigerungen fertiggestellt, sagte Kreiner. Er sehe jedoch keine Möglichkeit, 1982 mit dem Bau der U 3 und der U 6 zu beginnen, da für die Vorarbeiten bis 1981 statt 131 nur 40,5 Millionen S zur Verfügung sind. Schließlich erinnerte Kreiner an die Versprechen des damaligen Verkehrsstadtrates Nekula 1975, die Möglichkeit von Linientaxis zu untersuchen, und von Stadtrat Nittel, der Beförderung von Behinderten besonders Augenmerk zu schenken. Abschließend betonte Kreiner die Priorität des öffentlichen Verkehrs, der die Mobilität aller Bevölkerungsschichten garantiert. (Forts.) gab/gg

Wiener Gemeinderat (8)
Utl.: Verkehrsdebatte
=++++

12 Wien, 12.12. (RK-KOMMUNAL) Angesichts der angespannten finanziellen Situation der Stadt Wien und des Bundes, aber auch wegen der zu erwartenden geringen Auslastung des geplanten neuen Konferenzzentrums bei der UNO-City wäre es sinnvoll, die dafür vorgesehenen Mittel für andere, wichtigere Investitonen zu verwenden, sagte GR. HAHN (ÖVP). Dieses Konferenzzentrum soll insgesamt 5.900 Personen Platz bieten. Die Baukosten sind mit rund fünf Milliarden Schilling veranschlagt, die zu 65 Prozent vom Bund und zu 35 Prozent von der Stadt Wien getragen werden. österreich hat mit der Errichtung der UNO-City und des Internationalen Konferenzzentrums bereits seine internationalen Verpflichtungen erfüllt. Die Stadt Wien könnte die für das österreichische Konferenzzentrum vorgesehenen 1,75 Milliarden Schilling statt dessen für den zügigen Ausbau des öffentlichen Verkehrs in Wien, vor allem für die U-Bahn-Linie U 3, für die im Finanz- und Investitionsplan bis 1985 noch keine Mittel vorhanden sind, verwenden. Hahn brachte einen ANTRAG ein, zum ehest möglichen zeitpunkt eine Volksbefragung in ganz Wien mit folgender Fragestellung durchzuführen: Sind Sie für den Bau des österreichischen Konferenzzentrums oder sollen die dafür vorgesehenen Mittel der Stadt Wien für den zügigen Ausbau des öffentlichen Verkehrs, vor allem der u 3, verwendet werden? Ein gut funktionierendes Verkehrssystem ist wichtiger als ein leerstehendes Konferenzgebäude, sagte Hahn. Auch innerhalb der SPö gibt es in dieser Frage offenbar verschiedene Meinungen. Die Wiener Bevölkerung soll nun selbst darüber entscheiden. (Forts.) ger/bs

Wiener Gemeinderat (9)
Utl.: Verkehrsdebatte
=++++

13 Wien, 12.12. (RK-KOMMUNAL) Im Straßenbau werden nicht nur große, sondern auch kleinere Projekte verwirklicht, erklärte GR. HABERL (SPÖ). Grundlage des Ausbaus ist das Wiener Verkehrskonzept, das eine Bündelung und Regelung des Individualverkehrs vorsieht. Im Bereich des Schöpfwerks und der Gelben Haide wurden in diesem Sinne Verkehrsbauten errichtet, die eine Zufahrt zur Triester Straße und über die Eichenstraße in das Stadtinnere ermöglichen.

Lärmschutzanlagen werden, wo notwendig, gebaut. Das traf bei der Süd-Ost-Tangente im Bereich des Schöpfwerkes und des Kirchenplatzes zu. Derzeit sind Lärmschutzdämme im Bereich der Per Albin-Hansson-Siedlung Nord, der Erben-Gasse, der Leberstraße und in der Wienerfeld-Siedlung in Bau.

Mit den finanziellen Beträgen für Radfahrwege kann das Auslangen gefunden werden. Mit einem Radweg wird bei der Auffahrt zum Nordknoten in der Heiligenstädter Straße begonnen. Dieser Radweg wird über die Uraniabrücke, Praterstraße bis zur Prater Hauptallee fortgesetzt werden. Ein weiterer Radweg führt vom Süden Wiens bis nach Laxenburg.

Zur Müllbeseitigung erklärte Haberl, daß alle Projekte, außer dem Rinterprojekt, bloß den Verkauf von Anlagen an die Stadt Wien vorsahen. Nur das Rinterprojekt schloß eine Abnahmegarantie für die Rohstoffe ein. Als in der Öffentlichkeit wegen des Eigentümers der Firma Rinter Kritik am Projekt geäußert wurde, schaltete Stadtrat Nittel selbst das Kontrollamt ein, um dieses für Wien so wichtige Projekt aus dem tagespolitischen Streit herauszuhalten. (Forts.)
sei/sr

Wiener Gemeinderat (10)

Utl.: Verkehrsdebatte

=++++

15 Wien, 12.12. (RK-KOMMUNAL) In seinem Schlußwort wies Stadtrat NITTEL (SPÖ) darauf hin, daß im heurigen Jahr die Reichsbrücke und die Brücke über die Wagramer Straße, die neue Station Thaliastraße und die Verlängerungen der Straßenbahnlinien "64" und "67" sowie die neue Straßenbahnlinie "N" in Betrieb genommen wurden. Er unterstrich, daß die ÖVP, obwohl unter ihrer Führung der Bau der UNO-City beschlossen worden war, jahrelang gegen dieses Projekt gewesen sei, um nun festzustellen, daß österreich damit seine internationale Verpflichtung erfüllt. Ähnlich sei es mit der S-Bahn gewesen. Bei der Forderung von GR. DALLER nach mehr Bäumen im Straßenraum müsse man daran denken, daß der Bezirksvorsteher-Stellvertreter des 22. Bezirks, Fasching, von einem Ausdruck der marxistischen Planung gegen die Wirtschaft sprach, als Parkplätze aufgelassen wurden, um Bäume zu pflanzen. GR. Daller habe auch im Sommer 1979 dringlich den Bau der A 24 verlangt, nun habe die ÖVP dieses Kind zur Seite gelegt. In der Mariahilfer Straße werde konsequent nach den Grundsätzen der Verkehrskonzeption vorgegangen. Was die Verlängerung der Schwelle bis zum Getreidemarkt betrifft, haben sich seinerzeit die Handelskammer und der Bezirksvorsteher des 7. Bezirks dagegen ausgesprochen, Präsident Dittrich ist zwar gegen die Schwelle, aber für eine Beschleunigung der Straßenbahn. Eine Baustelle bei der Stiftgasse läßt es sinnvoll erscheinen, mit der Aufbringung der Schwelle vorerst zuzuwarten und den Erfolg der im Oktober aufgebrachten Sperrlinie zu prüfen. Es gebe jedoch keinen Grund für die Vermutung, daß wird unser Ziel nicht konsequent verfolgen, sagte Nittel wörtlich. (Forts.) and/gg

Wiener Gemeinderat (11)
Utl.: Verkehrsdebatte
=++++

16 Wien, 12.12. (RK-KOMMUNAL) Zu GR. Pawkowicz gewandt, betonte NITTEL, daß von einer gleichzeitigen U-Bahn-Verlängerung bis Kagran mit der Eröffnung der Reichsbrücke nie die Rede gewesen sei. Als Eröffnungstermin gilt der 3. September 1982. Auch für die U 1-Verlängerung bis Praterstern war stets der Termin Mai 1981 genannt. In der Praterstraße werden 144 Bäume gepflanzt. Hinsichtlich der Betriebsaufnahme für die U 3 verwies Nittel auf den einstimmigen Grundsatzbeschluß für den Ausbau von U 3 und U 6, der am 29. April gefaßt wurde. Wenn das Grundnetz fertig ist, wird mit dem Bau von U 3 und U 6 begonnen. Nach der Fertigstellung dieser beiden Linien wird eine mögliche Verlängerung des U-Bahn-Grundnetzes zu prüfen sein. Für eine Verlängerung nach Maria Brunn bestehe jedoch aus verkehrspolitischen Erwägungen kein Grund: Ein Meter U-Bahn kostet zwischen 700.000 und 2,5 Millionen Schilling, und deshalb muß eine möglichst weitgehende Auslastung der Kapazität (25.000 bis 40.000 Personen pro Stunde) sichergestellt sein. Selbst die angesprochenen Autobenützer, die von der Westautobahn kommen, machen nur 22.500 Fahrzeuge pro Tag aus. Die Notwendigkeit zum Ausbau der zweiten Wiener Westeinfahrt über den Flötzersteig mache der gestrige Unfall in der Hadikgasse neuerlich deutlich. Wegen einer Verlängerung der U 1 nach Norden in den Bereich Rennbahnweg/Großfeldsiedlung wurden zwar die grundsätzlichen Vorkehrungen getroffen. Die insgesamt zur Verfügung stehenden Mittel für den U-Bahn-Bau müssen aber vorrangig dort eingesetzt werden, wo sie die größte Verkehrsentlastung erbringen. Zum Bau von Volksgaragen zu Lasten der öffentlichen Hand stellte Nittel fest, daß dem PKW-Benützer die Kosten, die jedenfalls durch Abstellen von Fahrzeugen entstehen, deutlich gemacht werden müssen. (Forts.) and/bs

Wiener Gemeinderat (12)
Utl.: Verkehrsdebatte
=++++

17 Wien, 12.12. (RK-KOMMUNAL) Der Bau der Urania-Brücke ist im Budget vorgesehen. Derzeit laufen Planungen für eine Anbindung der unteren Donaustraße. Der Ausbau des Tempelgassendurchbruchs wurde vorerst zurückgestellt. Der zweite Ring um die Innere Stadt über Zweier-Linie, Urania-Brücke und Roßauer-Brücke muß geschlossen werden, für den Bau der Roßauer-Brücke gibt es eine Vereinbarung mit dem Bund, die auch in der Bundesstraßengesetzesnovelle ihren Niederschlag finden soll. Die Bezirksverkehrskonzepte für den 3. bis 9. Bezirk werden in Kürze den Bezirken vorgestellt. Man dürfe nicht den Eindruck erwecken, daß man in einer Stadt mit 600.000 Fahrzeugen (75 Prozent der Haushalte sind motorisiert) ohne Lärm und andere Emissionen auskommt. Die Wichtigkeit diese Problems macht es notwendig, sachlich darüber zu diskutieren. Die Stadt Wien hat Vorleistungen für den Lärmschutz an der Süd-Ost-Tangente erbracht. In einer Novelle zum Bundesstraßengesetz soll die Möglichkeit vorgesehen werden, Wohnungen, wie etwa in der Absberggasse, abzulösen. Es sei nicht vertretbar, Hoffnungen zu wecken, die wirtschaftlich und technisch nicht erfüllt werden können. Eine zeitweilige Sperre der Koppstraße etwa müsse dazu führen, daß sich der Verkehr in angrenzenden Straßenzüge verlagert. In der Herrengasse fahren um 50 Prozent mehr Fahrzeuge als auf der Brenner-Autobahn. Verkehrsumleitungen müssen daher dort selbstverständlich sein, aber es muß uns klar sein, daß die gleichen Probleme dann an anderer Stelle auftreten. Die Anliegen der Behinderten müssen realistisch bewältigt werden. So müsse für Rollstuhlfahrer etwa eine andere Form der Beförderung als mit der U-Bahn gefunden werden. Eine Verordnung sieht bei neuen Gehsteigen Vorkehrungen für Rollstuhlfahrer vor. Er sei sich des konkreten Auftrags und der Verantwortung für die Verkehrsprobleme bewußt: Was versprochen wurde, werde exakt und pünktlich erfüllt werden.
(Forts.) and/sr

Wiener Gemeinderat (13)
Utl.: Budget 1981 beschlossen
=++++

18 Wien, 12.12. (RK-KOMMUNAL) Im Verlauf der Debatte habe er gehört, daß die Opposition zu einigen Punkten des Budgets zustimmen würde, einige Punkte aber ablehnt. Die gültige Rechtslage läßt nur eine Abstimmung im Gesamten zu, stellte Stadtrat MAYR (SPö) fest.

Zur Abstimmung lagen 32 Anträge vor. Drei Anträge wurden abgelehnt, 29 Anträge wurden zugewiesen. Abgelehnt wurde der öVP-Antrag über Fonds und Bedeckungsvorschläge von Mehr- und Minderausgaben, der FPö-Antrag zur Erhöhung der Dotierung für Erstazvornahmen und der FPö-Antrag zur Verlängerung der U 4 nach Auhof.

Das Budget für 1981 wurde mit den Stimmen der SPö beschlossen. Der Gebührenprüfungsantrag wurde ebenfalls mit den Stimmen der SPö beschlossen. Die Vorlage des Finanz- und Investitionsplan 1981 bis 1985 wurden einstimmig zur Kenntnis genommen. Die Wertgrenzen für das Verwaltungsjahr 1981 wurden einstimmig beschlossen. (Forts.)
ba/gg

Wiener Gemeinderat (14)
Utl.: Stadtwerkedebatte
=++++

20 Wien, 12.12. (RK-KOMMUNAL) In seinem Referat zum Wirtschaftsplan der Stadtwerke 1981 sprach Stadtrat NITTEL (SPÖ) die Entschuldung der Verkehrsbetriebe durch die Hoheitsverwaltung und die steigenden Energiepreise als wesentliche finanzielle Kriterien an. Während die Stadt Wien die Verkehrsbetriebe durch die Entschuldung von der Pflicht befreit, 1981 Fremdkapital in der Höhe von insgesamt 1,775 Milliarden S aufzunehmen, hat sie auf dramatisch steigende Energiepreise keinen Einfluß. Vom 1. Jänner bis 1. Oktober 1980 stieg der Preis für sowjetisches Gas um 44%, der Ölpreis stieg in einem Jahr um 85%. Bereits 1980 mußten 650 Millionen mehr als vorgesehen für Rohenergie ausgegeben werden, für 1981 ist bereits jetzt ein weiterer Verlust von 400 Millionen mehr, als vorausgeplant, abzusehen. Ein Notversorgungsplan wurde erstellt, um die energieversorgung auf jeden Fall zu sichern. Infolge der Rohenergiepreissteigerungen stiegen auch die Verbraucherpreise. Bei einer Prognose von einem Energiemehrverbrauch von rund 40% für 1990 wird es nicht darauf ankommen, unseren Zivilationsstandard einzuschränken, sondern Verschwendungen abzustellen. Wir müssen die technologische Entwicklung im Bereich der Kohle verfolgen und die Kernenergie der Stromerzeugung nutzbar machen. Dieses emotionsgeladene Thema muß eingehend diskutiert werden.

Trotz steigenden Verkaufszahlen für Strom und Gas und einer günstigen Entwicklung der Beförderungsfälle bei den Verkehrsbetrieben werden die Stadtwerke 1981 mit einem Verlust von 1.087 Milliarden S rechnen müssen. Von den Verlusten entfallen auf die E-Werke 79 Millionen, auf die Gaswerke 529 Millionen und auf die Verkehrsbetriebe 480 Millionen. (Forts.) gab/bs

Wiener Gemeinderat (15)

Utl.: Stadtwerkedebatte

=++++

21 Wien, 12.12. (RK-KOMMUNAL) Der Investitionsplan der Stadtwerke weist 2.680 Millionen S auf, wovon allerdings vorläufig 654 Millionen gesperrt sind. Bei Mehreinnahmen können die Sperren aufgehoben werden. Schwerpunkt der Investitionen bei E- und Gaswerken ist der Ausbau der Versorgungseinrichtungen, bei den Verkehrsbetrieben eine Reihe von Maßnahmen zur Verbesserung der Attraktivität des öffentlichen Verkehrs.

Abschließend beantragte Nittel die Genehmigung des Wirtschaftsplanes der Stadtwerke für 1981 und wies darauf hin, daß wir in Zukunft für die Energie mehr bezahlen müssen. Die Stadt Wien wird aber alles ihr mögliche tun, um die erforderliche Energie zu beschaffen. (Forts.) gab/gg

Wiener Gemeinderat (16)
Utl.: Stadtwerkedebatte
=++++

22 Wien, 12.12. (RK-KOMMUNAL) Die Erhöhung des Abganges beim Budget der Hoheitsverwaltung ist vor allem auf die Deckung des Verkehrsbetriebe-Defizits zurückzuführen, sagte GR. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPÖ). Die Fahrgastzahlen blieben hinter den Erwartungen zurück. Der Trend zu den öffentlichen Verkehrsmitteln wurde durch eine falsche Tarifpolitik unterbrochen beziehungsweise gestört. Das Beschleunigungsprogramm für die Straßenbahn wurde nicht konsequent weitergeführt, auf diesem Gebiet sind verstärkte Maßnahmen notwendig.

Ein Propagandablatt besonderer Art ist das Stadtwerke-Magazin "24 Stunden für Wien". Hier findet sich das, was in Publikationen des Presse- und Informationsdienstes schon vorher veröffentlicht wurde. Es ist ein schlecht gemachtes Blatt, in dem auch kleinliche Zensur geübt wird. Pawkowicz stellte den Antrag, die Herausgabe der "24 Stunden" durch die Wiener Stadtwerke einzustellen. Die notwendige Information über die Wiener Stadtwerke soll durch den Presse- und Informationsdienst erfolgen. (Forts.) ger/gg

Wiener Gemeinderat (17)
Utl.: Stadtwerkedebatte
=++++

23 Wien, 12.12. (RK-KOMMUNAL) Die groß angekündigte Sanierung der Wiener Stadtwerke war ein Kompromiß gegen die Energieunternehmungen, erklärte GR. Dkfm. AMMANN (ÖVP). Die E-Werke und die Gaswerke stehen nach wie vor nicht auf eigenen Beinen. Sie müssen weiterhin die Verkehrsbetriebe unterstützen.

Der Verlust der Wiener Stadtwerke wird 1981 mit 1,1, Milliarden eine ähnliche Größenordnung haben, wie vor der Sanierung. Die finanzielle Lücke ist im Wirtschaftsplan mit 2,8 Milliarden sogar knapp höher als vor der Sanierung.

Schuld an diesem Zustand ist das statische Konzept, das die Rathausmehrheit bei den Wiener Stadtwerken anwendet. Die Hoheitsverwaltung übernimmt bloß Kosten wie die Pensionslasten oder den Abgang der Verkehrsbetriebe. Die ÖVP tritt dagegen für ein dynamisches Konzept ein. Die Wiener Stadtwerke müßten mit einer höheren Eigenkapitalbasis ausgestattet werden.

Die ÖVP wird der Erhöhung der Gastarife zustimmen, weil das Ausmaß der Erhöhung im wesentlichen der Erhöhung des Einstandspreises entspricht. Die Erhöhung der Mehrwertsteuer auf Energie sollte jedoch nicht zum Stopfen von Budgetlöchern verwendet werden. Die zusätzlichen Geldmittel sollten zweckgebunden zum Beispiel für den Ausbau des Fernwärmenetzes verwendet werden.
(Forts.) sei/sr

Wiener Gemeinderat (18)
Utl.: Stadtwerkedebatte
=++++

24 Wien, 12.12. (RK-KOMMUNAL) GR. HENGELMÜLLER (SPÖ) stellte einleitend die Frage, wie die steigenden Energiepreise finanziert werden sollten und berichtete anschließend über Rationalisierungen und Attraktivitätssteigerungen im Bereich des öffentlichen Verkehrs. Der Umbau von Garnituren auf Ein-Mann-Betrieb bringt pro Garnitur die Einsparung von bis zu drei Schaffnern, und auch die Linienverkürzungen machen es möglich, genügend Personal für die U-Bahn und eine verstärkte Kontrolle bereitzustellen. Lag die Zahl der tatsächlich eingesparten Mitarbeiter heuer nur bei sechs, wird sie im kommenden Jahr bereits auf 136 steigen. Der Einsatz der U-Bahn-Garnituren mit größerer Kapazität als die Straßenbahnzüe ermöglicht ebenfalls Kostensenkungen.

Hengelmüller berichtete dann über Erneuerungsmaßnahmen auf der Gürtellinie der Stadtbahn und teilte mit, daß im kommenden Jahr zu den drei bisher im Einsatz befindlichen Zwei-Richtungsgarnituren vom Typ E(mil) 6 im kommenden Jahr weitere vier kommen werden. Die U-Bahn wird in mehreren Etappen bis 1982 weiter ausgebaut. Der Redner setzte sich dafür ein, verstärktes Bewußtsein für die Bedeutung der öffentlichen Verkehrsmittel in der öffentlichkeit zu wecken und wies darauf hin, daß durch den Vandalismus jährlich ein Schaden von fünf Millionen S entsteht. Daher sollen die vorbeugenden Kontrollen nach Großveranstaltungen im kommenden Jahr verstärkt werden. Hengelmüller bemerkte, daß in Wien der billigste Fahrpreis Europas im Vergleich zum Liniennetz von 480,6 Kilometern eingehoben wird. (Forts.) and/gg

Wiener Gemeinderat (19)
Utl.: Stadtwerkedebatte
=++++

25 Wien, 12.12. (RK-KOMMUNAL) Kritik an der Wiener Energiepolitik übte GR. HAUBENBURGER (ÖVP). Sie werde vernachlässigt, das Energiekonzept wird nicht realisiert. Die optimale und langfristige Versorgung der Stadt mit Strom, Gas und Fernwärme müsse gesichert werden. Notwendige Sparmaßnahmen sollen der Bevölkerung ins Bewußtsein gerufen werden. Die ÖVP lehnt eine Budgetsanierung über die Energiepreise ab. Energiepreise machen bereits einen wesentlichen Teil der Lebenserhaltungskosten aus. Auch die Wiener Wirtschaft kritisiert die Tarifpolitik der Rathausmehrheit. Haubenburger sprach sich außerdem gegen die Abhängigkeit vom Ausland auf dem Energiesektor sowie gegen die geringe Ausnutzung der Fernwärme aus. Bei entsprechender Nutzung der Fernwärme könnten 65 Millionen Heizölkosten erspart werden. Die dreischienige Versorgung mit Strom, Gas und Fernwärme sei ebenso abzulehnen, wie der Anschlußzwang an das Fernwärmenetz. (Forts.) ba/bs

Wiener Gemeinderat (20)
Utl.: Stadtwerkedebatte
=++++

30 Wien, 12.12. (RK-KOMMUNAL) Zu den Bemerkungen von GR. Pawkowicz (FPÖ) bezüglich der zeitschrift "24 Stunden" sagte GR. RIEDLER (SPÖ), dieses Magazin sie auf die Kunden der Stadtwerke zugeschnitten und ergänze die Arbeit des Pressedienstes.

Zum Gasrohrnetz sei zu sagen, daß drei Viertel des Rohrnetzes nach 1945, 45% sogar nach 1960 errichtet wurden. Man könne also von keiner Überalterung des Netzes sprechen.

Riedler betonte die Wichtigkeit der Energie für die Entwicklung der Menschheit. In die Zukunft blickend müsse man also auch für diese vorsorgen und sich um zukünftige Energiearten wie Alternativenergie, Atomenergie oder Erdenergie kümmern.

In den letzten Jahrzehnten ist der Energieverbrauch vor allem im Haushalt gestiegen. Dem steigenden Verbrauch wurde vorsorgungsmäßig immer Rechnung getragen und dadurch ausreichende Bevorratungsmaßnahmen ist auch weiterhin vorgesorgt. Um ein zweites Standbein in der Gasversorgung bemüht man sich in Verhandlungen mit Algerien.

Man müsse in Zukunft zwar Energie "bewußt verwenden" aber Energie soll kein Luxusgut werden. Eine allgemeine Subventionierung für Energie soll es nicht geben, aber wirtschaftlich Schwächeren soll geholfen werden, ihren Bedarf zu decken.

Zum Investitonsplan sagte Riedler, daß eben nur ein bestimmtes Maß an Steuern dafür da ist. Die kritisierten Investitonssperren werden nur so lange gelten, bis die Mehreinnahmen durch Gas- und Strompreiserhöungen wirksam werden. (Forts.) gab/bs

Wiener Gemeinderat (21)
Utl.: Stadtwerkedebatte
=++++

31 Wien, 12.12. (RK-KOMMUNAL) Zur Kritik von GR. Dipl.-Ing. Dr. Pawkowicz am Stadtwerke-Magazin "24 Stunden für Wien" stellte Stadtrat NITTEL (SPÖ) in seinem Schlußwort fest, daß diese Zeitschrift bereits seit zwei Jahren in engster Zusammenarbeit zwischen den Stadtwerken und dem Presse- und Informationsdienst hergestellt wird. Eine Kundenzeitschrift ist für ein so großes Unternehmen wie die Wiener Stadtwerke notwendig. Die Reaktionen der Leser zeigen, daß wir auf dem richtigen Weg sind. Er sei aber bei konkreten Verbesserungsvorschlägen stets gesprächsbereit, betonte NIttel.

Das Beschleunigungsprogramm für die Straßenbahn wird konsequent fortgesetzt. Ein Schwerpunkt für das nächste Jahr ist der Umbau der Jörgerstraße (Linie "43"). Auch das Gersthofer Platzel soll umgebaut werden. Für die Prinz Eugen-Straße gibt es ebenfalls ein Projekt. Trotz der allgemeinen Forderung nach Vorrang für die öffentlichen Verkehrsmittel gibt es allerdings in jedem Einzelfall, wo dieser verwirklicht werden soll, immer wieder starke Widerstände zu überwinden.

Nittel erinnerte daran, daß von der öVP seinerzeit Kritik an der Nichtbeteiligung der Wiener Stadtwerke am ersten Kernkraftwerk geübt worden war. Er habe immer wieder angeboten - und wiederhole dieses Angebot neuerlich -, über die schwierigen Fragen der Energieversorgung gemeinsam zu beraten. Für die Atmosphäre, in der solche Beratungen stattfinden, sei aber auch die öVP mitverantwortlich.

Die Entschuldung der Verkehrsbetriebe war ein Kompromiß. Dieser verkehrspolitisch bedeutsame Beschluß hat auch im jetzigen Wirtschaftsplan seinen Niederschlag gefunden. (Forts.) ger/gg

Wiener Gemeinderat (22)
Utl.: Stadtwerkedebatte
=++++

32 Wien, 12.12. (RK-KOMMUNAL) Nittel stellte fest, daß trotz der Preissteigerungen die Erhöhung der Strom- und Gastarife in den letzten Jahren unter der Steigerungsrate der allgemeinen Lebenshaltungskosten geblieben ist. So sank der Index des Strompreises zwischen 1964 und 1980, gemessen an den allgemeinen Lebenshaltungskosten, von 100 auf 85, der Gaspreisindex von 100 auf 95. Eine Gasheizung ist immer noch die billigste Heizungsform.

Bei den außerordentlich schwierigen und seriösen Tarifierungsverhandlungen nach der letzten Strompreiserhöhung wurde der Gewerbetarif begünstigt. Nittel kritisierte, daß die ÖVP dann im Gemeinderat trotzdem gegen diese Tarifierung gestimmt hat.

Die UNO-City wurde von Anfang an mit Fernwärme beheizt. Der Kugelgasbehälter in Leopoldau hat bereits die erste Druckprobe bestanden.

Im Zusammenhang mit der Forderung, die Heizbetriebe in die Wiener Stadtwerke einzugliedern, sagte Nittel, daß nicht die Verwaltungsform entscheidend sei, sondern eine koordinierte Energiepolitik. Diese ist durch das energiewirtschaftliche Referat gewährleistet.

ABSTIMMUNG: Der Wirtschaftsplan der Wiener Stadtwerke wurde mit den Stimmen der SPÖ angenommen. Der Antrag der FPÖ, das Stadtwerke-Magazin "24 Stunden für Wien" einzustellen, wurde mit den Stimmen der SPÖ und ÖVP abgelehnt. (Schluß) ger/bs

Wiener Gemeinderat (23)
Utl.: Eissportanlage
=++++
33 Wien, 12.12. (RK-KOMMUNAL) Der Wiener Gemeinderat trat am Freitag, im Anschluß an den Landtag, unter dem Vorsitz von GR. MAYRHOFER (SPö) neuerlich zusammen.

GR. LUDWIG (SPö) beantragt eine Subvention in der Höhe von 10 Millionen zur Errichtung eines Eislaufplatzes auf dem Nothnagelplatz. GR. ARTHOLD (öVP) stellte fest, daß es die Idee seiner Partei gewesen war, die Grünflächen der Bäder im Winter als Parks zu öffnen. Nun beantragte er, die öffnung des Laaer Berg-Bades als Eislaufplatz. Man sollte endlich aufhören, Sportdenkmäler zu errichten. Stadtrat Schieder (SPö) sagte, daß es keine verbindliche Zusage der Stadt Wien gegenüber dem ASKö auf eine weitere Subvention gegeben hat. Ob ein Bad im Winter als Eislaufplatz benützt werden kann, müsse erst überprüft werden. In seinem Schlußwort teilte GR. Ludwig mit, daß der ASKö eine Eisschnellaufbahn errichten wird, die sowohl den Eisschnelläufern zum Training als auch dem Publikum zur Verfügung stehen wird.

ABSTIMMUNG: Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen. Der Antrag der öVP wurde zugewiesen.

Zwtl.: Wohnbauprogramm

Über das Wohnbauprogramm der Stadt Wien 1981 bis 1983 wurde getrennt abgestimmt. Das Projekt auf den Steinhofgründen wurde mit Mehrheit angenommen, alle übrigen Projekte einstimmig beschlossen.
(Forts.) ba/gg

Gratz: Positive Ergebnisse der gemeinsamen Arbeit (1)
Utl.: Schlußansprache des Bürgermeisters im Gemeinderat
=++++

26 #Wien, 12.12. (RK-KOMMUNAL) Nach den viertägigen Beratungen des Wiener Gemeinderates in dieser Woche hielt Bürgermeister Leopold GRATZ die traditionelle Schlußansprache, in der er die positiven Ergebnisse der gemeinsamen Arbeit der Wienerinnen und Wiener in diesem Jahr hervorhob. Gratz warnte in diesem Zusammenhang vor einer Entwicklung in der politischen Auseinandersetzung, die im Angehörigen der anderen Partei nicht einen österreicher sieht, sondern einen Feind, der vernichtet gehört. Man kann aber nicht Haß predigen und Liebe ernten, betonte Gratz.#

Im einzelnen führte der Bürgermeister aus: "Wie es der parlamentarischen Tradition dieses Hauses entspricht, wurde in diesen Tagen eine kritische Bilanz unserer Arbeit gezogen. Und mit den heutigen Beschlüssen wurde die Grundlage für die Fortsetzung dieser Arbeit im kommenden Jahr gelegt.

Das Jahr 1980 brachte Anlässe für scharfe politische Auseinandersetzungen, es brachte auch Erkenntnisse, die uns alle tief bewegt haben. Ich will am Schluß dieser viertägigen Beratungen nicht nochmals auf diese Thematik eingehen, ich möchte nur eins sagen: Lassen wir es nicht zu, daß diese Vorgänge die positiven Ergebnisse der gemeinsamen Arbeit der Wienerinnen und Wiener verdunkeln, denn dieses Jahr 1980 brachte sehr wesentliche Fortschritte bei der Aufbauarbeit in unserer Stadt.

Meine Damen und Herren, die Fortschritte und Erfolge in dem zu Ende gehenden Jahr berechtigen uns zu einigem Stolz auf die gemeinsamen Leistungen. Es gibt eine intellektuelle und oft überschraubte Kritik an der Kommunalpolitik. Diese Kritik erwartet Wunder in einem Bereich, der sehr hart von der Realität geprägt ist. Manchmal besteht die Gefahr, daß man über diese Kritik vergißt, welch tiefe Befriedigung gerade der Kommunalpolitiker in seiner Arbeit finden kann. (Forts.) red/gg

Gratz: Positive Ergebnisse der gemeinsamen Arbeit (2)
Utl.: Schlußansprache des Bürgermeisters im Gemeinderat
=++++

27 Wien, 12.12. (RK-KOMMUNAL) Wenn als Ergebnis der Arbeit, auch der sachlichen Auseinandersetzungen Wien wieder etwas moderner, lebenswerter, vitaler geworden ist - wenn für viele einzelnen Wiener durch Wohnungen, Parks, Gärten, raschere Verkehrsmittel, Schulen und Kindergärten das Leben schöner und glücklicher geworden ist, dann hat die Arbeit und das Engagement jedes einzelnen Mitgliedes des Gemeinderates dazu beigetragen.

Meine Damen und Herren des Gemeinderates!
Ich habe - so wie wir alle - die politischen Auseinandersetzungen der letzten Monate miterlebt. Und da scheint mir eine Entwicklung einzutreten, die bedenklich ist - der man bewußt entgegentreten muß. Es wächst eine Generation heran, der das schwere gemeinsame Aufbauwerk aus den Trümmern von 1945 zum blühenden Staat nicht erlebte Geschichte bedeutet, sondern bloße Erzählung.

Diese Generation ist nicht mehr geprägt von einer Zeit, als alle wußten, daß uns als österreicher mehr verbindet, als uns wegen verschiedener Parteizugehörigkeit trennt. Diese Generation beurteilt die Demokratie nicht mehr nach ihren Leistungen im Kampf um Freiheit und Wiederaufbau, sondern nach dem Verhalten ihrer Repräsentanten von heute. Und da sollten wir uns alle besinnen - nicht nur am Heiligen Abend. Ein Beobachter erhält den Eindruck, man sieht in Angehörigen der anderen Partei nicht einen österreicher mit anderen politischen Ansichten, sondern einen Feind, der gekränkt, verletzt, gedemütigt und vernichtet gehört. Worte, meine Damen und Herren, sind eine oft unterschätzte, aber ungeheure Kraft. Sie können verbinden und versöhnen, sie können aber auch verletzten und zerstören - und nicht zurückgenommen werden. Man kann nicht Haß predigen und Liebe ernten. (Forts.) red/bs

Gratz: Positive Ergebnisse der gemeinsamen Arbeit (3)
Utl.: Schlußansprache des Bürgermeisters im Gemeinderat
=++++

28 Wien, 12.12. (RK-KOMMUNAL) Es gibt schon viele Vereine von und für Politiker in österreich. Einer wäre es wert, gegründet zu werden, bei dem sich jedes Mitglied öffentlich verpflichtet, keinen Mitmenschen zu beschimpfen, in seiner Ehre zu kränken oder zu beleidigen. Das jeweilige Pönale könnte einem karitativen Zweck zufließen. Das täte dem Kampf mit den Waffen des Geistes keinen Abbruch - denn Geist bedarf des Schimpfens nicht.

Nehmen wir uns vor, so zu agieren, als ob es diesen Verein gäbe - das Ansehen der Demokratie kann nur gewinnen!

Meine Damen und Herren, im Namen der Bundeshauptstadt Wien grüße ich alle Landsleute in den anderen Bundesländern. Ich grüße auch alle Landsleute im Ausland und besonders unsere Soldaten, die in fernen Ländern auf Friedenswacht stehen.

Ich danke den Mitgliedern des Gemeinderats und allen Mitarbeitern der Stadtverwaltung für die geleistete Arbeit. Ich wünsche Ihnen, meine Damen und Herren, und allen Wienerinnen und Wienern ein gesegnetes Weihnachtsfest, erholsame Feiertage und ein gutes Jahr 1981." (Schluß) red/sr

Abschaffung des Beschreibungsbogens

=++++

14 #Wien, 12.12. (RK-LOKAL) Bei Gesprächen, die Stadtschulratspräsident hans MATZENAUER mit Vertretern des Landesverbandes Wien der Elternvereine an den öffentlichen Pflichtschulen und der Wiener Kinderfreunde führte, brachten die Elternvertreter erneut den Wunsch nach Abschaffung des Erziehungsbogens vor. Präsident Matzenauer sicherte zu, diesem Wunsch zu entsprechen.#

Der Erziehungsbogen, der eine umfassende Beschreibung des Schülers vorsieht, soll bei einem Lehrer- oder Schulwechsel eine Orientierungshilfe für den nachfolgenden Lehrer darstellen. in seiner Grundkonzeption entstand der Erziehungsbogen bereits in der Ersten Republik und wurde nach dem Zweiten Weltkrieg, den neuesten Erkenntnissen der Kinderpsychologie entsprechend, verbessert und ausgebaut. So sehr auch von der Führung dieser Erziehungsbogen wertvolle Anregungen für die Arbeit des Lehrers ausgehen mögen, so könne nach Meinung der Elternvertreter doch auch die Gefahr einer gewissen Voreingenommenheit durch nachfolgende Lehrer, die den Schüler noch nicht kennen, nicht ausgeschlossen werden. Den Elternvertretern geht es dabei nicht um Formalfragen, sondern vor allem um eine grundlegende Verbesserung des Verhältnisses zwischen Elternhaus und Schule mit dem Ziel, ein echtes Partnerschaftsverhältnis zwischen Eltern und Lehrern zu schaffen.

Präsident Hans Matzenauer betonte, daß auch ihm die gemeinsame Erziehungsverantwortung von Elternhaus und Schule besonders am Herzen liege. Zweifellos habe sich die Erziehungssitutation im letzten Jahrzehnt stark verändert: Einerseits besitzen die Lehrer heute einen weitaus höheren Ausbildungsstand als früher, andererseits bekundet die Mehrheit der Eltern heute großes Interesse an der Erziehung ihrer Kinder. Mehr Mut zur Erziehung und größere Bereitwilligkeit zur Partnerschaft von Eltern und Lehrern müßten nach Meinung des Amtsführenden Präsidenten die Führung von eigenen Erziehungsbogen überflüssig machen. Er beabsichtige daher Maßnahmen einzuleiten, die zur Abschaffung des Erziehungsbogens erforderlich sind. (Schluß) red/bs

Wiener Landtag (1)
Utl.: Getränke- und Gefrorenessteuer
=++++

34 Wien, 12.12. (RK-KOMMUNAL) Der Wiener Landtag trat Freitag im Aschluß an die Debatte über die Wiener Stadtwerke unter dem Vorsitz von Landtagspräsident PFOCH (SPö) zu einer Sitzung zusammen. Dem Landtag lag ein öVP-Antrag über die Befreiung des Aufstellens von Zierpflanzen von der Gebrauchsabgabe vor. Der Antrag wurde zugewiesen.

Stadtrat MAYR (SPö) beantragte eine Änderung des Getränkesteuer- und des Gefrorenensteuergesetzes. Die Erklärung dieser Steuer soll nicht mehr monatlich, sondern einmal pro Jahr erfolgen.

Landtagsabgeordneter Komm.-Rat SCHNEIDER (öVP) begrüßte diese Verwaltungsvereinfachung. Wünschenswert wäre weiter eine Gleichstellung des Zahlungstermines mit der Mehrwertsteuer.

ABSTIMMUNG: Einstimmig angenommen. (Forts.) sei/gg

Wiener Landtag (2)
Utl.: Änderung der Bauordnung
=++++

35 Wien, 12.12. (RK-KOMMUNAL) Stadtrat NEKULA (SPÖ) referierte vier Geschäftsstücke, die alle ohne Debatte EINSTIMMIG ANGENOMMEN wurden:

- Mit der Bauordnungsnovelle 1980 wird ein Kundmachungsmangel früherer Flächenwidmungspläne behoben
- Die 6. Novelle zur Dienstordnung 1966 hat eine Verlängerung des Urlaubsanspruchs bei älteren Mitarbeitern. Bestimmungen hinsichtlich der Pragmatisierung beim Wechsel von Dienstnehmern zwischen Körperschaften öffentlichen Rechts und die Vorgangsweise bei Abordnungen zum Inhalt.
- Die 2. Novelle zur Vertragsbedienstetenordnung 1979 enthält Verbesserungen beim Urlaub, für ältere Dienstnehmer, die den Beamten entsprechende Erhöhung der Gehälter um 6,2 Prozent, und Abfertigungsregelungen für Hausbesorger.
- Wichtige Details des Gesetzes, mit dem das Wiener Bezügegesetz und die Dienstordnung 1966 geändert werden, sind:
  das Gehalt des Landeshauptmanns wird um 11.000 Schilling, das der Mitglieder der Landesregierung um 5.000 bis 7.000 Schilling gesenkt, während die nichtamtsführenden Stadträte künftig um 6.000 Schilling mehr verdienen werden, die Bezüge werden für die Pension angerechnet. Ein Abfertigungsanspruch entsteht erst nach dreijähriger tätigkeit als Landtagsabgeordneter. Die Bezirksvorsteher und -Stellvertreter unterliegen künftig der Lohn- statt der Einkommenssteuer.

Die Sitzung wurde um 15.40 geschlossen.

(Schluß) and/bs

Wiener Gemeinderat (24)

Utl.: Gaspreise

=++++

36 Wien, 12.12. (RK-KOMMUNAL) Stadtrat Nittel (SPö) beantragte die Erhöhung des Gaspreises und der Zählergebühren um 14%. Die Erhöhung soll rückwirkend ab 1. November gelten. Eine Kilowattstunde soll 43,94 Groschen für Haushalte und 42,02 Groschen für Gewerbe und Industrie kosten. Nittel begründete die Preisanpassung mit dem enormen Preisanstieg von 44% für russisches Erdgas im lezten Jahr.

GR. Pawkowicz (FPö) sagte, es sei nicht ganz einzusehen, warum die Zählergebühren, die ja nichts mit den Gaslieferungen aus Rußland zu tun haben, auch steigen. Außerdem halte er eine rückwirkende Erhöhung der Preise für nicht vertretbar. Pawkowicz stellte einen Abänderungsantrag, die Preiserhöhung für das Gas erst ab ersten Jänner in Gültigkeit zu setzen, sowie auf Entfall der Erhöhung der Zählergebühren.

Stadtrat Nittel bemerkte abschließend der Gaspreis sei ein zusammengesetzter Preis und nicht zu trennen. Bei gleichbleibenden Zählergebühren hätte man eben den Preis für das Gas selbst noch mehr erhöhen müssen. In der Abstimmung wurde der Abänderungsantrag der FPö abgelehnt, der Antrag des Berichterstatters wurde mit den Stimmen von SPö und öVP angenommen (Forts.) gab/bs

Wiener Gemeinderat (25)
Utl.: Anträge
=++++

37 Wien, 12.12. (RK-KOMMUNAL) Folgende Anträge wurden mit Mehrheit angenommen:

Ein Antrag von Stadtrat HATZL (SPö), den Planungs- und Baudurchführungsvertrag für den städtischen Wohnbau Wien 14, Heschweg, mit der Sozialbau, zu genehmigen.

Ein Antrag von GR. Rosa HEINZ (SPö), den Sachkredit für den städtischen Wohnbau Wien 18, Peter Jordan-Straße 81 - 91, um 25 auf 163 Millionen S zu erhöhen.

Ein Antrag von GR. SCHULTZ (SPö), den Baukostenanteil der Stadt Wien an der Brigittenauer Brücke für den Geh- und Radweg und die Führung der Einbauten in der Höhe von 105 Millionen S zu genehmigen und ein weiterer Antrag von GR.SCHULTZ, die Erstellung des Detailprojekts und die Bauaufsicht für die Brigittenauer Brücke in der Höhe von 30 Millionen S zu genehmigen. (Forts.) gab/fe

Wiener Gemeinderat (26)
Utl.: Gebührenerhöhungen
=++++

38 Wien, 12.12. (RK-KOMMUNAL) Stadtrat MAYR (SPö) stellte insgesamt vier Anträge, die eine Erhöhung der Wassergebühren um 21,2 Prozent, der Müllabfurhtarife um 21,5 Prozent, verschiedener Kanal-Nebengebühren zwischen 2,5 und 9,6 Prozent sowie eine Erhöhung des Kurzparkzonentarifs von 2 auf 4 Schilling für die halbe Stunde vorsehen. Die Erhöhung der Parkometerabgabe soll am 12. Jänner 1981, die übrigen neuen Gebühren sollen am 1. Jänner 1981 in Kraft treten.,

GR. Dr. HIRNSCHALL (FPö) bezweifelte die Kalkulation im Zusammenhang mit den Wassergebühren und den Müllabfuhrtarifen. Die Wasserwerke verzeichnen - so Dr. Hirnschall - einen Überschuß, bei der Müllabfuhr ist es fragwürdig, schon Zahlungen für die Rinter-AG zu berücksichtigen. Die Erhöhung der Kanalräumungsgebühren erscheint dagegen gerechtfertigt. Die FPö ist auch bereit, der Erhöhung der Parkometergebühr zuzustimmen. Hirnschall brachte in diesem Zusammenhang einen ZUSATZANTRAG ein, deren Ertrag ausschließlich zur gezielten Förderung des Garagenbaus zu verwenden sei, wobei eine angemessene Quote verbilligter Einstellplätze für die Wohnbevölkerung vorgesehen werden soll. (Forts.) ger/bs

Wiener Gemeinderat (27)
Utl.: Gebührenerhöhungen

39 Wien, 12.12. (RK-KOMMUNAL) GR. DALLER (ÖVP) kritisierte, daß die Unterlagen keine gewissenhafte Untersuchung zulassen. Die Mehrbelastungen aus den Erhöhungen betragen 300 Millionen Schilling. Zusammen mit den Erhöhungen des Bundes ergibt sich eine "Belastungslawine".

GR. WIESINGER (SPö) stellte einen gemeinsamen ANTRAG der SPö und ÖVP, daß der Magistrat eine Neuordnung der Garagenförderung ausarbeiten sollte. Die Mehreinnahmen aus der Parkometerabgabe sollten vorwiegend für diese Garagenförderung verwendet werden.

Stadtrat MAYR erklärte in seinem Schlußwort, daß der Kostendeckungsgrad bei den Gebühren nach einer Methode errechnet wird, die vom Rechnungshof empfohlen wurde.

ABSTIMMUNG: Die Wasser- und Müllabfuhrgebühren wurden mit den Stimmen der SPö, die Kanalnebengebühren mit den Stimmen der SPö und FPö und die Parkometerabgabe mit den STimmen der SPö und ÖVP beschlossen. Der Antrag von GR. Wiesinger wurde mit den Stimmen der SPö und ÖVP angenommen, der Antrag von GR. Dr. Hirnschall mit den Stimmen der SPö und ÖVP abgelehnt. (Forts.) sei/gg

Wiener Gemeinderat (28)
Utl.: Förderungsbeitrag, Flächenwidmung
=++++

40 Wien, 12.12. (RK'KOMMUNAL) Die Gewährung eines Förderungsbeitrages in Höhe von 200.000 Für das Internationale Institut für Jugendliteratur beantragte GR. Hildegard WONDRATSCH (SPÖ): Im Park von Ober-Laa soll ein Bücherstand errichtet werden. Gr.Prof. BITTNER (ÖVP) stellte fest, daß seine Fraktion nicht gegen die Förderung an sich, wohl aber gegen die Bedeckung sei und forderte in einem ABÄNDERUNGSANTRAG die Finanzierung statt aus dem Kulturschilling aus den Transfermitteln für Volksbildung.

ABSTIMMUNG: Der Abänderungsantrag blieb in der Minderheit. Der Antrag selbst wurde mit Mehrheit angenommen.

Die Abänderung eines Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes für ein Gebiet zwischen Erdberger Lände, Lechnerstraße, Dietrichgasse und Haidingergasse beantragte GR. BROSCH (SPÖ). GR. Dr. HIRNSCHALL (FPÖ) kritisierte, daß negative Stellungnahmen zu dieser Umwidmung, die eine Erhöhung der zulässigen Gebäudehöhen zum Teil bis zur Bauklasse 5 ermöglicht, vom Fachbeirat für Stadtplanung, Prof. Knoflacher als Verkehrsexperten, der arbeiterkammer und der Magistratsabteilung 18 abgegeben wurden. Es sei vor negativen Auswirkungen auf das Stadtbild, den Hanusch-Hof, die Verkehrsentwicklung, die Belichtung und den Donaukanalbereich hingewiesen worden. Hirnschall führte weiter aus, die Umwidmung bringe die verantwortlichen der Fertigteilbau, die damit spekuliert haben, aus einer unangenehmen Situation. GR. Brosch führte abschließend aus, die Umwidmung sei sorgfältig vorbereitet worden. Er vertrat u.a. die ansciht, die Postverwaltung werde sich sicher den Bestimmungen der Bauordnung 1976 über die Belichtung unterwerfen.

ABSTIMMUNG: Mit Mehrheit angenommen (Forts.) and/bs

Wiener Gemeinderat (29)
Utl.: Subvention
=++++

41 Wien, 12.12. (RK-KOMMUNAL) Für die Vereinigung für internationalen Kulturaustausch beantragte GR. STRANGL (SPö) eine Subvention von 820.760 Schilling. Die Subvention dient zur Abdeckung der Eröffnung der UNO-City und der 25 Jahre Staatsvertragsfeiern. Der Bund wird über 1,6 Millionen bereitstellen. GR. HAHN (ÖVP) übte Kritik an der Person des Generalsekretärs des Vereines. Im Kontrollamtsbericht sei von einem ausständigen Betrag von etwa 2,5 Millionen die Rede. Dies sei ein Fall für den Staatsanwalt.

ABSTIMMUNG: Mit den Stimmen der SPö angenommen. (Forts.) ba/gg

Wiener Gemeinderat (30)
Utl.: Theatersubventionen
=++++

42 Wien, 12.12. (RK-KOMMUNAL) GR. WINDHAB (SPÖ) beantrage Subventionen in der Gesamthöhe von 1.065 Millionen S für Bauarbeiten an Theatern, darunter 200.000 für die "Komödianten", 370.000 für den Verein "Drachengasse zwei", 200.000 für das Schauspielhaus und 240.000 für den Kulturverein Donaustadt.

GR. PROHASKA (ÖVP) bezweifelte die Berechtigung der Subventionen im Fall der "Komödianten" und der "Drachengasse", die beide zu den auserkorenen "progressiven" Gruppen gehörten, die jede Vergünstigung von seiten der Stadt Wien erhielten. Sowohl die geplante Werkstätte für die Komödianten im 22. Bezirk wie auch die Bühne für die "Drachengasse" seien Fehlplanungen. Prohaska beantragte die getrennte Abstimmung für diese beiden Punkte.

GR. WINDHAB antwortete, daß die "Komödianten", aus dem Wiener Theaterleben nicht mehr wegzudenken seien, und eine Werkstätte im 22. Bezirk auf jeden Fall finanziell günstiger sei als eine in der Nähe des Theaters im Zentrum. In der "Drachengasse zwei" wirken eine Reihe von Frauen mit, die bereits im kulturellen Leben bekannt sind und eine hervorragende Kulturarbeit garantieren.

Die Abstimmung wurde getrennt vorgenommen. Die Subvention für die "Komödianten" und die "Drachengasse" wurde mit den Stimmen der SPÖ, der Rest des Antrages einstimmig angenommen. (Forts.) gab/gg

Wiener Gemeinderat (31)

Ut.: Kunstverein Wien

=++++

43 Wien, 12.12. (RK-KOMMUNAL) Gr. Ingrid SMEJKAL (SPö) stellte den Antrag, dem Kunstverein Wien eine Subvention für das Jahr 1981 in der Höhe von 6,1 Millionen Schilling zu gewähren. Unter den zahlreichen Aktivitäten des Kunstvereines hob Smejkal die Kinderliteraturwoche und die "Literatur im März" hervor. Auch der Gehalt von Frau Dr. Pasterk, einer überaus tüchtigen und engagierten Mitarbeiterin, ist in der Subvention enthalten.

GR. Mag. KAUER (ÖVP) wandte sich gegen die Finanzierung der Anstellung von Frau Dr. Pasterk.

In ihrem Schlußwort wies GR. Ingrid Smejkal auf die wertvolle Arbeit des Kunstvereines in der Wiener Kulturszene hin.

ABSTIMMUNG: Angenommen mit den Stimmen der SPö. (Schluß) ger/bs

rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800 2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband

rk

gegründet 186

Samstag, 13. Dezember 1980 Blatt 3640

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Kommunal: Für Sachlichkeit in der politischen Konfrontation
(rosa)

Kultur: Renner-Preise vergeben
(gelb)

Eigentümer, Herausgeber, Verleger und Druck: Presse- und Informationsdienst der Stadt Wien (PID)
1, Rathaus, 3. Stiege, A 1082 Wien · Telephon 42 8 00 Durchwahl Kl. 29 71 · FS 13-3240
Chefredakteur: Prof. Alois Brunnthaler · Für den Inhalt verantwortlich: Stellv. Chefred. Robert Prosel

Renner-Preis vergeben

=++++

1 #Wien, 13.12. (RK-KULTUR) Abgeordnete zum Nationalrat i.R. Rosa JOCHMANN, Präsident des Nationalrates a.D.Dr. Alfred MALETA, amtsf. Stadtrat a.D.Dr. Viktor MATEJKA, das Institut für soziales Disign, die zeitschrift Literatur und Kritik und die Wiener Naturschutzjugend erhalten die Preise aus der Dr. Karl Renner-Stiftung der Stadt Wien 1980. Diesen Beschluß faßte das von Bürgermeister Leopold GRATZ eingesetzte Kuratorium. Insgesamt stehen 600.000 S zur Verfügung. Damit erhält jede genannte Persönlichkeit und personengruppe je 100.000 Schilling. Die feierliche Preisverleihung wird in den erstgen Monaten des Jahres 1981 stattfinden.#

Der Renner-Preis wurde 1951 anläßlich des 80. Geburtstages des großen Staatsmannes gestiftet. Er wird an Personen und Personengruppen vergeben, die zum Ausgleich von Gegensätzen im öffentlichen Leben beigetragen haben, in kultureller sozialer oder wirtschaftlicher Hinsicht zum Ansehen Wiens und österreichs oder zur hebung des demokratischen Verantwortungsgefühls beigetragen haben, sowie an solche, die durch ihr internationales Wirken die bedeutung wiens in kultureller, sozialer und wirtschaftlicher Hinsicht gefestigt haben. Seit 1971 wird der Renner-Preis alle drei Jahre vergeben. (Schluß) gab/bs

SPERRFRIST 12.45 UHR!!!
==========

Gratz: Für Sachlichkeit in der politischen Konfrontation
=++++

2 #Wien, 13.12. (RK-KOMMUNAL) In seiner Rundfunksendung am Samstag verwies Bürgermeister Leopold GRATZ auf die Erfolge, die 1980 vor allem bei der Verbesserung der Verkehrsverhältnisse, bei den Großprojekten zur Sicherung einer menschengerechten Umwelt und bei der Gewährleistung einer positiven wirtschaftlichen Entwicklung erzielt wurden.#

"In der täglichen politischen Auseinandersetzung wird manchmal vergessen", sagte Gratz, "daß diese Erfolge nicht nur allen zugute kommen, sondern auch von allen Wienerinnen und Wienern gemeinsam erarbeitet wurden. Die kommende Zeit des Weihnachtsfriedens ist eine gute Zeit, um darüber nachzudenken, daß uns österreicher mehr verbindet als trennt. Man sollte auch in der politischen Polemik nie vergessen, wie leicht ein anderer Mensch durch Worte zutiefst verletzt werden kann. Wir sollten alle beim Reden und beim Handeln darum bemüht sein, daß wir nach jeder Konfrontation der Meinungen weiter einander die Hände reichen und in die Augen schauen können. Die politische Auseinandersetzung soll und muß hart in der Sache sein, das entspricht dem Wesen einer lebendigen Demokratie. Aber sie soll immer die Form wahren, die wir uns als österreicher wünschen." (Schluß) sti/gg

rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800 2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband

rk

gegründet 1861

Montag, 15. Dezember 1980 Blatt 3643

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Bereits über FS ausgesendet: (violett)
- Wiener Budget als politisches Kabarett?
- "Wilhelmsdorf": Assanierungs-Untersuchung abwarten

Kommunal: (rosa)
- Tauschvertrag ermöglicht Sportplatzbau
- Neuer Flächenwidmungsplan für Liesing
- "Stadtteilplanung Heuberg" geht in die Endrunde
- Budgetbroschüre 1981 erschienen
- Augustinerwald-Pläne: "Optimal erreichbare Lösung"

Lokal: (orange)
- Badespaß mit Bäderpaß
- Männer beim Maschinschreiben voran
- ÖVP fordert mehr Polizisten für Wien

Nur über FS:

13.12.
- LKW beschädigte Oberleitung

14.12.
- Verletzter in U-Bahn-Station
- Adventkerzen verursachten Wohnungsbrand
- Frau von Straßenbahn niedergestoßen
- Wieder Brand durch Adventkerzen
- Lokal brannte aus

15.12.
- Glatteis im Norden Wiens
- Morgen Pressegespräch des Bürgermeisters

Eigentümer, Herausgeber, Verleger und Druck: Presse- und Informationsdienst der Stadt Wien (PID)
1, Rathaus, 3. Stiege, A 1082 Wien · Telephon 42 8 00 Durchwahl Kl. 29 71 · FS 13-3240
Chefredakteur: Prof. Alois Brunnthaler · Für den Inhalt verantwortlich: Stellv. Chefred. Robert Prosel

.-.-.-

.-.-.-

Tauschvertrag ermöglicht Sportplatzbau

=++++

2 Wien, 15.12. (RK-KOMMUNAL) Ein Tauschvertrag versetzt die Stadt Wien in die Lage, in Ottakring eine Sportanlage zu errichten. Gegen ein mehr als 3.800 Quadratmeter großes Grundstück, im Bereich Ottakringer Straße - Erdbrustgasse, das der Ottakringer Brauerei gehört, tauscht die Stadtverwaltung aufgelassene öffentliche Verkehrsflächen gleichen Ausmaßes im Bereich Friedrich Kaiser-Gasse zwischen Feßtgasse und Kuffnergasse. Die Ottakringer Brauerei hat die Absicht, das eingetauschte Areal in ihr Bauland einzubeziehen. (Schluß) we/sr

Badespaß mit Bäderpaß

=++++

3 #Wien, 15.12. (RK-LOKAL) Wer gerne und oft in einem der städtischen Hallenbäder schwimmen geht, sollte sich jetzt den sogenannten Bäderpaß besorgen. Dieser Ausweis, der von der MA 44-Bäder ausgestellt wird, ermöglicht seinem Besitzer, ein Jahr lang, beliebig oft und beliebig lange - also ohne die übliche badezeitbeschränkung - die städtischen Hallenbäder zu besuchen. Alle Bäderfans, die gerne den ganzen Tag im Bad verbringen wollen oder regelmäßig schwimmen gehen möchten, sind mit dem Bäderpaß besser dran.#

Für Erwachsene kostet dieser Ausweis 650 Schilling pro Jahr, Jugendliche zahlen 325 Schilling, Kinder zwischen 6 und 15 Jahren 200 Schilling. Für Kinder unter 6 Jahren ist der Eintritt in Wiens städtische Bäder frei.

Es gibt jedoch nicht nur einen Bäderpaß, der für alle Hallenbäder gilt, sondern auch den kombinierten "großen Bäderpaß" der zum Eintritt in alle städtischen Hallen- und Sommerbäder berechtigt. Er kostet 1000 Schilling für Erwachsene, 500 Schilling für Jugendliche und 300 Schilling für Kinder.

Den Bäderpaß - für die Erstausstellung ist ein Paßfoto notwendig - erhält man in der MA 44-Bäder, Wien 7, Hermanngasse 24-26, 1. Stock, Zimmer 113, jeweils an Werktagen zwischen 8 und 13 Uhr.

Wer bereits einen Bäderpaß besitzt und ihn lediglich verlängern will, kann die nötigen Wertmarken in jedem städtischen Hallenbad erwerben. (Schluß) hs/bs

Neuer Flächenwidmungsplan für Liesing

=++++

4 #Wien, 15.12. (RK-KOMMUNAL) Ein neuer Flächenwidmungsplan für Liesing sieht unter anderem den Ausbau des Straßenzuges Dirmhirngasse - Gatterederstraße, eine Parkanlage an der Ecke Dirmhirngasse/Knotzenbachstraße und einen Park-and-Ride-Standort beim S-Bahnhof Atzgersdorf vor.#

Der Entwurf des neuen Flächenwidmungs- und Bebauungsplans (Plannummer 5636) liegt vom 18. Dezember bis 15. Jänner während der Amtsstunden Montag bis Freitag zwischen 7.30 und 15.30 Uhr in der Magistratsabteilung 21, Wien 1, Rathaus, Stiege 5, 2. Stock, Zimmer 413, zur öffentlichen Einsicht auf. Das Plangebiet befindet sich zwischen Taglieberstraße, Südbahnstrecke, Schartlgasse, Rudolf Zeller-Gasse, Amstergasse, Dirmhirngasse, Knotzenbachstraße und Schembergasse.

Die an der Taglieberstraße gelegenen Einfamilienhausparzellen sollen wieder dem Bauland zugeordnet werden. Für den Baublock zwischen Anton Krieger-Gasse, Mehlführergasse, Dr. Andreas Zailer-Gasse und Rudolf Zeller-Gasse soll künftig statt der Gruppenbauweise die offene oder gekuppelte Bauweise festgesetzt werden. Der Kindergarten westlich der Dirmhirngasse soll einen Zugang zur Rudolf Waisenhorn-Gasse erhalten. Statt des geplanten Kindergartens südlich der Amstergasse soll nun eine Grünfläche gewidmet werden. Unverändert übernommen werden sollen in den neuen Flächenwidmungs- und Bebauungsplan die Sportplätze an der Schartlgasse. (Schluß) and/gg

"Stadtteilplanung Heuberg" geht in die Endrunde
Utl.: Im Jänner nochmals Ausstellung und Diskussion
=++++

5 #Wien, 15.12. (RK-KOMMUNAL) Die Stadtteilplanung für den "Heuberg" im 17. Bezirk geht nun in die Endrunde: Die Anregungen und Vorschläge der Bewohner des Heubergs wurden in die seinerzeitigen Pläne eingearbeitet und werden derzeit in den zuständigen Fachabteilungen auf ihre Realisierbarkeit überprüft. Mitte Jänner werden die neuen Pläne nochmals ausgestellt und können anschließend mit Planungsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Rudolf WURZER, Bezirksvorsteher Robert PFLEGER und Mitarbeitern der betreffenden Fachabteilungen diskutiert werden.#

Für den "Heuberg" in Dornbach wurde die erste Stadtteilplanung Wiens eingeleitet. Sie ist gekennzeichnet durch eine umfassende Einschaltung und Mitsprache der Bevölkerung: Während einer mehrere Wochen dauernden Informationsveranstaltung in der Bezirksvorstehung Hernals und im Schutzhaus Heuberg hatten die Bewohner die Möglichkeit Planungsvorstellungen kennenzulernen und mit Hilfe von Fragebogen dazu Stellung zu nehmen. Hunderte haben die Gelegenheit wahrgenommen. Diese Fragebogen wurden sorgfältig durchgearbeitet und zahlreiche Anregungen in einen neuerlichen Planentwurf aufgenommen. Er liegt zur Zeit den zuständigen Fachdienststellen vor. Zu Beginn des kommenden Jahres werden in einer gemeinsamen Sitzung dieser Dienststellen die Möglichkeiten zur Verwirklichung der Vorschläge erörtert. Dieses Gespräch wird ebenfalls Niederschlag in einem Planentwurf finden, der vom 19. bis 23. Jänner zwischen 15 und 19 Uhr im Schutzhaus Heuberg ausgestellt werden wird. Für den 26. Jänner, 18 Uhr, haben Wurzer und Pfleger die Bewohner zu einer Diskussion mit den Mitarbeitern der städtischen Dienststellen über diese Pläne eingeladen. Darauf folgt der Entwurf für einen neuen Flächenwidmungs- und Bebauungsplan, der schließlich nochmals für vier Wochen zur öffentlichen Einsicht und Stellungnahme aufliegen

rd. (Schluß) and/bs

Budgetbroschüre 1981 erschienen

=++++

6 #Wien, 15.12. (RK-KOMMUNAL) Die Budgetbroschüre 1981, die auf 28 Seiten Auskunft gibt, was im nächsten Jahr in Wien an Projekten finanziert werden kann, ist ab sofort in der Stadtinformation im Wiener Rathaus, Schmidthalle, kostenlos erhältlich.#

Nach Aussagen über die Einnahmen und die Ausgaben der Stadt Wien, wird in der Budgetbroschüre eine Vorschau über die wichtigsten Projekte des nächsten Jahres gegeben. Die Broschüre kann auch im Presse- und Informationsdienst der Stadt Wien, im Rathaus, 3. Stiege, Hochparterre, angefordert werden. (Schluß) sei/bs

Männer beim Maschinschreiben voran

=++++

7 Wien, 15.12. (RK-LOKAL) Auf Grund der Leistungen bei den im Oktober dieses Jahres veranstalteten Bezirksmeisterschaften im Maschinschreiben lud der österreichische Stenografenverband im Dezember die besten Maschinschreiber aus ganz österreich zu Landesmeisterschaften ein. Es ging dabei darum, von einer Vorlage 30 Minuten lang möglichst viel und natürlich nach Möglichkeit auch ohne oder mit wenig Fehlern abzuschreiben. Je Fehler wurden 100 Punkte für die Reihung abgezogen.

In Wien feierte der mehrmalige Bundesmeister und Vizeweltmeister Franz Sager ein erfolgreiches Comeback. Er siegte mit einer Minutengeschwindigkeit von 569 Anschlägen (15.768 Punkte) vor dem Jugendweltmeister aus Wien-Liesing Johann Gludowatz, der 561 Anschläge (15.242 Punkte) erreichte. An die dritte Stelle kam Ingeborg Taufenecker mit 490 Anschlägen, die im Präsidialbüro beschäftigt ist. Die weitere Reihung: Angelika Podar, Ludwig Capek, Christine Müller, Robert Graf, Brigitte Lindner, Elisabeth Waba, Ingomar Weihs, Elisabeth Haidinger.

In Niederösterreich siegte der noch Jugendliche Karl Schwarzmann aus Bad Pirawarth mit der ansehnlichen Leistung von 512 Anschlägen. Zweite wurde Regina Tesar und den dritten Platz holte sich Edith Paus.

Die besten aus diesen Landeswettbewerben werden für Ende Februar zur Bundesmeisterschaft nach Wien eingeladen. Die Ergebnisse der übrigen Bundesländer stehen noch aus. (Schluß) red/gg

ÖVP fordert mehr Polizisten für Wien

=++++

10 Wien, 15.12. (RK-LOKAL) Es sollte nicht auf Kosten der Sicherheit gespart werden, meinte ÖVP-Landtagsabgeordneter Anton FÜRST Montag bei einer Pressekonferenz und stellte fest, daß derzeit in Wien nicht weniger als tausend Polizisten fehlen. Daher, so Fürst, kann in Wien nicht einmal mehr jedes fünfte Verbrechen aufgeklärt werden. Die Zahl der vergehen hätte um 3,2 Prozent, die Zahl der Verbrechen um 7,8 Prozent weiter zugenommen. Auch das Suchtgiftproblem und den Vandalismus hätte man in Wien nicht im Griff. Fürst zitierte den Sicherheitsbericht, aus dem hervorgeht, daß die Zahl der jugendlichen Täter zunimmt. Es sind vor allem Täter zwischen 14 und 18 Jahren festzustellen, und hier handelt es sich offenbar um ein gesellschaftspolitisches Problem.

Durch die mangelnde Präsenz der Polizei im Interesse der Sicherheit scheint das Vertrauen der Bevölkerung in die Schutzfunktion der Exekutive immer mehr verlorenzugehen. Der Polizist sei, so erläuterte Fürst, zum Parksünder-Inkassanten geworden. Dabei ist er in dieser Funktion ausschließlich Inkassant der Stadt Wien, der im vergangenen Jahr rund 150 Millionen Schilling an Organstrafmandate abgeliefert wurden.

Als vordringliche Maßnahme fordert die ÖVP den Wiederaufbau des Rayonsdienstes, die Entlastung der Polizei von berfusfremden Tätigkeiten und eine Verbesserung der technischen Ausrüstung. Als Maßnahme gegen den Vandalismus schlägt Fürst vor: Ein Jahr Freifahrt für Beamte mit oder ohne Uniform auf öffentlichen Verkehrsmitteln sowie die Information aller Jugendlichen darüber, daß durch ihre Mitwirkung an der Verhinderung des Vandalismus, die eingesparten Schadenssummen - es waren 1979 fünf Millionen Schilling - für sinnvolle Freizeiteinrichtungen verwendet werden. (Schluß) ka/bs

Augustinerwald-Pläne: "Optimal erreichbare Lösung"
Utl.: Planungsstadtrat Wurzer stellte den Siedlern die Planungen vor
=++++

11 #Wien, 15.12. (RK-KOMMUNAL) Als "optimal erreichbare Lösung" bezeichneten Vertreter der Siedler des "Augustinerwalds" an der westlichen Stadtgrenze Wiens den von Planungsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Rudolf WURZER Montag vorgestellten Entwurf für einen Flächenwidmungs- und Bebauungsplan. Er wird die Möglichkeit schaffen, die seit 75 Jahren großteils "wild" entstandene Siedlung weitestgehend rechtlich zu sanieren. Der Penzinger Bezirksvorsteher Otto BAUER hatte zu diesem Gespräch eingeladen.#

Wie Wurzer in diesem Zusammenhang ausführte, sei die nun gefundene Lösung ein Beispiel dafür, wie in Zusammenarbeit mit der Bevölkerung jahrzehntelang bestehende Probleme bewältigt werden können. Wie berichtet, war die Siedlung "Augustinerwald" nach 1905 in einem teilweise besonders rutschgefährdeten Gebiet entstanden. Obwohl Bauverbot besteht und auch die Erschließung unzureichend war, dehnte sich die Siedlung ständig weiter aus.

Der nun vorgelegte Entwurf für einen Flächenwidmungs- und Bebauungsplan wird für nahezu alle bestehenden Wohnhäuser die rechtliche Grundlage schaffen. Vor Erteilung der endgültigen Baubewilligung werden etliche Bewohner aber ein geologisches Gutachten vorlegen müssen. Zudem wird die Bebaubarkeit der einzelnen Grundstücke mit nur einem Objekt im Ausmaß von bis zu 130 Quadratmeter beschränkt, um große zusammenhängende Grünflächen zu erhalten. Die Firsthöhe darf aus Gründen des Landschaftsschutzes nicht über 7,5 m betragen. Der Planentwurf, dessen öffentliche Auflage im Laufe des kommenden Jahres stattfinden wird, sieht auch vor, daß die Aufschließungsstraßen innerhalb der Siedlung von den Bewohnern selbst erhalten werden; die Zufahrt soll von der Stadt Wien betreut werden. (Schluß) and/sr

rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800 2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband

rk

gegründet 186

Dienstag, 16. Dezember 1980 Blatt 3654

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Kommunal: Bausperre im 15. Bezirk
(rosa) Ausstellung "Wald- und Wiesengürtel" gut besucht
Neue Wohnhausanlage in Kaiser-Ebersdorf eröffnet
Gratz: Gesunde Umwelt erfordert wachsende Wirtschaft

Lokal: Mehr Hindernisse für den Wind
(orange)

Wirtschaft: Stadt Wien fördert "Wiener Mode"
(blau)

Nur
über FS: 15.12. Bombe im Entlastungsgerinne wird gesprengt
16.12. Adventkranz brannte in Kindergarten
Wohnungsbrand in Penzing

Eigentümer, Herausgeber, Verleger und Druck: Presse- und Informationsdienst der Stadt Wien (PID)
1, Rathaus, 3. Stiege, A 1082 Wien · Telephon 42 8 00 Durchwahl Kl. 29 71 · FS 13-3240
Chefredakteur: Prof. Alois Brunnthaler · Für den Inhalt verantwortlich: Stellv. Chefred. Robert Prosel

Mehr Hindernisse für den Wind

Utl.: Umweltschutz sorgt für neue Windschutzgürtel in Wien

=++++

3 #Wien, 16.12. (RK-LOKAL) Mehr Hindernisse soll es in Zukunft wieder für den Wind auf Wiens Ackerflächen geben. Vor Jahren wurden zahlreiche Gehölze und Hecken, die dem Windschutz dienten, im 10. und 22. Bezirk entfernt, um den besseren Einsatz großer landwirtschaftlicher Maschinen zu ermöglichen. Nun sollen - da sich die negativen Folgen wie verstärkte Humuserosion bereits zeigen - wieder neue Windschutzpflanzungen in der Großstadt entstehen: das erklärte Umweltstadtrat Peter SCHIEDER gegenüber de "RATHAUSKORRESPONDENZ". Das erste derartige Projekt wurde von der Umweltschutzabteilung gemeinsam mit den Forstamt in Rothneusiedl im 10. Bezirk bereits durchgeführt: an mehreren Stellen wurden Windschutzgürtel mit Eichen und Linden gepflanzt.#

"Wir wollen damit die Schäden für die Landwirtschaft, die durch die Entfernung von Kleingehölzen im Ackerbereich vor Jahren entstanden sind, beseitigen", betonte Schieder weiter. "Gerade in den breiten Ebenen des Wiener Beckens im 10. und 22. Bezirk, in denen Südostwinde hohe Geschwindigkeiten erreichen, sind die Folge der starken Winderosion bereits sichtbar. Humusabtragungen, starke Austrocknung der Ackerflächen und Staubbelastung der Luft zeigen deutlich, wie wichtig die Windschutzgürtel auch im Interesse des Umweltschutzes sind."

Zunächst sollen daher in den landwirtschaftlich genutzten Gebieten Favoritens Windschutzplanzungen - wie sie in Rothneusiedl bereits gesetzt wurden - durchgeführt werden. Diese Hecken und Gehölzstreifen werden, wie die Umweltschutzabteilung meint, nicht nur Schutz vor dem Wind bieten, sondern bringen auch Nistgelegenheiten für Singvögel und Unterschlupf für Wild. (Schluß) hs/bs

Bausperre im 15. Bezirk

=++++

4 #Wien, 16.12. (RK-KOMMUNAL) Eine zeitlich begrenzte Bausperre soll für das Gebiet zwischen Ullmannstraße, Sechshauser Gürtel, Wienfluß und Stiegergasse verhängt werden, um Maßnahmen für die Stadterneuerung auf dem "Storchengrund" vorantreiben und den Ausbau der Linken Wienzeile entsprechend vorbereiten zu können.#

Der Planentwurf (Plannummer 5679) liegt vom 18. Dezember bis 15. Jänner während der Amtsstunden Montag bis Freitag zwischen 7.30 und 15.30 Uhr in der Magistratsabteilung 21, Wien 1, Rathaus, Stiege 5, 2. Stock, Zimmer 413, zur öffentlichen Einsicht auf. (Schluß) and/sr

Ausstellung "Wald- und Wiesengürtel" gut besucht
=++++

5 Wien, 16.12. (RK-KOMMUNAL) Gut besucht ist die Ausstellung anläßlich des 75jährigen Bestandes des Wald- und Wiesengürtels, die derzeit in der Halle P des Messepalastes gezeigt wird. Die öffnungszeiten: Montag, Mittwoch, Donnerstag und Freitag von 10 bis 16 Uhr, Dienstag von 10 bis 19 Uhr, Sonntag von 9 bis 12 Uhr. Nach vorherigen Anmeldungen unter der Telefonnummer 93 73 66 sind auch Führungen möglich.

Der Entwicklung des Wald- und Wiesengürtels seit dem Gemeinderatsbeschluß vom 24. Mai 1905, dem derzeitigen Bestand und zukünftigen Entwicklungsaspekten widmet sich diese Ausstellung, die noch bis Ende März geöffnet bleibt. Ein maßgeblicher Teil befaßt sich mit den Ergebnissen des städtebaulichen Ideenwettbewerbs für das 315 Hektar große Wienerberggelände: nun ist es möglich, den Wald- und Wiesengürtel im Süden der Bundeshauptstadt zu schließen. Aufgrund der Aussagen dieses Wettbewerbs soll nun ein neuer Flächenwidmungs- und Bebauungsplan für diesen Bereich erstellt werden. Neben Wohnhausanlagen und Betriebsansiedlungen in relativ geringem Umfang soll hier vor allem ein großes Freizeit- und Erholungsareal mit den erforderlichen Infrastruktureinrichtungen entstehen. Das im Entwurf fertiggestellte Radwegekonzept für Favoriten bezieht das Wienerberggelände bereits ein.

Seit dem Jahre 1945 wurde der Wald- und Wiesengürtel um mehr als 1.800 Hektar vergrößert, davon allein im heurigen Jahr um rund 480 Hektar.

Der Stadtschulrat für Wien hat in einem Erlaß Schulklassen den Besuch dieser Ausstellung empfohlen. (Schluß) and/bs

Stadt Wien fördert "Wiener Mode"
Utl.: Bekleidungsindustrie gründet "Modeteam Wien"
=++++

6 #Wien, 16.10. (RK-WIRTSCHAFT) Fünf Wiener Modeschulen und 14 Firmen der Wiener Bekleidungsindustrie haben ein "Modeteam Wien" gegründet, das in den nächsten Jahren der Wiener Mode wieder mehr internationales Ansehen verschaffen soll. Ziel des Modeteams Wiens ist es, mit dem Begriff "Wiener Mode" eine kreativ eigenständige, verkäufliche und tragbare Kollektion zu entwickeln, die der "dynamisch-femininen Frau" gilt. In den nächsten zwei Jahren steht für diesen Zweck ein Budget von 6 Millionen Schilling zur Verfügung - 5 Millionen beträgt der Förderungsbeitrag der Stadt Wien und eine Million bringt die Bekleidungsindustrie selbst auf.#

Wie Finanzstadtrat Hans MAYR Dienstag in einem Pressegespräch erklärte, sollen diese Geldmittel gezielt für die Förderung der kreativen Basis eingesetzt werden. Bereits jetzt läuft in den fünf Modeschulen Wiens ein Wettbewerb, der eine Auslese jener kreativen Nachwuchskräfte bringen soll, die das Können für eine industrielle Übersetzung erkennen lassen. Die so ermittelten 20 bis 25 Nachwuchskräfte werden im März 1981 ein Kreativ-Seminar in einem renommierten Mailänder Styling-Büro besuchen. Bis Anfang Juni werden die Nachwuchskräfte eine rund 80 Teile umfassende Kollektion vorstellen. Es ist heute schon gesichert, daß diese Kollektion produziert und verkauft wird. Die drei ersten Gewinner aus diesem Wettbewerb bekommen eine kostenlose Ausbildung bei einem namhaften Kreateur in Paris, Mailand und New York. (Schluß) sei/gg

Neue Wohnhausanlage in Kaiser-Ebersdorf eröffnet (1)
Utl.: "Polizei unter Denkmalschutz"
=++++
7 #Wien, 16.12. (RK-KOMMUNAL) Eine neue Wohnhausanlage wurde Dienstag auf der Kaiser-Ebersdorfer Straße 290-292 von Bürgermeister Leopold GRATZ und Wohnen-Stadtrat Johann HATZL eröffnet. Gleichzeitig wurden neue Diensträume für die Polizei und ein Verkehrsunfallkommando in der Wohnhausanlage von Innenminister Erwin LANC in Betrieb genommen. Anwesend bei der Feier waren außerdem der Erste Landtagspräsident Hubert PFOCH und der Zweite Landtagspräsident Fritz HAHN.#

"In Kaiser-Ebersdorf steht die Polizei nun sogar unter Denkmalschutz", stellte Bezirksvorsteher Otto MRAZ in seiner Begrüßungsrede fest und verwies damit auf ein Musterbeispiel in der Stadterneuerung. Das Gebäude auf der Kaiser-Ebersdorfer Straße 290 ist ein Neubau, dessen Fassade dem Ortsbild angepaßt wurde. Wer an dem nebenstehenden Gebäude, in dem auch das Wachzimmer untergebracht ist, vorbeigeht, der vermutet kaum, daß hinter der gut restaurierten Fassade ganz neue Wohnungen verborgen sind. Die Lösung des Rätsels: Ein baufälliges Gebäude wurde bis auf die denkmalgeschützte Fassade abgetragen. An die gepölzte und restaurierte Fassade wurde ein neues Gebäude mit modernen Wohnungen angebaut. Die Mehrkosten dieser nahezu perfekten Stadterneuerung betrugen 1,2 Millionen. Die Gesamtkosten kamen auf 30,4 Millionen.

"Wien wird weiterbauen, auch wenn es bei verschiedenen Bauvorhaben aus durchsichtigen Gründen Gegenargumente gibt", sagte Bürgermeister Gratz in seiner Eröffnungsrede und legte damit ein klares Bekenntnis zum kommunalen Wohnbau ab. Die große Anzahl derjenigen, die auf eine qualitativ gute Wohnung warten, verpflichtet zur Fortsetzung der Bautätigkeit. (Forts.) ba/sr

Neue Wohnhausanlage in Kaiser-Ebersdorf eröffnet (2)
Utl.: Hatzl: 1.000 weitere Wohnungen in Simmering
=++++

8 Wien, 16.12. (RK-KOMMUNAL) Wohnen-Stadtrat Johann HATZL stellte fest, daß die Wohnhausanlage mit ihren 27 Wohnungen einer Ordination, dem Kinderspielplatz und den Grünflächen ein Schmuckstück von Kaiser-Ebersdorf sei. Mit dem Wohnbauvorhaben in der Schemmerlstraße, in der Kaiser-Ebersdorfer Straße 10 - 18, auf der Simmeringer Hauptstraße und in der Molitorgasse werden in den nächsten Jahren fast tausend neue Wohnungen in Simmering durch die Stadt Wien errichtet. Innenminister Lanc hob die Verbundenheit der Polizei mit der Bevölkerung hervor. Bund und Stadt Wien sorgen gemeinsam für die Sicherheit der Bevölkerung. Die Polizeiwachstube im Gemeindebau sei ein Symbol dieser Zusammenarbeit, sagte Lanc. (Schluß) ba/gg

Gratz: Gesunde Umwelt erfordert wachsende Wirtschaft (1)

=++++

9 #Wien, 16.12. (RK-KOMMUNAL) "Verbesserung der Umwelt, Altstadterhaltung, kulturelle Entfaltung usw. kann sich nur eine Gesellschaft leisten, deren Wirtschaft nicht nur die unmittelbaren Lebensbedürfnisse befriedigen kann, sondern Überschüsse produziert. Deshalb können wird nicht auf einer Modewelle, etwa der Ablehnung der sogenannten Wachstumseuphorie, mitschwimmen, sondern müssen für eine Fortsetzung der positiven wirtschaftlichen Entwicklung sorgen." Dies stellte Bürgermeister Leopold GRATZ bei seiner Pressekonferenz am Dienstag fest.#

Ein Rückblick auf das vergangene Jahr macht es besonders klar, betonte Gratz, daß es keinen unbedingten Gegensatz zwischen Technik und Umweltschutz gibt. Die Klärung der Wiener Abwässer wäre ohne das riesige technische Bauwerk der Großkläranlage, das heuer fertiggestellt wurde, nicht möglich gewesen. Auch der Bau der Fernwärmeleitung, mit der erstmals in österreich in großem Stil die Kraftwerks-Abwärme für eine umweltfreundliche Heizung genutzt wird, ist eine technische Großtat. Und das gleiche gilt auch für den Ausbau der öffentlichen Verkehrsmittel, bei dem heuer so große Fortschritte erzielt werden konnten.

Gratz verwies darauf, daß gerade große Projekte, wie etwa der U-Bahn-Bau, eine sehr lange Planungszeit brauchen. Das öffentliche Interesse setzt aber oft erst ein, wenn die Planung bereits realisiert wird und oft meist nicht mehr zu ändern ist. Mit Versammlungen, schriftlichen Informationen, Ausstellungen usw. bemüht sich die Stadtverwaltung, ein möglichst umfassendes Interesse und damit eine allgemeine Mitsprachemöglichkeit bei wichtigen Projekten zu erreichen. Diese Bemühungen müssen zweifellos noch verstärkt werden. (Forts.) sti/gg

Gratz: Gesunde Umwelt erfordert wachsende Wirtschaft (2)
Utl.: Wien nimmt finanziell eine Mittelposition ein
=++++

10 #Wien, 16.12. (RK-KOMMUNAL) Wien nimmt mit seiner finanziellen Situation innerhalb der österreichischen Gemeinden eine Mittelposition ein, erklärte Finanzstadtrat Hans MAYR, Dienstag im Pressegespräch des Bürgermeisters. Die finanzielle Lage aller Gebietskörperschaften wird in den nächsten Jahren schwierig sein, die mit dem Budget 1981 in Wien getroffenen Maßnahmen lassen jedoch erwarten, daß Wien besser abschneidet als der Durchschnitt der österreichischen Gemeinden.#

Der Schuldenstand der Stadt Wien wird Ende 1980 31,3 Milliarden Schilling betragen. Darin sind jedoch 15,8 Milliarden Schulden der Wiener Stadtwerke und 5,9 Milliarden an Darlehen für den Wohnhausbau enthalten, die sonst wohl kaum in einer anderen Gemeinde österreichs im Schuldenstand aufscheinen. Es verbleibt somit ein mit anderen Gemeinden österreichs vergleichbarer Schuldenstand von rund 9,6 Milliarden. Das ist ein Betrag, der gemessen am Budgetrahmen im unteren Drittel der österreichischen Gemeinden liegt. (Schluß)
sei/bs

rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800 2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband

rk

gegründet 186

Mittwoch, 17. Dezember 1980 Blatt 3663

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Kommunal: Erhöhung der Strompreise um 7,2 Prozent
(rosa) Keine Terminverzögerung bei der U 4

Lokal: Silbernes Verdienstzeichen für Franz Ronovsky
(orange)

Kultur: Ronacher: Rettung in Sicht
(gelb) Neuer Pädagogischer Leiter beim Theater der Jugend
Wiener Festwochen: Variete von Andre Heller

Nur
über FS: 16.12. Wasserrohrbruch - Straßenbahn umgeleitet
17.12. Im Schlafzimmer brannte Filmvorführgerät
Tödlicher Arbeitsunfall in U-Bahn-Station
Weihnachtsausstellung: bald 135.000 Besucher
Zehnter Familiensonntag am kommenden Sonntag
Für den Weihnachtsschikurs sind noch Plätze frei

Eigentümer, Herausgeber, Verleger und Druck: Presse- und Informationsdienst der Stadt Wien (PID)
1, Rathaus, 3. Stiege, A 1082 Wien · Telephon 42 8 00 Durchwahl Kl. 29 71 · FS 13-3240
Chefredakteur: Prof. Alois Brunnthaler · Für den Inhalt verantwortlich: Stellv. Chefred. Robert Prosel

Ronacher: Rettung in Sicht

Utl.: Hotel, Kasino und Theater

=++++

6 #Wien, 17.12. (RK-KULTUR) Die Rettung des traditionsreichen Theater-Verietes Ronacher scheint gesichert. Wie Kulturstadtrat Helmut ZILK der "Rathaus-Korrespondenz" mitteilte, ist nach fast zweijährigen Bemühungen eine Lösung gefunden worden, die eine Revitalisierung des gesamten Komplexes unter Wahrung der denkmalpflegerischen Aspekte vorsieht. Zahlreiche Gespräche mit den von den Liegenschaftseigentümern beauftragten Architekten Requat und Reinthaller haben zu einem Entwurf geführt, der die historische Substanz des Ronachers bewahrt, gleichzeitig aber einen modernen Hotelbetrieb vorsieht und repräsentative Räume für einen Kasinobetrieb bietet.#

Das Theater, das nach Kriegsende bis zum Wiederaufbau des Hauses am Ring dem Wiener Burgtheater Quartier geboten hatte, wird in seiner alten Gestalt wiederherstellt. Schließlich wird eine Verwirklichung dieses Vorhabens auch die für Wien neuartige Einrichtung einer Multi-Media-Schau ermöglichen, wie sie bereits in New York, London oder Berlin Fremde und Einheimische in faszinierender Weise mit Vergangenheit und Gegenwart der Stadt konfrontiert. Wie Zilk sagte, laufen derzeit Gespräche mit privaten Finanzgruppen, die die Verwirklichung dieses Projekts in greifbare Nähe rücken. (Schluß) gab/bs

Neuer Pädagogischer Leiter beim Theater der Jugend

=++++

7 #Wien, 17.12. (RK-KULTUR/LOKAL) Mit Wirkung vom 1. Jänner 1981 erhält das Theater der Jugend einen neuen und erstmals hauptberuflichen Pädagogischen Leiter. Auf Vorschlag des Stadtschulrates für Wien berief der Vorstand des Theaters der Jugend Landesschulinspektor Hofrat Dr. Ernst NOWOTNY in diese Funktion.#

Hofrat Dr. Nowotny war bis Oktober dieses Jahres Vorstandsmitglied des Theaters der Jugend und hat sich auf seinem künftigen Arbeitsgebiet besonders als einer der wesentlichen Initiatoren des Schultheater-Festivals profiliert.

Dr. Nowotny war lange aktiver Lehrer und später Direktor auf der Stubenbastei. Er hat auf Grund seiner anerkannten Tätigkeit im Stadtschulrat besten Einblick in die pädagogische Entwicklung und die Zukunft der österreichischen Schulen. Seine Aufgabe wird die Abstimmung von künstlerischer Konzeption mit der pädagogischen Wirklichkeit, insbesondere an den Schulen in Wien, Niederösterreich und Burgenland, sein. (Schluß) red/gg

Wiener Festwochen: Variete von Andre Heller

=++++

8 #Wien, 17.12. (RK-KULTUR) Die Wiener Festwochen bieten 1981 eine besondere Attraktion: Ein "Poetisches Variete" von Andre Heller unter dem Namen "Flic Flac". Gemeinsam mit Kulturstadtrat Helmut ZILK stellte Heller dieses Projekt am Dienstag in einem Pressegespräch vor. Das Programm soll rund 15 "Attraktionen" bieten. Spielort ist die Secession, Premiere am 1. Juni.#

Eine Reihe international bekannter Künstler konnte bereits gewonnen werden. So für das Bühnenbild Hetty Stürmer, für die Kostüme Frieda Parmeggiani und für die Choreographie Pierre Byland. Das Orchester leitet Paul Fields, die Plakate entwirft Roland Topor. Das Programm selbst soll kein reines Nummernvariete werden, sondern eben den Gesamteindruck eines "Poetischen Varietes" bieten.

Kulturstadtrat Zilk sagte, er hoffe, daß dieses Unternehmen der Beginn einer Renaissance des Varietes sei. Die besondere Bedeutung dieser Unterhaltungsform liege darin, daß sie sowohl den Intellektuellen wie auch den "einfacheren Menschen" anspreche. Gespräche mit dem ORF sind bereits im Gang, um dieses Programm einem weiteren Personenkreis zugänglich zu machen. (Schluß) gab/sr

Erhöhung der Strompreise um 7,2 Prozent

=++++

9 #Wien, 17.12. (RK-KOMMUNAL) Der Gemeinderatsausschuß für Straße, Verkehr und Energie beschloß Mittwoch eine mit 1. Jänner 1981 wirksam werdende Erhöhung der Strompreise in Wien um durchschnittlich 7,2 Prozent. Ursache für die Erhöhung sind die gestiegenen Rohstoffpreise.#

Der Raffinerieabgabepreis für Heizölschwer stieg zwischen Jänner 1980 und November 1980 um 35 Prozent an. Die Erhöhung der Strompreise wurde nach Durchführung eines Preisverfahrens vom Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie am 9. Dezember 1980 genehmigt. (Schluß) sei/sr

Silbernes Verdienstzeichen für Franz Ronovsky

=++++

10 Wien, 17.12. (RK-LOKAL) Als Anerkennung für seine Leistungen um das Kleingarten- und Siedlungswesen erhielt Franz RONOVSKY am Mittwoch das Silberne Verdienstzeichen des Landes Wien verliehen. Die Auszeichnung wurde ihm von Wohnenstadtrat Johann HATZL überreicht. Franz Ronovsky wurde 1899 in Wien geboren, erlernte den Beruf eines Spenglers und trat später in den Dienst der ÖBB. Seit mehr als 40 Jahren ist er Funktionär einer Wohnhausanlage, die 280 Einfamilienhäuser in der Hoffingergasse in Meidling umfaßt. Er ist nicht nur für die Instandhaltung der Anlage verantwortlich, sondern erfüllt nebenbei trotz seines hohen Alters noch immer die Funktion des Kassiers. (Schluß) ba/sr

Keine Terminverzögerung bei der U 4

=++++

11 #Wien, 17.12. (RK-KOMMUNAL) Der Gemeinderatsausschuß für Straße, Verkehr und Energie beschloß Mittwoch, die restlichen Bauarbeiten in den Stationen Braunschweiggasse, Unter St. Veit und Ober St. Veit der U 4 an eine ARGE U-Bahn-Landstraße zu vergeben. Bekanntlich war es in diesem Bereich durch den Tod eines Firmeninhabers zu Schwierigkeiten bei den Bauarbeiten gekommen. Wie Stadtrat Heinz NITTEL im Ausschuß erklärte, ist es nun gelungen, verläßliche Firmen zu finden, die die halbfertige Baustelle fertigstellen werden. Bei den Bauarbeiten der U 4 nach Hietzing wird es zu keinen Terminverzögerungen kommen.#

Der Gemeinderatsausschuß beschloß weiter, daß einige Vorarbeiten für die geplante U 3 und U 6 durchgeführt werden. Stadtrat Nittel erklärte dazu, daß die Planungsarbeiten für diese beiden U-Bahn-Linien auch im nächsten Jahr zielstrebig vorangetrieben werden. Mit dem Bau der beiden Linien wird, wie geplant, im Jahr 1982 begonnen. (Schluß) sei/bs

rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800 2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband

rk

gegründet 186

Donnerstag, 18. Dezember 1980 Blatt 3670

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Kommunal:	Konstituierung des Praterbeirates
(rosa)	Psychosozialer Notdienst rund um die Uhr
Lokal:	"Jewisch Welcome Service" gegründet
(orange)	
Kultur:	Stadtbibliothek erwirbt Zauberflöte II
(gelb)	
Sport:	Hohe Auszeichnung für Wiener Sportfunktionäre
(grün)	

Nur
über FS: 17.12. Schüler-Krippenausstellung im Amerlinghaus
18.12. Verkehrserleichterung beim Nußdorfer Platz

Eigentümer, Herausgeber, Verleger und Druck: Presse- und Informationsdienst der Stadt Wien (PID)
1, Rathaus, 3. Stiege, A 1082 Wien · Telephon 42 8 00 Durchwahl Kl. 29 71 · FS 13-3240
Chefredakteur: Prof. Alois Brunnthaler · Für den Inhalt verantwortlich: Stellv. Chefred. Robert Prosel

Stadtbibliothek erwirbt Zauberflöte 2

=++++

1 #Wien, 18.12. (RK-KULTUR) Die Wiener Stadtbibliothek ersteigerte auf einer Auktion den "Zweiten Teil der Zauberflöte" von Emanuel Schikaneder. Das für Wien bedeutsame Werk galt seit Jahrzehnten als verschollen.#

Das Buch trägt den Titel "Das Labyrinth, oder der Kampf mit den Elementen. Eine grosse heroisch-komische Oper in zwei Akten von Herrn Emanuel Schikaneder k.k.privil. Schauspielunternehmer". Das 72 Seiten starke Libretto ist 1798 in Wien erschienen. Es galt seit Jahrzehnten als verschollen, lediglich ein Klavierauszug des Werks, der sich ebenfalls in der Stadtbibliothek befindet, war vorhanden. Durch die Neuerwerbung verfügt die Stadtbibliothek nun über Text und Musik dieses für die Wiener Musikgeschichte wichtigen Werkes. (Schluß) gab/bs

NNNN

Hohe Auszeichnung für Wiener Sportfunktionäre

=++++

3 Wien, 18.12. (RK-SPORT) Im Roten Salon des Rathauses zeichnete am Mittwoch Sportstadtrat Peter SCHIEDER die WAT-Funktionäre Leopold STIPKOVICH und Karl NEIDL mit dem Goldenen Verdienstzeichen des Landes Wien aus. In seiner Ansprache würdigte Schieder die großen Leistungen und die unermüdliche Tätigkeit dieser beiden Funktionäre, "die durch Idealismus, durch beispielgebendes persönliches Engagement und durch außerordentliche Leistungen, durch die Vorbildsfunktion ganz persönlich dazu beigetragen haben, daß das sportliche Image der Stadt weiter gehoben wurde". (Schluß) hof/bs

NNNN

"Jewisch Welcome Service" gegründet

Utl.: Stadtrat Nittel Präsident des Vereins

=++++

5 Wien, 18.12. (RK-LOKAL) In Wien hat sich Mittwoch der Verein "Jewisch Welcome Service" konstituiert, der sich die Förderung des jüdischen Tourismus nach Österreich und die Betreuung jüdischer Gäste im Land zur Aufgabe gemacht hat. In der Gründungssitzung wurde Stadtrat Heinz NITTEL zum Präsidenten des "Jewisch Welcome Service" gewählt. Die Aktivitäten des Vereins werden von einer Reihe von Sponsoren u.a. von der Zentralsparkasse und vom Wiener Fremdenverkehrsverband finanziert. (Schluß) fvv/hk

NNNN

Konstituierung des Praterbeirates

=++++

6 #Wien, 18.12. (RK KOMMUNAL/WIRTSCHAFT) In Anwesenheit von Finanzstadtrat Hans MAYR und dem Präsidenten der Wiener Handelskammer Ing. Karl DITTRICH konstituierte sich Donnerstag im Wiener Rathaus ein Beirat für den Wiener Volksprater.#

Aufgabe des Beirates wird es sein, gestützt auf ein Praterkonzept, die Attraktivität des Wiener Wurstelpraters zu heben. Zum Vorsitzenden des Beirates wurde Landesfremdenvekehrsdirektor Dr. Helmut KREBS, zu seinem Stellvertreter Kommerzialrat Josef FRÖHLICH gewählt. Dem Beirat gehören neben verschiedenen Vertretern von Magistratsabteilungen, Vertreter der Kammer der gewerblichen Wirtschaft, Vertreter des Praterverbandes, des Fremdenverkehrsverbandes und die Bezirksvorstehung des 2. Bezirkes an. (Schluß) sei/gg

NNNN

Psychosozialer Notdienst rund um die Uhr (1)
=++++

7 #Wien, 18.12. (RK-KOMMUNAL) Die Einrichtung eines psychosozialen Notfallsdienstes rund um die Uhr durch das Kuratorium psychosozialer Dienst kündigte Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER Donnerstag im Rahmen eines Pressegesprächs an. Der Dienst wird zunächst probeweise ab kommenden Wochenende bis Mitte Jänner 1981 zur Verfügung stehen. Unter der Telefonnummer 30 16 25 werden in der ersten psychosozialen Station Wiens im 21. Bezirk, in der Schöpfleuthnergasse 20, Berater und Therapeuten auch in den Nachtstunden und während der Feiertage für jene bereitstehen, die Rat und Hilfe bei psychischen und psychosozialen Problemen suchen.#

Darüber hinaus besteht aber auch die Möglichkeit, in Krisensituationen die Station rund um die Uhr zu einem persönlichen Gespräch aufzusuchen. Wie der Gesundheitsstadtrat betonte, sind gerade die kommenden Feiertage für viele Menschen mit psychischen Problemen eine Zeit, in der ihnen ihre Situation sehr bewußt wird und sie damit besonders krisenanfällig sind. Dazu kommt aber noch, daß gerade während der Feiertage viele Beratungsstellen und helfende Institutionen nicht in Betrieb sind. Mit der Schaffung dieses Notfallsdienstes soll hier eine echte Hilfe angeboten werden. Sollte sich diese Einrichtung bewähren, ist laut Stacher, daran gedacht, diesen Notfallsdienst auch im kommenden Jahr fortzuführen und auszuweiten. Ziel dieser Maßnahme ist es, notwendige psychosoziale Hilfe so rasch wie möglich anzubieten, so daß damit möglichst viele Einweisungen in psychiatrische Krankenhäuser vermieden werden können.
(Forts.) zi/gg

NNNN

Psychosozialer Notdienst rund um die Uhr (2)
Utl.: Zwei neue Übergangsheime

=++++

8 Wien, 18.12. (RK-KOMMUNAL) Ferner wies Stadtrat STACHER aber auch darauf hin, daß durch verschiedene im Rahmen der Psychiatriereform bereits realisierte Maßnahmen, wie zum Beispiel Personalvermehrungen und Strukturveränderungen, die Betreuungsqualität im Psychiatrischen Krankenhaus Baumgartner Höhe wesentlich verbessert werden konnte. Gleichzeitig wurden aber auch außerhalb des Krankenhauses entsprechende Nachbetreuungsmöglichkeiten durch die Inbetriebnahme sogenannte Übergangsheime, geschaffen. Derzeit gibt es in Wien vier solche Heime, die für jeweils 16 bis 20 Patienten Verhaltensgestörte, Drogenentwöhnte und allgemein psychiatrische Patienten - konzipiert sind. In der kommenden Woche werden dazu noch zwei weitere Übergangsheime und zwar im Bereich des Psychiatrischen Krankenhauses und im 22. Bezirk in Betrieb genommen. Für 1981 ist die Errichtung von drei neuen psychosozialen Stationen und zwei zusätzlichen Übergangsheimen vorgesehen.

Zwtl.: Wiens erstes Rehabilitationszentrum

Im kommenden Jahr, das bekanntlich durch die UNO zum Jahr der Behinderten proklamiert wurde, wird auch Wiens erstes Rehabilitationszentrum für psychisch Kranke und Behinderte errichtet werden. Bei diesem Zentrum - es wird voraussichtlich über 70 Plätze verfügen und von der Stadt Wien gebaut werden - werden sich Beschäftigungstherapie, Einrichtung der geschützten Werkstätte und Berufsumschulungen sozusagen "unter einem Dach" befinden. Geführt wird diese Einrichtung durch das Kuratorium für psychosoziale Dienste werden. (Schluß) zi/sr

NNNN

rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800 2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband

rk

gegründet 186

Freitag, 19. Dezember 1980 Blatt 3677

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Bereits über FS ausgesendet: (violett)
- Vorschläge zum Weiterbau des AKH

Kommunal: (rosa)
- Auszeichnung für Mitarbeiter im Feuerwehrwesen
- Kleingarten-Beirat: Baubestimmungen einhalten!
- Leopold Horacek-Hof in der Donaustadt
- Schulversuch "Angewandte Lernpsychologie"

Lokal: (orange)
- Behinderungen in der Station Meidling beseitigt

Kultur: (gelb)
- Plakatausstellung im Konzerthaus

Nur über FS:

18.12.
- Zementsilo umgestürzt
- Brandalarm im städtischen EDV-Zentrum

19.12.
- Zimmerbrand: Schauspielerin kam dabei ums Leben
- Gratz in der ORF-Pressestunde

Eigentümer, Herausgeber, Verleger und Druck: Presse- und Informationsdienst der Stadt Wien (PID)
1, Rathaus, 3. Stiege, A 1082 Wien · Telephon 42 8 00 Durchwahl Kl. 29 71 · FS 13-3240
Chefredakteur: Prof. Alois Brunnthaler · Für den Inhalt verantwortlich: Stellv. Chefred. Robert Prosel

.-.-.-

.-.-.-

Auszeichnungen für Mitarbeiter im Feuerwehrwesen

=++++

3 Wien, 18.12 (RK-KOMMUNAL) Zwei verdienten Mitarbeitern im Feuerwehrwesen überreichte Stadtrat Peter SCHIEDER im Rathaus die ihnen verliehenen Auszeichnungen: Dr. Romeo NOWAK, Rechtskonsulent der Wiener Feuerwehr und Mitarbeiter des Landesfeuerwehrverbands, erhielt das Goldene Verdienstzeichen des Landes Wien, Oberbrandinspektor Macho von der Betriebsfeuerwehr der Simmering Graz Pauker-AG wurde für 25jährige Verdienste im Wiener Feuerwehr- und Rettungswesen ausgezeichnet. (Schluß) hs/bs

Kleingarten-Beirat: Baubestimmungen unbedingt einhalten!

=++++

4 #Wien, 19.12. (RK-KOMMUNAL) Bei der Sitzung des Kleingarten-Beirats, die Donnerstag unter Vorsitz von GR. Ernst OUTOLNY stattfand, wurde darauf hingewiesen, daß auch nach Beschlußfassung des neuen Wiener Kleingarten-Gesetzes trotz der nunmehr weit großzügigeren Nutzungsmöglichkeiten einer zeitgemäßen Erholungs- und Freizeitgestaltung immer wieder Fälle von Nichteinhaltung der Baubestimmungen vorkommen. Der Kleingarten-Beirat unterstützt einhellig die Bestrebungen der zuständigen baupolizeilichen Dienststellen, widerrechtliche Bauführungen zu unterbinden und nötigenfalls auch durch Anwendung von Ersatzvornahmen zu exekutieren.#

Der Kleingarten-Beirat appelliert an alle Wiener Kleingärtner, die Bedingungen des Kleingarten-Gesetzes zu beachten. Mit Nachdruck wird darauf hingewiesen, daß die Nichtbeachtung der gesetzlichen Bestimmungen auch zur Aufkündigung des Kleingartens führen kann.

Im Zusammenhang mit den Aufrufen zum Energiesparen wird von Kleingärtnern vereinzelt der Wunsch geäußert, durch eine Novellierung des Kleingarten-Gesetzes die Errichtung von Kaminen zu erlauben. Dieser Wunsch wurde bereits bei der Schaffung des Wiener Kleingarten-Gesetzes eingehend diskutiert und in Anbetracht der Bedeutung der Kleingärten als Gründland- und Erholungsgebiet abgelehnt. Die Einzelofenheizung zählt bekanntlich zu den größten Umweltverschmutzern. Eine Zulassung von Einzelofenheizungen in Kleingartengebieten würde daher im Widerspruch zu den Bestrebungen stehen, die Luft in den Grünland- und Erholungsgebieten reinzuhalten.

(Schluß) we/gg

Plakatausstellung im Konzerthaus

=++++

5 #Wien, 19.12. (RK-KULTUR) "Plakate der Jahrhundertwende" sind seit 18. Dezember in den Pausenräumen des Wiener Konzerthauses zu sehen. Die Ausstellung wurde vom Historischen Museum der Stadt Wien zusammengestellt, aus dessen Beständen auch die Exponate stammen.#

Die Ausstellung zeigt künstlerische und kommerzielle Plakate, teilweise von Künstlern der Secession und des Hagenbundes. Unter anderen sind Plakate von Kolo Moser, Alfred Roller, Berthold Löffler, Max Kurzweil und Oskar Strnadt zu sehen.

Die Ausstellung soll den Beginn einer kontinuierlichen Zusammenarbeit von Konzerthaus und Historischem Museum sein.
(Schluß) gab/sr

Behinderungen in der Station Meidling beseitigt

=++++

6 Wien, 19.12. (RK-LOKAL) Die Arbeiten im Bahnsteigbereich der Stadtbahn- und U-Bahn-Station Meidlinger Hauptstraße sind nun abgeschlossen. Ab Dienstag dem 23. Dezember kann man von der Stadtbahnlinie "W" ohne den bisherigen Umweg über die Stiegenanlage direkt zu den Linien "U-4", "G" und "GD" umsteigen. (Schluß) ka/sr

Leopold Horacek-Hof in der Donaustadt
=++++

7 #Wien, 19.12. (RK-KOMMUNAL) Die Eröffnung der städtischen Wohnhausanlage im 22. Bezirk, Anton Sattler-Gasse 64 - 68, sowie die Benennung der Anlage in "Leopold Horacek-Hof" wurde am Freitag von Wohnen-Stadtrat Johann HATZL in Vertretung des Bürgermeisters vorgenommen. Bezirksvorsteher Rudolf HUBER begrüßte unter den anwesenden Festgästen den Landtagspräsidenten Hubert PFOCH sowie den Zweiten Landtagspräsidenten Fritz HAHN.#

Die Wohnhausanlage wurde nach Leopold Horacek, dem ersten freigewählten Bezirksvorsteher des 22. Bezirks benannt, der in den schwierigsten Jahren nach dem Krieg mitgeholfen hat, die schweren Schäden in der Donaustadt zu beseitigen und den Bezirk neu aufzubauen.

Wohnen-Stadtrat Hatzl erklärte, daß bei der Errichtung der 126 Wohnungen umfassenden Anlage besonders jüngere und kinderreiche Familien berücksichtigt wurden. Die Mehrzahl der Wohnungen verfügen über drei Zimmer. Ein großer Innenhof um den sechs Stiegenhäuser gruppiert sind, knüpft architektonisch an die Tradition der großen kommunalen Wohnbauten an. Die Außenmauern des Gebäudes sind wärmegedämmt, die Wohnungen entsprechen dem modernen Komfort. Die Kosten betrugen 94 Millionen. Stadtrat Hatzl betonte, daß die Stadt Wien auch in Zukunft moderne und preisgünstige Wohnungen errichten wird. Für 1981 ist der Bau von 7.000 Wohnungen aus den Mitteln der Wohnbauförderung vorgesehen. (Schluß) ba/gg

Schulversuch "Angewandte Lernpsychologie"
=++++

8 Wien, 19.12. (RK-KOMMUNAL) Der Amtsführende Präsident des Stadtschulrates für Wien, Hans MATZENAUER, besuchte Freitag im Beisein von Universitätsprofessor Dr. Giselher GUTTMANN den in Zusammenarbeit mit dem Boltzmann-Institut am Oberstufenrealgymnasium für Studierende der Musik in der Neustiftgasse laufenden Versuch "Angewandte Lernpsychologie". Ziel dieses Versuches ist es, moderne Erkenntnisse der Lernpsychologie für den Unterrichtsgebrauch nutzbar zu machen, indem den Schülern zwischen einzelnen Entspannungsphasen jeweils kurze Kerninformationen gegeben werden. Nach zehn beziehungsweise 30 Minuten folgen neuerliche Wiederholungsphasen des Lernstoffes, sodaß dieser schließlich mit anderen Inhalten verzahnt wird. Dieses Modell des konzentrierten Lernens wurde beim Besuch des Amtsführenden Präsidenten an einer Mathematik-, Musik- und Lateinstunde dargestellt.

Die Idee zu dieser neuen Unterrichtsgestaltung geht von der Ansicht aus, daß kein Mensch 50 Minuten lang konzentriert Lehrstoff aufnehmen kann, daß aber bei einem durch Entspannungsphasen, wie zum Beispiel isometrische Übungen, unterbrochenen Lernen sogar eine Ersparnis an Lernzeit möglich sein müßte. Derzeit wird dieses Modell nicht nur am Oberstufenrealgymnasium für Studierende der Musik, sondern auch an einzelnen Volks- und Hauptschulen sowie Berufsschulen erprobt.

Präsident Hans Matzenauer begrüßte bei diesem Modell die erstmals bestehende praktische Zusammenarbeit zwischen der Wiener Universität, der Pädagogischen Akademie des Bundes in Wien und öffentlichen Schulen auf dem Sektor der Methodik und Didaktik und anerkannte die Ziele des Modells beim Abbau von Streßsituationen in der Schule durch eine vernünftige Einteilung des Unterrichtes in Lern-, Erholungs- und Wiederholungsphasen. Es wird aber noch genau zu überprüfen sein, wieweit dieses Modell tatsächlich in das Normalschulwesen eingliederbar ist. Sollte sich diese Art der Unterrichtsgestaltung tatsächlich als erfolgsversprechend erweisen, so müßte vor allem an eine Einbindung dieses neuen Unterrichtsstils in die Lehrerfortbildung gedacht werden. (Schluß) red/gg

rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800 2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband

rk

gegründet 186

Samstag, 20. Dezember 1980 Blatt 3686

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Kommunal: Stadterneuerung Gumpendorf: Realisierung kann beginnen
(rosa) Grundankauf für medizinisch-technisches Schulzentrum

Eigentümer, Herausgeber, Verleger und Druck: Presse- und Informationsdienst der Stadt Wien (PID)
1, Rathaus, 3. Stiege, A 1082 Wien · Telephon 42 8 00 Durchwahl Kl. 29 71 · FS 13-3240
Chefredakteur: Prof. Alois Brunnthaler · Für den Inhalt verantwortlich: Stellv. Chefred. Robert Prosel

Stadterneuerung Gumpendorf: Realisierung kann beginnen (1)
=++++

1 #Wien, 20.12. (RK-KOMMUNAL) Die Stadterneuerung in Gumpendorf im 6. Bezirk ist nun in ein wichtiges Stadium getreten: Nach einer umfangreichen Bestandsaufnahme konnten ein Erneuerungskonzept zur Abgrenzung nach dem Stadterneuerungsgesetz - ein wichtiger Schritt für die Realisierung von Maßnahmen - und ein Vorschlag für einen neuen Flächenwidmungs- und Bebauungsplan vorgelegt werden.#

Der Entwurf für einen neuen Flächenwidmungs- und Bebauungsplan geht davon aus, den erhaltenswerten Bestand durch eine Anpassung von Widmung. Fluchtlinien und Bauhöhen zu bewahren. Unmittelbar an der Mittelgasse soll eine Parkanlage entstehen. Dazu kommt die Bestimmung, daß größere Höfe innerhalb der Baublöcke in Zukunft gärtnerisch gestaltet werden müssen, um so Naherholungsflächen in unmittelbarer Nähe bereitszustellen. Im Bereich der Mariahilfer Straße bzw. der Stumpergasse sollen die Arbeitsplätze durch die Widmung "Geschäftsviertel" gesichert werden, während im Bereich von Ägydigasse, Bürgerspitalgasse, Millergasse und Liniengasse ein Gemischtes Baugebiet festgesetzt werden soll. In einem Alternativvorschlag ist die Widmung "Wohngebiet" an der Liniengasse vorgesehen.

Zu den nächsten Maßnahmen, die realisiert werden sollen, gehört die Unterbringung des Durchzugsverkehrs in der Mittelgasse, die schrittweise Verwirklichung mehrerer Grünanlagen und - so weit möglich - die Errichtung eines Gewerbehofes im Bereich Liniengasse - Millergasse - Bürgerspitalgasse. (Forts.) and/bs

Stadterneuerung Gumpendorf (2)
=++++

2 Wien, 20.12. (RK-KOMMUNAL) Die Untersuchung in "Gumpendorf", einem Gebiet, das von Mariahilfer Gürtel, Mariahilfer Straße, Millergasse, Garbergasse, Liniengasse und Ägidigasse begrenzt wird, haben ergeben:

- 58% der Wohnungen entsprechen nicht dem heutigen Standard
- ein Drittel der Liegenschaften ist zu mehr als 80% bebaut
- 85% der Gebäude wurden vor 1918 errichtet, ihr Bauzustand ist vorwiegend schlecht
- es gibt keine öffentlichen Grünflächen im Gebiet
- innerhalb der Wohnhausanlage befinden sich zahlreiche Betriebe
- die Bevölkerungsstruktur ist gekennzeichnet durch eine Abnahme des Anteils junger Familien, 26% der Bevölkerung sind älter als 65 Jahre, 13% sind Ausländer
- der Straßenraum ist durch ruhenden und fließenden Verkehr vollständig ausgelastet. Von den 4.000 Kunden pro Tag kommt jeder Fünfte mit einem Pkw, vier Fünftel der 1.000 Beschäftigten wohnen nicht im Gebiet
- auf einer Fläche von 82.360 Quadratmeter leben in knapp 1.200 Wohnungen rund 2.000 Menschen.

Zwtl.: Informationsveranstaltung für die Bevölkerung

Der neue Flächenwidmungs- und Bebauungsplan und das Erneuerungskonzept sollen nicht nur in der MA 21 im Rathaus, sondern auch im bisherigen Informationslokal in der Bürgerspitalgasse 9 zur Diskussion gestellt werden. (Schluß) and/sr

Grundankauf für medizinisch-technisches Schulzentrum

=++++

3 Wien, 20.12. (RK-KOMMUNAL) Unter den Grundtransaktionen, die vom Wiener Gemeinderat in seiner letzten Sitzung im alten Jahr genehmigt wurden, befindet sich der Ankauf des ehemaligen Brünnlbades im 9. Bezirk, Borschkegasse 4. Das 1.719 Quadratmeter grosse Grundstück dient der Erweiterung des Areals des Allgemeinen Krankenhauses der Stadt Wien, hier soll ein medizinisch-technisches Schulzentrum errichtet werden. (Schluß) we/bs

rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800 2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband

rk

gegründet 1861

Montag, 22. Dezember 1980 Blatt 3690

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Bereits über FS ausgesendet: (violett)	Amalienbad: neue Schwimmhalle 1981 fertig Ehrung für Hebammen
Kommunal: (rosa)	Strom: Neues Tarifsystem Gratz: Wo soll man Wohnungen bauen?
Politik: (rosa)	ÖVP: Rolle der berufstätigen Frauen verbessern
Nur über FS:	22.12. Bürgerdienst zu Weihnachten und Silvester Rat und Hilfe auch während der Feiertage Defekte Weiche stoppte Straßenbahn

Eigentümer, Herausgeber, Verleger und Druck: Presse- und Informationsdienst der Stadt Wien (PID)
1, Rathaus, 3. Stiege, A 1082 Wien · Telephon 42 8 00 Durchwahl Kl. 29 71 · FS 13-3240
Chefredakteur: Prof. Alois Brunnthaler · Für den Inhalt verantwortlich: Stellv. Chefred. Robert Prosel

.-.-.-

.-.-.-

.-.-.-

Strom: Neues Tarifsystem
=++++

3 #Wien, 22.12. (RK-KOMMUNAL) Im neuen Jahr werden auf Anregung von Bürgermeister Leopold GRATZ raschest Beratungen über ein neues Tarifsystem beim elektrischen Strom aufgenommen werden, die der geänderten Energiesituation Rechnung tragen. Dabei wird es unter Einschluß gesamtösterreichischer Energieüberlegungen darum gehen, einen Weg zu finden, wie nicht mehr zeitgemäße Energiebegünstigungen abzubauen wären.#

Auslösendes Moment für die Mitteilung des Wiener Bürgermeisters war der Beschluß des Wiener Stadtsenats über die neuen Strompreise, die mit 1. Jänner in Wien in Kraft treten und eine Erhöhung von durchschnittlich 7,2 Prozent mit sich bringen. Dazu hatte ÖVP-Stadtrat Dr. Günther GOLLER einen Abänderungsantrag eingebracht, der geringere Erhöhungen für Haushalte mit Elektroküche und beim Nachtstromtarif sowie keine Erhöhung des Grundpreises vorsah. Dem gegenüber stellte Stadtwerke-Stadtrat Heinz NITTEL fest, daß die Erhöhung von 7,2 Prozent weit weniger bringt als allein durch die Rohölpreissteigerung unbedingt erforderlich gewesen wäre. Man müsse die Erhöhung der Strompreise deshalb als Ganzes sehen. Nittel erklärte sich jedoch grundsätzlich bereit, raschest Beratungen über ein neues Tarifsystem unter Einbeziehung aller beteiligten Institutionen aufzunehmen. (Schluß) pr/bs

Gratz: Wo soll man Wohnungen bauen?

=++++

4 Wien, 22.12. (RK-KOMMUNAL) Der Wiener Naturschutzbund wandte sich in einer Stellungnahme gegen den Bau von Wohnungen am Stadtrand und verlangte statt dessen, "Grünland und Erholungszonen in die Kerngebiete der Stadt zu bringen."

"Der Naturschutzbund macht es sich mit dieser Stellungnahme sehr leicht", erklärte dazu Bürgermeister Leopold GRATZ gegenüber der "RATHAUSKORRESPONDENZ". "Man soll also keine neuen Wohnungen am Stadtrand bauen und man soll neue Grünzonen im dichtverbauten Gebiet schaffen, wozu man die vorhandenen Baulücken benützen und vorhandene Bauten abreißen müßte. Wo sollen dann neue Wohnungen gebaut werden? Oder ist der Naturschutzbund der Meinung, daß es überflüssig ist, den zehntausenden Wienerinnen und Wienern, die noch in schlechten Wohnungen hausen müssen, moderne Wohnungen anzubieten? Wien hat für 1981 die nötigen Mittel für den Bau von 7.000 Wohnungen bereitgestellt. Da es in Wien kein Brachland gibt, müssen diese Wohnungen auf vorhandenen Bauflächen im dichtverbauten Gebiet und am Stadtrand errichtet werden. Das steht zu einer aktiven Grünpolitik nicht im Widerspruch, muß aber sinnvoll mit ihr ergänzt werden. Deshalb werden auf den Steinhofgründen nur 12 Prozent der vorhandenen Flächen verbaut." (Schluß) sti/sr

ÖVP: Rolle der berufstätigen Frau verbessern

=++++

6 Wien, 22.12. (RK-POLITIK) Veränderungen zugunsten der Frauen erfolgen im Bereich der Partnerschaft, der Gleichstellung im Beruf und der Gleichberechtigung nur recht langsam, stellte ÖVP-GR. Maria HAMPEL-FUCHS in einem Pressegespräch am Dienstag fest. Zur Abhilfe dieser Situation stellt die ÖVP folgende Forderungen

- o kein weiterer Ausbau von Säuglings- und Kleinkinderkrippen, statt dessen Förderung von Tagesmüttern.
- o verstärkte Teilzeitmöglichkeiten, vor allem im öffentlichen Dienst.
- o mehr Freizeit durch weniger Fahrzeit. Die Intervalle bei öffentlichen Verkehrsmitteln sollen höchstens 3 bis 4 Minuten betragen.
- o Änderung des Gleichbehandlungsgesetzes.
- o Neuregelung der Hinterbliebenenversorgung darf nicht zu Lasten berufstätiger Frauen gehen.

(Schluß) ba/gg

rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800 2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband

rk

gegründet 186

Dienstag, 23. Dezember 1980 Blatt 3697

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Kommunal: Müllabfuhr zu den Feiertagen
(rosa) Bausperren in Währing
AKPE-Betriebsversammlung

Politik: Stadtrat Hatzl zur Bebauung der Steinhofgründe
(rosa)

Sport: 215 Millionen für den Sport
(grün)

Nur
über FS: 23.12. Eiserne Hochzeiter in Liesing
Fernseher in Flammen
Statt Weihnachtsfeier Spende für Erdbebenopfer

Eigentümer, Herausgeber, Verleger und Druck: Presse- und Informationsdienst der Stadt Wien (PID)
1, Rathaus, 3. Stiege, A 1082 Wien · Telephon 42 8 00 Durchwahl Kl. 29 71 · FS 13-3240
Chefredakteur: Prof. Alois Brunnthaler · Für den Inhalt verantwortlich: Stellv. Chefred. Robert Prosel

Müllabfuhr zu den Feiertagen

=++++

3 Wien, 23.12. (RK-KOMMUNAL) Weihnachten, das Fest des Schenkens, bringt für die städtische Müllabfuhr alljährlich auch Probleme mit sich. Zu keiner Zeit muß soviel Hausmüll beseitigt werden wie gerade in diesen Tagen. Die Müllabfuhr ist zwar auch über die Feiertage praktisch im vollen Einsatz, dennoch gehen die Müllgefäße - vor allem von weggeworfenem Verpackungsmaterial - oft über. Die Stadtverwaltung appelliert deshalb an alle Wienerinnen und Wiener, leere Kartons und ähnlich sperrigen Abfall nicht einfach in den Mistkübel zu werfen, sondern vorher zu zerkleinern, und nicht über den Müllgefäßen zu deponieren.

Für Flaschen stehen in ganz Wien insgesamt 622 Glassammelbehälter zur Verfügung. Um Lärmbelästigungen zu vermeiden, wird ersucht, Flaschen nicht während der Nachtstunden in die Behälter zu werfen. (Schluß) ger/gg

215 Millionen für den Sport (1)
Utl.: Erfreuliche Bilanz für das Jahr 1980
=++++
4 #Wien, 23.12. (RK-SPORT) In diesen Tagen zog Wiens Sportstadtrat Peter SCHIEDER eine erfreuliche Bilanz über das Jahr 1980: Die Stadt Wien hat über 215 Millionen S für Verbände, Vereine, für bauliche Investitionen und für erneut zahlreiche gesetzte Aktionen aufgewendet. Außerdem wurden zahlreiche Großveranstaltungen, wie die Judo-Europameisterschaft im Hallenstadion, der Fischer-Tennis-Grand-Prix, das Reit- und Springturnier und die Europameisterschaften in den Standard-Tänzen in der Wiener Stadthalle mit beträchtlichen Mitteln subventioniert.#

Aus diesem Sportbudget erhielten die drei Dachverbände insgesamt 36,5 Millionen S, für die Leistungssportförderung wurden Mittel in der Höhe von 2,6 Millionen S, für die Fachverbandsförderung 2,8 Millionen S bereitgestellt. Großen Wert legte die Stadt auch auf die Förderung des Nachwuchssportes und der Fachverbandstrainer, der Wiener Fußball-Verband erhielt außerdem und insbesonders für die Jugendarbeit allein 10,4 Millionen S. Einen über Erwarten großen Erfolg verzeichnete die auf Anregung von Sportstadtrat Peter Schieder erstmals ins Leben gerufenen Aktion "Komm zum Sport", die kostenlos zu besuchen war und der bei Meisterschaftsspielen im Fußball und Handball sowie um den "Pokal der Stadt Wien" im Eishockey über 70.000 Zuschauer beiwohnten. Die betreffenden Vereine erhielten dafür eine Subvention in der Höhe von insgesamt 6,8 Millionen S. (Forts.) hof/bs

215 Millionen für den Sport (2)
=++++

5 Wien, 23.12. (RK-SPORT) Zu den Höhepunkten des erfolgreichen Jahres zählt unbestritten der "Tag des Sportes", in dessen Mittelpunkt die erste Etappe der Österreich-Radrundfahrt, einem Rundstreckenrennen durch die Innenstadt, ausgetragen wurde. 20.000 Zuschauer verfolgten das Geschehen. An der Fitneß-Aktion, die ebenfalls im Zeichen des Radsportes stand, beteiligten sich rund 3.500 Wienerinnen und Wiener.

Wie schon in den vergangenen Jahren erfreuten sich die von der Stadt Wien gesetzten Aktionen erneut größten Zuspruchs. An der über die Wintermonate durchgeführten Eislauf-Aktion in der Donauparkhalle nahmen über 30.000 Jugendliche und deren Angehörige teil, am "Sportplatz der offenen Tür", über die Sommermonate auf 15 Anlagen gab es rund 35.000 Sportbegeisterte. Völlig ausgebucht war in diesem Jahr wieder die Aktion "Vom Hallenspaß ins kühle Naß" in der Wiener Stadthalle und das Talent-Schwimmen in vier Wiener Hallenbäder. Die Aktionen sind überwiegend außer einer einmaligen Anmeldegebühr kostenlos zu besuchen. (Forts.) hof/bs

215 Millionen für den Sport (3)
=++++

6 Wien, 23.12. (RK-SPORT) In seinem Rückblick wies Sportstadtrat Peter Schieder aber auch auf die wertvollen Diskussionsgespräche über das Wetten auf den Wiener Sportanlagen und Kampf dem Rowdytum hin, die mit Verbands- und Klubfunktionären und mit Persönlichkeiten aus Sport und öffentlichem Leben im Rathaus geführt wurden. Peter Schieder: "Neben der reinen finanziellen Unterstützung, die im Jahre 1980 gegeben wurden, brachten diese Gespräche wertvolle Anregungen, wie die Funktionäre ihre Probleme besser lösen können." Noch im Jänner wird übrigens das Ergebnis einer von der Stadt in Auftrag gegebenen Umfrage vorliegen, die sich mit den Wetten auf den Sportplätzen befaßte.

Einen großen Stellenwert im zu Ende gehenden Sportjahr nahm, wie Schieder hervorhebt, abermals die Förderung des Breitensportes ein: "Der Ausbau der Donauinsel ging zügig weiter, wo die Bevölkerung alle Möglichkeiten zur sportlichen Aktivität vorfindet, neue Rad- und Wanderwege wurden angelegt. Jeder einzelne Wiener muß einfach die Gelegenheit haben, sich in einer international so bedeutungsvollen Sportstadt wie es Wien ist, entsprechend aktiv betätigen zu können. Das Hauptaugenmerk der Stadtverwaltung richtet sich darauf, daß sich Breiten- und Spitzensport ideal ergänzen." (Schluß) hof/sr

Stadtrat Hatzl zur Bebauung der Steinhofgründe
Utl.: Auftragsvergabe an Sozialbau ist korrekt
=++++

8 #Wien, 23.12. (RK-POLITIK) Zu einem Artikel in der Tageszeitung "Kurier" vom Dienstag über die Bebauung der Steinhofgründe nahm Wohnen-Stadtrat Johann HATZL in der "RATHAUSKORRESPONDENZ" Stellung. Die Behauptung, es handle sich um einen dubiosen Vergabevertrag an die Gemeinnützige Genossenschaft "Sozialbau" ist unkorrekt, stellte Hatzl fest. Der im Gemeinderat beschlossene Vertrag beinhalte das Honorar für Planungsleistungen, Baubetreuung und Bauleitung, was der Gebührenordnung für Architekten entspricht.#

Die Stadt Wien hat schon öfter Baubeauftragungs- und Durchführungsverträge mit Generalunternehmer abgeschlossen, so daß auch die öVP-Aussage "ein noch nie dagewesener Vertrag" unrichtig ist. Beispielweise wurde die Wohnhausanlage "Wiener Flur" mit 1.361 Wohnungen zur vollsten Zufriedenheit der Stadt Wien und der dort wohnenden Mieter nach einem ähnlichen Vertragsmodus ausgeführt, wie er nun für die Steinhofgründe besteht.

Daß die Gesamtkosten zum Zeitpunkt der Planungsbeauftragung noch nicht feststehen können, müßte eigentlich auch die öVP wissen, meinte Stadtrat Hatzl. Architekten planen nach den Richtlinien, die ihnen der Bauherr vorgibt und nicht nach einer vorgeschriebenen Endsumme. Auf den Steinhofgründen ist die Errichtung von etwa 1.100 Wohnungen, einem Kindergarten und anderen infrastrukturellen Einrichtungen vom Bauherr beabsichtigt. Nur 16 Prozent der Gesamtfläche sollen bebaut werden. Die Gesamtkosten werden dann feststehen, wenn die Pläne in den Wirtschaftlichkeits- und Projektsbesprechungen begutachtet wurden. Erst dann wird eine Baugenehmigung und eine schriftliche Auftragsvergabe zum Bau erteilt. Wie bei allen anderen Wohnhausanlagen der Stadt Wien sind auch die Kosten auf den Steinhofgründen durch die Wohnbauförderung begrenzt. (Schluß) ba/gg

Bausperren in Währing
=++++

9 #Wien, 23.12. (RK-KOMMUNAL) Zwei zeitlich begrenzte Bausperren sollen für Teile des 18. Bezirks verhängt werden: die eine betrifft das "Währinger Cottage", die andere das Stadterneuerungs-Untersuchungsgebiet Währing, für das derzeit eine Stadtteilplanung vorbereitet wird.#

Die beiden Planentwürfe (Plannummer 5677 und 5676) liegen vom 24. Dezember bis 22. Jänner während der Amtsstunden Montag bis Freitag zwischen 7.30 und 15.30 Uhr in der Magistratsabteilung 21, Wien 1, Rathaus, Stiege 5, 2. Stock, Zimmer 413, zur öffentlichen Einsicht auf. (Am 24. und am 31. Dezember ist die Einsicht in diese Pläne bis 11.30 Uhr möglich).

Im Währinger Cottage soll vor allem eine Erweiterung der Schutzzone geprüft werden, während im anderen westlich des Währinger Gürtels die Bemühungen zur Stadterneuerung nicht behindert und die Stadtteilplanung weitergeführt werden sollen. (Schluß) and/bs

AKPE-Betriebsversammlung (1)
Utl.: Gespräche mit begleitender Kontrolle Anfang Jänner
=++++

10 #Wien, 23.12. (RK-KOMMUNAL) Der Chef der begleitenden Kontrolle beim AKH, Rechnungshofpräsident a.D. Dr. Jörg KANDUTSCH, wird Anfang Jänner mit dem Vorstand und den Betriebsräten der AKPE Gespräche führen, um einen Modus zu finden, wie die begleitende Kontrolle die Arbeit der in der AKPE beschäftigten Personen am Besten unterstützen kann. Ziel ist es, die Kontrolle so effizient wie möglich zu machen. Gleichzeitig sollen jedoch auch die Zeit- und Kostenziele eingehalten werden.#

Dies teilten Finanzstadtrat Hans MAYR und Zentralsekretär Abgeordneter Helmut BRAUN von der Gewerkschaft der Privatangestellten Dienstag in einer Belegschaftsversammlung der AKPE mit.

Zentralsekretär Braun erklärte, daß Generaldirektor Dr. KRAUS und die Bediensteten der AKPE das volle Vertrauen von Bundeskanzler Dr. KREISKY besitzen. Der Bundeskanzler habe großes Interesse daran, daß in der AKPE unter Generaldirektor Dr. Kraus weitergearbeitet werden kann. (Forts.) sei/sr

AKPE-Betriebsversammlung (2)
Utl.: BO-Planung zu 55 Prozent "aus eigenen Kräften"
=++++

11 Wien, 23.12. (RK-KOMMUNAL) Stadtrat MAYR informierte die AKPE-Bediensteten über die am Montag, 22. Dezember, stattgefundene Aktionärebesprechung im Bundeskanzleramt. Bei dieser Besprechung ist man den Vorschlägen des Vorstandes der AKPE über die weitere Vorgangsweise bei der Betriebsorganisationsplanung gefolgt. 55 Prozent der weiteren Planung sollen "aus eigenen Kräften" von der AKPE besorgt werden, der Rest wird durch externe Planer erledigt. Innerhalb der AKPE wird eine Abteilung "Planung" geschaffen, der je ein Vertreter der Magistratsabteilung 17 und des Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung angehören soll. Innerhalb des Aufsichtsrates wird ein Fachausschuß gebildet, der die Ergebnisse der Planungsarbeiten für den Aufsichtsrat vorbereiten sollen.

Eine Istzustandserhebung wird nicht durchgeführt, da nach Auffassung aller Beteiligten eine solche Erhebung keine sinnvolle Ergänzung der derzeit vorhandenen Unterlagen bringen würde.

Eine genaue Untersuchung über die Betriebskosten wird für den Augenblick zurückgestellt. Man wartet ab, bis die Betriebsorganisationsplanung den genauen Personalbedarf in den einzelnen Abteilungen feststellt. (Schluß) sei/bs

rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800 2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband

r·k

gegründet 186

Mittwoch, 24. Dezember 1980 Blatt 3706

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Kommunal: Bürgermeister-Pressegespräch: Verkehr und Stadterneuerung
(rosa)

Lokal: Langlauf auf der Donauinsel
(orange)

Nur
über FS: 24.12. Wohnungsbrand nach Gasexplosion
Nach Sturz in Rolltreppe eingeklemmt

Eigentümer, Herausgeber, Verleger und Druck: Presse- und Informationsdienst der Stadt Wien (PID)
1, Rathaus, 3. Stiege, A 1082 Wien · Telephon 42 8 00 Durchwahl Kl. 29 71 · FS 13-3240
Chefredakteur: Prof. Alois Brunnthaler · Für den Inhalt verantwortlich: Stellv. Chefred. Robert Prosel

Langlauf auf der Donauinsel (1)
Utl.: ...und Eissegeln als zusätzliche Attraktion
=++++

1 #Wien, 24.12. (RK-LOKAL) Die Donauinsel, beliebtes Erholungsgebiet im Sommer, bietet auch in der kalten Jahreszeit Freizeitmöglichkeiten: auf Initiative von Freizeitstadtrat Peter SCHIEDER wird für Wiens Langlauffans im Südteil der Donauinsel eine Loipe angelegt, die den Langläufern kostenlos zur Verfügung steht. Sobald genügend Schnee fällt oder die Temperatur auf Minusgrade absinkt und damit die künstliche Schneerzeugung ermöglicht, kann die Loipe in Betrieb gehen.#

Angelegt wird die Loipe, die zunächst drei Kilometer lang sein wird und Mitte Jänner auf sieben Kilometer Länge vergrößert wird, von der "Wir"-Redaktion des ORF gemeinsam mit der Wiener Polizei und der Stadt Wien. Die Langlaufloipe steht den Erholungssuchenden täglich von 9 Uhr bis zum Einbruch der Dunkelheit kostenlos zur Verfügung; nachts und am Morgen wird die Loipe von der Polizei zum Langlauftraining - das seit kurzem zur Ausbildung der Sicherheitswache gehört - benützt.

"Die Langlaufloipe auf der Donauinsel gehört zu den wichtigsten Möglichkeiten, das große Erholungsgebiet im Winter besser zu nutzen", betonte Freizeitstadtrat Peter SCHIEDER dazu. "Wir wollen den Wienerinnen und Wienern aber auch weitere Wintersportarten im Bereich der Donauinsel ermöglichen: sobald das Entlastungsgerinne genügend zufriert, wird man bei der Steinspornbrücke auch Eissegeln können."

Benötigt wird nur noch das richtige Wetter, damit das Entlastungsgerinne für die Eissegler zufriert und die Loipe auf der Insel zur Verfügung gestellt werden kann.

Sobald Schnee fällt, wird die Polizei jedenfalls mit der Präparierung der Langlaufloipe im Südteil der Donauinsel, bei der Steinspornbrücke, beginnen. Bei Minustemperaturen gibt es eine Kunstschnee-Loipe. (Forts.) hs/gg

Langlauf auf der Donauinsel (2)

=++++

2 Wien, 24.12. (RK-LOKAL) Wer das Langlaufen erstmals ausprobiert und keine entsprechenden Schi besitzt, kann sich die nötige Ausrüstung beim Fahrradverleih bei der Steinspornbrücke gegen Leihgebühr ausborgen.

Erreichbar ist die Donauinsel-Loipe im Südteil der Insel mit den Tramwaylinien "B" und "Bk" oder der Schnellbahn, Haltestelle Lobau und dann jeweils mit dem Bus "22 B" der zur Steinspornbrücke (Haltestelle Roter Hiasl) führt weiter, sowie mit dem Auto - Parkplätze stehen zur Verfügung - über Am Kaisermühlendamm/ Raffineriestraße (Schluß) hs/sr

Bürgermeister-Pressegespräch: Verkehr und Stadterneuerung

=++++

3 Wien, 24.12. (RK-KOMMUNAL) Das nächste Pressegespräch des Wiener Bürgermeisters findet am kommenden Dienstag, dem 30. Dezember um 11.30 Uhr im Konferenzsaal des Presse- und Informationsdienstes (Rathaus, Eingang Lichentfelsgasse) statt. Vizebürgermeisterin Gertrude FRÖHLICH-SANDNER wird über die Europäische Kampagne für Stadterneuerung informieren, die am 12. Jänner mit einer Enquete in St. Pölten für österreich gestartet wird. Stadtrat Heinz NITTEL wird eine Bilanz des Verkehrsressorts für das zu Ende gehende Jahr und eine Vorschau auf 1981 vorlegen. (Schluß) sti/gg

rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800 2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband

rk

gegründet 186

Montag, 29. Dezember 1980 Blatt 3710

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Bereits über FS ausgesendet: (violett)	Gratz: Neues AKH so rasch wie möglich fertigstellen Baubeginn für "Knoten Donaupark"
Kommunal: (rosa)	Gesundheitsstudie: Frauen nehmen mehr Medikamente Bausperre für ehemalige "Austria-Email"-Werke
Lokal: (orange)	Zu Silvester mit den öffentlichen Verkehrsmitteln! Am Freitag: Wichtige Dienststellen arbeiten Auslandsösterreicher aus USA im Rathaus empfangen Die Ballsaison beginnt
Kultur: (gelb)	Stadtbibliothek: Ausstellungsprogramm 1981

Nur über FS:

26.12.	Gratz zum Jahreswechsel
27.12.	Brand in Pensionistenheim Atzgersdorf
28.12.	Turmblasen zu Silvester
29.12.	Stenografieausstellung verlängert Bgm.-Pressegespräch: Verkehr und Stadterneuerung Silvester ohne Böllerkrach

Eigentümer, Herausgeber, Verleger und Druck: Presse- und Informationsdienst der Stadt Wien (PID)
1, Rathaus, 3. Stiege, A 1082 Wien · Telephon 42 8 00 Durchwahl Kl. 29 71 · FS 13-3240
Chefredakteur: Prof. Alois Brunnthaler · Für den Inhalt verantwortlich: Stellv. Chefred. Robert Prosel

.-.-.-

.-.-.-

Zu Silvester mit öffentlichen Verkehrsmitteln! (1)
=++++

1 Wien, 29.12. (RK-LOKAL) Wer Silvester außer Haus feiert, kann sein Auto ruhig stehen lassen und sich mit öffentlichen Verkehrsmitteln sicher nach Hause bringen lassen. Auf zahlreichen Linien richten die Wiener Verkehrsbetriebe in dieser Nacht auch heuer wieder einen durchgehenden Betrieb ein. Der Nachtfahrpreis beträgt 24 Schilling, also zwei Fahrscheine zu je 12 Schilling. Vorverkaufsfahrscheine und Netzkarten gelten mit Ausnahme der 24-Stunden-Netzkarte und der 3-Tage-Netzkarte nicht.

In der Silvesternacht verkehren folgende Linien:

U 1 Nestroyplatz - Reumannplatz
A Stadlauer Brücke - Ring - Kai - Stadlauer Brücke
Ak Elderschplatz - Kai - Ring - Elderschplatz
D Nußdorf - Schottenring, Börse
N Floridsdorfer Brücke - Schwedenplatz
T St. Marx - Landstraßer Hauptstraße - Schwarzenbergplatz - Südbahnhof
18 Liechtenwerder Platz - Gürtel - Stadionbrücke
25 Leopoldau - Praterstern
26 Stadlau - Praterstern
28 A Großfeldsiedlung - Franz Jonas-Platz, Floridsdorf
35 A Salmannsdorf - Floridsdorfer Brücke
38 Grinzing - Schottentor
41 Pötzleinsdorf - Schottentor
43 Neuwaldegg - Schottentor

(Forts.) ger/gg

Zu Silvester mit öffentlichen Verkehrsmitteln! (2)
=++++

2 Wien, 29.12. (RK-LOKAL)

46 Joachimsthalerplatz - Dr. Karl Renner-Ring
49 Hütteldorf - Dr. Karl Renner-Ring
58 Unter St. Veit - Burgring
60 Rodaun - Kennedybrücke
62 Lainz, Wolkersbergenstraße - Kärntner Ring, Oper
64 Siebenhirten (über Meidlinger Hauptstraße) - Mariahilfer Straße/Westbahnhof
65 Stefan Fadinger-Platz - Kärntner Ring, Oper
67 A Reumannplatz - Siedlung Wienerfeld
67 Per Albin Hansson-Siedlung Ost - Reumannplatz
71 Zentralfriedhof - Schwarzenbergplatz
132 Strebersdorf - Franz Jonas-Platz, Floridsdorf
331 Stammersdorf - Franz Jonas-Platz, Floridsdorf - Schottenring

(Schluß) ger/gg

Stadtbibliothek: Ausstellungsprogramm 1981
=++++

3 Wien, 29.12. (RK-KULTUR) Wiens Stadtbibliothek feiert 1981 den 125. Geburtstag seit der Wiedergründung im Jahr 1856. Aus diesem Anlaß veranstaltet die Bibliothek neben den gewohnten Wechselausstellungen eine Großausstellung in der Volkshalle des Wiener Rathauses, die die Geschichte Wiens anhand von Plakaten dokumentiert. Titel der Ausstellung: "Tagebuch der Straße. Wiener Plakate." Die Schau wird vom 29. April bis 12. Juli 1981 in der Volkshalle zu sehen sein.

Daneben sind folgende Wechselausstellungen auf dem Bibliotheksgang geplant:

Bis Jänner 1981 wegen des andauernden Erfolges verlängert: "Von den Tironischen Noten zur Stenotypie"

Februar bis April 1981: "200 Jahre Toleranzpatent"

Mai bis August 1981: "Die Förderer und Gönner der Wiener Stadt- und Landesbibliothek" - ebenfalls anläßlich des 125. Geburtstages der Bibliothek.

September bis Dezember 1981: "100 Jahre Ringtheaterbrand; Erkenntnis und Folgen".

(Schluß) gab/gg

Am Freitag: Wichtige Dienststellen arbeiten

=++++

4 Wien, 29.12. (RK-LOKAL) In allen wichtigen städtischen Dienststellen wird am kommenden Freitag, den 2. Jänner 1981, von 7.30 bis 15.30 Uhr ein Journaldienst eingerichtet sein. Vor allem im Sozial- und Gesundheitsbereich sind alle jene Abteilungen besetzt, die für eine kontinuierliche Versorgung mit Dienstleistungen zuständig sind. Vier Bezirksgesundheitsämter - und zwar in der Leopoldstadt, in Favoriten, in Hietzing und in Währing - haben Dienst und stehen auch der Bevölkerung der angrenzenden Bezirke zur Verfügung. Als Magistratisches Bezirksamt ist an diesem Tag das Bezirksamt in Wien-Alsergrund, Währinger Straße 39, für ganz Wien zuständig. Alle sonst in einem Bezirksamt zur Verfügung stehenden Referate sind geöffnet - mit Ausnahme des Referates für Lohnsteuerkarten.

Journaldienste gibt es unter anderen auch im Rechenzentrum der Stadt Wien, im Jugendamt, Sozialamt, Anstaltenamt, in der Wohnhäuserverwaltung und -erhaltung, in den Marktämtern und im Veterinäramt, in den Standesämtern etc.

Darüber hinaus wird selbstverständlich in allen Einrichtungen, die immer rund um die Uhr für die Bevölkerung da sind - Feuerwehr, Rettung, Krankenanstalten, Stadtwerke etc. - normal gearbeitet. (Schluß) smo/gg

Gesundheitsstudie: Frauen nehmen mehr Medikamente
=++++

6 #Wien, 29.12. (RK-KOMMUNAL) Frauen sind eindeutig die stärkeren "Pillenschlucker". Dies ergab eine Auswertung der vom Institut für Stadtforschung im Auftrag des Gesundheitsamtes der Stadt Wien durchgeführten Wiener Gesundheitsstudie. Wie Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER in diesem Zusammenhang bekanntgab, nehmen etwa beispielsweise Frauen wesentlich häufiger (17 Prozent) Kopfschmerztabletten als Männer (8 Prozent). Den höchsten Anteil weisen dabei die 40jährigen Frauen mit 21 Prozent auf. Weiters ergab die Studie, daß mehr als die Hälfte (54 Prozent) aller Personen, die regelmäßig oder oft Kopfschmerzmittel einnehmen, sich diese auch ohne ärztliche Verschreibung besorgen. Nur die 60jährigen gebrauchen diese Mittel in der Mehrzahl ausschließlich auf Verschreibung des Arztes. Laut Prof. Stacher enthalten jedoch die meisten Kopfschmerzmittel Phenacetin oder Paracetamol, Substanzen, die bei langdauernder Anwendung zu schweren Nierenschädigung führen können.#

Zwtl.: 20 Prozent leiden an Schlafstörungen

Bei den Schlaf- und Beruhigungsmitteln verhält es sich ähnlich. Auch hier zeigte sich im Rahmen der Studie ein deutliches Überwiegen der Frauen und ein steigender Medikamentenkonsum mit dem Lebensalter, wobei im besonderen der Verbrauch ab dem 40. Lebensjahr stark steigt. So gaben von den Befragten durchschnittlich 17 Prozent an, an Schlafstörungen, Depressionen, Angstzuständen und Nervosität zu leiden. Der höchste Anteil entfiel dabei auf die 40- beziehungsweise 60jährigen Frauen mit 20 beziehungsweise 28 Prozent (im Gegensatz zu den Männern mit 9 beziehungsweise 15 Prozent). Durchschnittlich 36 Prozent der im Rahmen der Studie Untersuchten gestanden ein, regelmäßig Schmerz- oder Beruhigungsmittel einzunehmen. 40- beziehungsweise 60jährige Frauen halten auch hier mit 33 beziehungsweise 46 Prozent die Spitze. Bei den 40- beziehungsweise 60jährigen Männern waren es 27 beziehungsweise 33 Prozent. (Forts.)
zi/gg

Gesundheitsstudie: Frauen nehmen mehr Medikamente (2)
Utl.: 17 Prozent nehmen Abführmittel
=++++

7 Wien, 29.12. (RK-KOMMUNAL) Medikamente gegen Verstopfung verwenden zwei Drittel bis drei Viertel der von diesen Leiden betroffenen Personen. Auch hier "dominieren" die 40jährigen Frauen mit 17 Prozent im Gegensatz zu den 40jährigen Männern mit nur 2 Porzent.

Zwtl.: Hausmitteln und Kräutertees gefragt

Was die Verwendung von Hausmitteln und Kräutertees betrifft, so finden, wie der Gesundheitsstadtrat betonte, erfreulicherweise Methoden wie Wickel, Umschläge, ölfleck und ähnliches immer mehr Anwendung. So gaben durchschnittlich 40 Prozent der Befragten an, bei Erkrankungen wie z.B. fieberhaften Erkältungen die seit Generationen bewährten Hausmittel anzuwenden. Ähnliches gilt auch für die verwendung von diversen Kräutertees, die von durchschnittlich über 60 Prozent angewandt werden. (Schluß) zi/bs

Bausperre für ehemalige "Austria-Email"-Werke

=++++

8 #Wien, 29.12. (RK-KOMMUNAL) Eine zeitlich begrenzte Bausperre soll für das Gelände der ehemaligen "Austria-Email"-Werke in Ottakring verhängt werden.#

Der Planentwurf (Plannummer 5657) liegt vom 31. Dezember bis 29 Jänner während der Amtsstunden Montag bis Freitag zwischen 7.30 und 15.30 Uhr in der Magistratsabteilung 21, Wien 1, Rathaus, Stiege 5, 2. Stock, Zimmer 413, zur öffentlichen Einsicht auf. (Am 31. Dezember ist die Einsicht in diesen Plan jedoch nur bis 11.30 Uhr möglich.) (Schluß) and/gg

Auslandsösterreicher aus USA im Rathaus empfangen

=++++

10 Wien, 29.12. (RK-LOKAL) Eine Gruppe von 26 Auslandsösterreichern aus den USA wurde Montag im Wiener Rathaus empfangen und vom Ersten Präsidenten des Landtags Hubert PFOCH begrüßt. Die zum überwiegenden Teil aus dem Burgenland stammenden und jetzt in Chicago lebenden Auslandsösterreicher werden den Jahreswechsel in Wien verbringen und anschliessend das Burgenland besuchen, wo sie mit Bischof LASZLO eine Zusammenkunft haben. Der Präsident der amerikanisch-österreichischen Gesellschaft des Mittelwestens, Josef SCHNELLER, dankte für den herzlichen Empfang und bezeichnete die Leistungen Wiens als sehr eindrucksvoll. (Schluß) smo/bs

Die Ballsaison beginnt

=++++

12 #Wien, 29.12. (RK-LOKAL) Mit dem Kaiserball in der Wiener Hofburg und einem Silvesterball in den Sofiensälen beginnt zu Silvester die Wiener Ballsaison 1981, die offiziell bis Faschingsdienstag, den 3. März, dauert. Bei der Vergnügungssteuer wurden bisher 201 Bälle angemeldet. Davon entfallen auf Großveranstaltungen mit mehr als tausend Eintrittskarten 57 Bälle, auf mittlere Veranstaltungen mit 500 bis tausend Besuchern 38 Bälle und auf kleinere Veranstaltungen mit weniger als 500 Eintrittskarten 106 Bälle. Zur gleichen Zeit des Vorjahres waren insgesamt 195 Bälle zur Vergnügungssteuer angemeldet worden.#

Unter den angemeldeten Großveranstaltungen im Jänner befinden sich - neben dem Kaiserball - der Blumenball am 16. Jänner, der Juwelenball am 17. Jänner, der Zuckerbäckerball am 19. Jänner, der Ball der Wiener Philharmoniker am 22. Jänner und der Ball der Technik am 29. Jänner. (Schluß) sei/bs

rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800 2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband

rk

gegründet 186

Dienstag, 30. Dezember 1980 Blatt 3722

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Kommunal: Fernwärme: Abgabe um 15 Prozent gesteigert
(rosa) Verkehrsbilanz 1980 - Programm 1981
Kampagne des Europarates für Stadterneuerung

Lokal: Heuer 1.628 Jubelpaare im Rathaus geehrt
(orange) Latein: besser kurz und gründlich

Kultur: Wiener Kulturfahrplan 1981
(gelb) "Künstler malen und zeichnen in den Betrieben"

Eigentümer, Herausgeber, Verleger und Druck: Presse- und Informationsdienst der Stadt Wien (PID)
1, Rathaus, 3. Stiege, A 1082 Wien · Telephon 42 8 00 Durchwahl Kl. 29 71 · FS 13-3240
Chefredakteur: Prof. Alois Brunnthaler · Für den Inhalt verantwortlich: Stellv. Chefred. Robert Prosel

Wiener Kulturfahrplan 1981 (1)
Utl.: Jänner, Februar
=+++
1 Wien, 30.12. (RK-KULTUR)

JÄNNER:

9.1.-20.2. Ausstellung: Satirische Zeichnungen von Joseph Otto Flatter, Künstlerhauspassage

12.1.-24.1. Ausstellung: "Künstler malen und zeichnen in den Betrieben", Rathaus, Volkshalle

15.1.- 8.2. Ausstellung: "Gruppe 77", Graz, in der Secession

16.1.-22.2. Ausstellung Leopold Metzenbauer im Künstlerhaus

16.1.-22.2. Der konstruktivistische Architekt Roskot - Ausstellung im Künstlerhaus

23.1.-22.2. Ausstellung "Distanzen" im Künstlerhaus

22.1.- 8.3. Die Künstlergruppe "Der Kreis" - Ausstellung im Historischen Museum

FEBRUAR:

Feb.-April Ausstellung "Heimatkundliche Literatur" des Stadt- und Landesarchivs

Feb.-April Ausstellung "200 Jahre Toleranzpatent" der Stadt- und Landesbibliothek

28.2.-29.3. "Was ist modern?" - Ausstellung im Künstlerhaus.

(Forts.) gab/gg

Wiener Kulturfahrplan (2)
Utl.: März, April
=++++
2 Wien, 30.12. (RK-KULTUR)

MÄRZ:

3.3.-29.3.	Skulpturen von Gerhard Moswitzer - Ausstellung in der Secession
6.3.- 8.3.	Erster österreichischer Schriftstellerkongreß im Rathaus
7.3.-17.3.	"Literatur im März" im Künstlerhaus
10.3.-27.3.	Personalausstellung Isolde Jurina, Künstlerhauspassage
Mitte März	Tage der sakralen Musik
19.3.-17.5.	"Von der Jungsteinzeit bis zum Motorenwerk am Beispiel Aspern" - Ausstellung im Historischen Museum
20.3.-22.3.	Jazzfrühling 1981 in Wien
20.3.-20.4.	"Behinderte und Kunst", Ausstellung im Künstlerhaus

APRIL:

1.4.-20.4.	Personalausstellung Anton Bucher im Künstlerhaus
6.4.- 8.4.	5. österreich-Gespräch "Musik"
7.4.-15.4.	Hundertwasser-Ausstellung, Secession
11.4.-März 82	"Anatols Jahre" - Ausstellung des Historischen Museums in der Hermesvilla
24.4.- 1.5.	"Literatur für junge Leser", Künstlerhaus
24.4.-19.5.	Aldo Mengolini - Ausstellung in der Künstlerhauspassage
29.4.-12.7.	"Tagebuch der Straße - Wiener Plakate" Ausstellung der Stadt- und Landesbibliothek in der Volkshalle des Rathauses.

(Forts.) gab/gg

Wiener Kulturfahrplan 1981 (3)
Utl.: Mai bis August
=++++
3 Wien, 30.12. (RK-KULTUR)

MAI:

Mai-Juli	"Wiener Brunnen" - Ausstellung des Stadt- und Landesarchivs
Mai-August	Ausstellung: "Die Förderer und Gönner der Wiener Stadt- und Landesbibliothek"
7.5.- 8.6.	"Fotomuseum" - 5 internationale Fotografen, Ausstellung im Künstlerhaus
16.5.-21.6.	Wiener Festwochen
16.5.	Südtirolertag - Musik, Folklore, Brauchtum
11.5.-15.5.	Schnitzler-Symposion
28.5.-13.9.	"Die Wiener Veduten aus dem Verlag Artaria" - Ausstellung, Historisches Museum

JUNI:

Ab 1.6.	"Flic-Flac", Variete von Andre Heller, Secession
3.6.- 9.8.	"Moderne Vergangenheit" - 19. Jahrhundert in Wien, Ausstellung im Künstlerhaus
20.6.	Zweites österreichisches Blasmusikfest

JULI:

30.6.- 5.9.	Musikalischer Sommer in Wien

AUGUST:

Aug.-Okt.	Ausstellung "Spittelberg" des Stadt- und Landesarchivs
22.8.- 6.9.	Dritte Freie Kunstausstellung, Künstlerhaus.

(Forts.) gab/gg

Wiener Kulturfahrplan 1981 (4)
Utl.: September bis Dezember
=++++
4 Wien, 30.12. (RK-KULTUR)

SEPTEMBER:

Sept.-Dez.	"100 Jahre Ringtheaterbrand" - Ausstellung der Stadt- und Landesbibliothek
September	Ausstellung Franz Ringel, Secession
24. 9.- 1.11.	Zeichnungen von Egon Schiele aus der Sammlung Sabarsky, Ausstellung im Historischen Museum
25. 9.-10.1.82	Ausstellung: "Götter, Geld und Opfergaben" - Präkolumbianische Sammlung Ludwig, Künstlerhaus

OKTOBER:

Oktober	5. Internationale Biennale "Erweitere Fotografie", Secession

NOVEMBER:

5.11.- 8.12.	"Forum Textil", Künstlerhaus
Nov.-Jän. 1982	"Theaterbrände" - Ausstellung des Stadt- und Landesarchivs
Mitte November	Wiener Schubert-Tage
12.11. - Jän. 82	Der Maler Franz Matsch - Ausstellung im Historischen Museum
21.11.-26.12.	Weihnachtsausstellung in der Volkshalle

DEZEMBER:

Dezember	Advent in Wien
18.12.-21.2.82	Mexikanische Masken - Ausstellung im Künstlerhaus
Dezember	Weihnachtskunstmarkt 1981

(Schluß) gab/gg

1.628 Jubelpaare im Rathaus geehrt

=++++

5 #Wien, 30.12. (RK-LOKAL) Im abgelaufenen Jahr wurden im Wiener Rathaus 1.628 Jubelpaare geehrt.

Bis zur Juwelenhochzeit - das sind 72 1/2 Ehejahre - brachte es im Jahr 1980 das Ehepaar Karl und Theresia LABOHAR, aus der Maria Theresien-Straße, im 9. Bezirk. Nicht weniger als 70 Jahre harrte das Ehepaar Ludwig und Leopoldine TRANDL, aus der Senefeldergasse, in Favoriten aus, bis es im Sommer des vergangenen Jahres die Gnadenhochzeit feierte. Es gab dann noch vier "Steinerne" (67 1/2 Jahre), neun "Eiserne" (65 Jahre), 228 "Diamantene" (60 Jahre) und 1.385 "Goldene" Hochzeiter (50 Jahre).#

Die 1.628 Jubelpaare erhielten schon an den jeweiligen Hochzeitstagen aus der Hand ihrer Bezirksvorsteher die Ehrengeschenke der Stadt Wien - die "Goldenen" 2.000 Schilling, die "Diamantenen" 4.000 Schilling, die "Eisernen" 6.000 Schilling, die "Steinernen" 8.000 Schilling, das "Gnadenhochzeitspaar 10.000 Schilling und das "Juwelenpaar" ebenfalls 10.000 Schilling. Im Wiener Rathaus wurden ihnen im Rahmen einer kleiner Feier die Hochzeitsdiplome überreicht.

Auch 1981 werden diese Ehrungen fortgesetzt. Die Anmeldung muß vier Wochen vor dem Hochzeitstag bei der Bezirksvorstehung des jeweiligen Wohnbezirkes vorgenommen werden. An Dokumenten müssen die Geburtsurkunden beider Eheleute, die Heiratsurkunde, der Meldezettel und der Staatsbürgerschaftsnachweis vorgelegt werden. (Schluß)

ka/gg

Fernwärme: Abgabe um 15 Prozent gesteigert
Utl.: Ausweitung des Versorgungsnetzes geplant
=++++

6 #Wien, 30.12. (RK-KOMMUNAL) In der Heizperiode 1980/81 werden die Heizbetriebe Wien Ges. m.b.H. rund 1,5 Millionen Megawattstunden Fernwärme an ihre Kunden liefern. Das entspricht gegenüber 1979/80 einer Steigerung von 14,6 Prozent. Der mengemäßige Umsatz der Heizbetriebe Wien hat sich seit 1969/70 ungefähr versechsfacht, was eienr durchschnittlichen jährlichen Steigerung von 17 Prozent gleichkommt.#

Zur Versorgung des kombinierten Wohn- und Betriebsbaugebietes Aspern - einschließlich des Sozialmedizinischen Zentrums Ost - wird 1981 ab dem Fernwärmewerk Kagran eine Haupttransportleitung gelegt.

Vorgesehen ist auch eine Verbindung des innerstädtischen Netzes mit dem Kagraner Netz, durch die auch erhebliche Teile des Nordens Wiens mit Fernwärme aus der Kraft-Wärme-Kupplung im E-Werk Simmering versorgt werden können. Die Inbetriebnahme dieser Leitung ist für 1983 vorgesehen. Dann könnte die Auslastung der Kraft-Wärme-Kupplung verdoppelt werden.

Der thermische Teil der Kraft-Wärme-Kupplung ist derzeit im Jahresdurchschnitt zu 25 Prozent ausgelastet, in Spitzenzeiten wird die Kapazität der Anlage aber fast vollständig genützt.

Weiters sind eine Integration des sogenannten Südnetzes und der Zusammenschluß der drei Blockheizwerke Mitterweg, Thürnlhofstraße und Mühlsengerstraße vorgesehen. Bei Realisierung dieser Planungsvorhaben würde sich die Jahresauslastung der Kraft-Wärme-Kupplung in Simmering auf rund 60 Prozent erhöhen.

Die Heizbetriebe Wien haben dem Bundesministerium für Bauten und Technik eine Zusammenstellung von Objekten des Bundes übergeben, deren Anschluß an das Fernwärmenetz mit relativ geringen Kosten möglich wäre. Bei einer Investition des Bundes von nur 20 Millionen Schilling ließe sich ein Gesamtanschlußwert von 40 Megawatt und eine jährliche Wärmeabgabe von 58.000 bis 60.000 Megawattstunden erzielen.

Vorgesehen ist auch, den 1., 2., 3. und 7. Wiener Gemeindebezirk für die Fernwärme zu erschließen, allerdings sind dazu hohe Investitionen erforderlich.

Allein die Verbindung von der Ringleitung in der Wiener Innenstadt durch den 2. Bezirk und über die Donau nach Kagran kostet rund 250 Millionen Schilling. (Schluß) wabvg/gg

"Künstler malen und zeichnen in den Betrieben"
Utl.: Ausstellung in der Volkshalle
=++++

7 #Wien, 30.12. (RK-KULTUR) Die Ergebnisse der zweiten Aktion "Künstler malen und zeichnen in den Betrieben" sind vom 12. bis 24. Jänner in der Volkshalle des Wiener Rathauses zu sehen.#

Die Aktion wurde vom Kulturamt der Stadt Wien und der Zentralsparkasse und Kommerzialbank Wien durchgeführt. 40 Künstler haben in zwölf Betrieben gearbeitet. Rund 200 Exponate wurden in den verschiedensten Techniken angefertigt: Grafiken, Malerei, Foto, Video und Tonreportagen. Die Ausstellung ist täglich von 10 bis 18 Uhr geöffnet. (Schluß) gab/bs

Latein: besser kurz und gründlich

=++++

8 Wien, 30.12. (RK-LOKAL) Umsteigschwierigkeiten für Schüler aus einer Integrierten Gesamtschule in die Oberstufe eines Realgymnasiums können bewältigt werden. Das wurde in einem Lehrauftritt gezeigt, der vor kurzem am Oberstufenrealgymnasium in Liesing, von Oberstudienrat Dr. Franz Joseph GROBAUER in Anwesenheit von Stadtschulratspräsident Hans MATZENAUER abgehalten wurde.

Schüler aus zwei fünften Klassen zeigten in einer Lateinstunde ihr Können. Die Ausgangsposition der beiden Klassen war jedoch verschieden. Während die Schüler der einen Klasse Integrierte Gesamtschulen absolviert hatten und erst dreieinhalb Monate Latein lernten, saßen in der anderen Klasse Schüler mit mehrjährigen Lateinkenntnissen aus verschiedenen Gymnasien. Der Vergleich fiel zugunsten jener Schüler aus, die erst kurz, aber dafür sichtlich gründlich Latein gelernt hatten. Damit wurde gezeigt, daß es durchaus möglich ist, Schüler aus Integrierten Gesamtschulen in Oberstufen von Realgymnasien aufzunehmen und ihnen ein Aufholen und Mitkommen in einem so schwierigen Gegenstand wie Latein zu ermöglichen. Allerdings müssen dafür auch die Voraussetzungen gegeben sein: eine arbeitswillige Gruppe von Schülern und ein Lehrer, der die Schüler motivieren kann. (Schluß) red/bs

Verkehrsbilanz 1980 - Programm 1981 (1)
=++++

9 #Wien, 30.12. (RK-KOMMUNAL) Eine erfolgreiche Bilanz über die Arbeit des Verkehrsressorts im abgelaufenen Jahr und ein ebenso umfangreiches Programm für das Jahr 1981 legte Stadtrat Heinz NITTEL Dienstag im Pressegespräch des Bürgermeisters vor. 1980 wurden zwei neue U-Bahn-Strecken (U 2 Schottenring - Karlsplatz; U 4 Karlsplatz - Meidling) in Betrieb genommen, die Straßenbahnlinien "64" und "67" wurden verlängert, das Beschleunigungsprogramm wurde fortgesetzt, auf der Stadtbahn kamen die ersten neuen Garnituren zum Einsatz, eine neue Stadtbahnstation wurde eröffnet. Wichtigstes Ereignis im Bereich des Straßen- und Brückenbaues war die Eröffnung der neuen Reichsbrücke. Außerdem wurden die Verlängerung der Nordbrücke über die Prager Straße und die Verbindung Handelskai - Nordbrücke für den Verkehr freigegeben. Zu den wichtigsten Vorhaben im Jahr 1981 gehören die Inbetriebnahme von zwei weiteren U-Bahn-Strecken (U 1 Nestroyplatz - Praterstern am 28. Februar und U 4 Meidling - Hietzing am 30. August) sowie die Verkehrsfreigabe der Donauuferautobahn zwischen der Landesgrenze Wien/Niederösterreich und der Floridsdorfer Brücke am 31. Oktober.#

Zwtl.: 1980 - Jahr der U-Bahn und der Brücken

Das Jahr 1980 war im Bereich des Verkehrsgeschehens eines der ereignisreichsten in der Geschichte Wiens. Kaum jemals konnten innerhalb eines einzigen Jahres so viele wichtige Verkehrsbauten fertiggestellt und ihrer Bestimmung übergeben werden, kaum jemals waren in so kurzer Zeit so viele spürbare Verbesserungen sowohl im Bereich des öffentlichen Verkehrs als auch für die Autofahrer möglich. (Forts.) ger/gg

Verkehrsbilanz 1980 - Programm 1981 (2)
=++++

10 Wien, 30.12. (RK-KOMMUNAL) Ende August wurde die neue U-Bahn-Linie U 2 zwischen Karlsplatz und Schottenring in Betrieb genommen; wenige Wochen später - im Oktober - erfolgte die Verlängerung der Linie U 4 vom Karlsplatz bis Meidling. Das Wiener U-Bahn-Netz hat damit bereits eine Gesamtlänge von rund zwanzig Kilometer erreicht.

Aber auch im Straßenbahn-, Autobus- und Stadtbahnnetz tat sich sehr viel: Die Linie "64" wurde im September von Alt-Erlaa bis nach Siebenhirten verlängert, die Linie "67" endet seit Mitte November nicht mehr bei der Raxstraße, sondern fährt weiter durch die Neilreichgasse bis zum Frödenplatz. Im Zusammenhang mit der Inbetriebnahme der U 2 und der Einstellung der alten Zweier-Linien wurden die neuen Straßenbahnlinien N (Floridsdorfer Brücke - Schwedenplatz - Prater Hauptallee) und die neue Autobuslinie 4 A (Karlsplatz - Marxergasse) eingerichtet.

Das Straßenbahnbeschleunigungsprogrammm wurde fortgesetzt. So erhielt die innere Mariahilfer Straße im unteren Bereich Sperrlinien.

In der Alserbachst raße wurden Schwellen verlegt, um die Autos von den Gleisen der Linie 5 fernzuhalten.

Auf der Gürtelstrecke der Stadtbahn wurde im September eine neue Station bei der Thaliastraße eröffnet. die ersten neuen Stadtbahngarnituren vom Typ E(mil) 6 werden seit November im regulären Betrieb eingesetzt. Auch die Badner Bahn erhielt eine neue Station in Wien, und zwar in der Gutheil-Schoder-Gasse. (Forts.)
ger/bs

Verkehrsbilanz 1980 - Programm 1981 (3)
=++++

11 Wien, 30.12. (RK-KOMMUNAL) Das spektakulärste Ereignis dieses Jahres auf dem Straßen- und Brückenbausektor war die Eröffnung der neuen Reichsbrücke im November. Aber auch die Verkehrsfreigabe der kreuzungsfreien Verbindung von der Nordbrücke über die Prager Straße zur Brünner Straße und der Verbindung Handelskai - Nordbrücke brachten spürbare Verbesserungen. Der Umbau der Reinprechtsdorfer Straße im 5. Bezirk wurde planmäßig im November abgeschlossen. Im Stadterneuerungsgebiet Ottakring wurde die Wichtelgasse in eine "Wohnstraße" umgewandelt.

Zwtl.: Wichtige Vorhaben im Jahr 1981

Auch im kommenden Jahr werden die Bemühungen um eine weitere Verbesserung der Verkehrsverhältnisse in Wien intensiv fortgesetzt. Dazu gehören der Ausbau und die Attraktivierung der öffentlichen Verkehrsmittel ebenso wie der Bau neuer Straßen und Brücken.

An erster Stelle steht zweifellos die zügige Fertigstellung des U-Bahn-Grundnetzes. 1981 werden zwei neue Abschnitte ihrer Bestimmung übergeben: Am 28. Februar erfolgt die Verlängerung der U 1 bis zum Praterstern - um drei Monate früher als ursprünglich geplant. Damit sind auch verschiedene Umstellungen im Straßenbahnnetz verbunden: Der Straßenbahnbetrieb in der Praterstraße wird eingestellt. die Linien "B", "25" und "26" enden am Praterstern, der Ring-Kai-Verkehr wird umorganisiert: Eine Linie ("1") fährt von der Stadlauer Brücke über Praterstern - Heinestraße - Taborstraße - Schwedenplatz über Kai - Ring und zurück. In der Gegenrichtung wird eine Linie aus Neuwaldegg ("2") über Schottentor, Ring - Kai und zurück verkehren.

Am 30. August 1981 wird die Linie U 4 bis zur Station Hietzing verlängert. Kurz danach kann auch die U 2/4, das ist der "nahtlose" U-Bahn-Ring rund um das Stadtzentrum, den Betrieb aufnehmen. Der U 4-Abschnitt Meidling - Hietzing und die U 2/4 werden damit um nicht weniger als acht Monate vor dem ursprünglich geplanten Termin eröffnet. (Forts.) ger/gg

Verkehrsbilanz 1980 - Programm 1981 (4)
=++++

12 Wien, 30.12. (RK-KOMMUNAL) Für 1981 ist auch die Verwirklichung von Beschleunigungsprogrammen für die Straßenbahnlinien "71" und "43" geplant. Beim "71er" sind vor allem Maßnahmen im 3. Bezirk vorgesehen, die Linie "43" soll in der Jörgerstraße einen eigenen Gleiskörper erhalten.

Das größte Straßenbauvorhaben, das im kommenden Jahr verkehrswirksam wird, ist die Donauuferautobahn. Sie wird ab 31. Oktober im Abschnitt Landesgrenze Wien/Niederösterreich - Floridsdorfer Brücke (4,5 Kilometer) befahrbar sein.

Auch bei der Brigittenauer Brücke laufen die Bauarbeiten auf vollen Touren. Sie wird ab Herbst 1982 dem Verkehr zur Verfügung stehen. Weitere Großbauvorhaben, an denen im nächsten Jahr intensiv weitergearbeitet wird, sind die Verbindung von der Klosterneuburger Bundesstraße zum Knoten Nordbrücke und die Flughafenautobahn. Begonnen werden soll 1981 der Bau von zwei neuen Donaukanalbrücken (Roßauer Brücke, Uraniabrücke). Auch mit den Bauarbeiten für den Flötzersteig soll, wenn alle rechtlichen Voraussetzungen erfüllt sind, 1981 begonnen werden.

Die Schließung des Straßenzuges Ring - Kai wird die Voraussetzung für eine weitere Reduzierung des innerstädtischen Verkehrsaufkommens (Schleifenlösung) schaffen. (Forts.mgl.) ger/bs

Kampagne des Europarats für Stadterneuerung (1)
=++++

13 #Wien, 30.12. (RK-KOMMUNAL) Im Pressegespräch des Bürgermeisters berichtete Dienstag Vizebürgermeister Gertrude FRÖHLICH-SANDNER über die Europäische Kampagne für Stadterneuerung, die am 12. Jänner in St. Pölten offiziell eröffnet wird. Themen sind die Verbesserung der Umweltqualität in den Städten, die Verbesserung der bestehenden Bausubstanz, Vorsorge für soziale, kulturelle und wirtschaftliche Einrichtungen sowie für Arbeitsplätze, Beteiligung der Bevölkerung an der Stadterneuerung und die Rolle der Gemeinden bei der Stadterneuerung. Staatssekretär Univ.-Prof. DDr. Georg NUSSBAUMER, Architekt Georg CONDITT, Stadtbaudirektor Dipl.-Ing. Walter KURAS, Univ.-Prof. Dr. Kurt FREISITZER sowie Ministerialrat Dr. Leopold RETTINGER werden bei der Veranstaltung über diese Themen diskutieren.#

Über Beschluß des Europarates findet derzeit eine Europäische Kampagne für Stadterneuerung statt, die europaweit anläßlich der europäischen Raumordnungsministerkonferenz am 22. Oktober in London eröffnet wurde und voraussichtlich 1982 in Berlin abgeschlossen werden soll. In dieser Zeit werden die Mitgliedstaaten den Gedanken der Stadterneuerung verstärkt propagieren, wobei die Stadterneuerung als umfassender gesellschaftlicher Prozeß zur Verbesserung der Lebensqualität in den Städten verstanden wird. Auch Österreich nimmt an dieser Kampagne teil.

Dem Präsidium des österreichischen Nationalkomitees gehören die Staatssekretäre Dr. Beatrix EYPELTAUER und Univ.-Prof. DDr. Adolf NUSSBAUMER als Vertreter der Bundesregierung, Landesrat Johann WINETZHAMMER (Oberösterreich) und Wiens Planungsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Rudolf WURZER als Bundesländervertreter an. Der Wiener Wohnen-Stadtrat Johann HATZL und der St. Pöltner Bürgermeister Hans SCHICKELGRUBER wurden vom österreichischen Städtebund, Präsident Ferdinand REITER vom österreichischen Gemeindebund im Namen seiner Institution entsandt. (Forts.) red/gg

Kampagne des Europarates für Stadterneuerung (2)
Utl.: Der "Wiener Weg " für die Stadterneuerung
=++++

14 Wien, 30.12. (RK-KOMMUNAL) Wie Vizebürgermeister FRÖHLICH-SANDNER weiter ausführte, ist Stadterneuerung prinzipiell nichts Neues. Heute wird sie jedoch bewußter betrieben, und ihre Maßnahmen werden gezielter eingesetzt. Stadterneuerung ist in Wien heute neben der baulichen und organisatorischen Tätigkeit ein ständig fortschreitender Prozeß der gesellschaftlichen Auseinandersetzung, ein Großprojekt der kleinen SChritte. Zu den wichtigsten Maßnahmen gehören: Beseitigung des Substandards und schlechter Wohnverhältnisse durch Wohnungsverbesserung, Renovierung und Restaurierung sowie Revitalisierung und Gebietsassanierung; Wohnhausneubau im innerstädtischen Bereich; ein neues Mietengesetz, das gewährleistet, daß Wohnungen in den revitalisierten Althäusern den Mietern wieder zu sozial gerechtfertigten Mieten zur Verfügung gestellt werden; die Stadterneuerungsgebiete sind durch soziale Vielschichtigkeit gekennzeichnet. Für die Bevölkerung muß die Wohnumwelt durch Wirtschaftsbelebung, Verbesserung der Infrastruktur und entsprechene Verkehrsorganisation reaktiviert werden. Besondere Bedeutung kommt der Information und Mitsprache der Bevölkerung bei allen Erneuerungsmaßnahmen zu.

Die "städtebaulichen Mißstände", von denen das Stadterneuerungsgesetz 1974 spricht, sind in der Bundeshauptstadt vor allem in den gründerzeitlichen und vorgründerzeitlichen Siedlungsgebieten entlang des Gürtels konzentriert. In acht Wiener Gebieten wurden und werden Untersuchungen durchgeführt, um modellhafte Vorgangsweisen zu erarbeiten und Erfahrungen zu sammeln. Hier sollen auch durch "beschleunigte Entwicklungsvorgänge" positive Auswirkungen auf die Lebensverhältnisse in den umliegenden Bezirksteilen erzielt werden. Parallel mit den Untersuchungen werden bereits erste Sofortmaßnahmen eingeleitet, die unmittelbar Auswirkungen auf die Lebensqualität in der Wohnumgebung haben.
(Forts. mgl.) red/gg

Kampagne des Europarates für Stadterneuerung (3)
=++++

16 Wien, 30.12. (RK-KOMMUNAL) Der Geschäftsführer des österreichischen Nationalkomitees, Senatsrat Dr. Herbert WALTER, führte aus, daß die Geschäftsstelle beim österreichischen Städtebund eingerichtet wurde, weil die Erneuerungsbestrebungen gerade für die Städte von besonderer Bedeutung sind. Als repräsentative Demonstrationsprojekte der Stadterneuerung wurden im Rahmen der Kampagne - sie steht unter dem Motto "Städte zum Leben" - fünf Städte ausgewählt: in Wien sind es das Stadterneuerungsgebiet Ottakring und das "Planquadrat" im 4. Bezirk, in Innsbruck Randbereiche der Innenstadt, in St. Pölten unter anderen eine Fußgängerzone, die Gestaltung der Innenstadt und die Verlagerung störender Betriebe, in Braunau am Inn (der ersten Stadt, in der Erneuerungsmaßnahmen gesetzt wurden) wird ein Wohnblock "In den Scheiden" vorgestellt. In Eisenstadt handelt es sich um innerstädtische Schwerpunktbildungen und Projekte im Verkehrsbereich. Dr. Walter berichtete, daß eine Broschüre über Stadterneuerung hergestellt wurde und kündigte an, daß im Laufe des kommenden Jahres Seminare zu diesem Thema stattfinden werden. Die in Wien für die Stadterneuerung notwendigen Mittel bezifferte Walter mit 90 bis 140 Milliarden Schilling, wobei so Vizebürgermeister Fröhlich-Sandner, die öffentliche Hand durch Planungen, Anpassung der Flächenwidmung und Förderungsmaßnahmen vor allem Impulse für die privaten Aktivitäten geben kann. Dazu zählen auch die Anstöße, die zum Beispiel für die Belebung der Innenstadt durch den U-Bahn-Bau und die Fußgängerzone Kärntner Straße gesetzt wurden. (Schluß) and/gg